



19. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 1. Februar 2006

Gedenken an den verstorbenen Bundespräsidenten a. D.

Dr. Johannes Rau1875

Mitteilungen der Präsidentin1877

Karl Schultheis (SPD) 1909

Manfred Kuhmichel (CDU) 1912

Dr. Michael Vesper (GRÜNE)..... 1914

Norbert Römer (SPD) 1918

Christian Weisbrich (CDU) 1920

1 **Bildung einer „Parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Etablierung eines geregelten Dialogs mit einer Vertretung der in Nordrhein-Westfalen lebenden Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens“**

Antrag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP

Drucksache 14/1103.....1877

Michael Solf (CDU).....1877

Britta Altenkamp (SPD)1878

Monika Düker (GRÜNE).....1879

Christian Lindner (FDP).....1880

Minister Armin Laschet.....1881

Ergebnis.....1882

2 **Kreativität freisetzen und Kräfte bündeln – Trendwende in der Innovationspolitik Nordrhein-Westfalens**

Regierungserklärung

der Landesregierung1882

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart ...1883

1925

Marc Jan Eumann (SPD)1891

Helmut Stahl (CDU).....1897

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE).....1900

Christian Lindner (FDP).....1904

1923

3 **Regionale Partnerschaft mit der Türkei begründen**

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/1106

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/1164..... 1931

Markus Töns (SPD) 1931

Ilka Keller (CDU)..... 1932

Dr. Michael Vesper (GRÜNE)..... 1934

Ralf Witzel (FDP) 1935

Minister Michael Breuer..... 1937

Wolfram Kuschke (SPD)..... 1938

Ilka Keller (CDU)..... 1940

Ergebnis..... 1940

4 **Fragestunde**

Drucksache 14/1120 1940

Wie geht es weiter mit der Kunststiftung NRW?

Mündliche Anfrage 41

des Abgeordneten

Oliver Keymis (GRÜNE) 1941

Minister Michael Breuer 1941

Postenschacher in Brüsseler NRW-Landesvertretung

Mündliche Anfrage 42
der Abgeordneten
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)1943

Minister Michael Breuer1943
1948

Minister Dr. Helmut Linssen1948

Wahlkampfunterstützung für umstrittenen italienischen Politiker durch die Landesregierung?

Mündliche Anfrage 43
der Abgeordneten
Britta Altenkamp (SPD)1949

Minister Armin Laschet.....1949

Warum ist das Projekt O.Vision in Oberhausen für Finanzminister Dr. Linssen ein „Scheißprojekt“?

Mündliche Anfrage 44
des Abgeordneten
Horst Becker (GRÜNE)1953

Minister Dr. Helmut Linssen1953
Ministerin Christa Thoben1955

Laborschule und Oberstufenkolleg unter dem Diktat des Ministeriums

Mündliche Anfrage 45
der Abgeordneten
Sigrid Beer (GRÜNE)1955

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart ...1955
Ministerin Barbara Sommer.....1956

5 Bundeseinheitliche Regelung des Strafvollzugs beibehalten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1112.....1959

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE).....1959
Harald Giebels (CDU)1961
Thomas Stotko (SPD)1961
Dr. Robert Orth (FDP)1962
Ministerin R. Müller-Piepenkötter1963

Ergebnis.....1964

6 Kirchengebäude erhalten statt abreißen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1108..... 1964

Dr. Michael Vesper (GRÜNE)..... 1964
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) ... 1965
Wolfram Kuschke (SPD)..... 1966
Christof Rasche (FDP) 1967
Minister Oliver Wittke..... 1968

Ergebnis..... 1969

7 Jugendkriminalität mit wirksamen Maßnahmen begegnen – Möglichkeiten der integrativen Unterbringung von kriminell auffälligen Jugendlichen in geschlossenen Gruppen der Jugendhilfe anstelle von Untersuchungshaft verlässlich ausbauen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1117 1970

Ergebnis..... 1970

8 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 14/835

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/1122

zweite Lesung..... 1970

Ergebnis..... 1970

9 Nachwahl einer Schriftführerin beziehungsweise eines Schriftführers des Landtags Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1156..... 1970

Ergebnis.....1970

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/851

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 14/1066

zweite Lesung.....1970

Ergebnis.....1970

11 Förderung von Pelletheizungen durch die „Holzabsatzförderrichtlinie (HaFö)“ nicht beenden – eine Erfolgsgeschichte in NRW fortsetzen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/882.....1971

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie
Drucksache 14/1054

Ergebnis.....1971

12 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG

Hier: **Anmeldung zum 34. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**

Unterrichtung des Landtags
gemäß § 10 Abs. 3 LHO
Vorlage 14/1341971

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1118

Ergebnis.....1971

13 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG

Hier: **Anmeldung zum 35. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz**

Unterrichtung des Landtags
gemäß § 10 Abs. 3 LHO
Vorlage 14/144..... 1971

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1119

Ergebnis..... 1971

14 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Hier: **Übersicht 6 gemäß § 79 Abs. 2 GeschO**

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/209	–	AUNLV
14/247 EA	–	AUNLV
14/470	–	RA
14/534 EA	–	RA
14/578	–	AUNLV

Drucksache 14/1121..... 1971

Ergebnis..... 1971

Entschuldigt waren:

Hans-Joachim Reck (CDU)

Josef Wilp (CDU)

Dr. Fritz Behrens (SPD)

Ingrid Hack (SPD)
(ab 13:00 Uhr)

Svenja Schulze (SPD)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Wir **trauern um Johannes Rau**. Ich möchte Sie bitten, sich zu einem Gebet von Ihren Plätzen zu erheben.

Präses Nikolaus Schneider: Im Gebet wenden sich Menschen des Glaubens an Gott. Menschen, die diesen Glauben nicht teilen, hören und denken gemäß ihrer Überzeugungen mit, wenn wir nun beten.

Du, unser Gott, wir denken vor dir an den verstorbenen Ministerpräsidenten unseres Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau.

Wir danken dir für einen Menschen, der sich voller Leidenschaft dafür einsetzte, dass diese Welt ein besserer Lebensort für die Menschen sein soll, der Versöhnung lebte und Spaltungen überwinden half, der Freude am Leben verbreitete und ein zuverlässiger, treuer Freund, Vertrauter und Begleiter war.

Wir bitten dich: Lass ihn nun schauen, was er geglaubt hat, halte ihn mit deiner Hand und führe ihn zum ewigen Leben. Hilf uns, sein Andenken zu bewahren über alle Grenzen hinweg. Und schenke uns Kraft und Zuversicht, die Welt und das Leben so zu gestalten, dass Menschen in gerechtem Frieden leben können. Amen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Präsidentin Regina van Dinther: Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gemeinsam trauern wir um Johannes Rau. In unseren Gedanken sind wir bei seiner Frau Christina und seinen Kindern Anna, Philip und Laura.

Ich habe der Familie unser Mitgefühl ausgesprochen.

Erst vor gut zwei Wochen habe ich Johannes Rau zu seinem 75. Geburtstag gratuliert. Im Namen dieses Hauses hatte ich ihn eingeladen, an den Feierlichkeiten anlässlich des 60-jährigen Jubiläums von Land und Landtag teilzunehmen.

Doch das Schicksal hat es anders gewollt. Heute müssen wir diesen herausragenden Politiker und Staatsmann in Verbindung mit seinem plötzlichen Tod würdigen. Dies erfüllt uns mit tiefer Traurigkeit.

Wir trauern in ganz Deutschland, aber insbesondere in Nordrhein-Westfalen, dem Land, das Johannes Rau wie kein Zweiter geprägt hat.

Über 40 Jahre war er Mitglied dieses Landtags, damit dienstältester Landtagsabgeordneter überhaupt, immer direkt gewählt in seinem Wuppertaler Wahlkreis, ein Parlamentarier par excellence.

Über Jahrzehnte hat er die Debattenkultur in diesem Haus maßgeblich mitbestimmt. Und er blieb, egal welches Amt er bekleidete, ein wirklicher Kollege, der alle Abgeordneten mit Namen kannte und von jedem auch Persönliches wusste. Das hat mich immer sehr beeindruckt.

Sein Talent und sein politisches Potenzial hatte die SPD-Fraktion früh erkannt. Schon nach kurzer Zugehörigkeit zum Parlament wählte sie ihn mit gerade 36 Jahren zu ihrem Vorsitzenden. Zuvor leitete er bereits den Jugend- und auch den Kulturausschuss.

Es folgte der Eintritt ins Kabinett Kühn als Minister für Wissenschaft und Forschung. 1978 wurde Johannes Rau vom Landtag zum Ministerpräsidenten unseres Landes gewählt.

In diesem Amt wuchs er immer stärker in die Rolle eines Landesvaters, dem die Anliegen der Menschen im Rheinland, in Westfalen und in Lippe nah waren und die ihm deshalb vertrauten.

Zwei Jahrzehnte regierte Johannes Rau dieses Land. Die Spuren, die er hinterlassen hat, sind tief und unübersehbar: die Bildung für breite Schichten durch neue Hochschulen ermöglichen, den Strukturwandel an Rhein und Ruhr ohne soziale Verwerfungen bewältigen und ein Wir-Gefühl schaffen, das den Zusammenhalt in der Gesellschaft gewährleistet. Das waren die drei Hauptthemen, die Johannes Rau in seinem letzten Interview zum 75. Geburtstag noch einmal benannte.

Gemäß seinem Motto „Versöhnen statt Spalten“ führte er die Menschen zusammen, auch die anderer Herkunft und unterschiedlichen Glaubens. Diese persönliche Integrationsleistung ist nicht hoch genug zu bewerten. Er ist uns ein Vorbild für Toleranz und Menschlichkeit.

Mich hat es deshalb nicht verwundert, dass sich seit dem letzten Wochenende schon weit über tausend Bürgerinnen und Bürger in die Kondolenzbücher des Landtages eingetragen haben. Mit Widmungen haben sie ihre Trauer und ihre persönliche Verbundenheit mit dem Verstorbenen zum Ausdruck gebracht.

Als Bundespräsident hat Johannes Rau dieses Wirken im höchsten Staatsamt der Bundesrepublik Deutschland fortgeführt. Er verstand sich dabei durchaus als politischer Präsident mit hohem ethischem Anspruch. Hier lautete sein Motto: „Wer Anstöße geben will, muss auch Anstoß erregen.“

Missstände in der Wirtschaft zulasten der kleinen Leute prangerte er ebenso an wie die Freigabetechnischer Manipulationen an menschlichen Embryonen. Der Vorrang der Menschenwürde vor dem wirtschaftlichen Nutzen stand für ihn außer Frage. Seine mahnende Stimme war dabei mitentscheidend für die weiteren politischen Beratungen.

Zu seinen großen Leistungen gehört auch der Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen. Johannes Rau war ein Freund Israels.

Avi Primor, ehemals israelischer Botschafter in Deutschland und mehrfach Gast dieses Hauses, hat Recht, wenn er anlässlich des Todes von Johannes Rau sagt:

„Viele haben Richtiges gesagt zur deutschen Vergangenheit und zu den deutsch-israelischen Beziehungen. Aber bei ihm hatte man den Eindruck, er sagt nicht nur, was als politisch korrekt gilt, sondern spricht aus dem Herzen.“

Und Avi Primor fügte hinzu:

„Er war echt.“

Auch in viele andere Länder, insbesondere nach Polen, hat Johannes Rau neue Brücken gebaut, die in Zukunft tragfähig sind.

Johannes Rau gehörte zu den Menschen, für die der Glaube das Fundament ihres politischen Handelns ist. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, hat ihn als einen zutiefst ökumenisch eingestellten evangelischen Christen gewürdigt. Seine Bibelfestigkeit galt dabei als besonderes Markenzeichen.

Selbst in heftigster Debatte verletzte er niemals. Er verstand es, mit Humor und feinsinniger Ironie Parteifreunde wie die politische Gegenseite einzubinden. Dabei war es nahezu unnachahmlich, wie er festgefahrene Situationen mit Anekdoten und Pointen wieder gängig machte und zum Erfolg führte.

Lassen Sie mich abschließend den Verstorbenen noch einmal zu Wort kommen – so, wie wir ihn kannten und wie wir ihn in Erinnerung behalten werden –:

„Das Ideal meiner Politik ist es,“

– so Johannes Rau im Jahre 1985 –

„das Leben der Menschen im Laufe der Jahre ein Stück menschlicher zu machen.“

Und als er 1993 gefragt wurde, was er gerne hätte, das ihm nachgerühmt werde, antwortete er:

„Er mochte die Menschen, und er hat Liebe zurückzugeben versucht.“

Beides ist ihm in beeindruckender Weise gelungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Johannes Rau hätte gerne noch gelebt. Er wollte noch Bücher schreiben. Er wollte seine Kinder auf ihrem weiteren Weg ins Leben begleiten. Er hat gekämpft um seine Gesundheit.

Er ist gestorben, so wie die meisten Menschen es sich wünschen: friedlich, zu Hause, umsorgt von seiner Familie. Er ist gestorben im tiefen Glauben an die Auferstehung und an das Leben nach dem Tode.

So empfehlen wir ihn in Gottes Ewigkeit, und so ist er uns auch weiter nah.

Als er im Frühjahr 1999 seine 923. und letzte Parlamentsrede in diesem Haus hielt, sagte er:

„Ich nehme Abschied, aber ein Stück von mir bleibt zurück.“

So wird es sein.

Wir verneigen uns in Dankbarkeit und werden Johannes Rau ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich darf Sie bitten, sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen zu erheben. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, voraussichtlich am Freitag, 17. Februar, wird das Land nach Absprache mit seiner Familie Johannes Rau in einem Staatsakt gedenken.

Ich möchte Sie noch auf die Gelegenheit hinweisen, sich in das Kondolenzbuch des Landtags einzutragen. Es liegt in der Wandelhalle bereit. – Danke schön.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 10:18 Uhr bis 10:38 Uhr)

Präsidentin Regina van Dinter: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 19. Sitzung des

Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich fünf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen einen Hinweis zum **Tagesordnungspunkt 15** „Beschlüsse zu Petitionen“ geben. Dieser Tagesordnungspunkt muss heute **entfallen**, da aus technischen Gründen die entsprechende Drucksache nicht fertig gestellt werden konnte. Die Übersicht 8 wird am 15./16. Februar 2006 Gegenstand der Tagesordnung des Plenums sein.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur **Tagesordnung**.

Ich rufe auf:

1 Bildung einer „Parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Etablierung eines geregelten Dialogs mit einer Vertretung der in Nordrhein-Westfalen lebenden Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens“

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1103

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Solf von der CDU das Wort.

Michael Solf (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Johannes Rau, um den wir heute trauern, hatte die seltene Gabe, die Herzen der Menschen mit dem Wort zu berühren. Als erfolgreicher und tatkräftiger Ministerpräsident wusste er aber auch: Mit Worten allein ist es nicht getan. Denn eines der ärgerlichsten Missverständnisse, mit denen unsere Demokratie leben muss, ist der Glaube an die Macht des unverbindlichen Wortemachens.

Solange man miteinander rede, sei schon alles gut, so meinen viele allenthalben. In ganz besonderem Maße gilt dies für das so bedeutende Politikfeld der Integration. Natürlich ist jeder Kontakt zwischen einem Deutschen und einem Migranten etwas Gutes: Man lernt voneinander, vielleicht freundet man sich an. Aber reicht das? Reichen

Empathie, Wohlwollen, Freundlichkeit? – Ich sage nein.

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger islamischen Glaubens werden den ihnen zustehenden Platz in unserem Gemeinwesen, ihren Platz als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nur finden, wenn wir ihnen mehr anbieten als noch so gute persönliche Freundschaft. Und: wenn wir auch mehr von ihnen fordern.

Einen Anfang haben alle im Landtag vertretenen Fraktionen im Jahr 2001 gemacht, als wir die Integrationsoffensive NRW auf den Weg gebracht haben. Heute wollen wir – wiederum gemeinsam – einen weiteren Schritt gehen. Dieser Schritt kommt als Wortungetüm daher, aber das ging nicht anders. Eine parlamentarische Arbeitsgruppe soll Kriterien für die Errichtung einer repräsentativen, einer demokratisch legitimierten Vertretung der Muslime in unserem Land entwickeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Einen solchen Vertrag wollen jetzt alle Fraktionen. Verzichten wir also auf das Klopfen auf die je eigene Schulter und freuen uns über so viel Gemeinsamkeit.

Welchen Weg man gehen könnte, um zu einer repräsentativen Vertretung zu kommen, haben sowohl ich vor ziemlich genau zwei Jahren als auch einige von Ihnen angedacht. Wir sollten aber heute nichts präjudizieren, sondern gemeinsam und ergebnisoffen an die Aufgabe herangehen. Sie muss nämlich jenseits der Alltagspolitik im Konsens gelöst werden.

Warum wollen wir den geregelten Dialog? In Nordrhein-Westfalen leben rund eine Million Musliminnen und Muslime. Viele sind in Gemeinden und Verbänden zusammengeschlossen. Von ihnen ist keiner gleich und keiner kann für den anderen sprechen. Dies ist zunächst positiv, weil es das leider immer noch anzutreffende Vorurteil, es gebe den Islam, widerlegt. Für die Landesregierung und für uns als Gesetzgeber ist es aber schwierig, niemanden zu haben, der uns verbindlich antworten kann. Dies wollen wir ändern.

Um welche Fragen geht es? – Die wohl drängendste Frage ist die nach dem Schulfach islamische Religion. Die Geschichte der Diskussion um die Einführung dieses Schulfaches ist lang, entmutigend und enttäuschend. Wir haben in einer wenn auch notwendigen, so doch sehr deutsch geführten Diskussion eine sehr hohe Rechtssicherheit für die Aussage erreicht, es könne noch keinen islamischen Religionsunterricht geben. Aber dies ist sogleich die höchste Ungerechtigkeit

für diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die hier dauerhaft und legal leben, die Grundprinzipien unseres demokratischen Gemeinwesens anerkennen und die Menschen islamischen Glaubens sind. Hier wollen und werden wir den entscheidenden Durchbruch schaffen.

(Allgemeiner Beifall)

Andere Themen sind zum Beispiel Fragen des Moscheebaus, Fragen der Bestattung, die Notwendigkeit seelsorgerischer Angebote in Krankenhäusern etc. Die Liste ist verlängerbar und vor allem offen. Am Ende des Weges, den wir heute gemeinsam zu gehen beginnen, soll ein Gremium als eine Art Transmissionsriemen stehen, der uns die religiösen Anliegen der Musliminnen und Muslime klarer erkennen lässt, der es uns aber auch ermöglicht, Verständnis zu finden, wenn wir einmal anderer Meinung sind.

Jedenfalls wollen wir nicht nur miteinander reden, sondern auch handeln. Ich bitte also die Musliminnen und Muslime, ich fordere sie herzlich auf, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Solf. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über zwei Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben in Nordrhein-Westfalen, über die Hälfte von ihnen ist muslimischen Glaubens. Da in der letzten Woche eine interministerielle Arbeitsgruppe zum Thema „Umgang mit dem Islam“ angekündigt worden ist, stellt sich natürlich die Frage, warum es noch eine parlamentarische Arbeitsgruppe geben muss. Ich denke, das beantwortet sich von selbst.

Das Parlament als Gesetzgeber ist ganz sicher in der Verpflichtung, in diesem Dialogverfahren nicht nur auf dem Verwaltungswege viel laufen zu lassen, sondern dieses auch parlamentarisch zu begleiten. Denn wir sind die demokratisch legitimierten Vertreterinnen und Vertreter der deutschen und wahlberechtigten Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir mit den Muslimen das Gespräch suchen und aufnehmen, dann geht es eben darum – das ist schon gesagt worden –, eine demokratisch legitimierte Vertretung der Muslime hier in Nordrhein-Westfalen aufzubauen.

Wir knüpfen damit an die Integrationsoffensive von 2001 und damit auch ein bisschen an die Be-

reitschaft und den Geist von 2001 an, dass wir hier im Parlament Gemeinsames betonen und weniger die Unterschiede herausstellen wollen. Leider ist dies in den vergangenen Jahren nicht immer so gewesen, und leider ließ sich dieser Gedanke auch nicht immer fortsetzen.

Wir wollen offen in diesen Dialog gehen, aber wir haben das klare Ziel, zu einer demokratisch legitimierten Vertretung der Muslime in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Das wird kein einfacher Weg. Das wird ein steiniger Weg, aber wir sind bereit, ihn gemeinsam zu gehen.

Es wird Zeit brauchen; davon bin ich überzeugt. Die wollen wir uns nehmen, die sollten wir uns nehmen, und die sollten wir auch unseren Dialogpartnern geben.

Wir müssen Vereinbarungen gemeinsam tragen – alle Fraktionen müssen diese Vereinbarungen tragen –, wenn sie denn gefunden werden.

Aber – das sollte man auch deutlich machen – wir haben auch Erwartungen an die muslimischen Verbände, an die Vertreter der Muslime in Nordrhein-Westfalen. Vor allem geht es darum, dass die Vertreter Offenheit zeigen – Offenheit dahin gehend, dass alle an dem Dialog teilnehmen und dass man auch ertragen muss, dass ein anderer mit einer anderen Position am Tisch sitzt.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Das bedeutet für mich, dass es von einem Verband keine Politik des leeren Stuhls geben darf; das haben wir in der Vergangenheit zu oft erlebt. Das muss von Anfang an deutlich gemacht werden.

Wir müssen auch deutlich machen: Es können alle Themen behandelt werden, aber die Reihenfolge wird in der Arbeitsgruppe besprochen. Es ist nicht die Stelle, wo über ein Curriculum für islamischen Religionsunterricht gesprochen wird, aber es ist der Kreis, der den Weg ebnen kann, zu einem solchen Religionsunterricht in deutscher Sprache für alle Muslime in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Wir wollen in solchen und auch in anderen Fragen politisch und menschlich Vermittler sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an diesem Tag mit einem Zitat von Johannes Rau aus seiner Berliner Rede „Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben“ aus dem Jahr 2000 schließen. Zu dem Thema Umgang mit dem Islam hat Johannes Rau gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Unsere Gesellschaft ist immer noch stark von christlichen Traditionen geprägt, doch sie ist stärker säkularisiert, als viele wahrnehmen. Erleben inzwischen nicht manche, die selber ohne religiöse Prägung sind, im muslimischen Nachbarn zum ersten Mal einen Menschen, der seinen Glauben im Alltag lebt? Und müssen nicht umgekehrt gläubige Muslime besonders in unseren Großstädten oft den Eindruck haben, tatsächlich in einer Welt der ‚Ungläubigen‘ zu leben, gegen die sie sich nur durch besonders strenges Festhalten am Althergebrachten schützen zu können glauben? Strenge islamische Erzieher und Eltern befürchten für ihre Kinder eine ähnliche Abkehr von der Religion, wie es bei uns Eltern mit ihren Kindern seit Jahrzehnten erleben.“

Weiter heißt es:

„Unsere Verfassung baut auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften. Der Islam ist nicht wie eine Kirche strukturiert. Deshalb brauchen wir eine andere Form verlässlicher, institutioneller Kooperation mit den Muslimen in Deutschland. Wir brauchen auf der Grundlage unserer Verfassung eine Regelung, die den berechtigten Interessen der Mitbürger muslimischen Glaubens entspricht. Worauf wir bestehen müssen, auch im Interesse aller Kinder, die hier leben, will ich klar sagen: In unseren staatlichen und privaten Schulen werden die Kinder – auch im Religionsunterricht – im Sinne der Grundwerte unserer Verfassung erzogen.“

Meine Damen und Herren, ich denke, diesen Worten von Johannes Rau gibt es, was den Geist und den Sinn dieser parlamentarischen Arbeitsgruppe angeht, nichts hinzuzufügen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Altenkamp. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich glaube, dass das, was wir heute tun, ganz im Sinne von Johannes Rau ist und dass sich Johannes Rau über den Antrag, den wir heute beschließen, sehr gefreut hätte. Kollegin Altenkamp hat darauf hingewiesen.

Meine Damen und Herren, im Grundgesetz sind die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen oder weltanschaulichen Bekennt-

nisses sowie die ungestörte Religionsausübung gewährleistet. Die Religionsfreiheit gilt sowohl für den einzelnen Menschen als auch für religiöse Vereinigungen.

Es gibt in Deutschland aus gutem Grund keine Staatskirche. Die Trennung von Kirche und Staat gewährleistet eine weltanschauliche Neutralität des Staates auf der einen Seite und ein religiöses Selbstbestimmungsrecht auf der anderen Seite. Aber das Verhältnis ist nicht auf Ausgrenzung, sondern auf ein partnerschaftliches Miteinander angelegt. Grundlage sind neben der Verfassung Staatskirchenverträge, die der Staat mit einer Religionsgemeinschaft abschließt, Konkordate mit der katholischen Kirche, die wir kennen, sowie Kirchenverträge mit den evangelischen Kirchen. Mit diesen Verträgen wird ein Ausgleich staatlicher und religiöser Interessen geschaffen. Sie sind nicht einseitig, sondern sie beruhen auf einer Selbstbindung beider Vertragsparteien.

Der Gegenstand solcher Vereinbarungen reicht von der Ausbildung von Theologinnen und Theologen an öffentlichen Universitäten und dem Mitspracherecht der Kirchen bei der Besetzung von Lehrstühlen über die Seelsorge in Krankenhäusern und Justizvollzugsanstalten bis hin zu Mitwirkungsrechten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. So weit, so gut.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir es mit der Integration in unserem Land ernst meinen, können wir in diesem gesellschaftspolitisch so wichtigen, fein austarierten Beziehungsgeflecht nicht eine Million Menschen muslimischen Glaubens in Nordrhein-Westfalen außen vor lassen.

Integration kann aus meiner Sicht nur gelingen, wenn neben der sozialen und sprachlichen Integration auch eine religiöse Integration stattfindet, und zwar auf der Basis einer Kultur der Anerkennung und nicht der Ausgrenzung. In meinem Staatsverständnis gehören die Religionen gleichgestellt in die Mitte der Gesellschaft. Auch das ist ein Beitrag, auch das ist Vorbeugung gegen extremistische Auswüchse in unserem Gemeinwesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Bemühungen gab es in den letzten Jahren viele, um zu einer Übereinkunft mit Vertretern der Muslime – ähnlich der Verträge mit den Kirchen in NRW – zu kommen. Aber es gelang bisher nicht, die Verschiedenheit und Zersplitterung der muslimischen Verbände unter ein gemeinsames Dach zu bringen, um damit einen Ansprechpartner als Interessenvertreter möglichst vieler Muslime in NRW zu haben. Nur unter dieser Voraussetzung kann es aus meiner

Sicht zu verbindlichen Absprachen im Sinne der Kirchenverträge und damit zu einer echten Gleichstellung der Religionen bei uns kommen.

Kontraproduktiv ist es hier aus meiner Sicht, wenn – wie es zurzeit ja passiert – einzelne Verbände versuchen, über den Rechtsweg ihren Status als Religionsgemeinschaften einzuklagen. Die muslimische Interessenvertretung wird damit einer Zersplitterung ausgesetzt und nur geschwächt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht nicht darum, dass sich die Muslime in NRW zu einer Glaubensauslegung zusammenschließen sollen. Da soll, da darf der Staat sich nicht einmischen. Es geht darum, dass der Staat Mitspracherechte für die Muslime in Fragen des islamischen Religionsunterrichts, einer deutschen Imamausbildung, der Seelsorge in Justizvollzugsanstalten – in all diesen gesellschaftspolitisch wichtigen Fragen – nur gewähren kann, wenn er diese Vereinbarung mit einer muslimischen Vertretung trifft, die mit einer Stimme und möglichst für viele Musliminnen und Muslime in NRW spricht.

Es ist aus meiner Sicht erfreulich, dass aufseiten der muslimischen Verbände genau diese Debatte läuft und ein ganz großes Stück vorangekommen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen diesen Prozess mit dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe fördern. Wir wollen im Dialog mit den Verbänden auf Augenhöhe weiter vermitteln und die Interessen des Staates auf der einen Seite und die Interessen der Musliminnen und Muslime in NRW auf der anderen Seite versuchen zusammenzufügen. Das ist ein wichtiger Schritt zur Integration in diesem Land.

Ich freue mich sehr, dass dieser Versuch – so können wir es ja erst einmal nur nennen, denn das Ziel haben wir vor Augen, aber es ist noch nicht erreicht – heute interfraktionell gelingt. Wir haben uns da sehr viel vorgenommen. Es gilt vielleicht am Ende dieses Prozesses auch einmal an der einen oder anderen Stelle einen dicken Knoten durchzuschlagen.

Die Kollegin Altenkamp hat auch schon darauf hingewiesen: Ich verstehe das nicht nur als Aufgabe der Regierung – Minister Laschet wird sicher gleich etwas zu seinen Aktivitäten sagen –, sondern auch als Aufgabe dieses Parlaments, auf diesem Weg der Integration hier mit dem Thema Islam in NRW einen guten Schritt voranzukommen.

Meine Damen und Herren, ein persönlicher Wunsch zum Schluss: Ich wünsche mir sehr, dass wir auch bei anderen integrationspolitischen Fragen ähnlich kooperativ zusammenarbeiten können. Allzu sehr wird in Deutschland in alten Reflexen aufeinander reagiert, wenn es um dieses Thema geht. Leider, meine Damen und Herren, ist es in Wahlkampfzeiten immer besonders beliebt, dass Einzelne aus dem Thema Ausländerintegration billigen politischen Profit schlagen wollen. Dies ist ein gutes Beispiel, wie es anders gehen kann. Ich hoffe, es findet viele Nachahmer.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Düker. – Für die FDP spricht nun Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir freuen uns, dass es gelungen ist, ein gemeinsames Vorgehen aller Fraktionen zu vereinbaren. Es wäre ja auch ein Treppenwitz gewesen, wenn wir von den Muslimen verlangen, sich auf ein Gremium zu verständigen, und selbst als Parlament nicht in der Lage gewesen wären, in dieser wichtigen Frage zu einer gemeinsamen Haltung zu finden.

Die Notwendigkeit einer zentralen Vertretung der Muslime ist seit vielen Jahren offensichtlich. Wir haben hier auch verschiedentlich darüber beraten. Ich erinnere daran, dass meine Fraktion im Jahr 2002 bereits einen entsprechenden Antrag vorgelegt hat. Wir hatten damals eine politische Repräsentanz des Islams als Fundament für die weitere Integration gefordert, als Fundament deshalb, weil damals wie heute klar ist, dass viele Probleme im Miteinander nur zu lösen sind, wenn der Staat auch ein Gegenüber hat, mit dem er sprechen kann.

Das bekannteste Beispiel dieser Fragen, die miteinander beraten werden müssen, ist sicherlich der islamische Religionsunterricht. Aber es sind auch andere politische Themen auf der Tagesordnung. Ich denke etwa an den Bau von Moscheen, die Einrichtung von muslimischen Friedhöfen, die Teilnahme muslimischer Mädchen an Klassenfahrten oder auch die Beseitigung religiös bedingter Ausbildungshemmnisse, wenn etwa ein Fleischerlehrling in der Abschlussprüfung ein Schwein zerlegen muss. Oft wurden diese Fragen in der Vergangenheit entweder den Gerichten überlassen oder in die religiösen Gettos gedrängt.

Warum gestaltet sich die Suche nach einem Vertreter so schwierig? Erstens gestaltet sie sich

schwierig, weil dem Islam ein anderes Verständnis als beispielsweise dem Christentum zugrunde liegt. Er ist schlechterdings nicht institutionalisiert. Es fehlen hierarchische Strukturen, die Verfasstheit einer Kirche. Zweitens sind bestenfalls 10 % der Muslime in Nordrhein-Westfalen organisiert. Von daher ist es schwierig, einen der großen Dachverbände, seien es der Islamrat, der Zentralrat oder andere, zum Sprachrohr zu erklären.

Auch wenn diese drei Großen im Moment versuchen, einen gemeinsamen Dachverband zu gründen, kann man absehen, dass sie auch zusammen noch nicht die notwendige Mitgliederzahl haben, um für alle Muslime in Nordrhein-Westfalen zu sprechen.

Es gibt ein weiteres Problem, das hier angesprochen werden muss. Das ist die finanzielle Abhängigkeit verschiedener Großorganisationen vom türkischen Staat. Ausländische Regierungen ehemaliger Entsendestaaten sollen zwar weiterhin als internationale Partner hoch geschätzt werden, aber sie können nicht Repräsentanten der Muslime in Nordrhein-Westfalen sein.

Zum Dritten gibt es Probleme damit, einen Vertreter zu finden, weil es nicht den Islam gibt, sondern viele unterschiedliche religiöse Strömungen, die auf einen Nenner zu bringen sich schwierig gestaltet.

Mit der ernsthaften Suche nunmehr nach einem politischen Repräsentanten setzen wir ein deutliches Signal der Akzeptanz des Islams in unserer Gesellschaft, das auch den muslimischen Bevölkerungsteil verstärkt motivieren soll, Integrationsangebote anzunehmen. Denn – darauf ist hingewiesen worden – auch wir müssen Erwartungen an diejenigen formulieren, die in unserer Mitte leben wollen.

Wir brauchen eine Repräsentanz des Islams, damit er aus den Hinterhöfen hervorkommen kann. Wir wollen den Religionsunterricht nicht länger den Koranschulen überlassen, sondern der überwiegenden Mehrheit friedliebender Muslime auch im Rahmen etwa der öffentlichen Schulen ein Angebot machen. Gleiches gilt für die Imam-Ausbildung.

Niedersachsen war – wir haben das dieser Tage gelesen – schneller als wir. Niedersachsen will als erstes Bundesland den „echten Religionsunterricht“ für Muslime einführen. Dort ist es schon gelungen, eine Repräsentanz des Islams zu etablieren. Auch in Hessen und Hamburg haben bereits Ansprechpartner in den politischen Raum gefunden, die als Körperschaft des privaten Rechts an-

erkannt sind und dem Staat verbandsübergreifend in allen Fragen des Islams zur Verfügung stehen.

NRW soll und darf hier nicht hinterherhinken. Im Gegenteil: Wir müssen uns eine Vorreiterrolle neu erarbeiten. Denn in keiner EU-Region leben mehr Muslime als in unserem Bundesland.

Wir wissen um die Schwierigkeiten, einen zentralen Ansprechpartner zu finden. Wir vertrauen aber auf die Dialogbereitschaft der Muslime. Der Antrag aller Fraktionen auf ein gemeinsames Gremium des Landtags ist ein deutliches Signal in diese Richtung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP, CDU und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung begrüßt den von den Fraktionen vorgelegten Antrag ausdrücklich, unterstreicht er doch noch einmal den Konsens dieses Hauses und der Landesregierung, den in unserem Land lebenden Bürgerinnen und Bürgern muslimischen Glaubens adäquat und auf Augenhöhe zu begegnen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Insofern gab und gibt es nirgendwo den Vorbehalt, warum sich jetzt auch noch der Landtag um diese Angelegenheit kümmert. Im Gegenteil ist es geradezu richtig, dass sich der Landtag auch um diese Frage kümmert. Denn das, was eine interministerielle Arbeitsgruppe mit einer Unterarbeitsgruppe Dialog mit dem Islam leistet, ist etwas völlig anderes als der Konsens aller demokratischen Kräfte, die sich in diesem Landtag wiederfinden, ebenfalls gegenüber den muslimischen Bürgern im Land zu signalisieren, dass sie als Religionsgemeinschaft anerkannt und willkommen sind. Wir wollen, dass sie beispielsweise in der Schule oder auch an anderen Orten so stattfindet wie die anderen Religionen, die es bei uns gibt.

Insofern war es ermutigend, dass Papst Benedikt XVI. bei seinem Besuch anlässlich des Weltjugendtages ausdrücklich gesagt hat, auch Muslimen stehe das Recht zu, Identität in eigenem Religionsunterricht zu finden. Das Passstück dazu ist die islamische Vertretung, die wir brauchen. Außerdem sind es die Regeln, die wir setzen. Es sind die gleichen Regeln, die wir für die christlichen Religionen setzen: unter deutscher Schul-

aufsicht setzen, in deutscher Sprache und von in Deutschland ausgebildeten Lehrern.

Genau das macht Integrationspolitik deutlich. Insofern ist es wichtig, dass an der Stelle kein parteipolitischer Streit darüber entsteht, erst recht sollten nicht, wenn man vielleicht einmal kurz davor ist, mit einer Religionsgemeinschaft ein Abkommen zu schließen, die anderen dann parteipolitisch genutzt werden, um das Ganze zu torpedieren. Wenn Integrationsoffensive vom Landtag und allen dort vertretenen vier Fraktionen getragen wird, ist das sehr hilfreich. Das kann eine Landesregierung allein eigentlich nicht leisten. Denn eine Landesregierung steht immer im Spiel zwischen Regierung und Opposition. Und wenn Opposition in einem solchen Prozess nicht mitginge, wäre ein Erfolg in der Integrationspolitik sehr schwierig.

(Zustimmung von Manfred Kuhmichel [CDU])

Sehr wichtig ist für mich auch die Frage, ob mit den islamischen Verbänden Integrationspolitik stattfindet. Ich glaube, sehr viele Zuwanderer legen Wert darauf, dass nicht die islamischen Verbände unsere alleinigen Ansprechpartner in Sachen Integrationspolitik sind. Die kommunalen Migrantenvvertretungen sind demokratisch gewählte Vertreter der Zuwanderer vor Ort, die mit vielen anderen unsere ersten Ansprechpartner sind. Dialog mit dem Islam ist nicht identisch mit Integrationspolitik allein. Dialog mit dem Islam betrifft die Menschen, die als Muslime glauben. Das ist längst nicht die überwiegende Mehrheit der bei uns lebenden Zuwanderer. Wir müssen deshalb darauf achten, nicht jeden Zuwanderer, jeden türkischen Staatsbürger gleich zu einem gläubigen Muslim zu erklären. Denn auch dort gibt es Religionsfreiheit. Insofern ist diese Differenzierung wichtig.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Es ist beschrieben worden, dass wir nicht am Punkt null beginnen, sondern auch die frühere Landesregierung schon große Anstrengungen unternommen hat und es bisher eher an den muslimischen Verbänden als an der Landesregierung, dem Landtag, seinen Fraktionen und allen, die bemüht sind, liegt, sich auf eine einheitliche Vertretung zu verständigen.

An der Stelle müssen wir schon die Botschaft klarmachen: Wir warten nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Wenn es zu einem bestimmten Zeitpunkt keine Einigungsmöglichkeiten unter den islamischen Verbänden gibt, müssen wir notfalls mit einem, zweien oder in welcher Konstellation auch immer mit dem Religionsunterricht beginnen. Solange dieser Religionsunterricht nicht stattfindet,

ist eine ganze Generation von Schülern eben nicht religiös unterwiesen worden. Diese Unterweisung fände weiter außerhalb der Schule statt. Wir sollten uns die laufende Legislaturperiode als Zeitrahmen setzen und an ihrem Ende den Religionsunterricht auch in Nordrhein-Westfalen so haben, wie ihn sich andere Bundesländer ebenfalls vorgenommen haben. Notfalls sollten wir dann mit dem starten, der zu den entsprechenden Bedingungen, die wir für Integration formuliert haben, bereit ist, den ersten Schritt zu machen.

Der Prozess wird kompliziert. Dieser betrifft Fragen des Staatskirchenrechts, die federführend von der Staatskanzlei behandelt werden. Die Schulministerin ist bezüglich des Religionsunterrichts sowie der Ausbildung der Religionslehrer gefragt. Der Integrationsminister ist bei den Kontakten zu den Verbänden der Zuwanderer gefragt. Deshalb haben wir in der letzten Woche diese interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine Untergruppe Dialog mit dem Islam hat.

Die Landesregierung bietet an, in dieser Frage ganz eng mit dem Landtag zusammenzuarbeiten. Nach Ihrem Antrag, wenn ich ihn richtig verstanden habe, haben Sie den Integrationsbeauftragten hinzu geladen. Aber auch die Minister, die in diesem Feld arbeiten, stehen dem Landtag jederzeit zur Verfügung.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schließe damit die Beratung.

Alle vier Fraktionen des Hauses haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht und direkte Abstimmung beantragt. Wer dem **Antrag Drucksache 14/1103** seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag aller vier Fraktionen vom Landtag einstimmig **angenommen** worden.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

2 Kreativität freisetzen und Kräfte bündeln – Trendwende in der Innovationspolitik Nordrhein-Westfalens

Regierungserklärung
der Landesregierung

Der Ministerpräsident hat mit Schreiben vom 24. Januar mitgeteilt, dass der Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie,

Herr Prof. Pinkwart, beabsichtigt, heute zu diesem Thema eine Regierungserklärung abzugeben.

Ich erteile Herrn Prof. Pinkwart als zuständigem Minister das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die zentrale Bedeutung von Innovationen liegt auf der Hand. Hohe Löhne und sichere Arbeitsplätze sind dauerhaft nur möglich, wenn unsere Produkte mindestens um so viel besser sind, wie sie teurer sind. Neue Produkte und Produktionsprozesse sind der Schlüssel zum Wohlstand von morgen.

Wie sind die Bedingungen dafür in Nordrhein-Westfalen? Wie sieht der Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen heute aus? – Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung stellt in seiner aktuellen Studie eine beträchtliche Forschungslücke für unser Land fest. Die Investitionen für Forschung und Entwicklung gemessen am Bruttoinlandsprodukt lagen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2003 mit 1,8 % des Bruttoinlandsprodukts deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 2,6 % und weit hinter Bayern und Baden-Württemberg mit 3 % beziehungsweise 4 %.

Auch in absoluten Zahlen liegen die FuE-Ausgaben unterhalb derer Bayerns und Baden-Württembergs. Gleiches gilt auch für die Anzahl der Patente und den Anteil der Beschäftigten in innovativen Unternehmen. Die RWI-Studie stellt fest, dass sich die Schere zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Bundesdurchschnitt in den vergangenen Jahren sogar weiter geöffnet hat. Deutschland ist dem Lissabon-Ziel, drei Prozent vom BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren, in den vergangenen Jahren, wenn auch nur sehr schrittweise, näher gekommen. Nordrhein-Westfalen hingegen fiel weiter zurück, meine Damen und Herren, und zwar von 2,1 % im Jahre 1991 auf 1,8 % im Jahre 2003. Dies belastet uns besonders in einer Situation, in der global agierende Unternehmen nicht nur die Arbeitsplätze in der Produktion, sondern immer häufiger auch ihre Forschung und Entwicklung ins Ausland verlagern.

Meine Damen und Herren, umso wichtiger ist es für uns, die Forschungslücke des Landes Nordrhein-Westfalen zu schließen, um ein auch international konkurrenzfähiger Forschungs- und Entwicklungsstandort zu werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das RWI nennt drei zentrale Gründe für die Forschungslücke in Nordrhein-Westfalen.

Erstens: Die Forschungsintensität der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist im Bundesvergleich unterdurchschnittlich. Während die Wirtschaft bundesweit im Schnitt fast 1,8 % vom BIP in FuE investiert, sind es bei uns nur weniger als 1,1 %. Vor allem fällt hier die relative Forschungsabstimmung unserer großen Firmen ins Gewicht – von beachtlichen Ausnahmen wie Bayer abgesehen.

Es ist hier nämlich anders als bei der Beschäftigung und den Ausbildungsplätzen, wo der Mittelstand bekanntermaßen den größten Beitrag leistet. Es sind die großen Unternehmen, die über 80 % der privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung tätigen. Für sie muss der Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen endlich wieder so interessant werden, dass sie wieder mehr in Nordrhein-Westfalen investieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Der zweite Grund, den das RWI für unsere beträchtliche Forschungslücke identifiziert, ist der in Teilen nicht bewältigte Strukturwandel vor allem im Ruhrgebiet, in den zwar schon sehr viel öffentliches Geld geflossen ist, aber zu häufig in Projekte, die für einen nachhaltigen Strukturwandel nicht taugen. In der RWI-Studie heißt es, dass im Ruhrgebiet ausgleichspolitisch motiviertes Bestreben dazu geführt habe, dass auch solche Konstellationen zu Clustern befördert wurden, die eigentlich die nötige kritische Masse gar nicht aufweisen. So helfen wir dem Ruhrgebiet, meine Damen und Herren, nicht weiter.

(Zustimmung von Manfred Kuhmichel [CDU])

Das Ruhrgebiet hat Stärken, und es hat Chancen. Unsere Aufgabe ist es, die Förderung gezielter dort einzusetzen, wo die Stärken des Ruhrgebietes liegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Als dritten Grund nennt das RWI das lokale Innovationsklima. Den süddeutschen Ländern sei bei dessen Pflege und im engagierten Kampf um gewichtige Einzelinvestoren – ich zitiere – „eine große Hartnäckigkeit und erhebliche Fortune“ zu bescheinigen, unserem Land nicht. Hier ist die Risikobereitschaft zu gering, hier, so die Experten, ist das Innovationsklima wenig stimulierend mit der Folge, dass die Zukunftsinvestitionen zu gering sind.

In dieses Stimmungsbild passt es, dass das RWI in Nordrhein-Westfalen einen Mangel an hochinnovativen Unternehmensgründungen moniert, insbesondere in Hightechsektoren, die auf längere Sicht Wachstum hervorbringen. All dies hemmt

unsere wirtschaftliche Entwicklung und den notwendigen Strukturwandel.

Der Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen leidet darüber hinaus darunter, dass in unseren Hochschulen zu wenig Exzellenz sichtbar wird – im nationalen wie im internationalen Vergleich. Wir haben die dichteste Hochschullandschaft Europas, aber leider noch nicht die beste. Dies ist die Quintessenz der Evaluierung unserer Hochschullandschaft im Zuge des nationalen Exzellenzwettbewerbs.

Natürlich freuen wir uns über das sehr erfolgreiche Abschneiden der Technischen Hochschule Aachen in der vorläufigen Bewertung, auch über die Erfolge der Universitäten Bielefeld, Bochum, Bonn und Köln. Wir können aber nicht damit zufrieden sein, dass nur eine unserer Hochschulen das Elitefinale erreicht, hingegen sieben Kandidaten aus Bayern und Baden-Württemberg. Den erheblichen Rückstand aufzuholen, gerade im Vergleich zu den süddeutschen Ländern, wird eine anstrengende Aufholjagd.

(Beifall von CDU und FDP)

Es geht hier nicht darum schwarzzumalen oder die Anstrengungen der Vorgängerregierung schlechtzureden. Aber Teilerfolge sind kein Aufbruch und schon gar kein Durchbruch für den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen. Unser Ziel ist es deshalb: Wir brauchen eine Trendwende in der Innovationspolitik. Wir müssen entschlossen umsteuern, um das Innovationsklima wieder zu verbessern, neues Vertrauen in den Standort zu schaffen und wieder Chancen für zukunftsichere Arbeitsplätze zu eröffnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das heißt konkret: Wir wollen bis 2010 den Abstand bei der Forschungs- und Entwicklungsquote zum Bundesdurchschnitt verringern.

Spätestens bis 2015 wollen wir erreichen, dass in Nordrhein-Westfalen mindestens 3 % des Bruttoinlandproduktes in Forschung und Entwicklung investiert werden. Wir wollen das Land mit den höchsten Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland werden, das Land mit der höchsten Anzahl der Patente und mit dem höchsten Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung. Das ist eine immense Kraftanstrengung.

Es bedeutet, dass die jährlichen Ausgaben der Wirtschaft in Forschung und Entwicklung von rund 5 Milliarden € auf 10 Milliarden € steigen müssen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Jährlich?)

Es bedeutet auch, dass mindestens 40.000 Menschen mehr als heute in Forschung und Entwicklung arbeiten werden. Das zu erreichen, ist ehrgeizig, aber es ist uns ernst damit.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat es in seiner Regierungserklärung schon gesagt: Wir können die Probleme meistern. Wir haben die Kraft dazu, wir haben das Wissen, die Ausbildung und die Infrastruktur. Was wir nicht hatten, war Klarheit und Verlässlichkeit, aber die haben wir jetzt auch, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist unser Ziel anspruchsvoll, aber nicht utopisch.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Bis zum Jahr 2015 wollen wir Innovationsland Nummer eins werden.

Was ist unser Ansatz? – Innovation kann der Staat nicht planen, im Gegenteil: Überregulierung und Bürokratismus entmündigen und lähmen die Menschen. Innovationen aber brauchen Freiheit. Deshalb werden wir die soziale Marktwirtschaft wiederbeleben. Das ist eine Ordnung der Freiheit, der Solidarität und der Subsidiarität. So verstandene Ordnungspolitik setzt den Rahmen, in dem die Menschen ihre Dinge ohne staatliche Bevormundung selbst regeln. Sie schafft mehr Spielraum für die Wirtschaft und mehr Eigenverantwortung für die Wissenschaft, sie fördert die Kreativität und Eigeninitiative, die Innovations- und Risikobereitschaft der Menschen.

Um einen attraktiven Rahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation zu schaffen, genügt es nicht, den Input der öffentlichen Hand zu erhöhen. Stärker als bisher muss die Qualität von Projekten den Ausschlag für die Förderung geben, nicht der Standort oder ausgleichspolitische Motive.

Statt Vergangenheit zu finanzieren, müssen wir mehr in Zukunft investieren. Wir müssen den Transferprozess von der Idee zum Produkt verbessern, innovative Firmengründungen erleichtern und eine neue Qualität der Verzahnung unserer Partner in Wissenschaft und Wirtschaft erreichen.

(Beifall von der FDP)

Auch die Vorgängerregierung hat Schwerpunkte, Cluster und Netzwerke identifiziert, aber darüber hinaus brauchen wir den Mut zur Ungleichheit, müssen wir die Chancen neuer Technologien stärker ins Blickfeld rücken und uns unverkrampft

zur Elite und Exzellenz in Wissenschaft und Wirtschaft bekennen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir setzen deshalb auf klare neue Prinzipien. Sie lauten: Stärken stärken, Profil schärfen, Exzellenz fördern.

(Karl Schultheis [SPD]: Ist das etwas Neues?)

Dies ist unser Rezept, um gemeinsam mit unseren Partnern in Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen an die Spitze zu führen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das überrascht uns jetzt aber!)

Um die Trendwende für den Innovationsstandort zu erreichen, bauen wir unsere Politik auf Grundsätzen auf, die es den entscheidenden Akteuren im Innovationsprozess ermöglichen, ihre Kreativität zu entfalten, ihren Handlungsspielraum zu nutzen und ihre Leistungsstärke zum Wohle der Gemeinschaft zu steigern.

Wir müssen das Regelungsdickicht lichten, das die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen einengt, und an seine Stelle einen stimulierenden ordnungspolitischen Rahmen setzen. Kurz: Wir brauchen eine Politik, die Freiräume für die Investitionen in Wissen und Innovationen schafft.

(Beifall von der FDP)

Um den Unternehmergeist in unserem Land neu zu beleben, wird die Landesregierung systematisch Schritt für Schritt Bürokratie auf allen Feldern abbauen. Dazu gehört auch, dass wir EU- und Bundesrecht in Nordrhein-Westfalen in Zukunft nur noch 1:1 umsetzen und mit dem Draufsatteln der Vergangenheit endlich Schluss machen.

(Beifall von CDU und FDP – Johannes Remmel [GRÜNE]: Das stand schon in der Regierungserklärung!)

Helle Köpfe sind unser wichtigstes Kapital. In unseren Schulen und Hochschulen entscheidet sich die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft zuallererst.

Die Weichen für eine nachhaltige Verbesserung unserer Schulen sind gestellt. Gemeinsam mit dem Schulministerium wird mein Haus im Frühjahr vorstellen, wie wir den Übergang zwischen Schule und Hochschule so gestalten können, dass den jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen der Einstieg ins Studium besser gelingt.

Im Hochschulbereich haben wir ebenfalls seit der Regierungsübernahme bereits große Schritte gemacht. Wir haben den Hochschulen trotz schwierigster Haushaltslage eine tragfähige finanzielle Basis geschaffen und den Qualitätspakt gesichert.

Seit dem 1. Januar 2006 haben wir mit Einführung des Globalhaushaltes den Hochschulen die Möglichkeit eröffnet, durch Eigenbewirtschaftung die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel noch wirksamer einsetzen zu können.

(Zuruf von Dr. Michael Vesper [GRÜNE])

Wir haben zudem den Entwurf für ein Studienbeitragsgesetz vorgelegt, das einen Mentalitätswechsel im Verhältnis von Hochschulen und Studierenden einleitet.

(Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Die Hochschulen erhalten die Möglichkeit, jährlich zusätzlich bis zu rund 320 Millionen € einzunehmen. Die Hochschulen übernehmen aber zugleich die Verpflichtung, dieses Geld dafür einzusetzen, Studium und Lehre in den Naturwissenschaften genauso wie in den Kultur- und Gesellschaftswissenschaften nachhaltig zu verbessern. Die Studienbeiträge sind für die Hochschulen echte Zusatzeinnahmen. Der Zukunftspakt wird die kompensatorische Kürzung des Landeszuschusses für die laufende Legislaturperiode ausschließen. Der Gesetzentwurf soll Ihnen im März abschließend zur Beratung im Parlament vorliegen.

Nun bereiten wir den nächsten großen Schritt vor. Das geplante Hochschulfreiheitsgesetz ist ein Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Staat und Hochschule. Das Kabinett hat inzwischen die Eckpunkte des Gesetzes beschlossen. Oberstes Ziel der Gesetzesinitiative ist es, die nordrhein-westfälischen Hochschulen noch leistungsfähiger und national wie international wettbewerbsfähiger zu machen.

Dazu wollen wir ein Höchstmaß an Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit geben. Hochschulen sollen künftig Vermögen bilden und eigene Einnahmen erwirtschaften können. Zur Nutzung und wirtschaftlichen Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse sollen sie Unternehmen gründen und sich an Unternehmen beteiligen können. Es soll für innovative Unternehmen leichter werden, auf dem Campus der Hochschulen gemeinsam finanzierte Forschungseinrichtungen und Labore zu unterhalten.

Unsere Hochschulen müssen besser, schneller und beweglicher werden können. Deshalb geben

wir ihnen das freiheitlichste Hochschulrecht in ganz Deutschland.

(Beifall von CDU und FDP)

Profilierungen und das Stärken ihrer Stärken fördern wir außerdem mit Instrumenten wie der leistungsbezogenen Mittelverteilung, die wir ausgebaut haben und weiterentwickeln werden. Künftig werden über eine halbe Milliarde Euro jährlich vom Land an die Hochschulen nach leistungsbezogenen Parametern vergeben.

Damit Neugier, Wissensdurst, Erkenntnisdrang und Erfindergeist bei uns wieder gedeihen können, machen wir Schluss mit der Ideologisierung der Forschungs- und Technologiepolitik.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das sagt der Richtige!)

Wir werden die Rahmenbedingungen gezielt so verändern, dass sie Forschung und Entwicklung, insbesondere auch der Firmen, wieder stimulieren statt strangulieren. Die Blockade wichtiger Technologiefelder durch Barrieren und Denkverbote werden wir abbauen, ob in der Energie- oder in der Biotechnologie.

(Beifall von der FDP)

Damit stellen wir uns der Verantwortung für die großen Probleme der globalen Welt: den Hunger besiegen, bisher untherapierbare Krankheiten heilen, das Wasserproblem lösen, ausreichend Energieversorgung für eine wachsende Menschheit garantieren. Unseren Beitrag dazu können wir nur leisten, wenn wir alle technologischen Optionen nüchtern in Betracht ziehen, ihre Risiken ausloten, aber auch ihre echten Chancen verfolgen.

Nehmen wir als Beispiel die moderne Biotechnologie, eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Blicken wir auf die grüne Gentechnologie. Sie bietet große Chancen, Lebensqualität nachhaltig zu verbessern. Für viele Millionen Menschen in den armen Ländern heißt dies: Sie bietet die Chance zu überleben.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Monsanto! Absoluter Quatsch!)

Wie gehen wir in Nordrhein-Westfalen bisher mit den Chancen dieser Zukunftstechnologie um? Wir verfügen über eine exzellente biotechnologische Grundlagenforschung. Doch das geltende Gentechnikrecht macht die Entwicklung neuer Produkte nahezu unmöglich. Unternehmen hierzulande können sich die Überregulierung und unkalkulierbare Haftungsrisiken nicht leisten. Sie stellen die

Entwicklung innovativer Produkte ein oder verlagern sie ins Ausland.

Das Gentechnikrecht, meine Damen und Herren, der alten Bundesregierung schadet dem Innovationsstandort und muss deshalb dringend geändert werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Scheuklappen ablegen und den Blick wieder öffnen müssen wir auch in der Energieforschung. Angesichts des weltweit steigenden Energieverbrauchs bedeutet eine verantwortungsvolle Politik, dass man keine bestehende Möglichkeit für eine sichere, wirtschaftliche, ökologisch vernünftige und ausreichende Energieversorgung vernachlässigen darf.

Natürlich brauchen wir zusätzliche Anstrengungen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Für den Standort Deutschland brauchen wir aber auch weiterhin eine starke Expertise auf den Gebieten der Sicherheit von Kernkraftwerksanlagen und Entsorgung, wie wir sie etwa in Aachen und Jülich haben.

Im internationalen Kontext tragen wir Verantwortung dafür, unsere Kompetenz für diejenigen Länder mit zur Verfügung zu stellen, die auch aus Klimaschutzüberlegungen in Zukunft Kernenergie nutzen werden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Iran zum Beispiel!)

Unter dem Eindruck des Klimawandels mehren sich in Europa die Stimmen für die Nutzung der Kernkraft zur Energiegewinnung. Das muss uns darin bestärken, unsere hohe wissenschaftliche und technologische Kompetenz zu sichern. Scheuklappen ablegen heißt also: Wir machen uns stark für Forschung und Entwicklung zu erneuerbaren Energien, Klimaschutz und modernster Kraftwerktechnik. Wir machen uns aber auch zugleich stark für den Erhalt unserer Kompetenz in der Kernforschung.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit aus frisch entfalteter Kreativität tatsächlich wissenschaftliche Exzellenz und Innovationsvorsprung der Wirtschaft erwachsen, müssen wir unsere Kräfte bündeln. Was bedeutet das für die Innovationspolitik der Landesregierung? Bislang war die Förderlandschaft in Nordrhein-Westfalen unübersichtlich, die Förderinstrumente waren stumpf, die Förderprinzipien waren unklar. Was, warum, von wem, unter welchen Bedingungen gefördert wird, dass war für Forscher, Wissenschaftler und die Wirtschaft auch völlig undurchsichtig.

Die Vielzahl vermeintlicher Leuchttürme trägt mehr zur Verwirrung denn zur Orientierung bei. Das Gleiche gilt für die Vielzahl der geförderten Initiativen und Agenturen. Das heißt, meine Damen und Herren, wir müssen aufräumen, neue Klarheit schaffen, unsere Ressourcen zusammenführen und ein professionelles Standortmarketing betreiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Exzellenz kann nur im Wettbewerb entstehen. Dazu taugt das Prinzip Gießkanne nicht. Wir schaffen es daher ab. Die Vergabe von Fördermitteln erfordert künftig strikt wettbewerblich unter Beteiligung von Experten aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Und wir werden die Instrumente so gestalten, dass wir unsere Mittel wirksamer einsetzen können.

Wo immer möglich, werden wir die pure Subvention in Anschubfinanzierung verwandeln. Das heißt, dass wir die Zuschussförderung weitgehend durch revolvierende Förderprogramme, Eigenkapital verstärkende Mezzanine-Finanzierungen und durch Eigenkapitalverstärkung im Gründerbereich ersetzen. Dazu entwickelt die NRW-Bank gemeinsam mit uns Programme, die wir im laufenden Jahr starten werden.

Die NRW-Bank wird uns auch dabei unterstützen, soweit möglich, private Beteiligungsfonds für die Finanzierung von Innovationsprojekten in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. Diese neuen Ansätze brauchen wir dringend, denn auf vielen Feldern mangelt es in Nordrhein-Westfalen an hoch innovativen Start-ups mit nachhaltigem Unternehmenserfolg.

Für unser Land werden auch in der 2007 beginnenden Förderperiode Strukturhilfemittel der Europäischen Union im Umfang von rund 1 Milliarde € bereitstehen, sogenannte Ziel-2-Mittel. Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich die Absicht der Europäischen Union, diese Mittel zukünftig stärker zur Erreichung der Ziele des Lissabon-Prozesses einzusetzen, und wird in der neuen Förderperiode einen wesentlichen Schwerpunkt im Bereich Innovation setzen.

Auch diese Mittel sollen, soweit möglich, nach dem Wettbewerbsprinzip vergeben werden. Strukturell benachteiligte Regionen des Landes wie das Ruhrgebiet bleiben auch weiterhin ein Schwerpunkt der EU-Förderung.

Projekte mit der größeren Hebelwirkung bei der Mobilisierung zusätzlicher privater Investitionen wollen wir den Vorrang geben. Wichtig für die europäische Vernetzung unserer Forschung sind zu-

dem die EU-Forschungsrahmenprogramme. Wir unterstützen die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und kleine und mittlere Unternehmen beim Einwerben von Mitteln. Wir beraten sie und koordinieren ihre Aktivitäten.

Fazit bis hierher: Wir brauchen zielgerichtete Instrumente der Forschungsförderung. Und wir müssen sie strikt an qualitätsorientierte wettbewerbliche Verfahren binden.

Wir brauchen zudem eine stärkere Konzentration auf Zukunftsfelder. Unabhängige Experten diagnostizieren das Festhalten an den Steinkohlesubventionen als den Faktor schlechthin, der dafür verantwortlich ist, dass das Ruhrgebiet in puncto Forschung und Innovation immer weiter zurückfällt. Sie bestätigen, dass wir beherzt umsteuern müssen. Die neue Landesregierung ist entschlossen, die Vergangenheit nicht durch Subventionen zu verlängern, sondern diese Mittel in Zukunftsinvestitionen umzuwandeln. Damit betreiben wir nachhaltigen Strukturwandel.

(Beifall von CDU und FDP)

Um Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erreichen, müssen wir unsere Förderung auf zukunftsorientierte Märkte konzentrieren. Wir wissen, dass die langen Konjunkturzyklen immer von Basisinnovationen ausgelöst werden, die Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend prägen und verändern.

Der letzte derart umwälzende Innovationsschub löste den Boom der Informationstechnik und des Computers aus. Noch vor gut zehn Jahren gab es nur 60.000 Internetanschlüsse in Deutschland, vorzugsweise bei Wissenschaftlern. Heute ist bereits jeder Zweite Deutsche online.

Wir müssen jetzt schon fragen: Was kommt danach? – Vieles deutet darauf hin, dass die großen Innovationsschübe von den Life-Sciences und den Nanowissenschaften ausgelöst werden.

Diese Zukunftsfelder für die Gesellschaft erschließen können nur Wissenschaft und Wirtschaft. Der Staat hat aber die Aufgabe, die Öffentlichkeit über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung, die Chancen und Risiken der Zukunftsfelder zu informieren. Außerdem muss er rechtzeitig die rechtlichen Rahmenbedingungen vorbereiten, damit wir Chancen auch nutzen können. Vor allem muss er die staatliche Förderung so ausrichten, dass sie sich auf diejenigen Wissensgebiete konzentriert, in denen die Basisinnovationen der nächsten Generationen stecken.

Der Erkenntnisfortschritt in den Lebenswissenschaften geschieht mit atemberaubendem Tempo.

Entsprechend hoch ist die Innovationsdynamik in den Anwendungsfeldern. Zugleich steigt die Nachfrage aus der Gesellschaft. Die demographische Entwicklung verstärkt die hohe Bedeutung der Life-Sciences und der Gesundheitswirtschaft. Auch die Wachstumspotenziale der Märkte für Nanotechnologien werden weltweit als besonders hoch eingeschätzt. Und wir müssen uns darauf einstellen, dass die wirklich innovativen Schübe heute aus der grenzüberschreitenden interdisziplinären Zusammenarbeit resultieren.

Dies hat auch für die Bereiche Konsequenzen, in denen unser Land traditionell stark ist: Chemie, Energie, Verkehr und Maschinenbau. Wir werden auch künftig auf diese Stärken setzen. Und wir müssen genau beobachten, wo sich hier neue Potenziale auftun. Dabei müssen wir diejenigen Bereiche stärker in den Focus nehmen, die eine besondere Dynamik entfalten: die innovativen Durchstarter, die vom Erkenntnisfortschritt besonders profitieren und ihn besonders gut in Markterfolg umsetzen können – sei es in der Medizintechnik, in der Biotechnologie oder auf dem Gebiet der neuen Werkstoffe.

Das bedeutet in der Konsequenz: Weg von der Fiktion der Egalität, mutig Differenzierung zulassen, offen sein für Neues und mehr Unterstützung für die Tempomacher in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Um unser Profil als Forschungs- und Innovationsstandort zu schärfen, muss unsere Wissenschaftslandschaft an Attraktivität für leistungsstarke außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gewinnen. Dann werden wir hier die Unternehmen auch wieder mehr forschen und entwickeln sehen, weil sie die Exzellenz des Forschungsumfeldes überzeugt.

Gemeinsam mit dem Bund und den Ländern finanzieren wir die überregionalen Einrichtungen der Spitzenforschung wie zum Beispiel die Max-Planck-Institute. Von allen Ländern trägt Nordrhein-Westfalen den höchsten Finanzierungsanteil, ohne jedoch bislang am meisten davon zu profitieren.

Die Gewinnung zusätzlicher Institute, und zwar nicht aus Regionalproporzgesichtspunkten, sondern im harten Wettbewerb mit anderen Standorten um die beste Leistung, ist deshalb ein wichtiges Ziel der Landesregierung. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir hier erste Erfolge erzielt haben.

Ich freue mich, den Landtag darüber unterrichten zu können, dass die Verhandlungen der Landes-

regierung mit der Max-Planck-Gesellschaft über die Errichtung eines neuen Max-Planck-Instituts in Köln zur Molekularbiologie des Alterns auf sehr gutem Wege sind. Dieses neue Institut würde Köln als Standort für die Lebenswissenschaften sehr weit voranbringen. Im Haushaltsentwurf für 2006 haben wir bereits die entsprechende Kofinanzierung in Höhe von 30 Millionen € für dieses Institut vorgesehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich freue mich, Sie zweitens darüber unterrichten zu können, dass wir durch den Aufbau einer lebenswissenschaftlichen Innovationsplattform in Dortmund die Voraussetzung dafür schaffen können, dass die Max-Planck-Gesellschaft am Standort Dortmund ein Max-Planck-Zentrum für Systembiologie errichten wird. Hierfür stellen wir 37 Millionen € Fördermittel zur Verfügung.

Dabei geht es keineswegs nur um Grundlagenforschung. Im Zentrum für Chemische Genomik, einem Teil dieser Plattform, werden Wissenschaftler der Pharmaindustrie und des Dortmunder Max-Planck-Instituts gemeinsam Grundlagen für neue Arzneimittel und Therapieansätze erforschen, zum Beispiel zur Bekämpfung von Krebs- und HIV-Erkrankungen. Im Zentrum für angewandte Proteomik, einem anderen Teil dieser Plattform, werden in enger Kooperation mit der Wirtschaft Methoden der Proteinanalytik und Proteinbiochips anwendungsnah weiterentwickelt.

Dies ist ein Musterfall für erfolgreiche Kooperation, für Wirtschaft und Wissenschaft – und ein Projekt des Ruhrgebiets, das Frau Kollegin Thoben und ich für die Landesregierung gern unterstützen, weil es ein exzellentes Projekt für das Ruhrgebiet ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir führen darüber hinaus Gespräche, um zusätzliche starke Forschungspartner in den Life-Sciences für Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass wir mit diesen neuen Vorhaben in Verbindung mit den Lebenswissenschaften bei Fraunhofer und der Helmholtz-Gemeinschaft und den Forschungseinrichtungen an den Hochschulen in der ABCD-Region sowie in Dortmund und Münster in unserem Land ein starkes Netz der Spitzenforschung in den Life-Sciences haben.

Das ist Profilbildung, wie wir sie für Nordrhein-Westfalen anstreben. Netzwerke und Cluster wie diese sind für die Profilbildung des Landes zwingend.

Wir müssen aber dafür sorgen, dass diese Modebegriffe nicht länger inflationär eingesetzt werden.

Nicht jedes Cluster ist ein exzellentes, und nicht jedes Konzept, das Vernetzung für sich reklamiert, verdient schon allein deshalb Unterstützung. Clusterbildung ist kein Selbstzweck. Sie muss dem Anspruch genügen, mindestens im nationalen Vergleich die kritische Masse auf einem relevanten Gebiet herzustellen.

Ebenso wie für die Forschungsförderung des Landes gilt auch hier: Wir brauchen dringend eine Besinnung auf die wirklichen Stärken. Bei deren Identifizierung sind uns die Experten hilfreich. Sie zeigen uns mit schöner Deutlichkeit weitere Cluster mit Potenzial.

Das RWI hebt in seiner Studie die RWTH Aachen und ihr Umfeld – übrigens in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der nationalen Exzellenzinitiative – als „Juwel in der Forschungsszene“ hervor. Von Aachen – so die Experten – gehen starke Impulse in die Wirtschaft und in andere Forschungseinrichtungen des Landes aus.

Dortmund ist mit Universitätscampus, Technologiepark inklusive Biomedizinzentrum und einem Cluster von Unternehmen der Mikrostrukturtechnik und Mikroelektronik laut RWI ein „Beispiel für erfolgreichen Strukturwandel im Ruhrgebiet“.

Bundesweite Beachtung findet zudem das Kompetenznetzwerk zur Stammzellforschung NRW. Es konzentriert sämtliche Forschungsarbeiten auf den Gebieten der adulten und embryonalen Stammzellforschung, und, was uns wichtig ist, es begleitet die Forschung durch Integration der Expertise zu ethischen, rechtlichen und sozialwissenschaftlichen Fragen.

Ich engagiere mich dafür, dass dieses nordrhein-westfälische Konzept zur Blaupause für ein nationales Stammzellennetzwerk wird.

(Beifall von CDU und FDP)

All diesen Fällen gemeinsam ist die beispielgebende Kooperation zwischen verschiedenen Hochschulen, zwischen Hochschulen und außeruniversitärer Forschung, zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Davon brauchen wir mehr. Starke Ansätze wie diese verdienen unsere bevorzugte Förderung und Unterstützung. Wir sind hier bei einem Eckpfeiler für erfolgreiche Innovationsstrategie, der Verbesserung des Wissenstransfers und des Informationsaustauschs zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Forschung und Lehre der Hochschulen müssen stärker transfer- und anwendungsorientiert ausgerichtet werden, sich enger mit Partnern aus der Wirtschaft verzahnen.

Für mittelständische Unternehmen sind unsere Fachhochschulen vielfach die am besten geeigneten Partner für konkrete Lösungen. Ziel der Landesregierung ist, gemeinsam mit der Bundesregierung für eine finanzielle Absicherung der Forschungsförderung an Fachhochschulen zu sorgen. Ich habe der Bundesbildungsministerin vorgeschlagen, zusätzlich zum Pakt für Forschung einen Pakt für angewandte Forschung aufzulegen. Den Hochschulen werden wir stärkere Anreize geben, den Wissenstransfer auszuweiten. Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen sind unser Instrument dafür.

Damit der Transfer in Fahrt kommt, brauchen wir aber auch neue Modelle für den Technologietransfer. Mit dem Science-to-Business-Ansatz, den die Landesregierung gemeinsam mit der Firma Degussa in Marl im Bereich der weißen Biotechnologie weiterentwickelt hat, erreichen wir eine neue Qualität der Interaktion zwischen Forschungskompetenzen und industrieller Umsetzung. In umgekehrter Richtung wird auch das Unternehmen frühzeitig in Überlegungen der Landesregierung zur Neustrukturierung einschlägiger Kompetenzen in Jülich einbezogen.

Was der Vorstandsvorsitzende der Degussa als „Bekenntnis zum Forschungsstandort Deutschland“ preist, können wir als ein Zeichen neuen Vertrauens in den Standort Nordrhein-Westfalen verbuchen. Es ist ein Erfolg der neuen Landesregierung, dass diese Investition, die nach heutigem Planungsstand bis zu 80 Millionen € betragen wird, nach Marl kommt und damit in der strukturschwächsten Region des Landes neue Impulse setzt.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch dieses Konzept ist nicht wegen dieser Region entwickelt worden, sondern es ist ein Konzept, das sich aufgrund der Qualität, die sich in dieser Region vermittelte, im Wettbewerb mit anderen nationalen Standorten durchgesetzt hat. Daran zeigt sich auch hier beispielhaft, dass wir die 12 Millionen €, die die Landesregierung zusätzlich bereitstellt, nach rein wettbewerblichen Gesichtspunkten an den besten Standort des Landes gebracht haben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist dann über Nacht gekommen!)

Der Wissens- und Technologietransfer ist allerdings kein Selbstläufer. Er muss angestoßen, moderiert und begleitet werden. Dies tun wir in der neuen Landesregierung auf Ministerebene im Interesse kurzer Wege und schneller Entscheidungen. Darüber hinaus arbeiten wir mit den

Hochschulen an Transfermodellen nach dem Vorbild der Steinbeis-Zentren, gegebenenfalls auch in Kooperation mit Steinbeis. Ziel ist die Entwicklung einer nordrhein-westfälischen Transferplattform. Sie soll für alle Hochschulen im Land offen sein und richtet sich insbesondere an den innovativen Mittelstand.

Wir brauchen uns nichts vorzumachen.

(Dr. Michael Vesper [GRÜNE]: Nein, das stimmt!)

Wir müssen die Trendwende in der Innovationspolitik schaffen, damit sich unser Land in der globalen Welt behaupten und gut platzieren kann. Es ist nicht mehr wie früher, als die Anwesenheit einer Universität oder Forschungseinrichtung automatisch als Standortvorteil gebucht werden konnte, dem die Ansiedlung forschungsintensiver Industrie ganz von selbst folgte. Dieser Automatismus funktioniert im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr. Forschungsleistungen stehen im globalen Wettbewerb.

Nur wenn unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen international mithalten können, wird die räumliche Nähe zu den Nutzern zum Standortvorteil. Große Forschungs und Innovationsvorhaben werden inzwischen weltweit ausgeschrieben. Da liegen die großen Etats, die wir brauchen, um Exzellenz herauszubilden und die Forschungslücke des Landes zu schließen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen für unternehmerisches Handeln auch auf diesem Feld. Wir brauchen mehr internationale Verflechtung und mehr ausländische Investitionen in unserem Land. Bestehende Hemmnisse werden wir abbauen.

Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Aber erste konkrete Erfolge unserer bisherigen Anstrengungen zeigen uns: Es kann gelingen. Wir wollen diese Herausforderung annehmen und erfolgreich bewältigen. International agierende Großunternehmen entscheiden sich bereits wieder für den FuE-Standort Nordrhein-Westfalen.

Ein Beispiel: Aus Gesprächen mit der Bayer AG, dem forschungsintensivsten Großunternehmen in unserem Land, kann ich Ihnen berichten: Die Bayer AG plant die Entwicklung eines Biotechnologieclusters in Nordrhein-Westfalen. Es soll die biotechnologische Entwicklungs- und die Produktionsinfrastruktur des Unternehmens in Wuppertal durch Kooperationsverträge mit den umliegenden Forschungseinrichtungen vernetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein weiteres Beispiel: Die Deutsche Telekom plant den Aufbau eines leistungsstarken Hochgeschwindigkeitsnetzes für die superschnelle Internetkommunikation. Ziel der Landesregierung ist es, dass nach Düsseldorf und Köln auch die anderen Ballungsräume Nordrhein-Westfalens bevorzugt an dieses Netz angedockt werden. Um dafür die Rahmenbedingungen herzustellen, wurde auf Initiative von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers im Berliner Koalitionsvertrag festgelegt, die entsprechenden gesetzlichen Regelungen zu schaffen. Mit dem Hochgeschwindigkeitsnetz können wir auf so unterschiedlichen Gebieten wie Gesundheit, Medien und E-Learning einen unschätzbaren globalen Standortvorteil für die nordrhein-westfälische Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung gewinnen und damit die Grundlage für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.

Ein drittes Beispiel: Die Firma Henkel wird in diesem Jahr ein Hautforschungszentrum im Life-Science-Zentrum am Merowinger Platz in Düsseldorf einrichten. Einer der Arbeitsschwerpunkte wird die Erforschung von In-vitro-Testsystemen zum Ersatz von Tierversuchen sein. Auch mit dieser Investition baut Henkel sein externes Forschungsnetzwerk konsequent weiter aus.

Jüngste Nachricht: Vor wenigen Tagen hat der in Nordrhein-Westfalen beheimatete Konzern Eon bekannt gegeben, er werde das Kernstück seiner groß angelegten konzernweiten Forschungs- und Entwicklungsinitiative auf dem Gebiet der Energieforschung in Aachen ansiedeln. Hierzu stellt Eon der RWTH Aachen für ein Energieinstitut der Spitzenforschung 40 Millionen € zur Verfügung. Die RWTH will in den nächsten Jahren selbst 30 Millionen € in das Energieinstitut investieren. Damit erhält Nordrhein-Westfalen die Chance, führender Standort in der Energieforschung zu werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Alle diese Beispiele werten wir als Signal: Die forschungs- und entwicklungsorientierten Unternehmen fassen neues Vertrauen in unser Land. Das ermutigt uns. Da machen wir weiter.

Meine Damen und Herren, wir werden die Innovationsstrategie der Landesregierung in den nächsten Monaten gemeinsam mit unseren Partnern in Wissenschaft, Wirtschaft und in den Regionen weiterentwickeln. Wir werden sie eng mit der Hightech-Strategie der Bundesregierung verzahnen, die bis zum Sommer auf dem Tisch liegen soll; denn wir brauchen die Unterstützung von Europa und dem Bund, um die Trendwende in Nordrhein-Westfalen zu vollziehen.

Wir werden zur Evaluation dieser Fortschritte erstmals im Herbst dieses Jahres und künftig jährlich einen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit vorlegen.

(Beifall von CDU und FDP)

Er wird von unabhängigen, wissenschaftlich ausgewiesenen Instituten erstellt. Damit sorgen wir für die notwendige Transparenz im Hinblick auf den Investitionsstandort und überprüfen regelmäßig unser politisches Handeln. Zudem erhalten wir wichtige Daten und Hinweise, wie wir unsere Innovationsstrategie fortschreiben müssen.

Die Landesregierung wird in dieser Legislaturperiode trotz des strikten Kurses der Haushaltskonsolidierung größte Anstrengungen unternehmen, die Ausgaben des Landes für Forschung und Entwicklung weiter zu erhöhen. Wir werden mit dem Zukunftspakt die Finanzierung der Hochschulen auf der Grundlage des Qualitätspaktes sichern. Zudem werden wir die Kofinanzierung für die EU-Strukturförderung sicherstellen, ebenso die Kofinanzierung für die Vorhaben der Hochschulen, die sich im Exzellenzwettbewerb durchsetzen.

Wie es Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, wird die Landesregierung zur nachhaltigen Förderung von Exzellenz in Wissenschaft und Forschung einen neuen landesweiten Innovationsfonds auflegen, der sich aus Privatisierungserlösen der nächsten Jahre speisen soll. Wir wollen ihn vorzugsweise dort einsetzen, wo Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes auf besonders innovativen Gebieten arbeiten oder, gemeinsam mit der Wirtschaft, besonders nah an Problemlösungen forschen.

Trotz der dramatischen Haushaltslage werden wir die Ausgaben für die überregionalen Einrichtungen der Spitzenforschung in den nächsten Jahren um mindestens 3 % steigern, wie es vom Bund im Pakt für Forschung vorgesehen ist. Wir haben den festen Willen, darüber hinauszugehen, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind, wieder einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen.

Die Trendwende für den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen ist eine riesige Kraftanstrengung. Gemeinsam mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden wir den Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen profilieren. Großunternehmen, den innovativen Mittelstand und die technologieorientierten Gründer werden wir durch bessere Rahmenbedingungen wieder als Partner für Innovation in unserem Land gewinnen.

Wir brauchen alle, die Studierenden wie die Betriebsratsvorsitzenden, die Gründungsunternehmerin wie den Vorstandsvorsitzenden, die Wissenschaftlerin wie den Laboranten und den Industriefacharbeiter, die Ingenieurin und den Ingenieur wie die Bürgermeisterin und den Landrat. Wir setzen auf ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen und ihre Begeisterung für unser Land. Wenn alle mitziehen, werden wir es schaffen. Dann werden wir es erreichen, dass Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 das Innovationsland Nummer eins ist. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Ich eröffne die Aussprache zur Regierungserklärung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Eumann das Wort.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt 43 lange, lange Minuten zugehört.

(Christian Lindner [FDP]: Nicht nur auf die Uhr gucken!)

Dabei haben wir zumindest eine Erkenntnis gewonnen: Das war eine echte FDP-Regierungserklärung. FDP – das ist in diesem Fall die Abkürzung für „fast drei Pressemitteilungen“, denn wirklich Neues war dem nicht zu entnehmen. Es waren die Pressemitteilungen von gestern, von der letzten Woche und von Anfang Januar. Es gab also nichts wirklich Neues. Wie gesagt, ein Teil kam über das Landespresseamt, und der andere, weitaus größere Teil, Herr Pinkwart, bringt Sie wirklich in Kollision mit dem Urheberrecht. Mit anderen Worten: Diese Regierungserklärung beschreibt vor allem eines: ihren rasanten Weg vom vermeintlichen Innovator zum Plagiator Nummer eins dieses Landes, Herr Pinkwart.

(Beifall von der SPD)

Diese Kunst allerdings beherrschen Sie gut. Ein paar Beispiele gefällig?

Sie sprechen von „Stärken stärken“. Im Konzept der Vorgängerin „Wissen aus NRW“ steht dazu: Profilierung nach dem Prinzip „Stärken stärken“. – Sie sprechen von leistungsbezogener Mittelvergabe. Im Hochschulkonzept NRW 2010 der Regierung Steinbrück geht es im Baustein 3 „mehr Anreize“ um die leistungsorientierte Mittelvergabe.

(Christian Lindner [FDP]: Wir haben das verdoppelt!)

Sie sprechen von einer sehr viel intensiveren Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Im Forschungskonzept 2010 liest sich das so:

„Nordrhein-Westfalen wird die Verzahnung von universitärer mit außeruniversitärer Forschung weiter optimieren und mit der Forschung der Wirtschaft verbinden.“

Noch mehr Beispiele? Gerne! Diese sogenannte Regierungserklärung, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist voll von Plagiatsbeispielen. Ich zitiere: Wir brauchen zudem eine stärkere Konzentration auf Zukunftsfelder. – Als Beispiele nennen Sie: Lebenswissenschaften, Nanotechnologie, neue Werkstoffe.“

Ich empfehle Ihnen, Herr Pinkwart, diese Übersicht; da wird das noch deutlicher.

(Der Redner hält eine Zeitschrift hoch.)

Life-Science, Energie- und Umwelttechnologie, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel, neue Medien, neue Materialien, Logistik und Verkehrssysteme – das ist das Konzept Ihrer Vorgängerin, das sind Ihre Schwerpunkte.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Eumann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Lindner?

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Lindner, bitte.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Herr Eumann. Ich will Ihre philosophischen Betrachtungen nicht zu sehr stören. Ich habe trotzdem die Frage, ob Sie dem Landtag erläutern können, wie sich die leistungsbezogene Mittelvergabe unter der Regierung Rüttgers/Pinkwart im Unterschied zur Vorgängerregierung verändert hat.

Marc Jan Eumann (SPD): Wir haben dem Minister eben 45 Minuten lang zugehört. Er hat dazu nichts gesagt. Ich glaube, Sie sollten das koalitionsintern klären, Herr Lindner. Zu Ihren Fähigkeiten zur Selbsthypnose komme ich gleich auch noch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Die hat sich verdoppelt!)

Also: Sie haben fast alles abgeschrieben. Da ist es schon bemerkenswert, meine Damen und Herren, was bei Ihnen keine Rolle spielt – im Unterschied zu dem Manuskript, das Sie uns gestern kurz vor 9 Uhr zur Verfügung gestellt haben, ha-

ben Sie es jetzt an einer Stelle noch kurz erwähnt, aber, ich meine, an der falschen Stelle –: Es ist eine totale Fehlanzeige bei den Geistes- und Kulturwissenschaften in Ihrem Konzept und übrigens auch eine totale Fehlanzeige beim Thema Logistik.

Ist das ein Abschreibfehler, meine Damen und Herren, oder steckt mehr dahinter? Letzteres ist zu befürchten. Geistes- und Kulturwissenschaften werfen ja keine unmittelbare Rendite ab. Das passt nicht in Ihr Konzept. Wir sagen: Das ist falsch. Es ist eine falsche Weichenstellung, die Sie da vornehmen. Auch hier gibt es Exzellenz, und auf diese sollte unsere Gesellschaft nicht verzichten.

(Beifall von der SPD)

Sie opfern die Geistes- und Kulturwissenschaften auf Ihrem neoliberalen Altar.

(Beifall von der SPD)

Das ist, weil Sie ja der FDP angehören, nicht wirklich verwunderlich. Verwunderlich ist es, dass diese Landesregierung es Ihnen hat durchgehen lassen.

(Zuruf: Was?)

Das gilt übrigens auch, meine Damen und Herren, für das Timing. Es gehört schon eine gehörige Portion Kaltschnäuzigkeit dazu, heute eine sogenannte Regierungserklärung zu halten und mit keinem Wort auf den Haushaltsentwurf, der den Landtag gestern erreicht hat, einzugehen. Mit keinem Wort!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

An Dreistigkeit nicht zu überbieten ist die Aussage, dass die Landesregierung größte Anstrengungen unternehmen werde – Zitat –, um die Ausgaben des Landes für Forschung und Entwicklung weiter zu erhöhen. – Herr Pinkwart, kennen Sie Ihren Entwurf nicht? Sie erhöhen nicht, Sie überrollen nicht. Sie kürzen um rund 36 Millionen €! Sie kürzen! Und kein Wort dazu von Ihnen! Kein Wort!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bis gestern waren Sie ein Innovationsankündiger. Heute sind Sie ein Innovationskürzer. Das haben wir schwarz auf weiß. Sie kürzen beim Technologie- und Innovationsprogramm „Tip“ um 20 %. Das sind fast 6,3 Millionen €. Sie kürzen in der zusammengefassten Titelgruppe 63 und 64 um insgesamt 35 %. In Zahlen: 14,722 Millionen €!

Aber was verbirgt sich dahinter? Sind es die Programme, die den Vorgaben vielleicht nicht mehr entsprechen? Nein! Hinter den alten Titelgruppen 63 und 64 verbergen sich die Programme für Multimedia, für Informatik, für die Unterstützung des Bologna-Prozesses, für den Zielvereinbarungsprozess, für die strategische Forschungsförderung, für Existenzgründerprogramme, Pfau, und vieles mehr.

Nur zur Erinnerung, meine Damen und Herren – das Gedächtnis ist ja manchmal kurz –: 2004 stieg der Etat des Ministeriums um 1,3 %, 2005 um 1,4 %. Sie machen eine sogenannte Regierungserklärung – und Sie kürzen in Ihrem Etat!

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Mut zur Ungleichheit!)

Mit anderen Worten, Herr Minister Pinkwart: Sie sind genauso viel Innovationsminister, wie Jürgen Rüttgers einmal Zukunftsminister gewesen ist. Wenn das die Trendwende ist, dann geht das in die falsche Richtung. Anders formuliert: Kreativität freizusetzen heißt für Sie, Hochschulen und Studierende im Stich zu lassen. Kräfte bündeln bedeutet in Ihrer Politik, es wird gekürzt. Da, wo Innovationen stimuliert werden sollten, leiten Sie keine Trendwende ein, sondern marschieren in eine Sackgasse. Geistes- und Kulturwissenschaften spielen keine Rolle.

Dabei gibt es eine Menge guter Nachrichten. Gestern gab es gute Nachrichten für das Ruhrgebiet aus Brüssel. Die Emscher-Lippe-Region ist EU-weit eine von vier Modellregionen für Brennstoffzellentechnik. – Das verkündet die Landesregierung stolz. Das ist in Ordnung. Sie hätten – darauf hinzuweisen wäre richtig gewesen – zu dem Projekt in der Publikation „Wissen aus NRW“ aus dem vergangenen Jahr nachlesen können. Es wurde unter der Verantwortung Ihrer Vorgängerin erarbeitet. Da konnte man schon lesen, dass der Bus als Shuttle bei der WM unterwegs sein wird. Eine hervorragende Gelegenheit, der Welt die Stärke NRWs und die Innovationsfähigkeit des Ruhrgebietes zu zeigen!

Und nochmals gute Nachrichten für das Ruhrgebiet: Gestern verkündeten Frau Thoben und Herr Pinkwart: In Dortmund entsteht ein neues Max-Planck-Zentrum für Systembiologie. – Keine Frage: eine wichtige Bereicherung des Standortes Dortmund! Übrigens schon vor anderthalb Jahren konkret geplant, Herr Ministerpräsident! Das führt zusammen, was die Stadt Dortmund mit dem Dortmund-Projekt, mithilfe der EU-Ziel-2-Förderung und der bisherigen Kofinanzierung des Landes konsequent und erfolgreich auf den Weg ge-

bracht. Es ist gut, dass Sie das weiter unterstützen. Es ist Exzellenz im Ruhrgebiet – eine Exzellenz, die entstanden ist durch die Anstrengung vieler und nicht durch die Gießkanne, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Es ist gut zu wissen, dass Gerhard Langemeyer, der Dortmunder Oberbürgermeister, in einer Stellungnahme an den Landtag festhält – ich zitiere –:

„In Europa gilt und galt der nordrhein-westfälische Maßnahmenansatz als vorbildlich, berücksichtigt er doch schon sehr frühzeitig die Ausrichtung auf die sogenannten Ziele von Lisbon und Göteborg.“

Es gibt viele, viele weitere Beispiele: Thyssen-Krupp und das Dortmunder Oberflächenzentrum oder auch die von Ihnen angesprochene Zusammenarbeit von Eon mit der Aachener Hochschule. Aber da sind andere Weltunternehmen vorangegangen. Ich erinnere nur an Microsoft. Sie alle wissen und haben es auch zitiert: Aachen ist nicht aus dem Nichts entstanden. Es macht Sinn, sich dort als Unternehmen anzusiedeln.

All diese Beispiele zeigen, Herr Professor Pinkwart: Sie fangen nicht bei null an, vor allem müssen Sie nicht entschlossen umsteuern, wie Sie es vollmundig formuliert haben. Setzen Sie auf die Menschen und das, was sie geleistet haben und leisten werden. Aber Menschen spielen keine so große Rolle bei Ihnen. Nur ganz am Ende Ihrer sogenannten Regierungserklärung spannen Sie den großen Bogen. Übrigens: Auch Fehlanzeige beim Thema „wissenschaftlicher Nachwuchs“ in Ihrer sogenannten Regierungserklärung.

Ich meine, meine Damen und Herren, es wäre redlich gewesen, wenn Sie Folgendes festgehalten hätten: Wir haben eine Menge interessanter Projekte, viele tragfähige Kooperationen, Cluster, Kompetenzfeldansätze und vieles andere mehr vorgefunden. NRW ist ein starkes Land mit qualifizierten Menschen; darauf wollen wir aufbauen.

Stattdessen verkünden Sie eine Trendwende und knüpfen klammheimlich überwiegend dort an, wo Ministerpräsident Steinbrück mit seinem Zehn-Punkte-Plan „Mit Innovationen die Zukunft gewinnen“ und die ehemalige Wissenschaftsministerin vor allem mit dem Forschungskonzept 2010 Wichtiges geleistet haben – so wie Wolfgang Clement, so wie Johannes Rau und Heinz Kühn und auch so wie Franz Meyers. Zu alledem sagen Sie kein Wort.

Aber auch wenn Sie es nicht sagen: Jeder und jede kann es nachlesen, zum Beispiel im Jahres-

wirtschaftsbericht 2006 bei Frau Thoben. Ich zitiere:

„Nordrhein-Westfalen ist auch als attraktiver Standort von Zukunftsbranchen gut aufgestellt. Ob Kulturwirtschaft, Logistik oder Life-Science, Umweltschutz oder Medienwirtschaft, in allen zukunftssträchtigen Bereichen sind starke Cluster im Land entstanden.“

So wurde es im Wirtschaftsbericht von Frau Thoben vor wenigen Wochen vorgestellt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Meine Damen und Herren, richtig ist: Schönreden hilft nicht weiter. Nur: Das tut niemand. Schlechreden schadet, und das tun Sie immer noch und immer wieder. Da ist Ihr Hinweis, dass es nicht darum gehe, schwarzzumalen, verräterisch; denn Sie tun es ja und versuchen daraus Ihr politisches Kapital zu schlagen. Nochmals: Sie vergessen die Menschen, Sie nehmen Sie nicht mit. Dabei ist klar: Menschen machen Innovationen. Nur wenn die Politik Menschen mitnimmt, gelingen diese Innovationen.

Aber da ist ja auch schon Sand im Getriebe, wie man dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ am Wochenende entnehmen konnte. Ich zitiere:

„Das Wort klingt vielen noch im Ohr. ‚Wir müssen die Menschen mitnehmen‘, hatte Jürgen Rüttgers auf dem Sprung an die Macht in Düsseldorf wieder und wieder im Wahlkampf versprochen. Inzwischen hat sich die Euphorie längst gelegt ...“

Ihr Parteifreund Frithjof Kühn sagt, Herr Ministerpräsident, wie man im Rheinland formuliert: „Versprechen und Halten sind zwei Paar Schuhe.“ Wer Bedenken äußere, werde vom Ministerpräsidenten und insbesondere vom Fraktionschef Stahl als lästiger Kritiker geübt. – So ist das eben.

Noch einmal die Frage, meine Damen und Herren: Warum jetzt diese sogenannte Regierungserklärung mit so vielen Allgemeinplätzen, so viel Abgeschriebem und nicht wirklich Neuem? – Offenbar wurden von Ihnen, Frau Ministerin Thoben, ja noch nicht einmal die Brennstoffzelle und das Max-Planck-Zentrum für Systembiologie für diese sogenannte Erklärung überlassen. Das wäre wenigstens ein Neuigkeitswert gewesen. Aber das haben Sie ja gestern schon verkündet und heute wiederholt.

(Beifall von der SPD)

Auch beim Innovationsfonds, den schon der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung er-

wähnt hat, sind Sie offensichtlich keinen Schritt weitergekommen. Heute wäre die Gelegenheit gewesen, konkret zu beschreiben, wie der Fonds ausgestattet werden soll. Im Haushaltsentwurf findet er sich auch nicht wieder. Privatisierungserlöse sollen es sein; so weit waren wir bei der Regierungserklärung von Herrn Rüttgers auch schon. Geht es nicht noch weniger konkret, Herr Pinkwart? – Sie hatten heute die Chance, etwas dazu zu sagen, konkret und verbindlich. Das Ergebnis ist ernüchternd und lautet schlicht „Fehlansage“.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Verständnis hätten wir dafür gehabt, wenn beispielsweise Frau Sommer eine Regierungserklärung gehalten hätte – in einer Zeit, in der Schüler, Eltern und Lehrer ihr Schulgesetz heftig kritisieren. Da helfen übrigens auch nicht ihre Selbsthypnoseversuche, Herr Kollege Lindner. Oder lesen Sie gar keine Zeitung mehr? Wenigstens die Überschriften, wie in der „Aachener Zeitung“. Ich zitiere:

„Sommer nimmt viel Kritik mit nach Hause

Die NRW-Schulministerin sucht beim Bildungsforum der AZ die Nähe zu den Lehrern, doch die Gräben sind sehr tief.“

So titelt die „Aachener Zeitung“.

Hier besteht Regierungserklärungsbedarf. Oder ist schon Koalitionsnotstand?

„Notstand“ ist zumindest, meine Damen und Herren, das passende Stichwort zum Thema Hochschulfreiheitsgesetz, das Sie auch in den Mittelpunkt gerückt haben, Herr Pinkwart. Es ist hier nicht der Ort, um mit Ihnen über das Verhältnis zwischen Freiheit und Verantwortung zu diskutieren. Deshalb nur so viel: Sie missbrauchen den Freiheitsbegriff. Denn Privatisierung bedeutet nicht automatisch Freiheit, und Hochschulen sind keine Unternehmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist, meine Damen und Herren, im Übrigen keine neue Erkenntnis. Das wusste auch schon der „königlich-großbritannische Hofrat“ und ordentliche Lehrer der Weltweisheit in Göttingen, Christoph Meiners, als er 1801 in seinem Buch über die „Verfassung und Verwaltung deutscher Universitäten“ schrieb:

„Unter allen öffentlichen Anstalten, welche entweder auf die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens oder der Sicherheit und des Eigen-

tums der Staatsbürger oder auf die Bildung des Körpers, Geistes und Herzens oder auf die Vermehrung des häuslichen und allgemeinen Wohlstandes abzielen, ist keine, die bei einer guten Einrichtung in Verwaltung so viel Nutzen, bei einer schlechten so viel Schaden stiftete, als Universitäten stiften.“

So weit das Zitat. – Übersetzt auf heute heißt dies: Ihre Politik, Herr Pinkwart, stiftet Schaden.

(Beifall von der SPD)

Die SPD will wettbewerbsfähige Hochschulen in staatlicher Verantwortung. Wir wollen, dass die Absolventinnen und Absolventen, die Lehrenden und Forschenden mit ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten etwas unternehmen. Aber wir verwechseln nicht Unternehmen mit Universitäten und Universitäten mit Unternehmen. Das tun wir nicht.

(Beifall von der SPD)

Für die neoliberale Papke-Pinkwart-Westerwelle-NRW-FDP gilt immer und überall: Privat vor Staat, und alles regelt der Markt. – Es geht aber nicht alles über den Markt.

(Christian Lindner [FDP]: Aber fast alles!)

Bildung braucht verlässliche Rahmenbedingungen, Chancengerechtigkeit und fairen Wettbewerb. Leistung, Talent und Können sollen die Eintrittskarten sein, nicht der Geldbeutel der Eltern oder die soziale Herkunft.

(Beifall von der SPD)

Es mag diese Papke-Pinkwart-Westerwelle-NRW-FDP freuen, wenn ihr der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Universitäten bei der Anhörung zum sogenannten Gesetz zur Sicherheit der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen – schon der Titel ist irreführend; das gilt erst recht für den Inhalt – vergangenen Donnerstag ins Stammbuch schreibt – ich zitiere –:

„Die Autonomie den Hochschulen zu geben, Studiengebühren zu erheben oder auch nicht, ist mindestens illusorisch, wenn nicht zynisch.“

Dies sollte zumindest die Kolleginnen und Kollegen der CDU nachdenklich machen, zumindest aber Sie, Herr Ministerpräsident. In Ihrem verteilten Redemanuskript zum CDU-Neujahrsempfang standen so richtige Sätze wie – ich zitiere –:

„Ein kruder Neoliberalismus führt nicht weiter.“

Oder:

„Der totale Markt war niemals das Programm der Väter der sozialen Marktwirtschaft.“

(Christian Lindner [FDP]: Unseres auch nicht!)

Herr Ministerpräsident, es wird höchste Zeit, Ihren Stellvertreter und seine entfesselte Partei wieder einzufangen,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

oder, Herr Kollege Kuhmichel, wenigstens das zu tun, was Bundespräsident Köhler gestern in Duisburg gefordert hat – ich zitiere –:

„Bedingung für die Einführung von Studiengebühren muss zudem ein funktionsfähiges Stipendiensystem sein, das es auch weniger begüterten jungen Menschen ermöglicht, ein Studium aufzunehmen.“

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein Blick in Ihren Gesetzentwurf schafft Klarheit und bittere Gewissheit zugleich: Fehlanzeige! Von Stipendien ist keine Rede. Stattdessen soll es Kredite und Ausfallfonds zulasten der Studierenden und Universitäten geben. Das ist eine interessante Variante des Freiheitsbegriffs: Null Risiko für die Bank, null Risiko für die Landesregierung, hundert Prozent Risiko für die Hochschulen, hundert Prozent Risiko für die Studierenden. Da bekommt der Slogan „Die Freiheit nehm ich mir!“, Herr Pinkwart, eine ganz neue Bedeutung.

(Beifall von der SPD)

Vielleicht ist das ja das Motto für Ihre nächste sogenannte Regierungserklärung.

(Christian Lindner [FDP]: Eine Büttenrede!)

Die Spirale nach oben in Sachen Studiengebühren ist längst in Gang gesetzt. Manche meinen jetzt schon, 500 € seien viel zu wenig. Der Markt sei eben so, wird es dann lapidar heißen. Doch was heißt das, wenn Hochschulen Fachbereiche schließen, weil sie unrentabel sind, Herr Ministerpräsident?

Ich frage Sie: Wie stellen Sie sicher, dass es in Nordrhein-Westfalen auch zukünftig ein umfassendes Fächerangebot und Exzellenzen im Bereich Geistes- und Kulturwissenschaften gibt? Nur zur Erinnerung: Bei Ihrem Stellvertreter findet dies nur an einer Stelle in der sogenannten Regierungserklärung von heute Morgen zwischengeschoben Erwähnung. Findet das Ihre Zustimmung? Wohin führt diese vermeintliche Freiheit?

Pleite ist übrigens nicht ausgeschlossen. Stimmt's, Herr Pinkwart? Auf Ihrer Pressekonferenz hier im Landtag haben Sie das nicht ausgeschlossen, und in Ihrer Ideologie ist das ja auch

eine denkbare Folge: Hochschulen sind Unternehmen, sie können am Markt bestehen oder auch Pleite gehen. Was heißt das nun konkret? Was heißt das für kleinere Universitäten und Fachhochschulen? Können diese im Wettbewerb um Drittmittel mit den großen Universitäten bestehen? Was bedeutet dieser Wettbewerb für die Hochschulen, die andere Ausgangsbedingungen haben, zum Beispiel Duisburg/Essen? Was bedeutet das für Siegen und Wuppertal? Das mag die FDP wenig interessieren, aber zumindest direkt gewählte CDU-Abgeordnete sollten sich wenigstens einen Augenblick damit beschäftigen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Herr Kuhmichel!)

Welche Empfehlung geben Sie Duisburg/Essen für den Wettbewerb mit Aachen, Herr Kuhmichel? Faire Chance für alle? – Nein, das ist weder „fair“ noch „fairer Wettbewerb“. Sie nennen es Freiheit. Tatsächlich ist es Verantwortungslosigkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich stelle mir gerade vor, wie Ihre zukünftigen Zielvereinbarungen aussehen werden, zum Beispiel Schließung von Hochschulen, die es nicht geschafft haben, ganz nach dem Slogan „Die Freiheit nehm ich mir!“. Sie schütteln mit dem Kopf. Aber wie sieht es denn in den Ländern aus, denen Sie jetzt mit Tempo nacheifern wollen? In Hamburg beispielsweise hat der Wissenschaftssenator Dräger alles dichtgemacht, was er nicht für wirtschaftlich rentabel hielt. Die berühmte Fakultät für Altertumsgeschichte war plötzlich weg.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Als weiteres Beispiel nenne ich Göttingen. Dort arbeiten drei der bekanntesten Politologen der Republik, nämlich Lösche, Tibi und Walter. Was macht der Universitätspräsident mit seiner neuen Freiheit? – Er beschließt das Ende. Wirtschaftssoziologie ist eben rentabel. Ist das wirklich so? Werden dadurch die besten Köpfe gefördert? Schafft das das viel zitierte Innovationsklima, Herr Lindner? – Nein. Es gibt viele Beispiele, die dieses Nein mit Namen füllen, übrigens auch in diesem Landtag.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Ich nenne nicht welche aus diesem Landtag – Herr Lindner, Sie sollten aufmerksam zuhören –, sondern ich nenne Alfred Herrhausen, der einen Abschluss in Philosophie hat, und Olaf Henkel – aus unserer Perspektive wahrlich unverdächtig –, der mit einem Realschulabschluss in Hamburg dank sozialdemokratischer Bildungspolitik doch noch studieren konnte. Diese Durchlässigkeit erschweren Sie.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Alles, was nicht marktkonform ist, hat es schwer. Diejenigen, die eine zweite und manchmal auch eine dritte Chance brauchen, werden es unter dieser Regierung in diesem Land schwerer haben.

Damit bin ich wieder bei Ihrer Schul- und Bildungspolitik. Sie kürzen beim GTK. Heute mussten wir lesen, dass die Kommunen gleichzeitig die Möglichkeit haben sollen, auf die Elternbeiträge zu verzichten. Das, meine Damen und Herren, ist zynisch, und zwar nicht nur vor dem Hintergrund, dass mehr als die Hälfte der NRW-Kommunen in der vorläufigen Haushaltsführung sind oder ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt haben und das gar nicht dürfen; denn sie sind leider auf die Elternbeiträge angewiesen.

(Beifall von der SPD)

Sie kürzen entgegen Ihrer Zusagen im Parlament im Bereich Jugendförderung. Sie erschweren die Durchlässigkeit im Schulsystem und beim Hochschulzugang. Sie bauen mit den Studiengebühren neue Hürden auf. Sie setzen auf Auslese. Das ist ein bildungspolitischer und gesellschaftspolitischer Irrweg, ein volkswirtschaftlicher Irrweg im Übrigen auch. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Natürlich gibt es Schwierigkeiten, die auch mit dem Strukturwandel zusammenhängen. Es gibt Schwierigkeiten trotz großer Anstrengungen, trotz anerkannter Erfolge bei den Graduiertenschulen und Existenzclustern, um nur zwei aktuelle Beispiele zu nennen. Das RWI hat in seiner Studie, die Sie heute an den Anfang gestellt haben, darauf nachdrücklich hingewiesen und im Übrigen auch nachvollziehbare Ursachen für den Rückstand beschrieben. Auf Seite 17 der Kurzfassung dieser Studie ist Folgendes nachzulesen:

„Die in NRW beheimateten Großunternehmen ... zeigen sich demgegenüber in ihrer Forschung und Entwicklung recht abstinenter.“

Es werden Ursachen genannt. Und Sie verschweigen eins: Bei den öffentlichen Ausgaben liegen wir im Ländervergleich in der Spitzengruppe, nicht jedoch bei den Privaten. Wie geht das mit Ihrem Credo „Privat vor Staat“ zusammen, Herr Pinkwart? Auch in diesem Bereich sind Sie heute unkonkret geblieben oder schmücken sich wie beim Beispiel Degussa mit fremden Federn; denn Sie wissen: Harald Schartau hat sich wie kein anderer in diesem Land dafür eingesetzt, dass wir an diesem Standort dieses wunderbare Projekt haben. Wir freuen uns mit Ihnen, denn es

ist gut für Nordrhein-Westfalen. Aber schmücken Sie sich nicht mit fremden Federn.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Innovationen sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Mit innovativen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen wird NRW auch zukünftig nachhaltiges und ökologisch verträgliches Wachstum, Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Wohlstand erreichen können. Das Wichtigste ist: Menschen machen Innovationen. Nur wenn es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen, haben wir die Chance, unseren Weg in die wissens- und informationsbasierte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft der Zukunft weiter erfolgreich voranzugehen. Deswegen appellieren wir an die Landesregierung:

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Nehmen Sie sich die Freiheit, eine Trendwende Ihrer bislang angekündigten Politik einzuleiten. Das gilt insbesondere für die Studiengebühren und Ihr sogenanntes Hochschulfreiheitsgesetz.

(Christian Lindner [FDP]: Daumenschrauben wieder zudrehen!)

Johannes Rau hat als Wissenschaftsminister am 9. Mai 1974 im Landtag von Nordrhein-Westfalen gesagt – ich zitiere –:

„Immer wieder sollten wir uns vergegenwärtigen, meine Damen und Herren, dass die Hochschulorganisation, von der wir so viel reden und über die wir so viel sprechen müssen, nicht Selbstzweck ist, dass sie so wenig Selbstzweck ist, wie die Hochschulautonomie es sein kann, dass sie vielmehr Mittel zu dem Zweck ist, dass die Hochschule ihre Aufgaben in Forschung und Lehre erfüllen kann.“

Darum ging es damals, darum geht es heute und auch in Zukunft. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Stahl.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wer ist der Mann? – Weitere Zurufe von der SPD)

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Thema Selbstgespräch kam gerade auf, weil die Bänke da leer sind.

(Norbert Römer [SPD]: Wenn so wenige da sind, muss man Selbstgespräche führen!)

– Ich verstehe sehr gut, dass die Bänke leer sind.

(Zurufe von der SPD)

Herr Eumann, hinsichtlich dessen, was Sie hier geboten haben, ist jede sprichwörtliche Klippschule ein Institut für Grundlagenforschung.

(Edgar Moron [SPD]: Unterstes Niveau! Nicht pöbeln! – Weitere Zurufe von der SPD)

Frau Kraft, ich bitte Sie, sich beim Landtag für diesen Beitrag zu entschuldigen. Der war so etwas von unterirdisch, dass ich meinen Kolleginnen und Kollegen, die gleich noch reden, rate, darauf nicht einzugehen. Das ist ein Niveau, auf das man nicht sinken darf.

(Norbert Römer [SPD]: Arroganz der Macht!)

Entschuldigung, aber das lohnt nicht mal zu ignorieren.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, dass heute sehr viele Menschen in unserem schönen Bundesland, die Wissenschaft und Forschung interessant finden – die sogenannte Society –, ob in Universitäten, Fachhochschulen oder wirtschaftsnahen Einrichtungen, die Debatte verfolgt haben. Diese Menschen werden die Regierungserklärung, die Herr Minister Prof. Pinkwart heute Morgen abgegeben hat, nachlesen. Und ich bin mir sicher, dass sich diese Menschen darüber freuen, dass endlich wieder Schwung in die Bude kommt, Schwung in dieses Land, Schwung in die Wissenschafts- und Forschungspolitik, Schwung in die Innovationspolitik.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Er hat nichts Neues erzählt!)

Ich bin sicher, dass diese Menschen das Niveau dieser Debatte einzuschätzen wissen.

Aber mit diesen Worten wollte ich eigentlich gar nicht einsteigen. Ich wollte vielmehr mit einem Erlebnis einsteigen, das ich am Wochenende hatte. Ich war – das machen Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit auch – auf einem der vielen Neujahrsempfänge. Ich besuchte ein Unternehmen in Lemgo, das eine unglaublich gute Position in der Beleuchtungstechnologie nicht nur auf dem europäischen, sondern sogar auf dem Weltmarkt einnimmt.

Schon beim Hineingehen konnte man spüren: Hier herrscht Aufbruchstimmung. Hier handelt es sich um ein Unternehmen, das nach vorne schaut,

ein Unternehmen, das nicht nach Kleinigkeiten fragt, die Innovationen behindern könnten. Dieses Unternehmen hat in den letzten Jahren konsequent innovative Produkte entwickelt und auf den Markt gebracht. Über 40 % der Produkte und Dienstleistungen, die dieses Unternehmen absetzt, sind jünger als fünf Jahre. Das hat mir imponiert.

Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass es in Nordrhein-Westfalen viele dieser Hidden Champions gibt, und diese Hidden Champions brauchen wir. Wir brauchen nicht nur Einzelunternehmen, die wir fördern und denen wir Ansporn geben, sondern wir brauchen Innovationen und eine Aufbruchstimmung in der Breite. Und den Auftakt zu genau dieser Aufbruchstimmung, die sich nicht darauf beschränkt, Broschüren zu drucken, sondern die Unternehmen mitnimmt, haben wir heute Morgen hier erlebt. Vielen Dank, Minister Pinkwart.

(Beifall von CDU und FDP)

Innovationen zu fördern und zu stärken ist nicht erst seit heute unser Anliegen. Wir haben als CDU-Fraktion – der damalige Fraktionsvorsitzende und sein parlamentarischer Geschäftsführer – in der letzten Legislaturperiode, am 15. November vorigen Jahres, eine Studie des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe, vorgestellt. Dieses Institut hat einen sehr guten Namen hinsichtlich der Berichterstattung über Innovationsfähigkeit in Deutschland und darüber hinaus. Es arbeitet federführend an dem Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands mit, und auch die alte Landesregierung griff auf dieses Institut zurück.

Wir wollten nicht nur wissen, wo die Schwächen liegen, sondern auch erfahren, wo die Stärken in diesem Land sind, die es natürlich auf der Basis einer Schwächeanalyse zu entfalten gilt. Wir wollten uns auf die Regierungsverantwortung, die wir im Mai übernommen haben, vorbereiten. Das, Frau Kraft, was wir in der Zeit der Opposition angelegt haben, zählt sich jetzt aus und trägt reiche Früchte. Darauf sind wir ein Stück weit stolz.

Ergebnisse dieser Studie des ISI waren unter anderem: Bei den wachstumsstarken Spitzentechnologien liegt Nordrhein-Westfalen hinten. Alte Industriestrukturen werden überdurchschnittlich gefördert. Wissensintensive Dienstleistungen liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Abiturientenquote ist hoch, die Akademikerquote jedoch nur unterdurchschnittlich. Die Erwerbsquote ist niedriger als im Bundesdurchschnitt. Es fehlt eine Schwerpunktsetzung bei der Förderpolitik der

Landesregierung. – Diese Befunde sind vergleichbar mit dem, was das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung jetzt dankenswerterweise für Nordrhein-Westfalen erhoben hat.

Frau Kraft, wir hätten uns sehr gewünscht, wenn es in der letzten Legislaturperiode eine Regierungserklärung der alten Landesregierung zum Thema „Aufbruch in Nordrhein-Westfalen“ und „Innovationspolitik“ gegeben hätte. Die haben wir vermisst, das hat nicht stattgefunden.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie hatten dazu nicht die Kraft – weder im wörtlichen noch im bildlichen Sinne. Stattdessen haben Sie bis zuletzt Wortgeklingel betrieben. Ich lese Ihnen vor aus Ihrer Pressemitteilung vom 9. Mai letzten Jahres:

„Nordrhein-Westfalen bewegt sich mit einem unverwechselbaren Profil im Trend weltweiter und europäischer Ziele. Aber wir setzen darin klare eigene Akzente. Wir haben weltweit beachtete Spitzenleistungen in der Forschung aufzuweisen.“

Der letzte Satz stimmt. Alles vorher können Sie vergessen. Alles vorher zeigt sich in den Studien des RWI und des ISI. Das zeigt sich im Ranking. Das zeigt sich jetzt im Exzellenzwettbewerb. Sie haben nicht den Mut gehabt, auf die Realität zu gucken und die Realität tatsächlich zu verändern. Dazu hat Ihnen der Mut gefehlt.

Stattdessen haben Sie sich mit 55 Programmen zur Förderung von Wissenschaft und Wirtschaft eingelassen. Sie haben über zwölf Schwerpunkte allenthalben querbeet gesät. Wer zwölf Schwerpunkte setzt, der hat kein eigenes Profil.

So sind die Wissenschaftspolitik, die Wirtschaftspolitik und die Innovationspolitik in den letzten Legislaturperioden abgelaufen. Damit ist jetzt Schluss. Das hat die Regierungserklärung heute Morgen gezeigt. Wir fangen neu an. Wir brechen auf. Und wir haben gute Chancen, das jetzt zu tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist doch gar nicht so, dass in Nordrhein-Westfalen – das ist aufgezeigt worden – die Potenziale nicht vorhanden wären, kraftvoll nach vorne zu gehen, die Aufholjagd aufzunehmen und 2015 tatsächlich Innovationsland Nummer eins in Deutschland zu werden. Die Chancen sind da.

Wir können doch anknüpfen an eine wunderbare Tradition aus den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten. Wir waren doch immer stark bei-

spielsweise in der Pharmazie. Wir waren doch unglaublich stark in der Chemie. Wir waren doch unglaublich stark auf so wichtigen Schlüsselfeldern wie der Montanindustrie. Heute noch sind wir unglaublich stark im Bereich innovativer Produkte beim Stahl – um das mittelbar auch auf mich selbst zu beziehen.

(Zurufe von der SPD)

Aus der ISI-Studie habe ich gelernt, dass sich darüber hinaus wunderbare Cluster in Nordrhein-Westfalen entwickelt haben, auf die wir aufstützen können, wo wir Zukunft gewinnen können, wo wir unseren Beitrag leisten können, damit wir in zehn und 20 Jahren noch über Wohlstand und soziale Sicherheit verfügen, hier die Dienstleistungen erbringen und die Produkte entwickeln können, die am Weltmarkt bestehen, beispielsweise in der Nachrichtentechnik.

Wir haben hervorragende Netzwerker hier in Nordrhein-Westfalen. Wir haben hervorragende Techniker in Nordrhein-Westfalen. Wir haben hervorragendes Potenzial bei den Inhalten, bei den Contents. Das kann man doch alles sinnhaft miteinander verschränken. Da kann man doch ein Klima des Aufbruchs schaffen, in dem wir die Stärken unseres Landes, die zweifelsfrei vorhanden sind, entfalten können.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wann ist denn das entwickelt worden?)

Wir bringen auch auf den Weg – auch das hat Minister Pinkwart deutlich gemacht, und Sie wissen es – ein Hochschulfreiheitsgesetz. Was Hochschulfreiheitsgesetz, verehrte Frau Kollegin Kraft, bedeutet, erklärt sich an einem ganz schlichten Ereignis. Mir gegenüber hat der Kanzler einer Universität einmal beklagt, wenn seine Universität einmal einen erlassfreien Tag erlebe, dann knallen dort die Sektkorken.

Sie haben es geschafft, allein im Jahr 2001 1.340 Erlasse auf die Hochschulen herabregnen zu lassen. Das nannten Sie Forschungspolitik. Das nannten Sie Wissenschaftspolitik. Ich nenne das krude Bürokratie. Und genau da liegt der Grund für unser mittelmäßiges Abschneiden in Rankings, ob national oder international.

(Beifall von CDU und FDP)

Innovation braucht Freiheit. Auch hier, Frau Kraft, haben wir uns als Opposition vorbereitet. Wir haben einen fertigen Gesetzentwurf in der Schublade gehabt, als wir hier als Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag antraten. Minister Pinkwart gibt dem und den Grundlagen, die wir da erarbeitet haben, seine eigene Handschrift.

Das, was von Ihnen die ganze Zeit kommt, ist nichts anderes als der vergebliche Versuch, an Dingen festzuhalten, die Sie irgendwann einmal auf den Weg gebracht haben, die keinen Erfolg hatten und die auch der Grund dafür gewesen sind, dass Sie abgewählt worden sind. Sie sind rückwärts und in keiner Weise vorwärts gewandt.

(Beifall von der CDU)

Wir packen eine Schulreform an, die diesen Namen wirklich verdient. Das beschreibt die ganze – in Anführungszeichen – „Wertschöpfungskette“ vom Kindesalter bis in die Wirtschaft über die Universitäten und die Fachhochschulen, was Forschung und Innovationen angeht.

(Zuruf von der SPD: Das zeigt das hervorragende Medienecho!)

Ich sage Ihnen: Das sind große Reformen. Das sind Reformen, die dieses Land verändern werden.

(Heike Gebhard [SPD]: Unter denen die Menschen zu leiden haben!)

Sie werden dieses Land verändern in einem Sinne, der der Zukunft zugewandt ist. Ihnen fällt nichts anderes ein, als dagegen zu opponieren und den Status quo aufrechterhalten zu wollen. Ich sage noch einmal: Deswegen sind Sie abgewählt worden.

Wir brauchen in diesem Land auch dynamische Unternehmer. Wir brauchen ...

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

– Wissen Sie, das Wort „dynamischer Unternehmer“ stammt aus der Sprache der Ökonomie, und zwar von Joseph A. Schumpeter, einem der großen Ökonomen des letzten Jahrhunderts. Er hat das Thema Innovation übrigens überhaupt erst in der Wissenschaft breit fundiert, nämlich mit dem Dreiklang, den vielleicht der eine oder andere von Ihnen auch kennen mag: Invention, Innovation, Imitation. Das ist genau der Rhythmus, der allenthalben bei Innovationen zu vermerken ist.

Ich habe gemeinsam mit der Landesregierung und den Regierungsfractionen schlicht den Wunsch, wieder bei den Erfindern ganz vorne mitzuspielen, kraftvolle Innovationen zu leisten und uns den Vorsprung zu erarbeiten, damit Imitatoren lange hinter uns herlaufen müssen und wir die Wertschöpfung am Markt erzielen können, die wir für Nordrhein-Westfalen brauchen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn ich „dynamische Unternehmer“ sage, dann muss es in Zukunft in viel höherem Maße auch dynamische Arbeitnehmer geben. Es ist ja kein Privileg von Unternehmern oder Managern, dynamisch zu sein. Wir brauchen auch an den Schulen einen Geist, der vermittelt: Wir wollen Aufbruch. Wir stellen uns dem Prozess – auch das ist Joseph A. Schumpeter – der „schöpferischen Zerstörung“, um Neues zu schaffen. Das ist ein Prozess, der weltweit unterwegs ist und der uns in den weltweiten Wettbewerb stellt. Da müssen wir einsteigen. Da müssen wir von Schule bis Hochschule die Weichen neu stellen. Und das tun wir.

Wir reden heute Morgen über das Thema Innovation, das für Nordrhein-Westfalen Schlüsselbedeutung hat. Heute Morgen wurden die Arbeitsmarktzahlen bekannt, die uns testieren, dass wir in Nordrhein-Westfalen erneut über 1 Million Menschen haben, die arbeitslos sind, genau 1.083 Millionen Menschen.

Klar ist: Wir müssen in unserem Bundesland Produkte und Dienstleistungen erarbeiten, die so viel besser sind, wie sie teurer sein müssen. Das heißt: Wir müssen heute die Weichen stellen für Produkte und Dienstleistungen, die in zehn, fünfzehn Jahren am Weltmarkt Chancen haben, Gewinne zu erzielen, abgenommen zu werden und uns Wohlstand zu sichern. Innovation ist die Versicherung gegen soziale Risiken und sozialen Abstieg.

Wir wollen als neue Landtagsmehrheit und neue Landesregierung, dass das Potenzial unseres schönen Bundeslandes durch die Menschen, die arbeiten und vorwärts kommen und die Probleme der Vergangenheit endgültig überwinden wollen, entfaltet werden kann. Dahin wollen wir die Menschen mitnehmen, einen Aufbruch vermitteln, der unserem Land Not tut. Dazu, Herr Minister Pinkwart, haben Sie heute Morgen die Plattform gelegt. Im Namen meiner Fraktion sage ich Ihnen dafür ein Dankeschön. Wir werden Sie darin Wort für Wort und Satz für Satz unterstützen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Dr. Seidl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stahl, Schwung in die Bude bringen und Innovationen freisetzen – das passt genau in die schwarz-gelbe Regierungssyrik, die wir eben schon von Herrn Pinkwart vermittelt

bekamen. Stärken stärken, Profile schärfen und Exzellenzen fördern, Freiräume schaffen, die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft stärken, Denkverbote abbauen, Kräfte bündeln, Wettbewerb fördern und innovative Zukunftsfelder erschließen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sprechblasen!)

Wer möchte solche abstrakten Ziele für ein besseres Innovationsklima in Nordrhein-Westfalen nicht gerne unterstützen, wären das nicht einfach bloß Sprechblasen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dagegen war die Regierungserklärung noch wesentlich inhaltsreicher. Kreativität freisetzen und Kräfte bündeln heißt in der praktischen Alltagspolitik für die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen im Übrigen: Wir sparen tüchtig und bauen soziale Standards ab! – Deshalb fallen Studierende und Lehrende, Forscherinnen und Forscher an den Wissenschaftseinrichtungen auf eine solche Beschönigungsrhetorik schon lange nicht mehr herein.

Das haben die Reaktionen auf Ihre konkreten hochschulpolitischen Vorschläge vor kurzem sehr deutlich gemacht. Herr Pinkwart, die beiden jüngsten Initiativen, die Sie in kurzer Zeit auf den Weg gebracht haben, strahlen genau diesen Geist aus. Im Hauruckverfahren haben Sie uns zwei gleichermaßen wohlklingende wie neoliberale Gesetzesinitiativen auf den Tisch gelegt, nämlich das sogenannte Hochschulfinanzierungsgerechtigkeitsgesetz und die Eckpunkte für ein Hochschulfreiheitsgesetz.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr gute Sache!)

Natürlich ist es legitim, dass Sie Ihr angekündigtes Regierungsprogramm abarbeiten. Natürlich haben wir es nicht anders erwartet, als dass Sie hier eine deutliche wirtschaftsliberale Sprache sprechen. Nicht erwartet haben wir die gnadenlos schlechte handwerkliche Qualität Ihrer Gesetzesentwürfe. Wir sagen deutlich: Ziehen Sie die besser zurück!

Bei der Anhörung zum Studiengebührengesetz in der vergangenen Woche war die Landesregierung – ich möchte es vorsichtig ausdrücken – einer erheblichen Kritik ausgesetzt, auch wenn Sie dies nach außen hin anders verkauft haben. Die Freiheit, die Sie den Hochschulen geben wollen, zum Beispiel selber darüber entscheiden zu können, ob und in welcher Höhe Studiengebühren eingeführt werden sollen, wird vom Vorsitzenden der Rektorenkonfe-

renz, Prof. Ronge, glattweg abgelehnt. Ich zitiere: Diese angebliche Freiheit der Universitäten „ist mindestens illusorisch, wenn nicht zynisch“.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch der Vorsitzende der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen, Prof. Metzner, ist der Meinung, dass Sie mit der geplanten Freiheit – ich zitiere – durch den hochschulinternen Entscheidungsprozess für „Chaos“ gesorgt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Johannes Remmel [GRÜNE]: Der ist ja auch Chaos-Professor!)

Und was sagen die unmittelbar Betroffenen dazu, die sogenannten Nachfrager oder Nachfragerinnen, diejenigen, die Sie so gerne „Kunden“ nennen? Die Vertreter der Studierenden lehnen die Gebühren grundsätzlich ab. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen nur die Krise des Bildungssystems, meint das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren.

Wenn sich also die wichtigsten Vertreterinnen und Vertreter an den Hochschulen, die Gruppe der Rektoren und die der Studierenden, aus sicherlich unterschiedlichen Blickwinkeln, aber gleichermaßen negativ äußern, Herrn Pinkwart, können wir nur wiederholen: Ziehen Sie diesen umstrittenen Gesetzesentwurf zurück!

Angefangen mit ernst zu nehmenden juristischen Zweifeln an der grundsätzlichen Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs gab es Einwände gegen nahezu jede der geplanten Regelungen von verschiedenen Seiten: von Studierenden über die Kanzlerinnen und Kanzler, Rektorinnen und Rektoren bis hin zum Bundesverband der Banken.

Wie soll es zukünftig in der Wissenschaftspolitik des Landes weitergehen? Sollte es künftig keine einheitlichen landesweiten Vorgaben und Qualitätsstandards mehr geben und jede Hochschule alles selber entscheiden müssen? – Dann brauchen wir in Zukunft auch kein Parlament und kein Wissenschaftsministerium mehr.

Das also ist die Innovation à la Pinkwart. Das Zauberwort lautet „Abschaffung der Hochschulpolitik“.

Damit sind wir beim zweiten großen Innovationsvorhaben der Landesregierung im Wissenschaftsbereich, dem sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz. Hierzu liegen zwar bislang nur die Eckpunkte vor, aber auch die haben es in sich. Die Hochschulen werden aus dem staatlichen Zusammenhang herausgenommen. Gleichzeitig wird die Mitbestimmung an den Hochschulen drastisch zu-

rückgefahren. Anstelle von Studierenden, Professorinnen und Mitarbeiterinnen soll zukünftig ein externer Hochschulrat die Geschicke der Hochschulen lenken. Das bedeutet das Ende der Freiheit von Forschung und Lehre.

(Ralf Witzel [FDP]: So ein Schwachsinn!)

Die Konsequenzen sind vielfältig: Das breite Fächerangebot unserer Hochschulen ist in Gefahr. Im Wettbewerb Hochschule gegen Hochschule können auch übergeordnete Interessen des Landes nicht mehr berücksichtigt werden. Minister Pinkwart nimmt bewusst in Kauf, dass Hochschulen Pleite gehen, ohne die Folgen für Menschen und Wirtschaft in einigen Regionen Nordrhein-Westfalens zu berücksichtigen.

Fragen Sie doch einmal nach, was die Hochschulen dazu sagen! Die sind nämlich gar nicht so glücklich über die von Ihnen von oben verordnete Freiheit. So sagte es der Rektor der Bergischen Universität Wuppertal und Vorsitzende der Rektorenkonferenz vorgestern im WDR.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP] und Dr. Gerhard Papke [FDP])

Hören Sie einmal zu! Ich zitiere:

„Man muss aber sehen, dass anstelle der Politik jetzt per Gesetz Hochschulräte eingezogen werden, die in bestimmter Weise ähnliche Funktionen wie Aufsichtsräte in Unternehmen haben sollen.“

Und Herr Ronge sagte dazu weiter:

„Aus der Wirtschaft weiß man, dass dort eine ganz erhebliche Machtmonopolisierung und Steuerungsmonopolisierung eingezogen wird.“

(Zurufe von der CDU)

Dies habe natürlich auch Konsequenzen für Forschung und Lehre. – Und er sagt weiter:

„Denn die Ausrichtung zum Beispiel des Gesamtprogramms oder des Profils der Hochschule wird durch diese Hochschulräte in erheblichem Maße mitbestimmt, und was die dort machen, lässt sich auch nicht dadurch programmieren, dass Rektor und Senat diese Hochschulräte mit ausgewählt haben.“

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete Seidl, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Papke?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Nein, ich bin mitten im Zitat. Ich rede jetzt erst einmal weiter.

„Sie werden sich dann so verhalten wie Aufsichtsräte im Unternehmen auch.“

Mit anderen Worten: Die Hochschulen sollen künftig nicht nur unternehmerisch gesteuert, sondern auch in erster Linie den Interessen der Wirtschaft untergeordnet werden.

Dies ist keine veränderte Autonomie im Rahmen der bisherigen Beziehungen zwischen Hochschulen und Staat, sondern ein Abschied von jeder bildungs- und landesplanerischen Verantwortung in der Hochschulpolitik.

Der eigentliche Autonomiegewinn für die Hochschulen, meine Damen und Herren, waren die Instrumente Globalhaushalt, leistungsbezogene Mittelvergabe und Zielvereinbarungen zwischen dem Land und der einzelnen Hochschule. Und die hatten wir bereits in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP] spricht an der Regierungsbank mit Minister Dr. Helmut Linsen.)

– Herr Papke, Sie könnten sich auch setzen und Ihre Privatgespräche später weiterführen. Das ist jetzt kein parlamentarisch gutes Benehmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Papke, was jetzt hinzukommt, ist ein Schritt hin zur Privatisierung der Hochschullandschaft. Entstaatlichung der Hochschulen und die Einführung von Studiengebühren sind zwei Seiten einer Medaille, die deutlich machen, wie man sich heimlich aus der bildungspolitischen Verantwortung stehlen kann.

(Jochen Dieckmann [SPD] steht am Platz von Marc Jan Eumann [SPD] und redet mit ihm. – Ralf Witzel [FDP] und Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was macht denn der Dieckmann gerade?)

Dazu passt dann auch die jetzt tatsächlich im Haushaltsentwurf verankerte Mittelkürzung bei den Studentenwerken. Wir haben vor kurzem noch darüber diskutiert. Das ist das dritte Projekt. Wie können Sie bei solch massiven Belastungen der Studierenden noch von Sozialverträglichkeit bei den Studienbeiträgen und der Unterhaltsfinanzierung reden? Und wie wollen Sie unter diesen Bedingungen dem Anspruch gerecht werden, dass zukünftig mehr junge Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Hochschulstudium aufnehmen und erfolgreich abschließen?

Sie werden langsam unglaublich in der Hochschulpolitik, meine Damen und Herren von der Regierung.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie war noch nie glaubwürdig!)

Und eines wird deutlich – ich wiederhole, was ich Ihnen bereits in der Debatte zu den Studentenwerken gesagt habe –: Ihre bildungspolitischen Vorschläge werden zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft führen.

(Ralf Witzel [FDP]: So wie bei den Pisa-Sieger-Ländern! Genauso „erfolglos“ wird das sein!)

Mit der Liberalisierung der Grundschulbezirke, einem auf Ausgrenzung angelegten Schulsystem, der Einschränkung des Hochschulzugangs und der Einführung von Studiengebühren werden wir dem Ziel, die Studienanfängerquote zumindest auf den OECD-Durchschnitt von über 40 % anzuheben, nicht näher kommen. Vor allem wird es uns nicht gelingen, den alarmierend engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung aufzubrechen.

(Ralf Witzel [FDP]: Den haben Sie doch geschaffen! Er ist doch unter Ihnen entstanden!)

Aber ich möchte auch gerne Ihre forschungspolitischen Innovationen ansprechen.

An der Zielperspektive „Nordrhein-Westfalen muss Innovationsland Nummer eins in Deutschland werden“ gibt es nichts auszusetzen. Wir wollen natürlich auch bis 2010 die Trendwende schaffen und damit den Abstand bei der FuE-Quote zum Bundesdurchschnitt verringern. Aber das ist ja nichts Neues. Das war schon unser Ziel in der vergangenen Legislaturperiode und ist deutlich formuliert worden im Forschungskonzept 2010, das bereits die alte Landesregierung auf den Weg gebracht hat.

Die ersten Unterschiede werden jedoch offenbar, wenn Sie, Herr Pinkwart, auf die RWI-Studie verweisen, die im Übrigen auch von der alten Landesregierung in Auftrag gegeben wurde.

(Christian Lindner [FDP]: Ja, ja, alles Gute kommt von Ihnen!)

Die Schlüsse, die Sie aus den vorgelegten Zahlen ziehen, sind überaus einseitig. Es ist richtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen nur rund 2 % unseres BIP für Forschung und Entwicklung ausgeben und dass dies in Bayern 3 % und in Baden-Württemberg sogar 4 % sind. Aber genau so richtig ist es doch

auch, dass der Anteil der Wirtschaft an diesen Investitionen weitaus höher ist als der in Nordrhein-Westfalen.

Bezogen auf den Landesanteil aber ist das Verhältnis eher umgekehrt. Lediglich Baden-Württemberg steht mit 0,8 % des Bruttoinlandsproduktes etwas besser da als wir in Nordrhein-Westfalen mit 0,7 %. Länder wie Bayern oder Hessen, die Sie uns früher immer als leuchtendes Vorbild vor Augen geführt haben, stehen jedoch mit 0,6 % oder 0,5 % deutlich schlechter da.

Wenn der Vorwurf also lautet, dass nur die rot-grüne Politik der letzten Jahre an unserem Rückstand Schuld sei, dann kann dies zumindest nicht die Forschungs- und Finanzpolitik des Landes gewesen sein. Denn bei der Bereitstellung von öffentlichen Mitteln – das zeigen die Daten mehr als deutlich – haben wir alles getan, was möglich war.

Es ist im Übrigen erstaunlich, dass der Minister, der bei der Forschung in diesem Haushalt etwa 36 Millionen € kürzt, heute hier versucht, die Verantwortung auf andere zu schieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Allein minus 29 Millionen € aus den laufenden Mitteln, minus 6 Millionen € bei TIP und minus 15 Millionen € bei der Titelgruppe 64 für Forschung, Lehre, Internationales und Transfer!

Nun behaupten Sie aber auch noch, dass wir falsche Prioritäten gesetzt haben, und Sie verweisen dabei insbesondere auf die Steinkohlesubventionen. Da kann ich nur sagen: Ich freue mich, wenn sie jetzt die erneuerbaren Energien auch für sich entdeckt haben. Schließlich ist es uns mit dem EEG beziehungsweise dem Energieeinspeisegesetz in den letzten Jahren gelungen, neue Märkte im Bereich der nachhaltigen Energieerzeugung zu schaffen. Als Folge hat es zahlreiche Technologieschübe und deutliche Kostensenkungen gegeben. Etwa 150.000 Arbeitsplätze und viele aufstrebende Unternehmen sind entstanden.

Wie passt das zusammen, wenn im Landeshaushalt die Mittel des Ren-Programms nun von 21 auf 17 Millionen € gekürzt werden und Sie dies akzeptieren, Herr Pinkwart?

In Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen müssen in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren die Hälfte der Kraftwerke ersetzt werden. Dieses Investitionsfenster bietet die herausragende Chance, unsere Energieversorgung so zu modernisieren, dass sie umweltverträglicher und effizienter wird. Dazu gehören intelligente Netze, neue Speichertechnologien, moderne Erzeugungs-

technologien oder die Kraft-Wärme-Kopplung, nicht zuletzt auch vielfältige Energieeinsparotechniken. Gerade in diesem Bereich gibt es ein immer noch unterschätztes Innovationspotenzial mit großen Beschäftigungschancen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie diesen Sektor der Energieversorgung richtig ernst nehmen würden, dann bräuchten sie nicht mehr über einen Ausbau der höchst umstrittenen Kernenergie nachzudenken.

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist es!)

In Zeiten, wo Hightechkonzerne wie Schott oder Sharp Lobbyarbeit für Solarenergie machen, glaubt doch kaum jemand mehr an das innovative Potential der Kernkraft. In Zeiten des Klimawandels und knapper Ressourcen ist eine ambitionierte Umweltpolitik Antriebsmotor für eine Wirtschaft mit hoher Innovationskraft und Dynamik.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Bei Pinkwart kam da nichts! Null!)

Aufgabe der Politik ist es, Anreize und Strukturen zu schaffen, die Innovationen für eine drastische Senkung des Material-, Energie- und Flächenverbrauchs begünstigen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Auf null!)

Hohe Innovationspotenziale liegen auch in umweltschonenden Mobilitäts- und Transportsystemen. Neue Antriebstechnologien, eine höhere Effizienz und saubere Treibstoffe, die Verringerung des Kraftstoffverbrauches hin zum Ein-Liter-Auto sind wichtige Innovationsbausteine im Verkehrssektor.

Gerade in diese Bereiche müssen die Mittel für Forschung und Entwicklung fließen: in die Grundlagenforschung und in die angewandte Forschung. Dabei kommt in der Tat der Vernetzung und Zusammenarbeit von Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstituten eine besondere Rolle zu, natürlich auch dem besonderen Forschungsprofil der Fachhochschulen, die nahe an der Praxis und in der anwendungsorientierten Forschung besonders stark sind.

Innovationen, Herr Pinkwart, müssen aber auch der Gesellschaft nutzen, den Menschen und der Umwelt. Weil wir die Herausforderungen der Globalisierung, den demographischen Wandel und die Veränderungen in den familiären Beziehungen gestalten wollen, brauchen wir Innovationen nicht nur in Technik und Wirtschaft. Es geht auch um gesellschaftliche, kulturelle und geistige Innovati-

onen. Als Bedingung für wirkliche Innovationsfähigkeit brauchen wir eine Erneuerung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie fängt im Kopf und im Miteinander an. Dabei ist Bildung die zentrale Voraussetzung.

In diesem Zusammenhang bin ich froh, Herr Pinkwart, dass Sie versprochen haben, Schluss zu machen mit der Ideologisierung in der Forschungs- und Technologiepolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und Christian Lindner [FDP])

Ich nehme Sie beim Wort: keine Verschwörungstheorien mehr über Feldhamster, weg mit den Horrorszenarien über eine Verspargelung der Landschaft bei der Windkraft!

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Bauen Sie die Blockaden gegen wichtige Technologiefelder durch Barrieren und Denkverbote beim Verbraucherschutz, bei den Umwelttechnologien und bei der gentechnikfreien Lebensmittelproduktion ab! Dann werden wir dem gemeinsamen Ziel näher kommen, nachhaltige Innovationen in wichtigen Zukunftsfeldern zu fördern.

Liberalisierung und Wettbewerb alleine reichen nicht aus, um Nordrhein-Westfalen zum Energieland Nummer eins zu machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun der Abgeordnete Lindner für die FDP-Fraktion.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Mit der heutigen Regierungserklärung hat eine nordrhein-westfälische Landesregierung erstmals eine Innovationsstrategie vorgelegt, die auf einer nüchternen Lagebeschreibung fundiert ist.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD] – Johannes Remmel [GRÜNE]: Das sind Allgemeinplätze!)

Allein diese Art der ungeschönten Lagebeschreibung hat politischen Neuigkeitswert.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist unter Niveau!)

– Wenn Sie Niveaukritik machen, Herr Remmel, dann müssen Sie sitzen bleiben und meine Ausführungen insgesamt würdigen. Sie können sich mit solch einem Zwischenruf nicht verabschieden. Das ist unparlamentarisch. Ich bin von Ihnen an-

deres gewohnt, Herr Remmel. Schade, aber vor Enttäuschungen ist man nie sicher.

Die bislang vorgelegten Analysen hatten den Charakter von Beruhigungsspillen. Beispielsweise kann man die Standortanalyse des legendären Zahlenjongleurs Jan Marc Eumann,

(Carina Gödecke [SPD]: Anders herum! Nur für das Protokoll!)

die er mit seiner Pressemitteilung vom 17. Januar verbreitet hat, leicht zusammenfassen, und zwar im Stil von Radio Eriwan. Frage an Radio Eriwan: Ist NRW Forschungsland Nummer eins? Antwort: Im Prinzip ja, man muss nur die Forschungsausgaben der Großunternehmen aus der Statistik herausrechnen.

Das ist wie bei diesen sozialistischen Witzen. Frage an Radio Eriwan: Warum haben einige Menschen Glatzen, andere nicht? Antwort: Im Prinzip haben alle Menschen Glatzen, nur auf einigen wachsen Haare.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD] – Marc Jan Eumann [SPD]: Bei denen lacht man wenigstens; bei Ihnen kommen einem die Tränen!)

Das war die Qualität Ihrer Lageanalyse.

(Beifall von der FDP)

Deshalb ist es gut, dass dieses Land nicht mehr von diesen Analysten regiert wird.

Eine ehrliche Bestandsaufnahme, die durch die angekündigten Berichte zur technologischen Leistungsfähigkeit zudem jährlich fortgeschrieben werden soll, erfordert Mut.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Radio Eriwan distanziert sich!)

Zu diesem Mut beglückwünscht meine Fraktion die Landesregierung. Wir haben auch deshalb der Regierungserklärung von Minister Pinkwart mit großer Zustimmung zugehört.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Zuerst waren es nur vier! – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Die FDP-Landtagsfraktion, Herr Pinkwart, unterstützt die Landesregierung bei ihrem überaus couragierten Ziel, Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2015 zum Innovationsland Nummer eins zu machen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Herr Lindner hat nur einen aus seiner Fraktion, der zuhört!)

Nach unserer Überzeugung hat die Koalition im Übrigen den Grundstein für diese Strategie bereits gelegt.

Herr Eumann hat gesagt, die Koalition lasse die Hochschulen im Stich. Sie leben in einer anderen Welt, Herr Eumann.

(Beifall von der FDP)

Im Übrigen haben Sie auch noch ein einfältiges Weltbild.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Anhörung!)

Sehen Sie sich an, was hier geleistet worden ist:

(Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Die Hochschulen können sich trotz einer Haushaltsnotlage einer verlässlichen öffentlichen Finanzierung sicher sein. Der Qualitätspakt ist bestätigt und verlängert worden.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Er wird fortgesetzt!)

– Nein, er ist bestätigt und verlängert worden; er wäre sonst ausgelaufen. Die Hochschulen erhielten über den Nachtragshaushalt Heizkostenzuschüsse in Höhe von 7,7 Millionen €.

Der Verrechnungsvermerk Ihrer Regierung zu den Einnahmen aus den Langzeitstudiengebühren ist aufgehoben worden, sodass alle Gelder, die durch das Studienkontenfinanzierungsgesetz in diesem Jahr erzielt werden, auch vollständig und direkt bei den Hochschulen verbleiben. Damit erhalten die Hochschulen 22,5 Millionen € mehr von Schwarz-Gelb, als sie von Rot-Grün erhalten hätten.

Im Zuge der Einführung der Globalhaushalte gab es ebenfalls keine Kürzung. Die Landesmittel für die Hochschulen betragen nach wie vor 2,8 Milliarden €.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber die waren auch in der Lage!)

Im Ergebnis gilt: Die Hochschulen sind eben nicht schlechter, sondern besser finanziert als unter Rot-Grün. Das ist unsere neue Prioritätensetzung.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Marc Jan Eumann [SPD]: Herr Witzel, Sie müssen für elf klatschen! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So eine Aktivität besitzt er nicht!)

Dennoch werden wir die Finanzlage der Hochschulen weiter verbessern, indem wir ihnen die Erhebung von Studienbeiträgen gestatten. Alfons Labisch, Rektor der Universität Düsseldorf, rechnet beispielsweise mit zusätzlichen 13 Millionen €

in der Uni-Kasse, was einer Verdoppelung der freien Mittel entsprechen würde.

Im Übrigen: Es ist unfair, wenn ein 22-jähriger Dachdecker Geselle mit seinen Steuern einem 22-jährigen Studenten das Studium finanziert. Es ist auch unfair, dass den Gesellen der Meisterbrief viel Geld kostet, während der Student den Magistertitel vom Staat bezahlt bekommt.

(Beifall von FDP und CDU)

Fair ist es aber, wenn derjenige, der nach dem Studium überdurchschnittlich verdient, einen Teil der Kosten seiner Ausbildung zurückzahlt. Das hat als erster Ministerpräsident übrigens der heutige SPD-Vorsitzende, Herr Platzeck, genauso gesehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich füge hinzu: Die „neoliberale Verschwörung“, die Sie überall sehen, hat inzwischen sogar Dänemark erfasst, denn auch Dänemark als sozialdemokratisch geprägtes Land führt zukünftig Studiengebühren ein.

SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen wollen sich durch ihren Widerstand gegen diese Studienbeiträge schlicht lieb Kind machen bei den Studierenden. Dann müssen Sie aber auch sagen, dass Sie die Studierenden weiter in überfüllten Hörsälen sitzen lassen, weiter in schlecht ausgestatteten Bibliotheken arbeiten lassen und weiter von zu wenigen Lehrkräften ausbilden lassen wollen.

(Beifall von der CDU)

Sie müssen die Studierenden frei nach Peter Glotz fragen: Wollt ihr ein kostenfreies, aber beschissenes Studium, oder wollt ihr eine gute Ausbildung gegen eine mäßige Gebühr? Wir werden jedenfalls all denjenigen, die sich für die gute Ausbildung entscheiden, alle Möglichkeiten eröffnen, diese Gebühr aufzubringen, damit jeder Zugang zu dieser hervorragenden Ausbildung hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Das von Minister Pinkwart angekündigte Hochschulfreiheitsgesetz bedeutet einen echten Kulturwechsel in unserem Hochschulwesen. Fraglos hatte die rot-grüne Landesregierung erste Schritte in die richtige Richtung unternommen. Das ist auch verschiedentlich gewürdigt worden, zum Beispiel bei der Einführung von Globalhaushalten. Allerdings hatten Sie nie das Ziel, den Hochschulen echte Freiheit in Bezug auf Personal, Organi-

sation und Finanzen zu gewähren. Genau das aber tun wir.

Herr Pinkwart kann die Rektoren zukünftig nicht mehr einfach zu einem Dienstgespräch einbestellen. Denn die Hochschulen werden autonome, emanzipierte und kreative Körperschaften – aber des öffentlichen Rechts. Das ist keine Privatisierung. Das ist echte Freiheit. Das ist Mut. Das ist neu in Nordrhein-Westfalen.

Herr Eumann hat dagegen gewettert – in einer Rede, die den Charakter einer Büttenrede hatte. Mit Ihren Vorwürfen haben Sie mehr über sich gesagt als über uns. Sozialdemokraten glauben – das haben Sie hier unter Beweis gestellt –, dass es den Menschen dann am besten geht, wenn sie in einem engen Korsett gefangen sind.

(Marc Jan Eumann [SPD]: So ein Quatsch! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Hören Sie auf! Das ist wirklicher Blödsinn!)

Sozialdemokraten glauben, dass man Menschen vor der Freiheit schützen müsste. Sie beanspruchen die Vormundschaft für eine von ihnen als unmündig erklärte Gesellschaft. Damit entlarven sie ihr Menschenbild.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist wirklicher Blödsinn! Wie kann man nur so etwas formulieren! – Sören Link [SPD]: Was haben Sie in Ihrer Kindertagesstätte eigentlich gelernt?)

Wer dagegen wie wir – ach, Herr Bollermann! – von vernunftbegabten, verantwortlich handelnden Menschen ausgeht, der kann sie nur so schnell wie möglich aus einem zu engen Korsett befreien.

Lesen Sie nach bei Willy Brandt, der Ihnen bei seinem Abschied als Parteivorsitzender 1987 in dieser bemerkenswerten Rede über die Freiheit auf den Weg gab – Zitat –:

„Ich rate dazu, die Bedeutung des unternehmerischen und eigenverantwortlichen Engagements stärker hervorzuheben.“

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn man so will, steht diese Hochschulreform in einer Tradition Willy Brandts.

(Zuruf von der SPD – Zuruf von Sören Link [SPD])

– Lieber Herr Link, dass die anderen Kollegen auf meine etwas ironische Bemerkung dazwischen rufen, verstehe ich. Aber Sie haben sicherlich die Rede von Willy Brandt zum Abschied 1987 noch nie gelesen. Sie dürfen nicht dazwischen rufen!

(Sören Link [SPD]: Ich habe altersgerechte Literatur gelesen!)

– Ja, altersgerechte Literatur. Das ist sehr schön. Sie werden aber auch älter. Dann können Sie die Literatur anpassen.

Die Reaktionen im Land im Übrigen bestätigen den Kurs dieser Koalition. Frau Dr. Seidl hat eben Herrn Ronge zitiert. Aber, sehr verehrte Kollegin, Sie müssen das ganze Interview zitieren. So sagt Herr Ronge an der gleichen Stelle – Zitat –:

„Die Hochschulen sollen künftig als Unternehmen agieren können, was wir begrüßen.“

Herr Ronge weiter:

„Es gibt zwar in Berlin oder auch in Niedersachsen einzelne Hochschulen, die autonom gestellt wurden. Aber tatsächlich: Das ist eine Revolution für die Hochschullandschaft bundesweit.“

Die Hochschulen wollen also diese Freiheit. Es ist deshalb kein Übermut, sie ihnen zu gewähren, sondern Kleinmut, sie weiter mit bürokratischen Reglementierungen drangsalieren zu wollen.

(Beifall von FDP und CDU)

Die wissenschaftspolitische Strategie, die die Landesregierung, die Minister Pinkwart heute vorgelegt hat, geht von einer Konstante aus, nämlich: „Innovationen brauchen Freiheit“. Als Konsequenz hat Minister Pinkwart „Mut zur Ungleichheit“ gefordert. Damit ist eine neue und in dieser Klarheit sicher einzigartige liberale Programmatik beschrieben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Freiheit für Reiche!)

Das Wesen von Wissenschaft sind Leistung, Auslese, Wettbewerb, wie Herr Einhäupl sagt, von der Ausbildung über die Promotion bis hin zum Berufungsverfahren.

Der Wettbewerb um Theorien ist der Motor des wissenschaftlichen Fortschritts. Er ist ein Entdeckungsverfahren für neue Ideen, der das in der Gesellschaft vorhandene und verstreute Wissen immer wieder neu mobilisiert.

Ungleichheit ist auch für Liberale kein Selbstzweck. Der Zweck ist die Verbesserung der Innovationsfähigkeit und damit des Wohlstands und des Bildungsniveaus eines jeden Mitglieds unserer Gesellschaft. Aber Ungleichheit ist Mittel zu diesem Zweck, denn die Anerkennung von Leistung schafft Vorbilder.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Die durch den Wettbewerb angeregte Konzentration auf individuelle Stärken von Individuen und Institutionen mobilisiert Reserven. Am Ende des Tages hilft dies auch dem schwächsten Glied der Kette. Das ist unsere Überzeugung. Sie wird im Übrigen auch von sozialdemokratischen Theoretikern – John Rawls und anderen – geteilt.

Die sozialdemokratische Ordnungsvorstellung ist dagegen die Gleichheit, die Sie durch Regulierung, Umverteilung, Intransparenz und staatliche Eingriffe erzwingen wollen. Das Streben nach Gleichheit gleitet jedoch immer und notwendig schleichend in Gleichmacherei ab. Damit zerstören Sie die Anpassung und Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems, wenn nicht gar unserer ganzen Gesellschaftsordnung.

So wenig es gerecht ist, dem Fähigen, der Außergewöhnliches leistet, besondere Förderung und Anerkennung zu versagen, so wenig ist es gerecht, auf der Illusion der Gleichheit der Institutionen zu beharren. Die ernüchternden Ergebnisse, die nordrhein-westfälische Hochschulen beim Exzellenzwettbewerb erreicht haben, belegen dies. Es war eine sozialdemokratische Lebenslüge, dass man die Schwachen stärkt, indem man die Starken fesselt. Diese Lebenslüge haben wir jetzt überwunden.

(Sören Link [SPD]: Und jetzt ist es aber genug!)

– Also, Herr Link, entschuldigen Sie! Die Verteilungspolitik schafft Probleme, die durch noch mehr Verteilung gelöst werden sollen. Wegen dieser verfehlten Gießkannenpolitik haben sich in unserem Land viel zu wenige regionale Schwerpunkte ausbilden können. Sie sprachen – Herr Eumann, Sie heute wieder – zwar immer von Clustern; in Wahrheit waren diese Wertschöpfungsnetzwerke vielfach aber lose geknüpft und hatten nur wenige Knoten.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie reden das Land schlecht!)

Über 39 Jahre haben sich sozialdemokratische Ministerpräsidenten darauf spezialisiert, in Berlin um die Verlängerung von Steinkohlesubventionen zu buhlen. Den politischen Preis haben Sie bei der Ansiedlung von Forschungseinrichtungen gezahlt. Sie haben es deshalb auch versäumt, regionale Forschungsschwerpunkte zu finden und zu fördern.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie verdrängen immer, dass Sie zum Großteil dabei waren!)

Deshalb müssen wir den Turn-around schaffen – ohne Zeit und ohne Geld. Wir haben nur noch einen

Ausweg. Diese einzige Option ist die freiheitlichste Hochschulgesetzgebung und das forschungsfreundlichste Klima in Deutschland. Diesen Weg werden wir entschlossen gehen. Dazu sind auch Sie eingeladen.

Frau Seidl, Sie haben mit dem Appell geendet, ideologische Scheuklappen in der Forschungspolitik abzunehmen. Herzlich willkommen! Das wollen wir gerne tun. Das betrifft dann aber nicht nur die Bereiche, die Sie präferieren, nicht nur die Bereiche, wo Sie uns mahnen, wir müssten angeblich Scheuklappen ablegen. Viel eher sind Sie angesprochen, in der Kernsicherheitsforschung und zum Beispiel bei der Nutzung der Chancen der Biotechnologie Ihre Scheuklappen abzulegen. Das sind nämlich die Wachstumskräfte, die wir brauchen – nicht nur das, was Sie angesprochen haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, im Übrigen gibt es keine konzeptionelle Alternative, die der Lage des Landes angemessen wäre. Im Gegenteil: Die Wissenschaftspolitik der Opposition ist ein Vakuum; denn sie besteht aus einer drangvollen Enge von Leerformeln. Einige davon will ich Ihnen hier noch einmal in Erinnerung rufen.

Im September des vergangenen Jahres weist Herr Schmeltzer darauf hin, dass es die SPD gewesen sei, die im Ruhrgebiet die Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg für die Arbeiterkinder gebaut habe. Eine anrührende Geschichte – aber leider erfunden; denn die Gründung von Dortmund und Bochum geht auf Paul Mikat zurück. Die Strategie ist aber klar: tarnen, tricksen, täuschen.

Im Dezember schlägt Herr Eumann Alarm und will dem staunenden Publikum die immensen Zinsbelastungen aus dem Studienbeitragsdarlehen präsentieren.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Herr Eumann, war es mangelnde Sorgfalt oder Absicht, dass Sie als Zinsakrobat eine fehlerhafte Formel verwendet haben und die Belastungen auf diese Weise künstlich in die Höhe trieben? – Tarnen, tricksen, täuschen!

(Beifall von der CDU)

Ebenfalls im Dezember begrüßt die SPD, dass die ZVS nach den Beschlüssen der KMK erhalten bleibe und damit angeblich den Plänen dieser Koalition eine Absage erteilt worden sei.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eumann?

Christian Lindner (FDP): Ja, wenn er etwas lernen will.

(Heiterkeit von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das ist schön. – Bitte schön, Herr Eumann.

(Helmut Stahl [CDU]: Jugend forscht!)

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Kollege Lindner, die Formel, die ich seinerzeit benutzt habe, ist eine gängige Formel. Erst nachdem ich diese Formel genannt hatte, hat die Landesregierung eine Berechnung vorgelegt, die ich in meiner Rede damals ja nachvollzogen habe. Können Sie das jetzt zur Kenntnis nehmen? Es gibt unterschiedliche Berechnungsformeln. Nach meiner Intervention hat die Landesregierung zum ersten Mal eine verbindliche Aussage dazu getroffen – danach, nicht davor.

Christian Lindner (FDP): Herr Eumann, ich nehme zur Kenntnis, was Sie gesagt haben. Aber eins bleibt richtig: Ein Semester dauert ein halbes Jahr. Wenn Sie für ein 14-semesteriges Studium den Zinssatz errechnen, können Sie deshalb nicht die 14 in den Exponenten setzen. Sie müssen eine Sieben hineinsetzen; denn das Semester dauert nur ein halbes Jahr.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist falsch!)

– Was Sie da vorgelegt haben, war falsch.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie haben mich nicht verstanden!)

Sie haben zwar starke Oberarme, aber Sie können auch im Nachhinein nicht dauerhaft zurückrudern. Das wird nicht gelingen. Geben Sie es einfach zu; es war falsch.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie haben mich wirklich nicht verstanden!)

Ich würde aber gerne weitermachen. Sie kommen ja noch zu Wort, Herr Eumann. Freuen Sie sich!

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Im Dezember begrüßen Sie von der SPD also – das hatte ich schon erwähnt –, dass angeblich den Plänen der Koalition in Bezug auf die Neuordnung der ZVS eine Absage erteilt worden sei. Da kämpfen Sie wie ein Don Quijote; denn in Wahrheit wird die heutige Behörde ZVS in eine

private Rechtsform überführt und nur noch im Auftrag der Hochschulen als Dienstleister tätig. Auch dort: tarnen, tricksen, täuschen.

Und da sind Sie wieder, Herr Eumann: Im Januar und auch heute melden Sie sich zurück und beklagen, dass der Forschungsetat um 30 Millionen € gekürzt werde. Aber falsch! Der Forschungsetat des Landes wird für die Beteiligung an der Exzellenzinitiative und zur Ansiedlung von neuen Forschungseinrichtungen zwar neu strukturiert, aber im Ergebnis nicht gekürzt. Er würde sogar wachsen, wenn wir bei der Exzellenzinitiative entsprechend erfolgreich abschnitten und die Landesmittel, die hier eingestellt worden sind, auch fällig würden. Auch hier: tarnen, tricksen, täuschen.

Jetzt kommt, wie ich finde, der traurige Tiefpunkt, ebenfalls im Januar: Da stellt sich die SPD mit breiten Schultern vor die Studentenwerke und kritisiert die von der Koalition in Aussicht gestellten Kürzungen; denn der Sozialbeitrag könnte je nach Hochschule auf 40 bis 60 € im Semester steigen. Tunlichst verschwiegen wird, dass Mitglieder der rot-grünen Landesregierung in der Vergangenheit öffentlich noch für einen Sozialbeitrag von 80 bis 100 € plädiert haben. Tarnen, tricksen, täuschen!

Zum Schluss diffamiert vor wenigen Tagen Herr Schultheis den Rektor der RWTH Aachen und amtierenden Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz mit einer Pressemitteilung.

(Widerspruch von Karl Schultheis [SPD])

Er dreht einem Gast, den das Parlament zu einer Sachverständigenanhörung eingeladen hat, die Worte im Mund herum und unterstellt ihm, dass er Studiengebühren von 3.500 € gefordert habe.

(Karl Schultheis [SPD]: Ich werde das gleich klarstellen!)

So geht man nicht mit Gästen des Parlaments um. Aber auch hier sind die Motive klar: tarnen, tricksen, täuschen. Auch Ihre schrillen Auftritte können nicht verbergen: Die Oppositionsstrategie von Rot und Grün ist keine Vorwärts-, sondern eine Rückwärtsstrategie.

(Beifall von der CDU)

Die Koalition hat dagegen eine klare Perspektive beschrieben. Jeder Studierende, jeder Hochschullehrer, jeder Forscher und jede Institution kann sich darauf einstellen. Niemand wird mehr durch ideologische Scheuklappen oder bürokratische Bevormundung gehindert. Alle werden aber auch mehr als bisher gefordert.

Auch wenn die Opposition noch in ihrer eigenen Vergangenheit gefangen ist – die Koalition der Erneuerung setzt diesen Kurs für das neue Nordrhein-Westfalen fort. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Kollege Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich die Gelegenheit nutzen, auf die Anmerkung einzugehen, die Herr Kollege Lindner hier zu einer Aussage von Herrn Prof. Rauhut gemacht hat.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Nein. Wenn man sich selbst diffamiert, ist das nicht mein Problem.

Jeder, der hier als Gast ist, ist für das verantwortlich, was er oder sie sagt. Dafür kann ich nicht stehen.

(Beifall von der SPD)

Ich habe aber Herrn Rauhut versprochen – er sprach mich am Abend des vergangenen Freitag an –, das klarzustellen, weil er sich missverstanden fühlte. Deswegen will ich die Gelegenheit ergreifen und sagen, dass die Aussage in einem Kontext entstand, in dem fast alle Hochschulvertreter sagen: Es wird nicht bei 500 € pro Semester bleiben. Das werden Sie dem Protokoll dieser Anhörung entnehmen können. Die Summe von 3.500 € ist von Herrn Rauhut nicht zum ersten Mal genannt worden. Er hat aber bei der Anhörung gesagt – da mag ein Fehler in der Vermittlung entstanden sein –, dass er diese Summe auf die ausländischen Studierenden bezieht. Ob das eine bessere Aussage ist, muss jeder für sich beurteilen. So ist es gewesen, und deshalb will ich das klarstellen.

(Beifall von der SPD)

Gleichzeitig ist in der Anhörung deutlich geworden – ich wiederhole es –, dass alle der Meinung sind, dass wir mit den 500 € Studiengebühren, die Sie einführen wollen, nicht das Ende der Fahnenstange erreicht haben. Diese realistische Einschätzung teilen wir.

Ich will jetzt nicht mit der Kinderstunde von Radio Eriwan weitermachen

(Beifall von der SPD)

und auch nicht beim Hidden Champion Herrn Stahl. Lassen Sie mich noch einmal auf die Regierungserklärung eingehen. Bei Herrn Stahl weiß ich gar nicht, ob er sie gelesen hat. Wir hatten gestern Abend die Gelegenheit.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

– Sie sind nicht in besonderer Weise darauf eingegangen; deshalb hatte ich die Vermutung. – Bei Herrn Lindner weiß ich nicht so genau, ob er von der Regierungserklärung begeistert war. Man sieht ja im Umfeld, wie sich die einzelnen Personen bewegen. Eine richtige Begeisterung kam da nicht auf.

(Christian Lindner [FDP]: Was?)

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist diese Regierungserklärung ein Angriff auf die Intelligenz und das Kurzzeitgedächtnis der geeigneten Zuhörerschaft im Saal,

(Beifall von der SPD)

nicht nur der Abgeordneten, sondern auch der Presse. Vieles ist auf die Öffentlichkeit, auf die Presse ausgerichtet. Es wird erwartet, dass man schnell vergisst. Ich will deshalb noch einmal darauf hinweisen, dass diese Regierungserklärung in dem Teil, in dem es wirklich um Substanz ging, auf das zurückgriff, was die Vorgängerregierung auf den Weg gebracht hat.

(Beifall von der SPD)

Konzeptionell Neues, kreative Konzepte für die Zukunft sind dieser Regierungserklärung nicht zu entnehmen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich habe gestern Abend noch versucht, irgendeinen Faden zu finden; aber es geht nicht. Bei vielen Maßnahmen, die als erste Erfolge dargestellt worden sind, muss man sich wirklich fragen, wer so dumm ist zu meinen, dass man vom Frühsommer aus – vielleicht war man noch in Urlaub – bis zum 1. Februar des folgenden Jahres all das Herausragende auf den Weg bringen kann, was hier vorgetragen worden ist.

Ich halte es für selbstverständlich, dass eine Regierung das, was positiv läuft, auch für sich reklamiert. Das ist okay, und das will ich gerne konzedieren. Aber wenn damit eine Diffamierung – diesen Begriff haben Sie gebracht – der Vorgängerregierung verbunden ist, dann ist das eine Sauerei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das muss man auch so benennen. Denn allen anderen vorzuwerfen, sie hätten eine ideologisierte Forschungsförderung betrieben – das hat übrigens Minister Pinkwart am Freitagabend in Aachen auch so gesagt –, ist eine reine Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD)

Denn bei all dem, was Sie hier vortragen, haben sich die inhaltlichen Schwerpunkte doch nicht verändert. Das Beispiel Degussa mit Science to Business ist schon genannt worden. Das erste Science-to-Business-Center „Nanotronics“ ist von der Vorgängerregierung auf den Weg gebracht worden. Das zweite „Biotechnologie“ war auf der Pfanne. Der Erfolg des ersten war Voraussetzung für ein zweites. Wir freuen uns darüber.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Schultheis, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Papke?

Karl Schultheis (SPD): Ja, selbstverständlich.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Kollege, gerade haben Sie geäußert, unter Ihrer Regierung sei eine ideologiebestimmte Forschungspolitik betrieben worden. Würden Sie etwa mit Blick auf die Entwicklung der Kernforschungstechnologie an der RWTH Aachen, insbesondere auf die Arbeit am Kernforschungszentrum Jülich, allen Ernstes leugnen wollen, dass dort unter Rot-Grün in erheblichem Maße Personalabbau betrieben worden ist und Mittel für Kernforschungstechnologie gekürzt worden sind, und zwar in aller Öffentlichkeit, flankiert von Ihrem damaligen Koalitionspartner? Wollen Sie diese Fakten, die ich Ihnen gerne noch einmal schriftlich zur Verfügung stelle, tatsächlich in dieser Debatte leugnen, Herr Kollege?

Karl Schultheis (SPD): Das können Sie mir gerne schriftlich zur Verfügung stellen. Ich habe keinen Grund, irgendetwas zu leugnen. Es gibt auch unterschiedliche Auffassungen dazu, was wichtig und richtig ist. Das wird auch so bleiben. Es gibt auch eine Werteorientierung, wenn es darum geht, Grundsatzentscheidungen zu treffen. Hier ist das berühmte Stammzellennetzwerk, ein Produkt der Vorgängerregierung, diskutiert worden. Da hat die CDU geklatscht. Das fand ich ganz interessant. Klären Sie einmal untereinander, wie die Zukunft des Stammzellennetzwerks NRW und seine Aufgabenstellung aussehen wird! Wir sind sehr interessiert.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wir sind gespannt auf die Antwort!)

Es spricht aber nichts dagegen, im Hinterkopf eine Werte-Orientierung zu haben. Denn man muss nicht alles machen, was möglich ist. Dem Grundsatz können Sie wohl auch folgen. Diese Frage stellt sich auch bei der Forschung zur Kernenergie. Ich persönlich bin beispielsweise immer dafür eingetreten, insbesondere die Sicherheitsforschung weiter voranzutreiben. Das mögen andere anders sehen. Aber ich nehme für mich in Anspruch, mich nicht beschimpfen zu lassen, dass ich eine ideologisierte Forschungsförderpolitik betrieben habe.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist eine Unverschämtheit, vor allen Dingen dann, wenn man sich gleichzeitig die Erfolge der Produkte der Vorgängerregierung selbst ans Hemd heftet. Darum geht es.

Ich war aber bei Degussa. Das wollte ich Ihnen noch erklären. Degussa ist ein Tochterunternehmen der Ruhrkohle. Auch das ist eine sehr intelligente Politik, aus alten Branchen heraus neue aufzubauen und richtig aufzustellen. Das ist eine sehr kluge Politik, die insbesondere durch die Landesregierung in den vergangenen Jahren vorangetrieben worden ist.

(Beifall von der SPD)

Wir hoffen, dass es bei Degussa weitergeht. Wir freuen uns darüber. Wir, ich und meine Fraktion, freuen uns über jedes gute Ergebnis in diesem Feld – auch der Landesregierung. Dagegen spricht überhaupt nichts. Aber Erbschleicherei bei gleichzeitiger Beschimpfung der Erblasser finde ich ein starkes Stück.

(Beifall von der SPD)

Noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen zur Innovation, weil der Begriff derart verbraucht ist, dass nicht mehr klar ist, was überhaupt darunter zu verstehen ist.

Ich weiß, dass die Innovation ein etwas komplexerer Sachverhalt ist, als dass man den Begriff „Innovation“ so verbrauchen könnte, wie das hier in den Darlegungen und auch in der Regierungserklärung erfolgt ist.

Wir – die frühere Landesregierung aus SPD und Grünen – haben in den vergangenen Jahren mit dem Hochschulkonzept und auch mit dem Forschungskonzept 2010 bewiesen, dass wir hier Schwerpunkte setzen. Diese Schwerpunktsetzung verfolgen Sie weiter, Herr Minister Pinkwart. Das begrüßen wir.

Wir wollen nicht aus der Verantwortung aussteigen, indem wir fordern, dass an den Hochschulen möglichst viele Studierende studieren können. Ich habe den Eindruck, dass Sie bestimmten Rektoren Flausen in den Kopf setzen, sodass diese meinen, sie könnten die Studierendenzahlen erheblich reduzieren und gleichzeitig weiter über die Ressourcen verfügen, die ihnen gerade deshalb zur Verfügung stehen, weil sie so viele Studierende betreuen.

Das ist eine Fehlentwicklung. Wir müssen nach wie vor möglichst viele Schülerinnen und Schüler motivieren, ein Studium aufzunehmen. Das sagt auch der scheidende Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Prof. Einhäupl, der noch einmal nachdrücklich gefordert hat, dass der Anteil der Studierenden erhöht wird. Da liegt der Casus knacksus bei Ihrer sogenannten Freiheitsgesetzgebung und auch bei den Studiengebühren: Es darf kein System aufgebaut werden, durch das junge Menschen von den Hochschulen fern gehalten werden. Das ist die falsche Politik. Das ist nicht unsere Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen auch eine gute Lehre an den Hochschulen. In der Anhörung habe ich sie und auch die Fachleute gefragt: Wie ist es eigentlich vorstellbar, dass eine Hochschule wie die RWTH Aachen aus den 400 Millionen € an Personalmitteln, die dort eingesetzt werden, weniger Qualität an Lehre generieren kann als mit den 30 Millionen €, die jetzt hinzukommen sollen? Die sind noch gar nicht vorhanden. Diese Frage muss man sich doch stellen. Wenn, dann muss auch mit 400 Millionen € eine bestimmte Qualität der Lehre entstehen. Zum Teil ist das auch der Fall. Man kann schließlich alles schlechtreden. Aber es gibt auch Defizite, und diese Defizite muss man im Bestand aufarbeiten.

Bei der Exzellenzinitiative, die bei der Auswertung ein Stück weit in eine Schieflage geraten ist, wird deutlich, dass es sich nicht um eine Evaluation des Systems insgesamt gehandelt hat. Dann dürfte zum Beispiel folgender Sachverhalt nicht auftreten. Sie haben darauf hingewiesen, dass sich in Dortmund die Systembiologie etablieren wird. Das ist ein Exzellenzcluster, das mit im Wettbewerb war. Es ist in der ersten Runde aber nicht durchgekommen. Nun muss man sich fragen, warum es trotzdem so gut ist, dass es jetzt gefördert werden soll. Im Übrigen ist das in der Vorbereitung und in der Begleitung ein Produkt der Vorgängerregierung.

Wenn es um die Köpfe im Bildungs- und Hochschulsystem unseres Landes geht, muss man sich auch fragen: Ist es nicht ein hervorragendes Ergebnis, dass so viele Graduiertenschulen aus Nordrhein-Westfalen in diesem Exzellenzwettbewerb gewonnen haben? Das muss man herausstellen. Man darf das nicht herunter- oder schlechtreden. So etwas ist vielleicht für eine Wahlkampfreden in Rheinland-Pfalz geeignet, wo man Rheinland-Pfalz ein Stückchen hervorheben will, indem man Nordrhein-Westfalen schlechtredet. Das mag sein. Aber es ist keine korrekte Analyse dessen, was in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen geschehen ist und was wir auf den Weg gebracht haben.

(Beifall von der SPD)

Uns ist wichtig, dass die Menschen – die Köpfe –, die Forschung und Lehre voranbringen sollen, im Mittelpunkt stehen. Ich kann und will das nicht auseinander dividieren. Eine gute Lehre und eine gute Forschung gehören zusammen.

Wenn es darum geht, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 zu bewerten, muss man einfach feststellen, dass die beiden Programme, die innovativ wirken können, erheblich gekürzt werden. Zum einen ist es das TIP, das Technologie- und Investitionsprogramm. Auch die Forschungsförderung an den Hochschulen – Titelgruppe 64: kombiniert aus Titelgruppe 63 und Unterstützungsmaßnahmen für Berufungen von Professoren an Universitätskliniken – werden gekürzt.

Das Degussa-Engagement ist aus TIP finanziert worden. Die Nachwuchsforschergruppen, die damit verbunden sind, wurden aus den Forschungsfördermitteln für die Hochschulen mitfinanziert. Das sind meistens keine riesigen Beträge, aber sie setzen Impulse, um dann weitere F- und E-Einnahmen – bei dem ersten Science to Business Center 50 Millionen € für Nanotronics – auf den Weg zu bringen. Bei der weißen Biotechnologie ist es sogar mehr.

Das macht eigentlich deutlich, dass, wenn Sie dieses Altärchen vor sich hertragen – wir unterstützen das, wir wollen mehr Innovation und mehr Möglichkeiten haben –, nicht gleichzeitig hingehen und die Mittel kürzen können. Das ist doch nicht logisch. Was soll so etwas? Dann versuchen Sie auch noch, das zu verbrämen und so zu tun, als ob das nicht so wäre.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich sage noch einmal: Diese Regierungserklärung ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Es ist kein

Konzept erkennbar. Es ist wirklich eine Auflistung dessen, was es schon gibt und was andere vorgebracht haben. Wir erwarten von Ihnen gerade in den Haushaltsberatungen, Herr Minister Pinkwart, dass Sie konkrete Antworten geben. Wie soll es jetzt konzeptionell weitergehen, um das zu erreichen, was hier als hehres Ziel vorgebracht worden ist?

Das, was hier bis 2015 geschehen soll, ist in der Tat sehr ehrgeizig. Rund 40.000 zusätzliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen in den Institutionen und in der Forschung arbeiten. Dann müssen Sie auch sagen, wie Sie das machen wollen und wie Sie die Steigerung auf 3 % des BIP bei den FuE-Mitteln erreichen wollen.

Auf all diese Fragen sind keine Antworten gegeben worden. Wir sind nicht am Ende in der Debatte, aber nochmals: Wir erwarten von Ihnen die entsprechenden Antworten, wenn Sie den Anspruch erheben, Innovationsminister zu sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als nächster Redner hat Herr Kuhmichel für die Fraktion der CDU das Wort.

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Damit das hier nicht untergeht: Das war eine hervorragende Regierungserklärung, das Beste, was ich in Sachen Hochschulpolitik in den letzten Jahren gehört habe.

(Lachen von der SPD)

Ich bin schon 15 Jahre dabei und kann das beurteilen. Herr Innovationsminister, herzlichen Dank für das, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall von der CDU)

Das war kraftvoll, das war nach vorne gerichtet, und es war äußerst konkret. So viel Anfang in Sachen Hochschulpolitik gab es in diesem Land schon lange nicht mehr. Es wird nicht beim Anfang bleiben. Es wird nämlich Zug um Zug das umgesetzt, was der Innovationsminister hier gerade vorgetragen hat. Es gibt auch schon kleine Erfolge, die mit dem Regierungswechsel zusammenhängen. Vieles ist auch schon projektiert.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Kuhmichel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Löhrmann?

Manfred Kuhmichel (CDU): Aber selbstverständlich, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Kuhmichel, ist Ihnen eigentlich klar, was Sie mit der Bewertung, die Sie gerade mit Blick auf den Minister vorgenommen haben, angesichts Ihrer eigenen Reden erreicht haben, die Sie hier in der Vergangenheit zu der Frage „Hochschule und Forschung“ gehalten haben?

(Heiterkeit und Beifall von Grünen und SPD)

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Löhrmann, Sie haben nicht richtig zugehört. Es war in Sachen Hochschulpolitik von einem Regierungsmitglied das Beste, was ich in den letzten Jahren gehört habe. Das ist seit dem 22. Mai 2005 nun einmal so. Das müssen Sie so zur Kenntnis nehmen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben aber gesagt: Das Beste, was Sie je gehört haben!)

Meine Damen und Herren, das Bedauerliche allerdings ist, dass eine solche Regierungserklärung, wie wir sie heute zur Kenntnis nehmen mussten und durften, auch eine Dokumentation von in der Vergangenheit verpassten Chancen ist, eigentlich ein einziger Beleg dafür, dass die rot-grüne Vorgängerregierung in diesem Land der Bevölkerung und auch den Hochschulen viel Zeit gestohlen hat.

Das RWI-Gutachten ist eine einzige Anklageschrift; das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Die Wissenschaftler haben das nicht aus dem Bauch heraus geschrieben. Sie haben Ergebnisse erarbeitet, die deutlich machen, dass in der Vergangenheit sehr viele Fehler gemacht worden sind.

Meine Damen und Herren, ich sagte gerade: Ich bin einige Jahre im Wissenschaftsausschuss tätig, genau seit 15 Jahren. Viele aus der „Wissenschaftsabteilung“ der Fraktionen von SPD und Grünen in diesem Raum wissen, was wir, die CDU-Fraktion, versucht haben, um Innovationen in Gang zu setzen, und wie Sie mit diesen Vorstößen, mit diesen Initiativen umgegangen sind, wie Sie sie mehrheitlich kaputtgemacht, in die Tonne geklopft haben, wo wir doch zum Teil gebetsmühlenartig versucht haben, in diesem Lande etwas in Bewegung zu bringen. Ich will nur wenige Punkte kurz ansprechen. Ich könnte jetzt eine stundenlange Vorlesung halten zu dem, was wir hier – leider Gottes vergeblich – angemahnt haben.

November 1996: Neuordnung des Hochschulzuges jetzt einleiten. Mit Blick auf den Wert des Abiturs bei uns in Nordrhein-Westfalen und auch mit Blick auf die Studierfähigkeit hätte eine Riesenchance bestanden, hier die Weichen neu zu stellen. – Das haben Sie abgelehnt. Wenig innovativ war das.

Wir haben im Januar 1996 – das ist jetzt über zehn Jahre her – mehr Eigenverantwortung und weniger Staat an den nordrhein-westfälischen Hochschulen eingefordert. Das haben wir begründet. Da war für das, was jetzt geschieht, was Minister Pinkwart jetzt mit seinem Hochschulfreiheitsgesetz macht, schon der Grunde gelegt worden. – Sie haben es einfach verworfen und keine Chance zur Innovation gesehen. Wir müssen das jetzt so konstatieren.

Ein weiterer Punkt: Biotechnologie voranbringen – März 1996; das ist bald zehn Jahre her. Wir haben Versäumnisse in diesem Bereich angemahnt und gesagt, dass sich Ihre Politik anders ausrichten hat. – Sie haben das verworfen und waren auch dort nicht innovativ.

Der nächste Punkt: Hochschulen mehr zutrauen, Autonomie nicht nur fordern, sondern fördern. Hier haben wir wieder Versäumnisse aufgelistet und Ihnen deren Beseitigung ans Herz gelegt. – Sie haben sie mit Ihrer Arroganz der Macht einfach verworfen und sind wieder auf der Stelle stehen geblieben. Wir haben das immer wieder bedauert.

Ich ziehe diese Bilanz, damit Sie wissen, was wir versucht haben und dass wir uns freuen, dass wir es jetzt umsetzen können, weil uns das Vertrauen der Wähler erreicht hat.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Weiteres gesagt, dass die Politik der Vergangenheit die Forschungs- und Technologiestandortmöglichkeiten NRWs gefährdet, dass das Land Klarheit für überregionale Forschungseinrichtungen schaffen muss. – Auch dieses Monitum ist bei Ihnen nicht angekommen, haben Sie nicht ernst genommen.

Wir haben schon damals gesagt – das war im November 2004 –, dass die Landesregierung jährlich einen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit vorlegen soll. – Das geschieht jetzt – aber nicht, weil Sie es gemacht haben, sondern weil wir jetzt die Chance haben, dieses einzufordern und auch durchzusetzen.

Jetzt können Sie natürlich sagen: Na ja, das sind die Klagen eines langjährigen Oppositionellen, der nun Verantwortung zu tragen hat. – Aber es war schon damals so, dass nicht nur wir den Finger in

die Wunde gelegt haben, sondern auch ausgewiesene Fachleute. Nur zwei kurze Zitate aus der Vergangenheit.

Da ist Herr Erichsen, ein wirklich respektabler Hochschulmensch, durch das Land geschickt worden. Er sollte den Qualitätspakt begleiten. Er sollte alles mit einem Expertenrat beobachten und evaluieren. Er sagte vor dem Ausschuss – das war Ende 1999, ist jetzt also auch schon wieder gut sechs Jahre her; damit hat er Ihre Politik gemeint –, dass er ein solch kühles und von Misstrauen geprägtes Klima zwischen einem Ministerium – gemeint war das Wissenschaftsministerium – und den Hochschulen in NRW in keinem anderen Bundesland vorgefunden habe. Das war eine Bewertung Ihrer Politik. Die gilt es jetzt zu ändern. Dafür treten wir an. Deswegen eine solche richtungweisende Erklärung durch den zuständigen Minister!

Ich will Ihnen ein zweites Zitat nahe legen. Wir haben Herrn Ronge, der ja zu der Ehre gekommen ist, Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz zu werden – er wurde eben schon einmal zitiert –, zu einer Anhörung am 1. Dezember 1999 zu dem von Ihnen in aller Schnelle noch vor der damaligen Landtagswahl gestrickten neuen Hochschulgesetz eingeladen und ihn gefragt, was er davon halte. Er war damals schon Rektor der Uni Wuppertal. Er hat die halbierte Unternehmerisierung der Hochschulen beklagt. Den Unternehmensleitungen in den Hochschulen müsste es möglich sein – so Ronge damals, 1999 –, die Signale des Marktes aufzunehmen, umzusetzen und nach innen zu vertreten. Ronges Urteil über den damaligen Gesetzentwurf – das Gesetz ändern wir ja jetzt, Gott sei Dank –: Das unternehmerische Leitbild Ihres Gesetzes folgt eher sozialistischen Vorbildern als dem Markt. – Er hat schon damals so gesprochen.

So haben es auch viele seiner Kollegen gesehen. Sie freuen sich natürlich, dass jetzt ein neuer Wind in die Hochschulpolitik kommt, dass mehr Freiheit da ist, die sie gestalten können. Mehr Freiheit heißt mehr Verantwortung, möglicherweise auch mehr Arbeit. Aber ich bin sicher, dass die Hochschullandschaft diese Arbeit gerne angeht.

Meine Damen und Herren, Sie haben also in der Vergangenheit mit längst gescheiterten Modellen und planwirtschaftlichen Programmen unsere Hochschulen zugeschüttet. Sie haben auf der Kapazitätsverordnung beharrt und damit Mengen gefördert und nicht Qualität. Sie haben auf Überregulierung und Detailsteuerung gesetzt.

Jetzt haben wir die Vorauswahl der nordrhein-westfälischen Hochschulen zur ersten Runde der Exzellenzinitiative. Das ist doch ein Skandal; da können einem doch im wahrsten Sinne des Wortes die Tränen kommen. Das ist die Bilanz der von Ihnen in 39 Jahren gestalteten Hochschulpolitik: Trotz der dichtesten Hochschullandschaft in Europa – dessen rühmen Sie sich immer, obwohl es gelegentlich auch reinregnet; das zum Wortspiel „dicht“ – sind die nordrhein-westfälischen Hochschulen im bundesweiten Vergleich bis auf wenige Ausnahmen bestenfalls Mittelmaß. Das muss man doch sagen dürfen, das ist doch ein Fakt. Das ist doch jetzt belegt. Das müssen Sie hinnehmen und können nicht behaupten, wir redeten etwas schlecht.

Wir treten an, um zu Verbesserungen zu kommen. Machen Sie doch einfach mit, auch wenn Sie es vorher abgelehnt haben. Das wäre für unser Land von Vorteil.

(Beifall von der CDU)

An diesem Mittelmaß, das nunmehr ermittelt worden ist, sind nicht die Hochschulen schuld. Es ist Ausdruck jahrzehntelanger verfehlter Hochschulpolitik, weil die Hochschulen ihr Potenzial nicht ausschöpfen konnten. Das gilt auch – sogar ganz besonders – für das Ruhrgebiet, als dessen Anwalt, als dessen Statthalter quasi, Sie sich immer wieder aufspielen wollen. Die Ruhrgebietsuniversitäten haben unter Ihrer Politik gelitten. Sie haben das Gesamthochschulmodell leise, fast schweigend, nach 25 Jahren eingerollt. Die Hochschulen mussten jetzt feststellen, dass sie als Hochschulen im Ruhrgebiet nach wie vor Wettbewerbsnachteile gegenüber der restlichen Hochschullandschaft haben. Das ist Ihr Erbe; ich kann es nicht ändern. Lassen Sie uns gemeinsam zu Neuerungen, zu Verbesserungen kommen, meine Damen und Herren.

Herr Minister Pinkwart, Sie haben eben einen beeindruckenden Beweis für die Notwendigkeit eines Systemwechsels in der nordrhein-westfälischen Hochschul- und Innovationspolitik geliefert. Sie haben die Zeitschiene treffend beschrieben: Bis 2010 wollen wir die Lücke zum Bund schließen – wir werden es schaffen –, und bis 2015 wollen wir das Innovationsland Nummer eins werden. Die ersten Schritte auf diesem Wege sind eingeleitet – Sie haben darauf hingewiesen –: gesicherte finanzielle Basis für die Hochschulen, Studienbeitragsgesetz und das Hochschulfreiheitsgesetz, das im wahrsten Sinne freiheitlichste Hochschulgesetz in der Bundesrepublik weit und breit.

Der internationale Wettbewerb um die besten Professoren und die besten Studierenden sowie um beste Forschungs- und Ausbildungserfolge und auch der technische Fortschritt stellen unsere Hochschulen vor immense Herausforderungen, weil es immer kostspieliger wird, exzellente Forschungs- und Lehrbedingungen bereitzustellen.

Diese Herausforderung ist nur zu bestehen, wenn die Hochschulen mit einer hinreichenden finanziellen Ausstattung zugleich die Freiheit erhalten – und darum geht es; und sie werden sie wahrnehmen und sie freuen sich darauf, auch wenn es immer ein paar Ängste gibt, wenn etwas Neues kommt, aber sie werden es packen –: für schnellere Entscheidungen, unbürokratischere Handlungsmöglichkeiten, effektiveren Ressourceneinsatz und strategische Eigenverantwortung.

Die Hochschulen der Zukunft, die den Nährboden für Innovation bilden, müssen unabhängig, profiliert und international wettbewerbsfähig sein. Sie müssen ihre Mittel dazu effektiv einsetzen können. Das Hochschulfreiheitsgesetz – dessen sind wir sicher – wird den Hochschulen helfen, die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Es wird die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verändern. Es wird Kreativität und Ideenreichtum – das war das große Manko der vergangenen Zeit – fördern und unser Land nach vorne bringen. Nur darum geht es. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kuhmichel. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Dr. Vesper für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kuhmichel, ich fand es ganz gut, dass Sie eben nicht nur gesagt haben, wie schlecht die Qualität der hochschulpolitischen Debatten der Vergangenheit war, sondern auch deutlich gemacht haben, dass Sie 15 Jahre lang als Sprecher für die CDU-Hochschulpolitik in diesem Landtag verantwortlich waren. Ich finde es immer gut, wenn ein Politiker zur Selbstkritik fähig ist. Wahrscheinlich hat Ihre Fraktion Sie deshalb auch als Sprecher abgelöst und Herrn Brinkmeier eingesetzt, um die Qualität der hochschulpolitischen Debatten zu erhöhen.

Lieber Herr Pinkwart, das war ja nun wirklich innovativ: Sie haben uns heute vorgemacht, wie man aus buchstäblich Nichts eine Regierungserklärung zaubern kann, und noch dazu eine derart

längliche – 43 Minuten, ich habe es genau abgestoppt.

(Beifall von der SPD)

Aber das scheint mir das Prinzip der neuen Landesregierung zu sein. Motto: Wir verkaufen lieber, als zu produzieren; und das nach Möglichkeit in jeder Plenarwoche – entweder in Form einer Regierungserklärung oder einer Unterrichtung. Dabei sind wir vor nix fies. Wir nehmen alles, was die Vorgängerregierung – wie Sie immer sagen – geschaffen und eingestielt hat, dankbar auf, erfinden dazu neue Überschriften und präsentieren das dann selbstbewusst als „Trendwende“.

Aber, lieber Herr Pinkwart, dieses Prinzip ist durchschaut, und die Menschen fragen zunehmend: Was ist denn nun bei dieser neuen Regierung wirklich anders und vor allem, was ist besser?

Wenn Sie die Globalhaushalte ansprechen: Das ist doch eine Erfindung der rot-grünen Landesregierung, die wir in den vergangenen Jahren eingeleitet haben und die Sie jetzt fortführen, was ich gut finde.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU)

– Aber darauf haben Sie doch nicht das Patent.

Der Qualitätspakt: Richtig, Sie führen ihn fort, Sie verlängern ihn. Aber das war doch eine Aktion, die mich damals zwar viele Abende der Verhandlung im Kabinett gekostet hat, die aber doch wir eingestielt haben. Deswegen, lieber Herr Pinkwart, bleibt wenig mehr als heiße Luft, wenn wir Ihre Regierungserklärung auf wirklich Neues abklopfen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Johannes Rempel [GRÜNE]: Zwei Presseerklärungen!)

Wenn Sie uns denn schon eine solche Regierungserklärung zumuten, und dann sind Ihre eigenen Leute nicht einmal da: Schauen Sie sich doch an, was für ein trauriges Bild die Koalition hier abgibt!

(Christian Lindner [FDP]: Aber wir müssen Ihnen doch etwas erklären! – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

– Aber, entschuldigen Sie bitte, Sie haben doch die Regierungserklärung abgegeben! Dann unterstellt man doch, dass CDU und FDP ein Interesse an diesen Fragen haben.

Ich habe ja Verständnis dafür, dass Herr Stahl, um im Plenarprotokoll endlich einmal deutlich werden zu lassen, dass es ihn wirklich gibt, hier redet. Aber dann sofort die Biege zu machen, wenn die nachfolgenden Redner kommen, das ist wirklich schlechter Stil. Das hätte ich nicht gesagt, wenn sich Herr Stahl nicht zum Notengeber für Herrn Eumann aufgespielt hätte; und er tut das leider immer wieder, dass er andere Redner benotet. Das sollte er dann – gerade er – doch wirklich lassen.

Meine Damen und Herren, wozu diene diese Regierungserklärung, was waren ihr Sinn und ihr Ziel? – Erstens. Um die RWI-Studie ein Vierteljahr nach ihrem Erscheinen vorzustellen, bedarf es wirklich keiner Regierungserklärung. Lesen können wir selbst, und zum Vorlesen brauchen wir Sie nicht. Die Hälfte der Regierungserklärung waren Zitate aus der RWI-Studie vom November 2005.

Die zweite Möglichkeit ist das Hochschulfreiheitsgesetz. Aber ich debattiere hier nicht über das Hochschulfreiheitsgesetz, und ich weigere mich auch, es anhand von Eckpunkten, die gar nicht zusammenpassen, zu diskutieren. Denn sonst geht es uns am Ende so wie mit der Geld-zurück-Garantie bei den Eckpunkten des Studiengebührengesetzes, die sich hinterher, wenn man den Gesetzentwurf liest, als nicht existent erwiesen hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich möchte zunächst einmal den Gesetzentwurf sehen. Anschließend reden wir darüber, und zwar sehr ausführlich.

Globalhaushalte finde ich zum Beispiel richtig. Ich finde es auch richtig, Unternehmensgründungen zu erleichtern. Auch die Erlassdichte gegenüber Hochschulen zu verringern, finde ich völlig richtig, wobei ich allerdings glaube, dass gerade das Studiengebührengesetz und das Hochschulfreiheitsgesetz zu einer neuen Flut von Erlassen führen. Beide sind nämlich sehr bürokratisch, wie das schon heute an ihren Eckpunkten deutlich wird.

Aber es gibt einen großen Unterschied, lieber Herr Pinkwart: Unternehmen verfolgen einen privatwirtschaftlichen Auftrag. Hochschulen hingegen haben einen öffentlichen Auftrag.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie dürfen nicht nach rein privatwirtschaftlicher Rationalität handeln, sondern sie müssen immer auch das Gemeinwohl im Auge behalten. Hochschulen funktionieren anders als Unternehmen; das ist kein Vorwurf gegenüber den Unterneh-

men, sondern das ist Inhalt unserer Wirtschaftsordnung. Hochschulen funktionieren darüber hinaus mit innerer Demokratie. Auch diese innere Demokratie zu erhalten, ist notwendig. Vor dem Hintergrund der Eckpunkte habe ich daran große Zweifel.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Sie wollten doch nicht über den Gesetzentwurf beraten!)

– Nein, will ich nicht. Ich will Ihnen nur schon einmal mitgeben, was Sie bei der Ausformulierung des Gesetzentwurfs beachten sollten, Herr Pinkwart. Die Aussprache sollten wir dann bis zur Debatte über das Hochschulfreiheitsgesetz vertagen.

Es bleibt aber immer noch die Frage, was diese Regierungserklärung eigentlich soll. Sie verkünden neue Ansprüche, die wirklich verblüffen – ich zitiere –:

„Bis zum Jahr 2015 wollen wir Innovationsland Nummer eins werden.“

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist doch gut!)

– Natürlich ist das gut, Herr Kuhmichel. Hierfür werden Sie Einstimmigkeit im Landtag erzielen. Die Frage ist nur, wie man das erreichen kann. Ihre Antwort lautet:

„Innovation kann der Staat nicht planen. Im Gegenteil: ...“

Meine Damen und Herren, der Staat kann nicht alles freigeben, er muss Leitplanken einziehen, damit es Chancengerechtigkeit, Gemeinwohlorientierung gibt. Es ist richtig, wenn Sie sagen, die Menschen sollen ihre Angelegenheiten ohne staatliche Bevormundung selbst regeln. Aber daraus folgt für mich noch lange nicht, dass man diese Leitplanken einreißen darf und kann. Der Staat soll sich überall weitestgehend zurückziehen – das ist Ihre Ideologie –, dann werden es die Kräfte am Markt schon richten.

Lieber Herr Pinkwart, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört, und ich will Ihnen bescheinigen, dass die Zusammenarbeit mit Ihnen – das kann man nicht in Bezug auf alle Kollegen sagen – Spaß und Freude macht, aber so einen platten Neoliberalismus wie in Ihren Äußerungen heute in der Regierungserklärung habe ich selten erlebt. Dagegen wirkt selbst Guido Westerwelle wie ein Gewerkschaftsfunktionär.

(Zurufe von CDU und FDP)

Sie sind der Neoliberaler dieser Regierung. Wenn man vom Fußball ein bisschen versteht – Herr

Müller ist ja auch da –, dann weiß man, dass das Spiel mit Libero und vor allem mit Neoliberaler gänzlich unmodern ist und man damit meistens auf den Bauch fliegt. Das wird auch hier der Fall sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU: Fragen Sie einmal Herrn Rehagel!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich während dieser Regierungserklärung gefragt: Wann kommen endlich Ihre eigenen neuen Ideen? Dass Sie mit der Bayer AG zusammensitzen, ist hoch interessant. Dass Sie mit Telecom Gespräche führen und andere Unternehmen besuchen, die hier dann wunderbare Einrichtungen schaffen, die wir auch begrüßen und die zum Teil in der Regierungszeit der Vorgängerregierung eingestiftet worden sind – das werden Sie nicht bestreiten –, ist schön und gut. Aber das ist doch nicht Ihre Leistung, Herr Pinkwart. Diese eben aufgezählten Entwicklungen sollten wir alle gemeinsam begrüßen, und das tue ich auch uneingeschränkt. Aber das sind keine eigenen Ideen einer neuen Innovationspolitik. Die habe ich vermisst. Sie sagen:

„Damit Neugier, Wissensdurst, Erkenntnisdrang und Erfindergeist bei uns wieder gedeihen können, machen wir Schluss mit der Ideologisierung der Forschungs- und Technologiepolitik.“

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr gut!)

– Richtig! – Abgesehen davon, dass Ihr Herr Papke, der auch wieder weg ist, obwohl er gleich reden möchte, der größte Ideologe ist, wenn es um neue Technologien im Energiebereich geht,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

reicht es einfach nicht aus, nach einem halben Jahr immer nur zu verkünden, womit Schluss sein soll. Die Leute und das Parlament wollen wissen, womit Sie anfangen wollen, und nicht nur, was Sie beenden wollen, und zwar konkret, abseits Ihrer salbungsvollen Bekenntnisse nach dem Motto: Wir müssen aufholen, wir bekennen uns, wir brauchen, wir müssen offen sein, wir wollen. Das sind alles tolle Formulierungen, aber wenn man versucht, sie anzupacken, dann erweisen sie sich wie der sprichwörtliche Pudding, den man nicht an die Wand nageln kann.

Sie verwenden – Herr Lindner hat von Tricks gesprochen – einen schönen Trick: Mit großer Inbrunst und mit einem seriösen Augenaufschlag, der das Blut von Schwiegermüttern in Nordrhein-Westfalen in Wallung bringt,

(Zurufe von der FDP)

verkünden Sie selbstverständliche Wahrheiten, die zum großen Teil bereits wir eingestellt haben. So erklären Sie mit großem Tremolo in der Stimme, das EU-Recht müsse 1:1 in nationales Recht umgesetzt werden. Wissen Sie denn nicht, dass das ein Zitat aus dem „Düsseldorfer Signal“ aus dem Jahre 2003 ist?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der FDP)

Haben Sie das schon vergessen, Herr Pinkwart? Wir wollen neue Ideen hören.

Ich habe beim aufmerksamen Zuhören vier neue Ideen identifizieren können.

Erstens die Gentechnologie. Auch hier sind Sie für völlige Freigabe, für das Niederreißen aller Schranken. Es schert Sie überhaupt nicht, dass die Menschen das nicht wollen.

(Christian Lindner [FDP]: So ein Quatsch!)

Bisher habe ich die CDU, Herr Kuhmichel, Herr Brinkmeier, so verstanden, dass Sie ebenso wie die Kirchen davon überzeugt sind, dass es gerade bei der Gentechnologie weiterhin Grenzen braucht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Warten Sie doch ab!)

Sie verkünden Ihre FDP-Position als Position der Regierung. Ist das eigentlich abgestimmt? Wir mussten früher Regierungserklärungen in der Koalition abstimmen. Mich würde die Meinung des Ministerpräsidenten dazu interessieren, ob die FDP-Position einer vollkommenen Liberalisierung der Gentechnik Position der Landesregierung ist. Ich fände das schlimm, meine Damen und Herren.

(Christian Lindner [FDP]: Sie bauen einen Popanz auf!)

– Mag sein, ich baue einen Popanz auf. Die Lautstärke Ihrer Zwischenrufe zeigt mir jedenfalls, dass ich mit dem, was ich sage, nicht ganz falsch liege.

Die zweite neue Idee, die ich der Regierungsklärung entnehme, betrifft die Atomkraft. Auch da liegen Sie völlig quer zu dem, was die Menschen in unserem Land wollen.

Herr Pinkwart, Sie kennzeichnen die Steinkohle-subventionen zu Recht als Thema der Vergangenheit. Insofern frage ich mich: Wie kommen Sie eigentlich dazu, der Steinkohle ausgerechnet die Atomkraft als Zukunftsinvestition gegenüberzustellen? Wissen Sie denn nicht, dass die Atomkraft in diesem Land ebenfalls eine Technologie

der Vergangenheit ist? – Und sie ist vor allem eine Technologie, die Milliarden an Subventionen verschlungen hat und die – das ist heute schon absehbar –

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

auch in Zukunft Milliarden an öffentlichen Geldern verschlingen wird, weil beispielsweise die Endlagerfrage überhaupt noch nicht geklärt ist. Das werden nicht die Unternehmen zahlen, sondern das werden wir Steuerzahler aufzubringen haben. Insofern ist es unverantwortlich, dies auch noch als eine neue Idee in eine innovationspolitische Regierungserklärung einzubringen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das sagt eigentlich alles!)

Drittens fallen Ihnen die Lebenswissenschaften und viertens die Nanotechnologie ein. Das sind sicherlich interessante Felder, aber die haben nun wirklich nicht Sie erfunden, Herr Pinkwart.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das sagt er doch gar nicht!)

Das sind Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen, die lange vor 2005 entschieden waren und die Sie deswegen auch zu Recht weiterführen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich unterstütze und lobe diese Punkte, aber Sie tun so, als seien Sie deren Erfinder, und das ist einfach nicht wahr.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das maße ich mir nicht an!)

Sie sagen: Bislang war die Förderlandschaft in Nordrhein-Westfalen unübersichtlich. Die Förderinstrumente waren stumpf. Die Förderprinzipien waren unklar. Sie wollen aufräumen. – Prima. Es fragt sich nur, wie Sie das machen wollen.

Die erste Maßnahme ist ein ziemlich aufgeräumter Etat. Da haben Sie als Erstes aufgeräumt.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Richtig!)

In dem einschlägigen Kapitel „Technologie- und Innovationsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen“ kürzen Sie erst einmal satte 20 %.

Und auch in anderen Bereichen regiert der Rotstift. Dabei gehen Sie durchaus ideologisch vor. So wird zum Beispiel das Wuppertal-Institut schön zusammengestrichen, andere Institute erhalten gleich viel oder sogar mehr Mittel. Die Mittel für das REN-Programm werden um knapp 20 % re-

duziert. Und die Wittke-Ausfälle gegen die Windenergie haben wir alle noch im Ohr.

Verstehen Sie das unter innovationsfreundlichem Klima? – Hier sind Unternehmen dabei, die Effizienz von Windenergieanlagen in diesem Lande – daran hängen auch Arbeitsplätze – zu erhöhen, und dann kommt aus der Landesregierung der Satz: Das ist das Erste, was wir kaputtmachen. – Ist das innovationsfreundlich, meine Damen und Herren? – Nein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist die Speerspitze!)

Innovationen lassen sich nicht mit reiner Wettbewerbsideologie hervorrufen oder steuern. Dieser Ansatz ist extrem unmodern. Eine erfolgversprechende Strategie bestünde vielmehr darin, ein wirklich innovationsfreundliches Klima zu schaffen und gesellschaftlich relevante Fragestellungen aufzugreifen.

Wir alle wissen doch, dass die entscheidende Frage des neuen Jahrhunderts wie folgt lautet: Wie kommen wir mit weniger Ressourcenverbrauch aus, ohne die sozialen Spannungen auf der Welt zu verschärfen? Wie kann es gelingen, aus einer Tonne Öl das Zehnfache dessen herauszuholen, was wir in unserer verschwenderischen Manie bislang herausgeholt haben? Wie können wir unseren Wohlstand halten, ohne unsere Natur, unsere Ressourcen unwiederbringlich auszubeuten?

Diese Strategie „weg vom Öl“ haben Sie leider überhaupt nicht im Blick, und daraus resultieren hundertfach Fragestellungen, die Innovationen nötig und lohnend machen. Das emissionsfreie Auto oder das Passivhaus, das keine Energie mehr verbraucht, sind Beispiele, die des Erfindergeistes gerade aus Nordrhein-Westfalen harren und wo wir gute Vorarbeiten geleistet haben. Hier bekommen Sie von uns jede Unterstützung, wenn Sie Ihre Mittel und Ihre Anstrengungen auf diese Felder richten.

Meine Damen und Herren! „Was früher ökologische Avantgarde war, das ist heute Speerspitze der technologischen Entwicklung.“ Das sagt Thomas Vašek, der Chefredakteur der „Technological Review“.

Also, wir sind an Ihrer Seite, wenn es darum geht, Innovationen zu fördern. Aber dann muss man es auch wirklich tun und darf sich nicht mit fremden Federn schmücken. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. – Als nächster Redner hat der Kollege Römer für die Fraktion der SPD das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich kann die Bemühungen der Regierungskoalition verstehen, diese sogenannte Regierungserklärung schönzureden zu versuchen. Das gelingt nicht. Das war – wie das viele vor mir und Herr Vesper gerade noch einmal festgestellt haben – eine sogenannte Regierungserklärung. Diese verdient den Namen nun wirklich nicht.

Herr Kuhmichel, ich habe von Ihnen gerade gelernt – das war eine intellektuelle Meisterleistung Ihrerseits –, dass die rot-grüne Landesregierung die Hochschulen im Ruhrgebiet vor allem dadurch benachteiligt habe, dass sie diese Ihrem Verständnis nach zu viel gefördert habe. Und Sie würden diesen Hochschulen jetzt einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, indem Sie die Förderungen drastisch reduzierten, wie das der Haushaltsentwurf für 2006 belegt. Was Sie da hinbekommen, finde ich schlicht grandios.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will noch einmal aufgreifen, was Herr Pinkwart zu den Investitionen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft in Innovationen, in Forschung und Entwicklung ansatzweise ausgeführt hat. Seinen Appell, dass die nordrhein-westfälische Wirtschaft in den nächsten fünf bis zehn Jahren ihre Investitions- und Innovationsanstrengungen verdoppeln solle, habe ich als sehr beeindruckend empfunden. Dieser Appell – davon bin ich überzeugt – wird richtige Wirkungen erzielen. Ich gehe davon aus, dass jetzt schon – ich nehme an, Herr Pinkwart, Sie werden uns das gleich erklären – in den großen Unternehmen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft die Investitionsentscheidungen für die Aufsichtsräte vorbereitet werden, damit eine solche große Kraftanstrengung gelingen kann.

Nein, es reicht überhaupt nicht aus, einen solchen Appell hier loszulassen. Vielmehr müssten Sie den Unternehmen, die in Nordrhein-Westfalen innovativ tätig sind, sagen, welche Anreize diese Landesregierung geben will, damit mehr Innovationen in Nordrhein-Westfalen auch durch die private Wirtschaft möglich werden. Wo wollen Sie Schwerpunkte setzen? – Darauf sind Sie nicht eingegangen.

Stattdessen machen Sie das, was Sie aus Ihrer Oppositionsrolle heraus bis heute nicht abgelegt haben: Sie reden das Land schlecht. Sie treffen

damit die Menschen, die sich in diesem Land anstrengen, um das Land nach vorne zu bringen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist völlig kontraproduktiv. Damit kommen Sie nicht weiter.

Herr Pinkwart, eines habe ich heute bei Ihnen gelernt. Sie haben zwei oder drei Mal behauptet, die Vorgängerregierung wäre in ihrer Politik ideologisch ausgeprägt gewesen. Bei Ihnen habe ich festgestellt, dass Sie weder Ihre Ideologie aufgeben noch Ihre Scheuklappen absetzen.

Denn ansonsten hätten Sie doch auch dem Hohen Haus sagen müssen, dass das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung klar festgestellt hat, dass das Problem – das wollen wir doch gar nicht leugnen – für die im Vergleich zu anderen Bundesländern geringeren Forschungsaktivitäten in Nordrhein-Westfalen eben nicht die öffentlichen Ausgaben waren. Hier lag unser Land zum Beispiel vor Bayern. Für Sie ist das überhaupt nicht erwähnenswert. Ich vermute, das liegt daran, dass das nicht in Ihr Weltbild passt.

Die RWI-Studie, die im Übrigen von der rot-grünen Landesregierung in Auftrag gegeben worden ist, kommt zu dem Schluss, dass das Problem in der Wirtschaftsstruktur unseres Landes begründet ist und dass es, wie Sie sich in Anlehnung an das RWI-Gutachten ausdrücken, eine relative Forschungsabstinenz der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen gibt.

Ja, aber warum denn? – Das hat doch vor allem, Herr Pinkwart, mit dem Rückgang der industriellen Produktion in unserem Land zu tun. Handels- und Dienstleistungsunternehmen – das ist nun einmal die Kehrseite des Strukturwandels – forschen nicht so viel und nicht so intensiv wie große Industrieunternehmen. Dennoch bleiben sie wichtig für Innovationen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Stichworte dafür sind Internethandel und Logistik mit einer völlig neuen Vernetzungsmöglichkeit von Verkehrstechnik, von Planung, von Dienstleistungen. Dazu haben wir von Ihnen kein Wort gehört. Sie kennen unser Land nicht, Herr Pinkwart.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Das ist das große Problem. Sie machen sich nicht einmal die Mühe, es kennen zu lernen. Ich will Ihnen ja nicht zu nahe treten, aber aus Ihrem Terminkalender wird das ganz deutlich: Sie sind of-

fensichtlich mit anderen Sachen beschäftigt und haben in den letzten Tagen wenig mit Nordrhein-Westfalen, mit diesem Land und seinen Entwicklungen zu tun gehabt.

Deshalb würde es sich, Herr Pinkwart, für Sie auch lohnen, ein bisschen genauer hinzugucken, damit für Sie Stärken und Schwächen erkennbar werden. Deshalb darf doch nicht alles in Bausch und Bogen heruntergeredet werden, wie Sie das andauernd tun.

Rechnen wir nämlich, Herr Pinkwart, bei den Forschungsausgaben der Wirtschaft die dicken Brocken einmal heraus, also in Bayern die Siemensforschung, in Baden-Württemberg die Forschung von Daimler-Chrysler und in Nordrhein-Westfalen die Bayerforschung, dann sieht das Bild schon ganz anders aus. Dann liegen die Forschungsausgaben der nordrhein-westfälischen Wirtschaft in etwa auf dem gleichen Niveau wie die der Wirtschaft in Bayern und in Baden-Württemberg.

(Beifall von der SPD)

Nehmen Sie das doch zur Kenntnis, und reden Sie nicht die Leistungen unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft so herunter, wie Sie das hier tun.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das stimmt nicht!)

Es wäre gut, Herr Pinkwart, wenn Sie solche Fakten endlich zur Kenntnis nähmen und nicht weiter ein Zerrbild von der NRW-Wirtschaft und von ihren Forschungsaktivitäten zeichnen. Das würde Ihnen helfen, wenn Sie ernsthaft den Versuch starten sollten, mehr Betriebe dafür zu gewinnen, noch weitere Anstrengungen zu unternehmen, dort auf Akzeptanz zu treffen. Wenn Sie – im Gegensatz zur Realität – vorher erzählen, die Unternehmen täten überhaupt nichts, werden sie Sie mit Sicherheit nicht freundlich aufnehmen, wenn Sie mit ihnen neue Konzepte – von denen wir allerdings bisher noch nichts gehört haben – besprechen wollen.

Das RWI-Gutachten und das CDU-eigene Fraunhofer-Gutachten des vorigen Jahres zeigen im Übrigen auch ganz deutlich die Stärken des Innovationsstandortes Nordrhein-Westfalen. Warum verschweigen Sie das? Schämen Sie sich eigentlich der Erfolge der Menschen in unserem Land? Oder ist Ihnen eine solche Feststellung – ich wiederhole das – deshalb lästig, weil sie das von Ihnen gezeichnete Zerrbild als eine plumpe, eine billige Fälschung erscheinen lassen würde?

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Ich habe Ihnen im Gegensatz zu denjenigen in der Regierungskoalition, die sich offensichtlich noch nicht einmal die Mühe gemacht haben, Ihre sogenannte Regierungserklärung vorher zu lesen, genau zugehört.

Ich will im Zusammenhang mit den privatwirtschaftlichen Forschungsanstrengungen in Nordrhein-Westfalen eines noch einmal herausstellen. Ich will deutlich machen, dass es richtig gewesen ist, gerade in den Zeiten eines rasanten Strukturwandels darauf zu achten und mitzuhelfen, dass unsere industrielle Basis in Nordrhein-Westfalen – Frau Thoben erzählt das inzwischen auch landauf, landab – gesichert und gestärkt wird. Das ist richtig, Herr Pinkwart. Das muss auch weiter gemacht werden. Deshalb kann ich überhaupt nicht verstehen, dass Sie mit Ihrer unverantwortlichen, unsäglichen Antikohlepolitik jetzt auch noch industrielle Kerne in Nordrhein-Westfalen, im Ruhrgebiet, schleifen und beseitigen wollen.

(Beifall von der SPD)

Also: Diese Landesregierung, meine Damen und Herren – das ist auch heute wieder deutlich geworden –, hat bisher nur beim Kürzen und Streichen den Turbo eingelegt. Ansonsten bewegt sie sich im Schneckentempo. Von Aufbruchstimmung, von Begeisterung, von Mutmachen ist nichts zu spüren.

Die große Koalition in Berlin, Herr Pinkwart, zeigt dagegen, dass es auch anders geht.

(Christian Lindner [FDP]: Oh!)

– Ja, vor allen Dingen mithilfe der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Im Berliner Koalitionsvertrag wurde als eines der wichtigsten Ziele festgeschrieben, dass bis 2010 die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts steigen. Die Bundesregierung lässt Taten folgen. Peer Steinbrück, der Bundesfinanzminister, hat 6 Milliarden € zusätzlich zugesagt. Selbstverständlich müssen aber auch die Bundesländer, die für die Hochschulen in Zukunft allein verantwortlich sein wollen und sollen, ihren Anteil dazu beitragen. Von Herrn Pinkwart war heute dazu überhaupt nichts zu hören.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das stimmt doch nicht!)

Also: Es liegt offensichtlich, Herr Pinkwart, nicht nur am Haushalt, sondern schlicht und einfach an Ihrer Ideenlosigkeit. Das haben ganz offensichtlich auch der Ministerpräsident und der Finanzminister erkannt. Die haben nämlich dafür gesorgt, dass dieser sogenannte Innovationsminister nicht auch noch die Verantwortung über die wichtigen

Ziel-2-Gelder übertragen bekommt. Die sind jetzt in der Verantwortung der Wirtschaftsministerin. Frau Thoben hat ja gemeinsam mit Herrn Breuer auch schon gesagt, wie sie das für die Zukunft sieht: ganz ohne Sie.

Ich habe von Ihnen jedenfalls nicht gehört – auch heute nicht –, wie Sie diese Mittel einsetzen wollen, um Anreize für eine vernünftige, in unserem gemeinsamen Interesse liegende große Forschungsanstrengung vor allen Dingen der großen Industrieunternehmen hier in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.

Herr Pinkwart, das war ein Flop. Der Name „Regierungserklärung“ ist hochtrabend. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Vesper, zunächst einmal eine ganz persönliche Ansprache an Sie: Ich würde es begrüßen, wenn Sie sich hier etwas kollegialer aufführten und persönliche Angriffe auf andere Abgeordnete unterließen. Das ist eines ehemaligen Ministers nicht würdig. Das muss man nicht machen.

(Beifall von der CDU – Johannes Remmel [GRÜNE]: Heul doch!)

Nach Ihren Wortbeiträgen möchte ich versuchen, das Thema in den Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zu stellen.

Das, was Minister Pinkwart heute getan hat, wäre zu rot-grüner Regierungszeit undenkbar gewesen.

(Zuruf von der SPD: In der Tat!)

Er hat eine schnörkellose, mutige Standortbestimmung vorgenommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Bei Ihnen war es immer so: Wenn jemand die Wahrheit beschrieben hat, war das eine solche Ungeheuerlichkeit, dass er bis zum Gehtnichts mehr verbissen wurde. Bei Ihnen hat das immer wieder den gleichen Beißreflex ausgelöst – so auch heute –: Redet doch um Himmels willen unser Land nicht schlecht!

Meine Damen und Herren, dieser Vorwurf ist völlig unsinnig. Niemand redet das Land schlecht. Ein Arzt, der die Wahrheit beschreibt, redet auch den Patienten nicht schlecht, sondern schafft die

Grundlage für Therapie und Heilung. Genau das hat Herr Pinkwart heute erfrischend offen und präzise getan. Nicht nur hat er aufgezeigt, wo das Fundament unseres Forschungs- und Technologiestandortes bröckelt, sondern er hat den Menschen in unserem Land auch Perspektive und Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch eine bessere Politik gegeben.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Meine Damen und Herren, der eine wartet, dass sich die Zeit wandelt. Der andere packt an und handelt. Genau das ist der Unterschied zwischen den Politikentwürfen von Rot-Grün einerseits und Schwarz-Gelb andererseits. Wenn Sie das nicht glauben wollen, werfen Sie einmal einen Blick in die jüngste Geschichte unseres Landes: Wir waren nach dem Zweiten Weltkrieg die Heimat des deutschen Wirtschaftswunders. Das Land erlebte unter den CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold und Franz Meyers eine wirtschaftliche Blüte.

Als sich die massiven Strukturbrüche in der Montanwirtschaft abzeichneten, hat Franz Meyers schon Anfang der 60er-Jahre den richtigen Weg zur Modernisierung des Landes vorgegeben, und zwar mit der Gründung der Ruhr-Universität und der Ansiedlung von Opel in Bochum. Seitdem ist in diesem Land nichts Großes mehr für eine Offensive in Bildung, Forschung und Innovation passiert.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

– Bei der Einführung des Farbfernsehens haben Sie, glaube ich, zugestimmt. Ansonsten sind Sie doch sehr zurückhaltend gewesen.

1966 hat unser Bundesland immerhin 29 % des deutschen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet, weit mehr als es unserem Bevölkerungsanteil entsprach. Heute, meine Damen und Herren, sind es noch magere 22 %. Es ist also etwas faul im Staate Dänemark. Es muss etwas passieren. Unser Wohlstand beruht auf Fortschritt und Innovation. Also muss hier etwas falsch gelaufen sein.

Der Absturz war vorhersehbar. Denn ab 1967 haben Ihre sozialdemokratischen Ministerpräsidenten die Weichen wirklich fundamental falsch gestellt. Anstatt unsere Modernisierungsoffensive, die wir jetzt wieder aufnehmen, konsequent fortzuführen, haben Sie auf die Bequemlichkeit der Wähler gesetzt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wenn Sie einen Funken Anstand hätten! Haben Sie nicht die Rede der Landtagspräsidentin verstanden?)

Sie haben subventionierte Sozialverträglichkeit versprochen und alles getan, um die gewohnten Großstrukturen als Nährboden und Netzwerk für Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Betriebsräte zu erhalten. Und das Schlimmste ist: Sie überließen die Bildungspolitik linken Ideologen, für die Leistungsanspruch ein Horrorwort war.

„Wandel braucht Zeit!“ war Ihr Credo. „Chip, Chip, hurra!“ – der spöttisch-aggressive Schlachtruf und technikfreie Rathäuser waren bis Anfang der 80er-Jahre sozialdemokratische Ehrensache.

Meine Damen und Herren, der Bochumer Innovationsforscher Erich Staudt hat Sie sehr früh gewarnt und gesagt, es könne keine Besserung der Verhältnisse geben, solange der Aufwand für Erhaltung größer als der für Erneuerung sei. Er hat vergebens gewarnt. Bis heute wurden rund 120 Milliarden € in die heimische Steinkohle gepumpt, obwohl die Förderung aus geologisch extrem ungünstigen Lagerstätten niemals wettbewerbsfähig werden kann. Zukunftsbranchen wie die Informations- und Biotechnologie wurden dagegen mit nicht einmal 5 % dieser Summe gefördert.

Diese paradox verstandene Strukturpolitik hat den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig in Gefahr gebracht und einer ganzen Generation speziell im Ruhrgebiet die berufliche Perspektive geraubt. Das hat unter anderem der Bochumer Innovationsforscher Erich Staudt festgestellt.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Weisbrich, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Jäger?

Christian Weisbrich (CDU): Na ja, soll er mal.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte schön, Herr Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Herr Weisbrich, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie die Einlassung der Landtagspräsidentin anlässlich der Gedenkstunde heute Morgen, dass die Strukturpolitik von Johannes Rau insbesondere dafür gestanden hat, dass in diesem Land keine sozialen Brüche entstanden sind, für völlig falsch halten?

(Christian Lindner [FDP]: Völlig falsch!)

Christian Weisbrich (CDU): Herr Kollege Jäger, ich halte diese Anspielung auf eine Ehrung, die wir heute einem Menschen haben zuteil werden lassen, für völlig unangemessen. Ich kann in der Sache völlig anderer Auffassung sein, ohne den menschlichen Respekt zu verlieren. Wir sollten

das aus dieser Diskussion wirklich herauslassen. Das finde ich unangemessen und unanständig. Darüber will ich auch nicht mehr diskutieren.

(Ralf Jäger [SPD]: Ich habe Ihre Landtagspräsidentin zitiert! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ferner will ich Ihnen ins Stammbuch schreiben: Sie haben nicht die Mahnung des Leiters des Instituts für Innovationsforschung gehört, dass uns die Investoren ausgehen. Orientierungslos haben Sie versucht, die Lücken in den Nachwuchsketten durch Green Cards zu schließen. Ich erinnere mich noch an die Debatten, die wir zu diesem Thema hier geführt haben.

Dabei hatten Ihnen die Bochumer Forscher sehr frühzeitig ins Stammbuch geschrieben, dass Ihre Bildungsreformchen versagen und der selbst verschuldete Fachkräftemangel zwangsläufig in einem riesigen Modernisierungsloch enden muss. Den Salat haben wir heute.

Die Bochumer haben vor dem sich abzeichnenden Mangel an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern gewarnt. Den Salat haben wir heute.

Sie haben frühzeitig eine Neuorientierung des Bildungswesens in Nordrhein-Westfalen gefordert. Das haben wir zur Kenntnis genommen und machen es jetzt. Das geschieht mit dem Hochschulfreiheitsgesetz und dem neuen Schulgesetz.

Die sozialdemokratische Regierungsmannschaft war in der Vergangenheit geradezu gutachtenversessen. Dafür wurde extrem viel Geld ausgegeben. Doch unbequeme Wahrheiten, die dabei zutage traten, wurden in den Wind geschlagen.

Ich erinnere an den importierten Wirtschaftsminister namens Ernst Schwanhold, der eigentlich ganz vernünftig war. Ihrer verkorksten Innovations- und Technologiepolitik hat er ganz deutlich den Spiegel vorgehalten, und zwar mithilfe einer Studie von Roland Berger, die sicherlich auch sehr teuer war. Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis darf ich aus diesem 120-Seiten-Opus einmal zitieren – passen Sie gut auf –:

„Die Technologiepolitik der Landesregierung hat trotz aller eingeleiteten Maßnahmen bisher noch nicht die erforderliche Durchschlagskraft, um ... dauerhafte selbst tragende Wachstumsprozesse in Segmenten der Spitzentechnologie auszulösen. Trotz ihrer herausragenden Bedeutung mit langfristig großen Wachstums- und Beschäftigungschancen ... spielt die Hochtechnologie nur eine untergeordnete Rolle in der Landespolitik. Die wesentlichen Hemmnisse der Technologiepolitik ... liegen insbesondere

in der Vielzahl der involvierten Ministerien ... sowie der nach geordneten Einheiten, ... der daraus resultierenden Schnittstellenvielfalt und der mangelnden Koordination der einzelnen Institutionen untereinander. Dieses komplexe und komplizierte Fördersystem verhindert eine stringente und einheitliche Unterstützung und damit den weiteren Ausbau vorhandener Potenziale.“

Das, meine Damen und Herren, hat Ihnen einer Ihrer Minister auf den Tisch gelegt, das hat Ihnen ein von Ihnen beauftragtes renommiertes Beratungsinstitut ins Stammbuch geschrieben. Sie haben daraus keinerlei Konsequenzen gezogen. Es ist heute Aufgabe von Minister Pinkwart und seinen Leuten, daraus Konsequenzen zu ziehen und diesen Wirrwarr in Ordnung zu bringen. Und das ist von der Regierungsbildung an mit dem entsprechenden Ministeriumszuschnitt eindeutig gemacht worden. Wir werden das also ändern.

Sie haben damals Ihren Minister Schwanhold für seinen Mut in die Wüste geschickt. Doch – Herr Stahl hat es heute früh gesagt – das Fraunhofer ISI in Karlsruhe und das RWI haben diesen Befund auf ihre Weise mit einem Ergebnis bestätigt, mit dem wir nicht zufrieden sein können. Deshalb, meine Damen und Herren, machen wir das jetzt anders. Wir danken Minister Pinkwart für seine kritische Analyse und werden ihn mit aller Kraft auf dem beschriebenen Zukunftspfad unterstützen.

Wir wissen, Herr Vesper, dass Innovationen nicht staatlich verordnet werden können. Die Politik schafft nicht mit staatlichen Programmen Eliteuniversitäten. Die Politik löst nicht mit Innovationsräten eine Innovationsflut aus. Die Politik bewirkt nicht mit ministerieller Detailsteuerung der öffentlich finanzierten Forschung die Markteinführung neuer Produkte. Das kann sie nicht. Die Politik macht Fehler, wenn sie staatliche Innovations- und Forschungsförderung auf ökonomisch verwertbare Ergebnisse konzentriert. Das sind Regelungsfantasien, die von der staatlichen Planbarkeit der Zukunft ausgehen und bei Sozialisten weit verbreitet sind. Aber wir teilen diese Fantasien nicht.

Technologische Revolutionen, meine Damen und Herren, wie die Nutzung der Elektrizität, die Radio- und Fernsehtechnik, die Halbleitertechnik, das Internet und künftig hoffentlich auch die Nanotechnologie sind nicht das Ergebnis der FuE-Richtlinien staatlicher Innovationsbüros. Sie wurden eingeleitet von neugierigen und kreativen Menschen sowie von wagemutigen Unterneh-

mern, die Freiheit für etwas Neues genutzt haben, die sich Freiheit genommen haben.

Innovationspolitik muss Voraussetzungen schaffen, die zukünftige Innovationen möglich machen. Zukunft kann man nicht planen, Zukunft muss man möglich machen. Zukunft braucht Freiheit, und Zukunft braucht Wettbewerb.

In Nordrhein-Westfalen – da sollten Sie sich einmal die Realität anschauen – keimt seit dem Regierungswechsel wieder Hoffnung. In Dortmund entsteht ein neues Max-Planck-Zentrum für Systembiologie. Hier wird geforscht nach Mitteln gegen Alzheimer, Krebs und Parkinson. Aachen erhält ein neues energiewissenschaftliches Forschungszentrum mit fünf Lehrstühlen. Herr Vesper, da werden in Zukunft auch die Fragen der Energieeffizienz, der Materialeffizienz erforscht. Das hätten Sie in der Vergangenheit schon längst initiieren können. Wir werden ohne Denkverbote eine vernünftige Energiepolitik und Energieforschung betreiben, die Sie in der Vergangenheit versäumt haben.

Und das Schönste ist: Dieses Institut in Aachen wird zu einem großen Teil von der Wirtschaft finanziert; denn die Wirtschaft weiß plötzlich: Jürgen Rüttgers und Andreas Pinkwart stehen für die Überwindung rot-grüner Denkverbote. Sie stehen für Freiheit, und sie stehen für Leistungswettbewerb. Die Zukunft unseres Landes ist bei ihnen in guten Händen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Marc Jan Eumann [SPD]: Wie war das denn mit Microsoft in Aachen!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Weisbrich. – Als Nächstes spricht Herr Lindner für die FDP-Fraktion.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich will zunächst darauf hinweisen, dass hier vorne noch eine Brille zu finden ist.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Das ist meine!)

– Frau Dr. Seidl, dann bringe ich Sie Ihnen gleich.

(Ralf Witzel [FDP]: Für den besonderen Durchblick!)

Wir haben in dieser Debatte einige Reden gehört, die bemerkenswert und interessant waren und die die Debatte weitergebracht haben. Andere waren nur amüsant.

Zur zweiten Kategorie gehörte auch die Rede, die Herr Römer gehalten hat.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Schon wieder der große Zensor!)

Es war wirklich bemerkenswert, wie Sozialdemokraten immer noch in der Lage sind, die Probleme, die das Land hat, nicht zur Kenntnis zu nehmen

(Bodo Wißen [SPD]: Oberlehrerhaft!)

und all denen, die sich um eine ehrliche Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen bemühen, vorzuwerfen, sie wollten das Land nur schlechtreden.

Ich habe gut in Erinnerung – Herr Römer, Sie haben das übrigens als Landesschatzmeister der SPD bezahlt –, dass die Sozialdemokraten im Landtagswahlkampf mit der Broschüre „Unser starkes Land“ für sich geworben haben. Darin fanden sich Sätze fanden wie: NRW, Deutschlands Nummer eins. – Sie haben das wirklich geglaubt, aber die Menschen haben es Ihnen nicht mehr geglaubt, weil sie mehr Kontakt zur Realität haben als Sie.

(Beifall von der FDP – Edgar Moron [SPD]: Ihnen haben sie auch nicht geglaubt; denn ein Drittel Ihrer Wähler ist davongelaufen!)

– Herr Moron, ich will gar nicht bestreiten, dass wir als FDP bei der letzten Landtagswahl unter unseren Möglichkeiten geblieben sind.

(Heiterkeit von der SPD)

Deshalb wollen wir hier ja so eine couragierte Politik machen. Wir werden uns in fünf Jahren an den Ergebnissen unseres Handelns messen lassen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass sowohl Union als auch FDP dann mit einem positiven und besseren Votum in ihrer Arbeit bestätigt werden;

(Beifall von FDP und CDU)

denn Sie haben hier keine Alternative vorzuzeigen.

Man muss sich diese Debatte doch nur einmal vor Augen führen: Da gibt es zum einen die, die sagen: Es ist in der Hochschulpolitik nichts passiert. Das sind alles fremde Federn. – Und dann gibt es die anderen, die sagen: Es passiert zu viel. Ihr gebt zu viel Freiheit. Das muss langsamer geschehen. Ihr habt ein falsches Ideal. Ihr steuert in die falsche Richtung.

Ja, was stimmt denn nun? Passiert nichts, sind es nur fremde Federn, oder gibt es den Kulturwechsel? Es gibt die Revolution im Hochschulrecht, von der Herr Ronge gesprochen hat.

Beim Haushalt wird gesagt: Schwarz-gelb macht nur Tempo bei der Sanierung des Haushalts, nur beim Kürzen. – Andererseits streben Sie verfassungsrechtliche Verfahren an, weil Sie uns sagen wollen, wir täten zu wenig bei der Sanierung des Haushalts.

(Carina Gödecke [SPD]: Das haben Sie auch nicht verstanden!)

Das passt nicht zusammen, das ist keine konsistente Oppositionsstrategie und weit davon entfernt, sich überhaupt wieder Regierungsfähigkeit in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Vesper?

Christian Lindner (FDP): Ja, gerne.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Kollege Lindner, erinnern Sie sich vielleicht an die Zeit Ihrer Oppositionstätigkeit, wenn Sie dies so bildreich schildern?

Christian Lindner (FDP): Ich habe fürwahr Verständnis dafür, dass es im Parlament zwischen Regierung und Opposition gewisse Rituale gibt, meine aber, dass es gerade bei einer so traditionsreichen Partei wie der deutschen Sozialdemokratie angezeigt ist, dass sie die Zeit nach einer Abwahl nutzt, sich selbst zu erneuern. Danach kann sie zu Ritualen zurückfinden. Danach kann sie auf das oppositionelle Gaspedal treten. Aber sie sollte erst wieder die Richtung bestimmen, in die sie gehen will.

(Carina Gödecke [SPD]: Ich finde, Sie sollten erst einmal erklären, wie Sozialdemokratie funktioniert! Sie haben doch keine Ahnung!)

Willy Brandt hat einmal so schön gesagt: Man muss auf der Höhe der Zeit sein, wenn man Gutes bewirken will. – Diese Abschiedsrede von Willy Brandt auf dem Kongress der Sozialistischen Internationalen 1992 haben offenbar Liberale intensiver gelesen als Sozialdemokraten in diesem Land.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Wir wollen auf der Höhe der Zeit sein und wissen deshalb, dass unser Wissenschaftssystem eine andere Ordnung braucht. Deshalb haben Sie heute auch nicht über ein Füllhorn von Maßnahmen Bericht erhalten, sondern von einer neuen Programmatik. Wir wollen eben nicht mehr Steuern,

Zentralkapazitäten und Forschungsziele vorgeben, wie es Gegenstand des Forschungskonzeptes 2010 war, sondern wir wollen denen, die besser als die öffentliche Hand, besser als die Politik darüber Bescheid wissen, welche Innovation Potenzial hat, die Freiheit geben, diese Potenziale tatsächlich zu entwickeln.

Das hat nichts mit einem ruinösen Wettbewerb zu tun. Dass Sie überall, wo es um Freiheit geht, ruinösen Wettbewerb befürchten, sagt mehr über Rot-Grün als über Schwarz-Gelb aus.

Wir wissen doch auch, dass die Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg und die RWTH Aachen nicht in einem Wettbewerb zueinander stehen können.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aha!)

Wir lassen doch auch keinen Schwergewichtsboxer gegen ein Fliegengewicht antreten. Natürlich gibt es unterschiedliche Gewichtsklassen, unterschiedliche Arten des Wettbewerbs. Aachen steht im Wettbewerb mit der ETH Zürich, aber nicht mit der Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg.

Dass Sie uns immer unterstellen, wir hätten ein verkürztes Verständnis von Wettbewerb, zeigt, dass Sie liberale Politik nur unter der Überschrift des Steinzeitliberalismus verstanden haben, dass Sie aber nicht in der liberalen Politik des 21. Jahrhunderts angekommen sind.

Das, was hier als Regierungserklärung vorgelegt worden ist, beschreibt eine Zäsur in der Wissenschafts- und Forschungspolitik dieses Landes. Es geht nicht nur um einzelne Programme und Programmchen, so sinnvoll, erfolgreich und lobenswert sie vielleicht im Einzelnen auch waren, sondern es geht um einen Kulturwechsel. Es geht um die Revolution im Hochschulrecht, über die Herr Ronge im Interview gesprochen hat. Diesen Anspruch stellen wir an uns.

Wir haben das Vertrauen, dass die Menschen mit dieser Freiheit verantwortungsbewusst umgehen und dass sie besser wissen, was an Fortschritten möglich ist, als wir das als Parlament können. Wir dürfen uns dieses Wissen nicht länger anmaßen. Das Wissen ist in der Gesellschaft vorhanden, aber nicht in diesem Landtag, nicht auf dieser und nicht auf jener Seite, sondern in der Gesellschaft.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Dafür müssen wir den richtigen, den treffenden Ordnungsrahmen finden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Landesregierung spricht nun Minister Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst sehr herzlich dafür bedanken, dass hier eine so intensive Aussprache zu den zentralen Herausforderungen unseres Landes stattgefunden hat.

Ich freue mich sehr darüber, dass insbesondere von Herrn Stahl, Herrn Lindner, Herrn Kuhmichel und Herrn Weisbrich noch einmal die Tragweite herausgearbeitet worden ist, mit der wir es zu tun haben.

Ich habe bei anderen Rednern die Feststellung vermisst, dass wir einen erheblichen Abstand haben. Ich hätte mir von denen, die in der Vergangenheit Verantwortung für dieses wichtige Land wahrgenommen haben, gewünscht, dass sie substantiierte Erklärungen dafür anbieten, warum sich Nordrhein-Westfalen in der zentralen Zukunftsfrage Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren, in denen Sie Verantwortung hatten, von Deutschland wegentwickelt hat, während sich Länder in Süddeutschland von Deutschland positiv abgehoben haben. Dazu haben Sie nichts, aber auch gar nichts gesagt.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Sören Link [SPD])

In den zentralen Punkten, bei denen von uns auf unabhängige Studien verwiesen worden ist, die Erklärungsgründe genannt haben, haben Sie entweder ausweichend reagiert oder, Herr Römer, leider erneut die Augen vor den Herausforderungen und den tatsächlichen Begründungen eines verzögerten Strukturwandels geschlossen, indem Sie uns in dieser Zeit aufgefordert haben, wie wir das von Herrn Horstmann auch schon gehört haben, die Steinkohlesubventionen zu verlängern.

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen haben im Jahre 2003 annähernd die gleiche Summe für Steinkohlesubventionen wie für Forschung und Entwicklung aufgewendet.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist eine falsche Verteilung von Mitteln und mitursächlich für die Probleme, die wir haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das wollen wir ändern. Das beschreiben wir mit verschiedenen Aspekten, mit verschiedenen An-

sätzen, aber auch mit einer neuen Philosophie. Das Bemerkenswerte ist, dass Sie – ich kann das in einem gewissen Umfang nachvollziehen – vor dem Dilemma stehen und auf der einen Seite nicht zugeben wollen, dass eine solche dramatische Entwicklung unter Ihrer Verantwortung stattgefunden hat, ohne dass Sie wirksam entgegengesteuert haben, und auf der anderen Seite die Vorschläge nicht nachvollziehen, die von uns jetzt unterbreitet werden, um das zu ändern.

Einerseits sagen Sie, hier sei nichts oder zu wenig gesagt worden, oder wenn etwas gesagt worden ist, dann als Plagiat, andererseits kritisieren Sie massiv die Gesetzentwürfe, die wir bereits in den Landtag eingebracht oder Ihnen in Eckpunkten vorgetragen haben.

Sie sagen mit Verweis auf die Exzellenzinitiative, also wenn wir ein objektives Gutachterergebnis zur Kenntnis bringen, wir redeten das Land schlecht. Gleichzeitig leugnen Sie die Aussagen derer, die sich im Exzellenzwettbewerb durchgesetzt haben, die sich mit ihren Aussagen positiv zu dem bekennen, was wir ändern wollen, wie zum Beispiel der Rektor der RWTH Aachen, der im Übrigen zurzeit für die deutschen Hochschulrektoren spricht. Er hat sich nämlich zum Hochschulfreiheitsgesetz in der Presse rundum zufrieden geäußert. Das hätten Sie hier auch zur Kenntnis bringen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das heißt, diejenigen, die sich exzellent aufstellen, die ihre Hausaufgaben gemacht haben, die weiterkommen wollen, die unser Land besser machen wollen, sagen zu dem, was diese neue Landesregierung unternimmt: rundum zufrieden. Damit können wir weiterarbeiten. – Und Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, reden das hier schlecht. Damit setzen Sie das fort, was Sie in Ihrer Regierungszeit zu verantworten hatten.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Gleiche gilt für ein Missverständnis im Hinblick auf die öffentlichen Ausgaben, das in der Debatte leider auch immer wieder zum Tragen kam. Es wurde von mir hier dargestellt, es wurde auch in der RWI-Studie dargestellt, dass es, bezogen auf die Forschungs- und Entwicklungsquote, maßgeblich daran mangelt, dass sich die private Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen bislang nicht in der Weise engagiert hat, wie das in anderen Bundesländern möglich ist.

Es wird auch konstatiert, dass die öffentliche Hand, relativ gesehen, hier mit 0,7 % des BIP ei-

ne vernünftige, wenngleich noch nicht hinreichende Forschungs- und Entwicklungsausgabenquote hat. In der gleichen Studie – das wird dann wieder verdrängt – wird eben auch gesagt, dass es nicht nur auf die Quantität der Mittel ankommt, sondern auch auf die Qualität des Mitteleinsatzes, auf die Wirkungsweise dieser Mittel. Und dann werden in dieser Studie ganz konkrete Gründe genannt, warum diese Mittel in der Vergangenheit nicht wirksam genug eingesetzt worden sind. Insofern geht es nicht nur um die Ausgaben im Nominalbetrag, sondern auch darum, was die öffentliche Hand mit diesen Ausgaben an konkreter Politik tatsächlich bewirken kann. Darüber hinaus geht es darum, welche Rahmenbedingungen die Politik den Unternehmen zur Verfügung stellt, um sich an einem Standort entfalten zu können.

Wir haben seitens der neuen Landesregierung deutlich gemacht – das erkennen Sie auch an zahlreichen Maßnahmen, die die Wirtschaftsministerin, der Innenminister, der Umweltminister eingeleitet haben, von denen Ihnen viele nicht gefallen; das kann ich nachvollziehen –, dass wir endlich Bürokratie abbauen, damit sich die Unternehmen endlich auf das Wesentliche konzentrieren können.

(Beifall von der CDU)

Nehmen Sie nur eine Kennzahl: Allein im Mittelstand fallen pro Jahr Bürokratiekosten in einer Größenordnung von 45 Milliarden € an. Wenn Sie dies auf NRW herunterbrechen, sind Sie bei der Größenordnung von 9 Milliarden €. Wenn es uns gelänge, die Bürokratiekosten nur zu halbieren und die Unternehmer dann zu gewinnen, diese Gelder in Forschung und Entwicklung zu investieren, hätten wir überhaupt keine Probleme, die Forschungslücke zu schließen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen also hier umsteuern. Es mag Ihnen nicht als hinreichend erscheinen, wenn wir sagen: Wir nehmen den Staat zurück. – Sie hätten es lieber, wenn ich Ihnen seitenweise Programmpolitik vortrüge, wo sich der Staat neu einmischen und was er sich alles einfallen lassen sollte – möglichst in vielen Hochglanzbroschüren. Meine Damen und Herren, dieses Land braucht keine neuen Programme und keine neuen Hochglanzbroschüren. Dieses Land braucht endlich die Freiheit für die, die Forschung und Entwicklung betreiben können.

(Beifall von CDU und FDP)

Lieber Herr Vesper, ich bedanke mich für die freundlichen Worte und gebe sie gerne zurück,

auch an den Ausschussvorsitzenden, weil ich es für wichtig halte, dass wir im Parlament fair zusammenwirken. Aber zu dem, was Sie auch mit Blick auf Ihre frühere Regierungsarbeit mit Hinweis auf den Qualitätspakt angedeutet haben, nämlich Sie hätten nächtelang ringen müssen, muss ich Ihnen sagen: Die Haushaltslage, die Sie damals vor Augen hatten, ist im Vergleich zu der, die wir heute gewärtigen müssen, nicht besser geworden. Das muss ich einmal so festhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass es auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich die Oppositionsführerin auf den Weg nach Münster gemacht hat, um gegen die Landesregierung vor dem Verfassungsgericht Klage zu führen, und trotz der Finanzmisere bei einem nicht verfassungsgemäßen Haushalt nicht nur gelungen ist, den Qualitätspakt zu verlängern, sondern auch noch zusätzliche Mittel für eine Exzellenzinitiative und die Ansiedlung von Max-Planck-Instituten aufzubringen, ohne dass wir uns bis in die Nacht hätten streiten müssen – wir haben es gemeinsam hinbekommen: der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Ressortminister; ich hoffe sehr, dass wir es mit den Mehrheitsfraktionen hier im Landtag auch zu einem Abschluss führen können –, ist auch ein Zeichen für eine andere Politik für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann möchte ich noch etwas zu den Beispielen sagen, die ich aufgeführt habe: Ich habe – die Abgeordneten der Oppositionsfraktionen bitte ich dies nachzulesen – meine Worte bewusst so gewählt, dass etwa beim Thema Cluster – da habe ich mich auf die RWI-Studie bezogen, in der eine Aufnahme von Nordrhein-Westfalen gemacht worden ist: Cluster RWTH, Cluster Dortmund, Stammzellenforschung – mit entsprechenden Hinweisen im Vorfeld deutlich wird, dass in Nordrhein-Westfalen viele Dinge auch gut gelaufen sind und gute Arbeit geleistet worden ist. Das habe ich nicht geleugnet. Es wäre auch schlimm, wenn es anders wäre.

(Marc Jan Eumann [SPD]: An einer Stelle!)

– Wir können die Stellen gleich gerne abgleichen. – Ich habe diese Initiativen auch nicht auf meine oder unsere Fahnen geschrieben. Ich habe lediglich darüber berichtet.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war doch in Ihrer Regierungserklärung! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, ich habe Bezug auf die RWI-Studie genommen und habe gesagt: In der RWI-Studie sind

ganz klar Cluster und Netzwerke herausgehoben worden. Aber es sind eben nur die wesentlichen herausgehoben worden, dort, wo wir wirklich Stärken haben.

Ich habe hier deutlich gemacht, dass wir genau solche Stärkenfelder, die es aus meiner Sicht noch zu wenig gibt, die es aber durchaus gibt, weiter fördern wollen. Wir wollen, dass auch neue entstehen können – aber bitte mit einer entsprechenden Qualität. Die vielen anderen Programme und Progrämmchen, Clusterchen und Cluster, die in der Vergangenheit hochgehalten worden sind, werden in Zukunft von uns jedenfalls nicht mehr in der Weise gefördert, wie Sie es getan haben; denn wir legen Wert darauf, dass sich solche Konzepte im Wettbewerb um das beste Konzept durchsetzen müssen. Dass wir hier Schwerpunktbildung in einer anderen Art betreiben, als Sie es getan haben, habe ich hier dargelegt – auch in großer Fairness gegenüber dem, was hier vorher erarbeitet worden ist.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Eumann?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ja, gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Eumann.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Minister Pinkwart, ich erkenne an, dass Sie in Ihrer jetzigen Einlassung das formuliert haben, was Sie in der uns vorliegenden Regierungserklärung nicht formuliert haben. In Ihrer Regierungserklärung, die uns gestern Abend um 20:45 Uhr erreicht hat, habe ich nämlich nur folgenden Hinweis auf Seite 4 gelesen – ich zitiere –:

„Es geht hier nicht darum, ‚schwarz zu malen‘ oder die Anstrengungen der Vorgängerregierung schlechtzureden. Aber Teilerfolge sind kein Aufbruch und schon gar kein Durchbruch für den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen.“

Haben Sie in Ihrer Regierungserklärung – das ist meine Frage – weiter auf die Vorgängerregierung in einer, wie ich finde, nicht besonders freundlichen Art und Weise Bezug genommen, so wie Sie es gerade getan haben?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Eumann, vielen Dank für die Frage. Sie gibt

mir Gelegenheit, hier noch einmal hervorzuheben, dass ich gerade mit dem Hinweis auf diese drei Cluster- und Schwerpunktbildungen mit Bezugnahme auf das RWI deutlich gemacht habe, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen Stärkenfelder vorliegen haben, an die wir gerne anknüpfen wollen, und mir es auch wert ist, das hier hervorzuheben. Ich habe also genau das Feld dessen beschrieben, was ordentlich ist, was wir weiterführen wollen und woran wir uns auch orientieren wollen, aber auch gesagt, dass wir auch vieles anders machen wollen und dass wir uns auch darüber freuen, dass wir schon etwas Zusätzliches erreichen konnten.

Dass das dann von Ihnen in einer solchen Weise zerredet wird oder auch in einen dubiosen Raum gestellt wird, hat mich dann allerdings gewundert. Ich frage Sie: Wie wollen Sie die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen denn ernsthaft gewinnen, mehr auf diesem Gebiet zu unternehmen? Doch nur, indem Sie die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln und für Forschungskooperationen verbessern! Dazu habe ich die entsprechenden Ausführungen gemacht – auch im Zusammenhang mit Bürokratieabbau im Hochschulfreiheitsgesetz.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich würde diesen Gedanken sehr gerne erst zu Ende führen, weil er mir sehr wichtig ist. Wenn ich ihn im Zusammenhang zu Ende gebracht habe, können Sie gerne Ihre Frage stellen.

Ich habe also deutlich gemacht, wie wir die Rahmenbedingungen ändern wollen und auch durch Entideologisierung wieder Vertrauen dafür schaffen wollen, dass sich Investitionen in Forschung und Entwicklung an diesem Standort in Zukunft lohnen. Hier spreche ich insbesondere im Hinblick auf den wichtigsten Forschungs- und Entwicklungs-Investor, nämlich die Bayer AG, die grüne Gentechnik an. Wenn ich also sage, dass wir hier ein Stück weit auch eine Politik der neuen Offenheit, der Transparenz und der positiven Ansprache für jene vornehmen wollen, auf die es ankommt, und Sie das dann kleinreden und sich auch gar nicht ernsthaft zu diesen Technologien bekennen wollen, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe die Befürchtung, dass wir es mit derlei Begleitung noch schwerer haben werden, als wir es ohnehin haben, aus dieser schwierigen Lage wieder herauszukommen.

Ich jedenfalls freue mich darüber – aufgrund der Redebeiträge, die von den Regierungsfractionen gekommen sind, habe ich den Eindruck, dass wir uns an dieser Stelle gemeinsam mit den Regierungsfractionen darüber freuen; ich hoffe, auch mit noch mehr Abgeordneten –, dass große Unternehmen wie etwa die Firma Bayer, die Firma Henkel, die Deutsche Telekom und die Firma Eon – ich bin sicher, dass noch weitere hinzukommen – neue Vorhaben in Nordrhein-Westfalen realisieren wollen. Wie anders sollten wir sonst die Forschungslücke schließen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt kann ich gerne die Frage beantworten.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, Herr Schultheis hatte sich gemeldet. – Dann gebe ich Herrn Schultheis jetzt das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Herr Minister, jetzt einmal unabhängig von dem immer wiederholten Ideologievorwurf: Wir sind große Anhänger von wettbewerblichen Verfahren. Diese sind auch in der Vergangenheit durchgeführt worden. – Sehen Sie nicht, dass zum Beispiel in Fällen, die wir eben diskutiert haben – Degussa mit den Science-to-Business-Centern, Telekom usw. – wettbewerbliche Verfahren nur bedingt anwendbar sind? Mit wem wollen Sie bei bestimmten Projekten denn einen Wettbewerb in Nordrhein-Westfalen durchführen?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Bei den von mir hier benannten Projekten befinden wir uns in allen Fragen im Wettbewerb. Ich will Ihnen ein ganz aktuelles Beispiel nennen, nämlich die Ansiedlung des Energieinstituts von Eon an der RWTH Aachen. Dieses Projekt ist international ausgeschrieben worden. In einem Schlussscheidungsprozess musste Eon dann zwischen der TU München und der RWTH Aachen eine Entscheidung treffen. Wir haben diese Verhandlungen begleitet. Ich bin froh über die Entscheidung für Aachen. Unlängst habe ich den Präsidenten der TU München getroffen und gemerkt, dass er sich sehr gefreut hätte, wenn er dieses Institut nach München hätte holen können. Er hat aber ehrlich zugegeben, dass die Entscheidung für Aachen wohl begründet ausgefallen ist.

Hier hat ein Standortwettbewerb stattgefunden, bei dem wir alles unternommen haben, was wir konnten, um die Wettbewerbsbedingungen für unseren Anbieter so optimal wie möglich zu ges-

talten, sodass diese Entscheidung letztendlich auch positiv ausgefallen ist. Darüber freuen wir uns. Wir sind froh, dass in einem internationalen Wettbewerb jetzt eine solche Institution – so muss man sie bezeichnen – nach Nordrhein-Westfalen kommt, die zentral auf dem wichtigen Gebiet der erneuerbaren Energien mit internationaler Reputation forschen soll.

Solcherlei Ansiedlungen wollen wir in Zukunft noch viel zahlreicher möglich machen. Dafür wollen wir unsere Institutionen, unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen, so stark wie möglich machen, damit sie sich in diesem Wettbewerb auch tatsächlich durchsetzen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Und weil Sie das mit den fremden Federn gesagt haben: Ich habe es in diesem Prozess jedenfalls nicht so verstanden, dass die von uns – auch mit großem Engagement des Ministerpräsidenten persönlich – vorangetriebene Ansiedlung eines neuen Max-Planck-Instituts in Köln uns von der Vorgängerregierung sozusagen auf dem silbernen Tablett überreicht worden wäre. Das kann ich jedenfalls nicht feststellen. Das hat so nicht stattgefunden.

Vielmehr ist es auch hier dank exzellenter Wissenschaftler, die wir dort haben, dank des Engagements des Rektors und der Hochschulleitung der Universität Köln – dafür bedanke ich mich –, aber auch dank der fördernden Begleitung durch die neue Landesregierung gelungen, mit hoher Wahrscheinlichkeit in diesem Jahr ein zusätzliches Max-Planck-Institut nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Das würde nicht nur Köln und die Region, sondern auch die Life-Sciences in Nordrhein-Westfalen insgesamt in eine völlig neue Kategorie hineinversetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe mir erlaubt, das hier vorzutragen, weil wir Sie als Landesregierung auch bitten müssen, dass Sie uns im Haushalt die finanziellen Voraussetzungen dafür eröffnen. Das habe ich doch hier benannt. Dann wird von Zeitungsmeldungen gesprochen. Herr Eumann, auf welchem Niveau wollen wir uns denn austauschen?

(Beifall von der CDU)

Sie sind doch das Parlament, Sie geben doch das Geld, und Sie haben ein Recht, dass hier vorgebracht wird, was wir erbitten, wenn dieses Projekt Wirklichkeit werden soll.

Ich möchte noch etwas zum Thema Haushalt und den Anstrengungen der Vorgängerregierung sa-

gen. Denn während wir hier debattieren, laufen auch andere Meldungen durchs Land, zumindest durch die Bundesrepublik Deutschland. Wir haben die Hochschulbaufinanzierung schon einmal im Wissenschaftsausschuss diskutieren können, in dem auch der frühere Finanzminister Mitglied ist. Auch das ist eine bemerkenswerte Facette: Den Sanierungsstau an unseren nordrhein-westfälischen Hochschulen haben wir Ihnen schon für den reinen Hochschulbereich auf 1,5 bis 3 Milliarden € und für die Universitätskliniken auf noch einmal 2 Milliarden € beziffert. Vor dem Hintergrund hat die alte Landesregierung während ihrer Verantwortung in den letzten Jahren und auch in den 90er-Jahren eben nicht entsprechend dem Länderanteil, der Nordrhein-Westfalen nach der Anzahl der Studierenden und nach dem Königsteiner Schlüssel, der die Bedeutung des Landes nach Einwohnerzahl und Fläche berücksichtigt, zusteht, etwa 21 bis 22 % der bundesweiten Hochschulbaumittel pro Jahr verausgabt, sondern nur einen Anteil von rund 15 %.

Es war Ihre Landesregierung, die bei der Föderalismusreform – Müntefering, Stoiber – eine Verabredung getroffen hat für die Neuordnung des Hochschulbaus in der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern, die eine Verteilung der vom Bund für den Zeitraum bis 2013 vorgesehenen Ausfinanzierung der Hochschulbaumittel vorsieht. Sie führt faktisch dazu, dass wir, gemessen am Königsteiner Schlüssel, in den nächsten Jahren mehrere hundert Millionen Euro weniger an Hochschulbaumitteln haben, als wir aufgrund der Bedeutung des Landes haben müssten und als wir vor allem gewinnen müssten, um den wachsenden Studierendenzahlen, von denen wir hier ausgehen dürfen, ein entsprechendes Äquivalent entgegenstellen zu können.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Wenn Sie also in der Vergangenheit ihre Aktivitäten frühzeitiger und intensiver betrieben hätten, um den Sanierungsstau abzubauen, oder wenn Sie bei den entsprechenden Verhandlungen zur Föderalismusreform im Interesse des Landes andere Ergebnisse herbeigeführt hätten, könnten wir auch hier die schwierige Situation viel leichter bewältigen, als es sich jetzt darstellt.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, Herr Schultheis hat eine weitere Frage.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ja.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Schultheis, bitte.

Karl Schultheis (SPD): Herr Minister Pinkwart, Sie müssen die zeitlichen Abläufe etwas im Auge behalten. Sie wissen, dass Mitursache für die vorgezogenen Bundestagswahlen das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war und dass zu dem Zeitpunkt, als die Wahl hier entschieden war – leider so, wie es ist –, erst ein Ergebnis im Rahmen der Koalitionsverhandlungen in Berlin zwischen CDU und SPD zustande gekommen ist. Bei diesen Verhandlungen hat für die Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht Herr Steinbrück am Tisch gesessen – er hat in seiner Funktion als zukünftiger Bundesfinanzminister dort gesessen –,

(Beifall von der SPD)

sondern der jetzt nicht auf seinem Platz sitzende Ministerpräsident Rüttgers. Er hat die Landesinteressen wahrzunehmen gehabt, und er hat dies nicht getan, obwohl seitens ...

(Zurufe von der CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Das ist die Realität!)

– So ist das! – Die Frage ist, ob Ihnen nicht bekannt ist, dass Herr Rüttgers die Landesinteressen dort wahrnehmen sollte.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Vielen Dank, Herr Schultheis, dass Sie Ihrer Feststellung noch eine Frage angeschlossen haben, die ich selbstverständlich mit Ja beantworten kann. Aber das, was Sie vorangestellt haben, widerspricht doch dem, was ich als Problem aufgeworfen habe.

Die Tatsache, dass Sie den Sanierungsbedarf an den Hochschulen in den letzten Jahren und auch in den 90er-Jahren nicht konsequent abgearbeitet haben, lässt sich an den Zahlen der Hochschulbaumittel dokumentieren. Das ist doch Ihre Verantwortung und nicht die der neuen Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Wie wollen Sie sich da herausreden? Das ist doch nicht verantwortbar.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben das nicht verstanden!)

Das andere, von dem ich sprach, ist, dass die Formulierung der Verfassungsreformkommission doch schon im Dezember 2004 von Ihnen ausgehandelt worden ist. Insofern trägt das Ihre Handschrift, es ist Ihre Verantwortung, und wir stehen jetzt vor der Aufgabe, aus dieser schwierigen Situation herauszukommen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wer hat denn für Nordrhein-Westfalen unterschrieben?)

So viel zu dem, was wir angeblich an positiven Dingen von Ihnen übernommen haben und möglicherweise nicht hinreichend mit Copyrights versehen hätten. Ich kann gerne noch andere Punkte nachtragen. Mir geht es aber darum, dass wir uns nicht die Dinge im Einzelnen vorhalten, sondern versuchen, aus den Problemen herauszukommen.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir aus den Problemen herauskommen wollen, müssen wir zweierlei tun. Wir müssen sehen, dass wir trotz der Haushaltsmisere für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den nächsten Jahren das Notwendige tun können. Da bitte ich den gesamten Landtag um Unterstützung. Das müssen meine Wissenschaftsministerkollegen in den anderen Ländern auch tun. Denn bei schwieriger Haushaltslage ist das nicht selbstverständlich, dass die Länder, die durch die Verfassungsreform in Zukunft noch mehr Verantwortung tragen werden, für diesen Bereich das finanziell Notwendige tun.

Ich bitte Sie also um Ihre Unterstützung in den nächsten Jahren, damit wir die notwendigen Mittel bereitstellen können. Ich bitte Sie aber auch um Unterstützung dabei, dass wir die Studierenden, die zusätzlich zu den staatlichen Mitteln eigene Beiträge leisten sollen, nicht verunsichern, sondern dass wir sie dafür gewinnen, auf der Grundlage des von uns gewählten Studierendenbeitragskonzepts ein Studium aufzunehmen. Sie werden dadurch auch in die Lage versetzt, in Zukunft in Nordrhein-Westfalen mit kürzeren Studienzeiten und einem größeren Studienerfolg zu studieren.

Wenn hier schon der Herr Bundespräsident zitiert worden ist, dann müssen jene, die im Parlament noch gegen Studienbeiträge sind, bitte auch zitieren, dass sich der Herr Bundespräsident vor den Schülerinnen und Schüler für Studienbeiträge ausgesprochen hat.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Er hat doch vorgelesen!)

Er hat darauf hingewiesen, dass er, wenn Studienbeiträge eingeführt werden, erwartet, dass dies so erfolgt, dass keiner etwa aufgrund der Einkommenssituation oder der sozialen Herkunft an der Aufnahme eines Studiums gehindert wird.

Hier nehme ich für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in Anspruch – das können Sie durch einen ganz einfachen Vergleich aller in Deutschland bisher vorliegenden Studienbeitragsmodelle leicht feststellen –, dass wir in Nordrhein-Westfalen das sozialverträglichste Studienbeitragsmodell in ganz Deutschland auf den Weg bringen werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist uns ein Anliegen, das, wie Sie wissen, durch zwei Maßnahmen gefördert wird: durch die nachgelagerte Finanzierungsmöglichkeit und durch eine BAföG-Regelung, wie es sie in keinem anderen Bundesland gibt. Das eröffnet die Chance dafür – daran wollen wir arbeiten –, dass in Nordrhein-Westfalen noch mehr junge Menschen, auch aus benachteiligten Familien, studieren.

Die Voraussetzung dafür ist aber auch, dass die Schule gerade für die benachteiligten Schülerinnen und Schüler wieder wirksamer wird. Hier muss ich Ihnen auch unter dem Gesichtspunkt der Wissenschafts- und Innovationspolitik sagen: Die von Ihnen zu verantwortenden Ergebnisse der Pisa-Studien – nicht nur die aus dem Jahre 2000, sondern vor allem auch die aus dem Jahre 2003 – belegen, dass es Ihnen, anders als etwa den Ländern Thüringen oder Sachsen/Anhalt nicht gelungen ist, wesentliche Verbesserungen gerade für diese jungen Menschen zu erreichen, und dass Nordrhein-Westfalen nur dann eine Chance hat, als Innovationsstandort wieder nach vorne zu kommen, wenn es uns gelingt, die Schulen wieder leistungsfähiger zu machen und gerade den Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern endlich wieder eine faire Chance zu geben, zu einem guten Schulabschluss zu kommen und nach einer Hochschullaufbahn einen Arbeitsplatz zu finden, der ihnen nachhaltige Sicherheit bietet.

Das sind die Voraussetzungen, die wir mit größten Anstrengungen schaffen müssen. Nur gute Schülerinnen und Schüler und nur im Wettbewerb erfolgreiche Hochschulen werden uns auch in Zukunft mit den Wissenschaftlern und den qualifizierten Arbeitskräften versorgen, die wir brauchen, damit unsere Unternehmen in Forschung und Entwicklung wieder wettbewerbsfähiger werden und gerade am Standort Nordrhein-Westfalen auf diesem Gebiet wieder mehr unternehmen wollen.

Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, dass dies gelingt. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Opposition, anders als es sich heute zum Teil anhörte, mit uns an einem Strang ziehen würde.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Pinkwart.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Regierungserklärung entgegengenommen. Wir haben die Aussprache beendet, es sei denn, es gibt noch Wortmeldungen. – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf:

3 Regionale Partnerschaft mit der Türkei begründen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1106

In Verbindung damit beraten wir den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/1164**.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Töns von der SPD-Fraktion das Wort.

Markus Töns (SPD): Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Nordrhein-Westfalen leben circa 850.000 türkischstämmige Migrantinnen und Migranten. Ein Viertel von ihnen ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. Dies allein zeigt, welche enorme Bedeutung die Gruppe der türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten hat, und darüber hinaus, wie wichtig die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei sind.

Der wachsende türkische Mittelstand in unserem Bundesland ist mit circa 22.000 Unternehmerinnen und Unternehmern in weit über 100 Branchen tätig und hat damit eine nicht zu unterschätzende ökonomische Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Eine zunehmende Anzahl dieser Unternehmer ist gerade im bilateralen Handel zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei aktiv. NRW ist heute der wichtigste regionale Handelspartner der Türkei. Das Außenhandelsvolumen beträgt ca. 3,5 Milliarden € pro Jahr. Damit befindet sich Nordrhein-Westfalen auf dem sechsten Platz bei den Exporten in die Türkei.

Vor diesem Hintergrund haben zahlreiche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Partnerschaften mit Kommunen in der Türkei aufgebaut. Nicht selten werden diese Partnerschaften durch Schulpartnerschaften flankiert. Gerade diese Städtepartnerschaften haben neben einem kulturellen und integrativen Ansatz auch immer eine wirtschaftliche Bedeutung. Diese politischen Erfolge sollten in einer regionalen Partnerschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Türkei erfolgreich aufgegriffen werden.

Obwohl den Ländern, somit auch Nordrhein-Westfalen, keine Kompetenzen in auswärtigen Angelegenheiten zukommen, hat das Land Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit bereits Kooperationen und Programme auf den Weg gebracht. Derzeit bestehen 13 internationale Partnerschaften, die von der Region Kostroma in Russland bis zu Tampere in Finnland reichen.

Alle Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass gerade umfassende regionale Kooperationen von Erfolg gekrönt sind, wenn sie erstens eine wirtschaftliche Zusammenarbeit einschließlich Tourismus, zweitens eine kommunale Zusammenarbeit zum Beispiel in den Bereichen Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Energieversorgung und Wohnungsbau, drittens Kooperationsprojekte in Wissenschaft und Forschung sowie viertens Stärkung und Ausbau von Schulpartnerschaften und Jugendaustausch beinhalten.

Regionale Partnerschaften eröffnen Chancen gerade für die Integration von Migrantinnen und Migranten, aber viel mehr noch für die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder. Gerade in einer globalisierten Wirtschaft sind regionale Partnerschaften von großer ökonomischer und politischer Bedeutung.

Aber, meine Damen und Herren, regionale Partnerschaften und Kooperationen dienen nicht einem Selbstzweck, sondern müssen bestimmten Kriterien zugrunde gelegt werden. So stellen sich mehrere Fragen:

1. Welche Region kommt aufgrund ihrer Größe und Einwohnerzahl infrage?
2. Welche kulturellen und wirtschaftlichen Anreize für eine Zusammenarbeit bestehen?
3. Bestehen bereits Städte- und Schulpartnerschaften? Wenn ja, welche?
4. Existieren Kooperationen zwischen Universitäten und Hochschulen, und können diese ausgebaut werden?

Diese Kriterien müssen vor dem Hintergrund einer Einschätzung der jeweiligen wirtschaftlichen Potenz einer Region und deren historischer und kultureller Bedeutung betrachtet werden.

Legt man diese Kriterien zugrunde, empfiehlt sich aus Sicht der SPD-Fraktion eine Kooperation mit der ägäischen Region mit ihren acht Provinzen. Mit ca. 9 Millionen Einwohnern und ca. 80.000 km² Fläche ist sie die drittgrößte Region der Türkei.

Darüber hinaus ist die ägäische Region eine der wirtschaftlich am besten entwickelten Regionen der Türkei. Dies wird schon dadurch deutlich, dass sie allein über 16 % der industriellen Produktion der Türkei und 20 % ihrer landwirtschaftlichen Produktion erwirtschaftet. Das macht ungefähr 17 % des Bruttoinlandprodukts der Türkei aus. In der Industrieproduktion konzentriert man sich auf Textilien, Lebensmittel, Petrochemie, den Automobilsektor und den Maschinenbau – auch in Nordrhein-Westfalen nicht ganz unbekannte Industriezweige.

Auch als Bildungs- und Hochschulstandort hat diese Region eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Mit ihren insgesamt neun Universitäten und rund 130.000 Studenten ist diese Region auch ein interessanter Kooperationspartner für nordrhein-westfälische Hochschulen. Erste Kooperationen zwischen der Universität Izmir und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen bestehen bereits.

Mit 3,5 Millionen Touristen im Jahr ist der Tourismussektor in der ägäischen Region ein florierender Wirtschaftszweig. Jeder vierte Urlauber, der in die Türkei fliegt, besucht die ägäische Region. Ein großer Anteil dieser Urlauber kommt aus Nordrhein-Westfalen.

Vor diesem Hintergrund wäre die ägäische Region – ich betone: möglicherweise – ein hervorragender Kooperationspartner.

Aber nun liegt seit heute Morgen ein Entschließungsantrag von CDU und FDP vor, der in seiner Beliebigkeit auf jede Regionalpartnerschaft Nordrhein-Westfalens angewandt werden könnte. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Warum bleiben Sie auf halbem Wege stehen und lehnen sogar die Prüfung einer regionalen Partnerschaft ab? Anfang der Woche hatten Sie, verehrter Kollege Stahl – er ist jetzt nicht anwesend –, noch das Angebot gemacht, unseren Antrag gemeinsam zu beschließen. Hat sich die Sachlage in drei Tagen geändert? Stehen Sie und Ihre Fraktion noch zu dem Angebot, Herr Stahl – das kann jetzt wahrscheinlich keiner beantworten –, oder sind Ihre

Fraktionen, Herr Stahl und Herr Papke, in dieser Frage zerstritten?

Dieses Thema eignet sich nach meiner Ansicht nicht zu parteipolitischen Profilierungen.

(Beifall von der SPD)

Deshalb bieten wir Ihnen weiterhin an, mit uns gemeinsam an einem Konzept für eine stabile regionale Partnerschaft mit der Türkei zu arbeiten. Denn was kann falsch daran sein, frage ich Sie, wenn der Landtag die Landesregierung auffordert, ein Konzept zu entwickeln und dieses mit einem entsprechenden Arbeitsprogramm, das die formellen Schritte berücksichtigt, bis zum Herbst vorzulegen? An dieser Stelle sei mir der Hinweis erlaubt, dass die alte Landesregierung hier schon gute Vorarbeit geleistet hat.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, stellen Sie sich gemeinsam mit uns hinter den Antrag meiner Fraktion – im Interesse der gemeinsamen Sache! Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Töns. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Frau Keller.

Ilka Keller (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Töns, Sie unterstellen uns Beliebigkeit bei Städtepartnerschaften. Das ist allerhand; das muss ich schon sagen. Gerade weil wir den Antrag der SPD, über den wir hier heute debattieren, sehr ernst nehmen – es geht um eine Partnerschaft mit einer aus unserer Sicht nach objektiv kaum messbaren Kriterien ausgewählten Region in der Türkei –, haben wir diesen Entschließungsantrag eingebracht. Wir als CDU-Fraktion können hier nicht so ohne Weiteres zustimmen; denn eine solche Zielsetzung würde nicht zu mehr Klarheit in der internationalen Ausrichtung unseres Landes führen, sondern nur zu Verwirrung.

Damit wir uns hier nicht falsch verstehen: Niemand in diesem Hohen Hause zweifelt daran, dass die Türkei ein seit Jahren mit Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland befreundetes Land ist. Niemand bezweifelt auch die Wichtigkeit guter partnerschaftlicher Kontakte zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei. Diese Kontakte gilt es gerade auch vor dem Hintergrund der Struktur der nordrhein-westfälischen Bevölkerung, die ja im Vergleich zu anderen Bundesländern den höchsten Anteil türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten aufweist, nach-

haltig zu stärken. Insoweit sind wir meinungsmäßig zusammen.

Ein solcher Prozess kann aber nicht erfolgreich im Rahmen einer Partnerschaft Nordrhein-Westfalens mit einer beliebig ausgewählten türkischen Region begleitet werden. Wir brauchen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Türkei vielmehr einen praxisnahen und sachorientierten Ansatz.

Unser Entschließungsantrag weist in die richtige Richtung.

Zunächst gilt es, die Zusammenarbeit mit der Türkei im Hochschul- und Wissenschaftsbereich sowie auch auf kulturellem und wirtschaftlichem Feld weiter zu stärken und auszubauen. Auch die nordrhein-westfälisch-türkische Kooperation im Bereich der Schulpartnerschaften, Austauschprogrammen und Städtepartnerschaften muss intensiviert werden.

Nicht zuletzt sollte in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit der Einrichtung eines deutsch-türkischen Jugendwerkes von der Landesregierung geprüft werden. Das sind arbeitsintensive Maßnahmen. Das sind konkrete Schritte, die die Beziehungen Nordrhein-Westfalens zur Türkei nachhaltig ausbauen und verbessern könnten. Damit helfen wir der Türkei auch ganz praktisch auf dem Weg des Ausbaus der demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen.

Das ist auch aus unserer Sicht ein wirksamer Ansatz, der die entsprechenden Bemühungen auf Bundesebene und im europäischen Kontext in allen relevanten Fragen der Zusammenarbeit unterstützt. Für die CDU-Fraktion sage ich in diesem Zusammenhang auch noch einmal ganz klar, dass die mittlerweile angelaufenen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei für uns einen ergebnisoffenen Prozess darstellen, dessen Ausgang abzuwarten bleibt. So ist das auch im Berliner Koalitionsvertrag festgelegt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

Wir als CDU-Fraktion stehen nach wie vor für unser Konzept der privilegierten Partnerschaft, das es der Türkei ermöglicht, eng mit den europäischen Strukturen verzahnt zu werden, ohne dass die Europäische Union in ihrer Integrationskraft überfordert wird. Das ist ein guter, machbarer und gangbarer Weg der internationalen Kooperation.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Im Rahmen der Internationalisierungsstrategie unseres Landes müssen die internationalen Schwerpunkte überprüft werden. Zusätzliche regionale Partnerschaften zu den bereits bestehenden sind

aus unserer Sicht in diesem Kontext nicht das prioritäre Handlungsfeld. Wir bieten der Türkei einen zielorientierten und sachbezogenen Austausch an. Sollte am Ende eines solchen Prozesses die Möglichkeit einer regionalen Partnerschaft mit der Türkei erwachsen, umso besser.

Wir werden allerdings nicht eine Politik 1:1 fortführen, die auf bereits bestehenden Kontakten der alten rot-grünen Landesregierung fußt, wie es der SPD-Antrag möchte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass die frühere Landesregierung bereits durch entsprechende Kontakte Kooperationsfelder mit der ägäischen Region in der Türkei ausgemacht habe und zählen diese dann auch auf. Da kann ich nur fragen: Warum haben Sie dieses seinerzeit denn nicht schon längst umgesetzt? – Ich denke, es war Ihnen offensichtlich bei der alten Landesregierung mit diesen Schritten auch nicht so ganz ernst, sonst hätten Sie es längst umsetzen können. Sie haben es ja nicht gemacht.

(Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig!)

Straffung und Effizienz müssen die Kriterien für die internationale Ausrichtung unseres Landes sein. Diese Kriterien gelten auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Türkei. Unser Entschließungsantrag weist dazu den richtigen Weg.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal deutlich machen, dass wir als Land sehr viele Partnerschaften sowie Städtepartnerschaften haben, die auch weiterhin mit Leben zu erfüllen sind. Unser Ministerpräsident Rüttgers hat gleich zu Anfang auf seinen ersten Reisen in die Beneluxländer und auch nach Polen deutlich gemacht, welche Zielrichtungen wir zunächst im Blickfeld haben.

Es gilt in jedem Fall, dass wir uns nicht verzetteln dürfen, sondern das schon Bestehende mit klarem Profil ausfüllen und erst dort neue Schwerpunkte setzen, bevor wir weitere Städtepartnerschaften ausbauen. Diese alle mit Leben zu erfüllen und ernsthaft zu betreiben, wird aus unserer Sicht in dieser Schnelle der Sache nicht gerecht. Wir sind dafür – ich denke, wir können dort auch einiges bündeln –, zunächst einmal die Zusammenarbeit mit der Türkei im wissenschaftlichen Bereich, im kulturellen Bereich und in der schulischen Partnerschaft auszubauen. Dann können wir sehen, wie das angenommen wird und was sich daraus entwickelt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Keller. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich Ihren Antrag las – das sage ich ganz bewusst auch als Vorsitzender der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe des Landtags –, hatte ich die Hoffnung, dass wir über diesen Antrag wirklich nicht zu streiten brauchen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deswegen, Frau Keller, bin ich ein bisschen enttäuscht über die teilweise unnötige Schärfe, die Sie in die Diskussion hineingebracht haben.

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass es sinnvoll ist, die Kontakte mit der Türkei zu vertiefen, und zwar einmal aus Gründen der internationalen Zusammenarbeit – das ist sicherlich nicht Hauptaufgabe eines Landtages oder einer Landesregierung, sondern eher auf Bundesebene zu verorten, aber in einem Land, in dem fast 1 Million türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger wohnen, ist das auch eine Verpflichtung auf Landesebene –, zum anderen gerade zu dem Zweck, die vielen Menschen aus der Türkei, die in erster, zweiter oder dritter Generation hier leben, stärker und besser zu integrieren. Auch das ist ein gemeinsames Ziel, das wir verfolgen sollten.

Von daher ist die Initiative der SPD durchaus positiv zu sehen – auch wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, Herr Kollege Kuschke und Herr Töns, dass uns ein ganz ähnlicher Antrag auch schon in der letzten Wahlperiode beschäftigt hat, in dem nur die Conclusio regionale Partnerschaft noch nicht enthalten war.

Das kommt jetzt in der Tat hinzu.

Wir haben – Herr Minister Breuer hat die Parlamentariergruppe in ihrer letzten Sitzung hierüber unterrichtet – bereits etwa 13 Städtepartnerschaften nordrhein-westfälischer Städte mit türkischen Städten und eine türkisch-deutsche Industrie- und Handelskammer in Köln. Wir haben über 20.000 Betriebe, die von türkischen Unternehmern, heute deutschen Unternehmern – man tut sich in der Sprache ja schwer; es sind eigentlich keine türkischen Unternehmer, sondern Menschen, die aus der Türkei kommen, eine türkische Wurzel haben, sich aber durchaus auch als Deutsche fühlen – geführt werden. Wir haben 16 Kooperationen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich und viele Schulpartnerschaften. Es gibt also ein breites Fundament.

Wir sollten gemeinsam prüfen, ob eine regionale Partnerschaft hinzukommen sollte und – wenn ja – mit welcher Region. Wir kennen ja solche regionalen Partnerschaften. Wir haben sie mit Schlesien, mit Sichuan und mit Mpumalanga in Südafrika. Bei der Türkei kommt erschwerend hinzu, dass der Verwaltungsaufbau anders ist als bei uns und deswegen eine solche Partnerschaft jenseits des türkischen internen Verwaltungsaufbaus aufgebaut werden müsste. Ihr Ansatz einer geografischen Orientierung könnte Probleme bereiten, weil Ansprechpartner fehlen. Wir müssen darüber diskutieren, wie man solche Probleme vermeiden kann. Im Prinzip bin ich für eine solche Partnerschaft. Ich meine nicht, dass wir darüber, wie bereits eingangs gesagt, streiten müssen.

Unser Ziel ist es, die Beziehungen zu einem Land, zu dem wir auf der zwischenmenschlichen Ebene sehr viele Beziehungen haben, zu vertiefen. Wir haben natürlich auch heute noch Akzeptanzprobleme sowohl in der großen Politik, wenn ich an die Beitrittsverhandlungen denke – im Moment wird dort eher auf kleiner Flamme gekocht, weil es in Berlin keinen abgestimmten Regierungskurs dazu gibt, den SPD und Union gemeinsam vertreten könnten –, als auch im Kleinen, im Alltag. Die Migrantinnen und die Migranten türkischer Herkunft werden bei uns nicht gerade verwöhnt, was beispielsweise die Anerkennung dafür angeht, dass sie die türkische Sprache beherrschen. Wir alle wollen, dass die Migrantinnen und die Migranten so früh wie möglich die deutsche Sprache beherrschen. Aber es ist auch wichtig, dass sie die türkische Sprache beherrschen. Von daher ist Zweisprachigkeit für mich auch dann eine schöne Sache und eine wichtige Kompetenz, wenn es einmal nicht um deutsch-englisch oder deutsch-französisch, sondern um deutsch-türkisch geht. Das sollten wir sehr viel stärker in den Blick nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen lernen, die Vorteile einer Partnerschaft zu einem Land an der Schwelle zwischen Orient und Okzident zu erkennen, das lange nicht mehr das ist, was manche als Bild immer noch in ihren Köpfen haben. Wir müssen lernen, dass die Türkei in zunehmendem Maße an Europa heranwächst, dass die Türkei wirtschaftlich erstartet, dass sie auf dem Weg nach Europa ein grandioses kulturelles Erbe, aber auch einen Demokratisierungsprozess bei allen Problemen, die es bei der Durchsetzung in alle Winkel hinein gibt, einbringt und mitbringt. Bei den Türcinnen und Türcen, gleich welcher ethnischen Zugehörigkeit, jedenfalls bei denen, die ich kenne, haben wir es mit sehr sympathischen, sehr gastfreundlichen, sehr aufgeschlos-

senen, sehr zugewandten Menschen aus einem wunderschönen Land zu tun. Von daher sollten wir den Antrag der SPD-Fraktion vorurteilsfrei erörtern.

Ich würde mir wünschen, dass wir bei den Gesprächen im Hauptausschuss dazu kommen, daraus eine gemeinsame Initiative aller Fraktionen und der Landesregierung zu machen. In einem Punkt, liebe Kollegen von der SPD-Fraktion, habe ich nämlich ein etwas anderes Parlamentsverständnis. Ich finde es etwas zu wenig, nur die Landesregierung aufzufordern, ein Konzept für eine regionale Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei zu entwickeln. Ich halte es für eine genuine Aufgabe dieses Parlamentes, das auch selber zu tun, natürlich mit der Landesregierung und nicht gegen sie. Deswegen sollten meiner Meinung nach Landtag und Landesregierung gemeinsam ein solches Konzept entwickeln. Ich habe den Eindruck, auch aus Diskussionen unserer Parlamentariergruppe, die ja in dieser Wahlperiode noch jung ist, dass es dafür ein entschiedenes Interesse und auch die nötige Konstruktivität gibt, mit der ein solches Anliegen in die Tat umgesetzt werden kann. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Türkei ist für Deutschland seit vielen Jahren ein wichtiger, verlässlicher und freundschaftlicher Partner. Natürlich spielt auch Nordrhein-Westfalen dabei eine ganz besondere Rolle, wenn man bedenkt, dass fast eine Million türkischstämmiger Zuwanderer alleine in unserem Land ihr Zuhause gefunden haben.

Viele der einstigen Gäste auf Zeit sind zu dauerhaften Einwohnern geworden. Sie sehen hier ihre Zukunft und die Heimat ihrer Kinder und Enkelkinder. Über 20.000 Menschen, die ihre Wurzeln in der Türkei haben, haben sich mittlerweile in Nordrhein-Westfalen – das ist von meinen Vorrednern ausführlich dargestellt worden; ich brauche das nicht zu wiederholen – eine berufliche Selbstständigkeit aufgebaut und nach seriösen Prognosen mehr als 100.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ca. 35 Schulpartnerschaften mit der Türkei. Zudem haben sich zahlreiche deutsch-türkische Städtepartnerschaften entwickelt. Allein im Ruhrgebiet, wenn ich in

meine Region schaue, konnten sich trotz der angespannten kommunalen Haushaltslagen vor gut einem Jahr zwei neue Partnerschaften entwickeln, nämlich Oberhausen und Mersin sowie Gelsenkirchen und Büyükcemece. Das halte ich persönlich für ein positives Signal, ist doch das Ruhrgebiet der Teil Nordrhein-Westfalens, der bei allen eigenen Strukturproblemen die größten Herausforderungen auch in der Integrationsarbeit zu leisten hat.

Spätestens nach den rechtsradikalen Ausschreitungen in Mölln und Solingen Anfang der 90er-Jahre haben sich viele türkische Jugendliche von der Gesellschaft nicht mehr angenommen gefühlt. Nach einer Befragung des Zentrums für Türkeistudien haben zum Beispiel rund 80 % der in Nordrhein-Westfalen lebenden Türken oder aus der Türkei stammenden eingebürgerten Deutschen den Eindruck, im Vergleich zu ihren deutschstämmigen Mitbürgern benachteiligt zu werden. Dies erfordert politischen Handlungsbedarf.

Als Reaktion kapseln sich nicht wenige ab: die einen in Sportvereinen, andere in eigenen Jugendzentren oder in Diskotheken. Sie leben ihr eigenes Leben in einer ethnischen Nische parallel zur deutschen Gesellschaft. Die Existenz solcher Parallelgesellschaften in unserer Mehrheitsgesellschaft kann verantwortlich niemand wollen.

Die schlechte wirtschaftliche Lage wirkt sich besonders im Ruhrgebiet – ich denke beispielsweise an meine Heimatregion – nicht zum Vorteil, sondern eher zum Nachteil von Bürgern mit Migrationshintergrund aus. Bergbau, Stahl und traditionell prägende Branchen, in denen viele Gastarbeiter tätig waren, beschäftigen heute immer weniger Arbeitnehmer, und das sind – wie gesagt – klassische Bereiche auch für den früheren Zuzug gewesen.

Da wundert es nicht, dass wir eine Arbeitslosenquote unter Türkischstämmigen von 23 % verzeichnen, während sie unter Deutschen bei 10,5 % liegt. Wenn 29 % der 16- bis 29-jährigen Türken in Duisburg arbeitslos sind und 40 % der türkischen Jugendlichen in Köln die Schule ohne Abschluss verlassen, belegt dies, dass wir von einer gelungenen Integration im Sinne einer wirklich gleichberechtigten Teilhabe noch weit entfernt sind. Hier stehen wir alle in der Verantwortung, zu Verbesserungen auch in Nordrhein-Westfalen zu kommen.

Vorurteile auf beiden Seiten erschweren den Weg, von einem Nebeneinander der unterschiedlichen Kulturen zu einem wirklichen Miteinander zu finden. Deshalb ist es wichtig, dass wir den

deutsch-türkischen Austausch in vielen Bereichen intensivieren, das Kennen- und Verstehenlernen des jeweils anderen ermöglichen und damit auch gegenseitigen Respekt aufbauen.

Die FDP-Landtagsfraktion hat dazu in der letzten Wahlperiode einen ganz konkreten Vorschlag im Landtag unterbreitet. Nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerkes wollten wir analog die deutsch-türkischen Beziehungen verbessern und auch hier eine ähnliche Einrichtung auf den Weg bringen. Denn wir sind der Auffassung, dass dies eine Kontinuität und Qualität in die Völkerverständigung unter Jugendlichen bringt und ein wesentlicher Beitrag zu erlebter interkultureller Kooperation ist.

Wir haben uns damals sehr gefreut, dass nach anfänglichem Zögern letzten Endes alle Fraktionen diesem Antrag zugestimmt haben. Wir freuen uns, dass sich die SPD-Fraktion dem angeschlossen hat. Denn sie hat seinerzeit bei der ersten Beratung im Plenum rechtliche Bedenken geäußert und auch den Handlungsbedarf nicht gesehen.

(Wolfgang Röken [SPD]: Stimmt doch gar nicht! Das ist falsch!)

– Lesen Sie einmal die damaligen Ausführungen der früheren Jugendministerin Ute Schäfer dazu. Dann werden Sie viel Kritisches zu dem Punkt entdecken.

Letzten Endes – das zählt, wenn man ergebnisorientiert denkt, und insofern haben Sie mit Ihrem Zuruf Recht – haben sich auch die Sozialdemokraten der FDP-Idee angeschlossen. Das freut uns, weil es für die Sache gut, wichtig und richtig ist.

Mit unserem heutigen Entschließungsantrag erneuern wir deshalb diese konkrete Forderung, um einen praktischen Beitrag zu leisten und hoffentlich gemeinsam dafür zu sorgen, dass dieses in der letzten Legislaturperiode beschlossene Vorhaben in dieser Legislaturperiode zielorientiert realisiert wird.

Etwas verwundert waren wir über den heute von der SPD-Landtagsfraktion vorgelegten Antrag. Da fordern Sie die Landesregierung auf, eine regionale Partnerschaft mit der ägäischen Region zu gründen; dieses Projekt haben Sie begonnen, aber nicht zu Ende geführt.

Eine regionale Partnerschaft Nordrhein-Westfalens mit der Türkei halten wir durchaus für erstrebenswert. Sie muss aber erstens Ergebnis eines Prozesses sein. Den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun kann aus unserer Sicht nicht zielführend sein. Wir sollten daher zunächst die Koope-

ration in landespolitisch relevanten Bereichen ausbauen. Dazu gehören beispielsweise die Sektoren Bildung, Kultur und Wirtschaft.

Zweitens halten wir eine Festlegung auf eine bestimmte Region für vorschnell. Eine solche Festlegung beschränkt nämlich das Land in seinen Möglichkeiten, die am besten passende Kooperationsregion zu finden.

(Bodo Wißen [SPD]: Herr Witzel, Sie sollten genauer lesen! Da steht nicht der Vorschlag einer bestimmten Region drin! Quatsch!)

Drittens. Einer regionalen Partnerschaft sollten vertragliche Vereinbarungen über die Zusammenarbeit in spezifischen Bereichen oder spezieller Institutionen vorausgehen. Eine regionale Partnerschaft des Landes könnte auch als übergeordnete Klammer kommunaler Partnerschaften beispielsweise fungieren und an den bereits vorhandenen anknüpfen.

Die FDP-Landtagsfraktion spricht sich im Ergebnis klar für die Stärkung des internationalen Profils von Nordrhein-Westfalen aus. Dazu gehört selbstverständlich auch eine stärkere deutsch-türkische Kooperation, zum Beispiel in den Bereichen Schule, Hochschule und Wirtschaft, die in einem zweiten Schritt eine regionale Partnerschaft mit sich bringen kann.

Nicht vergessen dürfen wir allerdings den internationalen Inlandsbezug, nämlich die Potenziale der in Nordrhein-Westfalen lebenden türkischstämmigen und anderen Zuwanderer. Ich bin froh, dass die neue Landesregierung durch konkrete Beschlüsse und klar erkennbar gesetzte Signale handelt.

Wir haben das bundesweit erste Integrationsministerium, das diesen Namen a) trägt und b) auch verdient. Wir haben eine Verdoppelung der Mittel für die vorschulische Sprachförderung und eine qualitative Verbesserung der Ganztagsbetreuung an Schulen, von der in besonderem Maße Kinder mit Migrationshintergrund – sicherlich auch mit türkischer Zuwanderungsgeschichte – profitieren.

Diese Zeichen sollten wir die nächsten Jahre im praktischen Handeln der Politik weiter fortsetzen. In diesem Sinne werden wir uns in die weitere Debatte über die beiden nun vorliegenden Anträge einbringen. Dort, wo wir im weiteren Prozess des Beratungsverfahrens gemeinsame Verständigung erzielen können, werden wir dem als FDP-Landtagsfraktion sicherlich offen und positiv begleitend gegenüberstehen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der SPD fordert in ihrem Antrag die Landesregierung auf, ein Konzept und ein entsprechendes Arbeitsprogramm für eine regionale Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei zu entwickeln. Und sie fordert darüber hinaus, dass die Landesregierung die notwendigen formellen Schritte für eine Partnerschaft vereinbart und dem Landtag bis zum Herbst dieses Jahres einen Bericht zu einer regionalen Partnerschaft vorlegt.

Sie haben in diesem Antrag ja auch eine ganz konkrete regionale Empfehlung ausgesprochen. Ich glaube schon, dass man das an der Stelle sagen darf. Ich weiß, dass es eine Empfehlung ist und dass Sie nicht formuliert haben, dass alle anderen Regionen ausgeschlossen werden. Aber es ist schon eine Vorfestlegung, die Sie nach meiner Auffassung dort formuliert haben. Ich kritisiere das nicht. Vorschläge sind ja auch dazu da, gemacht und überprüft zu werden.

Ich erkenne aber auch bei allen Fraktionen, dass sich alle der folgenden Tatsachen bewusst sind: Die Türkei und Nordrhein-Westfalen sind seit Jahren freundschaftlich miteinander verbunden. Alle vier Fraktionen haben das eben auch deutlich vorgetragen. Das wird hier niemand bezweifeln wollen. Wir sind uns auch darin einig, dass die sehr guten freundschaftlichen Kontakte zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei weiter vertieft werden sollten. Diese Kontakte gilt es gerade vor dem Hintergrund der nordrhein-westfälischen Bevölkerungsstruktur, die im Vergleich zu anderen Bundesländern den höchsten Anteil türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten aufweist, nachhaltig zu stärken.

Herr Vesper, Sie merken, das ist die korrekte Formulierung. Es heißt „türkischstämmige Migrantinnen und Migranten“. Im Alltag wissen wir manchmal nicht so genau, ob wir jetzt „türkische Unternehmer“, „Unternehmer mit türkischem Migrationshintergrund“ sagen oder andere Formulierungen wählen sollen. Aber wir meinen, glaube ich, alle dasselbe.

Ein solcher Prozess kann aber nicht erfolgreich im Rahmen einer Partnerschaft Nordrhein-Westfalens mit einer ausgewählten türkischen Region begleitet werden, wenn man sie quasi einfach so vorweg als Blaupause akzeptiert.

Ich bin überzeugt – das wissen auch die Kollegen aus der Parlamentariergruppe –, dass wir im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Türkei einen ganz soliden und sachorientierten Ansatz wählen sollten, der auch einer Überprüfung für die Zukunft standhalten muss. Ich meine, dass es noch etwas zu früh ist, um uns solche Festlegungen mit auf den Weg zu geben. Zunächst gilt es, mögliche Kooperationsbereiche beider Länder zu identifizieren und auszuloten, welche Regionen der Türkei sich für derartige Kooperationen eignen.

An dieser Stelle liegen der Antrag der SPD und der von CDU und FDP überhaupt nicht auseinander. Wir sollten da auch das Verbindende einmal betonen, wie das die Kollegin Keller, aber auch die Kollegen Witzel und Vesper gemacht haben. Bei aller Straffung und Effizienz der internationalen Aktivitäten müssen wir sehr wohl darauf setzen, auch das miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Dabei müssen wir auch die Kriterien für die internationale Neuausrichtung unseres Landes klar berücksichtigen. Diesem Grundsatz werden wir auch bei der Zusammenarbeit mit der Türkei Rechnung tragen.

Wir wollen Ihnen zusagen, dass nach der Debatte im Hauptausschuss dann auch klar formuliert wird, in welchen Regionen der Türkei sich überhaupt Möglichkeiten für eine tatsächlich bilaterale Zusammenarbeit eröffnen. Im zweiten oder im dritten Schritt sollten wir dann über die Form einer solchen Zusammenarbeit entscheiden.

Meine persönliche Auffassung kennen Sie, Herr Dr. Vesper. Ich hätte es am liebsten, dass wir eine Reihe von existierenden Partnerschaften mit noch mehr Leben füllen und am Ende eines solchen Prozesses möglicherweise eine etwas formellere Partnerschaft vollzogen wird.

Ich bin – wie die Kollegen, die das vorgetragen haben – für eine Intensivierung der künftigen Zusammenarbeit in den Bereichen Hochschule und Wissenschaft, Wirtschaft und Umwelt ebenso wie für die Intensivierung der nordrhein-westfälischen Kooperationen im Bereich von Schulpartnerschaften, Austauschprogrammen und Städtepartnerschaften.

Die im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen angesprochene Errichtung eines deutsch-türkischen Jugendwerkes werden wir natürlich prüfen. Herr Witzel, Sie haben darauf hingewiesen, dass wir einen Integrationsminister und ein Integrationsministerium haben. Wir sollten dann auch wirklich klar mit Blick auf eine entsprechende Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen im

Bundesrat nach Abschluss der Prüfung tätig werden.

Das sind arbeitsintensive Maßnahmen. Das sind konkrete Schritte, die die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei nachhaltig ausbauen. Damit helfen wir der Türkei auch ganz praktisch auf ihrem Weg des Ausbaus demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen. Das ist ein wirksamer Ansatz, der die entsprechenden Bemühungen auf Bundesebene und im europäischen Kontext in allen relevanten Fragen der Zusammenarbeit unterstützt.

Ich will auf ein paar Punkte eingehen, die hier von den Kolleginnen und Kollegen noch einmal kritisch hinterfragt worden sind. Frau Keller und Herr Witzel haben die Reihenfolge angesprochen. Da kann ich nur unterstreichen, dass man sehr sorgfältig und nachhaltig überprüfen muss, was man wann macht.

Auch die Frage, die Herr Vesper aufgeworfen hat, ist nicht unkritisch. Diese Frage konnten auch die Kollegen von der SPD in ihrem Antrag, wie ich finde, noch nicht abschließend beantworten. Das betrifft die geographische Abgrenzung. Das ist nachher in der Praxis nicht ganz einfach. Wo sind unsere Hauptansprechpartner? Wie gehen wir damit um?

Ich finde, Herr Vesper, dass Sie auch mit Recht die Frage stellen: Sollen wir das nicht auf der parlamentarischen Ebene wirksam begleiten? Ich glaube, dass es, wenn wir das nur auf der Ebene der Exekutive machen, auch ein bisschen zu kurz greift. Ich bin überzeugt, dass – wie die Kollegin Keller und der Kollege Witzel es angesprochen haben – auch da ein Mittel sein kann, im Bereich des Jugendaustausches noch mehr zu machen als bisher.

Alles in allem bin ich davon überzeugt, dass das zentrale Anliegen – gerade weil wir in Nordrhein-Westfalen viele türkischstämmige Mitbewohner und -bürger haben – in die richtige Richtung geht, nämlich die Intensivierung der Partnerschaft beziehungsweise die Intensivierung des Verhältnisses von Nordrhein-Westfalen und der Türkei anzustreben.

Ich glaube, dass wir im Hauptausschuss und darüber hinaus in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich zu gemeinschaftlichen Ansätzen in dieser Frage kommen. Ich freue mich auf die Diskussion und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Breuer. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will durchaus an das anknüpfen, was insbesondere der Kollege Dr. Vesper angemahnt hat, nämlich dass wir es hier eigentlich mit einem Gegenstand zu tun haben, über den sich ein Streit in vielerlei Hinsicht nicht lohnt.

Um noch einmal klar die Ausgangslage, Herr Minister Breuer, zu beschreiben: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten sicherlich keine Probleme, bei unserem Antrag zu sagen, wir konzentrieren uns ausschließlich auf IV, den Beschlussteil. Dann wäre auch der Hinweis auf die ägäische Region nicht mehr enthalten. Auf diesen Punkt komme ich aber nachher noch einmal zurück. Das wäre dann eigentlich die Ausgangssituation, zusammen mit dem Entschließungsantrag der Regierungskoalition darauf zu sehen, wie man weiterkommt.

Wenn man sich dann den Beschlussteil im Antrag von CDU und FDP unter II ansieht, Frau Kollegin Keller, haben wir natürlich keine Probleme mit dem ersten Spiegelstrich.

Wir haben natürlich auch keine Probleme mit dem zweiten Spiegelstrich.

Dann kommt der Punkt, unter dem Sie eine Initiative zur Errichtung eines deutsch-türkischen Jugendwerkes prüfen lassen wollen. Dazu zwei Anmerkungen.

Die Formulierung macht es bereits deutlich: Es soll ein Prüfauftrag in Richtung von jemand anderem, der das auf Bundesebene initiieren muss, vergeben werden. – Darüber müssen wir diskutieren.

Wir allerdings schlagen etwas vor, was wir tun können. Dabei greife ich die Anregung des Kollegen Vesper auf. An der Stelle sollten und müssen Landesregierung und Landtag gemeinsam handeln. Wir hätten keine Probleme damit, das über einen entsprechenden Beschluss im Hauptausschuss zu verdeutlichen.

Frau Kollegin Keller, es gibt in Ihrer Argumentation eine nicht ganz schlüssige Einlassung. Sie sagen, es sei zu früh für die von uns gewollte regionale Partnerschaft und so etwas wäre möglicherweise nicht angemessen. Möglicherweise entspreche das nicht der Definition der internationalen Politik der Landesregierung insgesamt, die – darauf komme ich noch zu sprechen – noch erarbeitet werden muss.

Wenn Sie so argumentieren, müssen Sie natürlich bedenken, dass Ihre Forderung nach einem deutsch-türkischen Jugendwerk sogar darüber hinausreicht. Denn Jugendwerke auf einer solchen Ebene gibt es ganz, ganz wenige. Geschaffen worden sind sie vor einem historischen Hintergrund. Das gilt sowohl in Richtung Frankreich wie auch in Richtung Israel. – Man muss sich also schon darüber im Klaren sein, wie man argumentiert und das alles in einen Zusammenhang bringt.

Meine Damen und Herren, trotzdem gibt es Chancen – dafür haben sich alle Rednerinnen und Redner erneut ausgesprochen –, in den Beratungen – vor der Sitzung des Hauptausschusses und im Hauptausschuss selbst – mit Ruhe und Bedacht an die Angelegenheit heranzugehen. Wir würden unsererseits beispielsweise überlegen, wie wir den Gedanken „Jugendwerk“ fassbar machen können. Welche Argumente haben wir in der Vergangenheit gehört? Diese Argumente müssen wir noch einmal abwägen.

Dem steht die Bitte an Sie gegenüber zu prüfen, ob beim Beschlusstext zur regionalen Partnerschaft nicht auch die Zielperspektive verankert werden könnte. Den zeitlichen Rahmen dafür geben wir, sagen wir doch im Beschlussteil, dass ein Bericht und ein Arbeitsprogramm erarbeitet werden sollen. Wir sprechen vom Herbst dieses Jahres. Damit ist durchaus eine zeitliche Achse angegeben.

Meine Damen und Herren, angesichts dessen sollten wir auf jegliches Beiwerk verzichten. Frau Kollegin Keller, damit meine ich beispielsweise die Äußerung, man wolle keine 1:1-Fortsetzung der Politik der alten Landesregierung; der Kollege Breuer strahlt mich an, weil er dazu – ich sage einschränkend – an diesem Punkt, weil das in anderen Punkten sicherlich nicht der Fall ist, aber so ist das Leben – bereit wäre.

Wir würden darauf verzichten zu sagen, es seien bereits Vorarbeiten geleistet worden, die nicht hätten fortgesetzt werden können, weil es einen 22. Mai gab, etc.

Meine Damen und Herren, wir sollten dennoch ein nach wie vor interessantes Dokument einbeziehen. Dabei handelt es sich um einen Brief des Kollegen Röken, dem Vorsitzenden der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe, vom Oktober 2004 an Herrn Landtagspräsidenten Schmidt. Dort berichtet er über die Reise einer Delegation aller vier Fraktionen in die Türkei. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich die entscheidende Passage zitieren. In dem Schreiben heißt es:

„Die Parlamentariergruppe ist der Auffassung, dass analog zu den Beziehungen mit anderen Staaten Nordrhein-Westfalen besondere Verbindungen mit einer Partnerregion in der Türkei aufnehmen sollte. Die ägäische Region mit dem pulsierenden Zentrum Izmir böte sich unseres Erachtens an. Das schließt eine Kooperation auf Kompetenzfeldern landesweit nicht aus.“

Sicherlich mit Einverständnis des Kollegen Röken lasse ich den Satz heraus, der sich auf die ägäische Region bezieht. Es bleibt die damalige Übereinkunft der Parlamentarier und Abgeordneten aller vier Fraktionen, vor dem Hintergrund ihrer Arbeit festzustellen: Das macht Sinn. Wir schaffen dann einen Rahmen, der Städtepartnerschaften möglicherweise noch einmal einen Schub verleiht und zusammenhält.

Ich sage es hier an dieser Stelle einmal ganz offen: Wir kennen doch die Probleme von Städtepartnerschaften, die oftmals von Personen abhängen. Herr Kollege Witzel, wenn diese Personen einmal nicht mehr da sind – aus welchen Gründen auch immer – und wir keine Struktur in der Städtepartnerschaft haben, läuft das dort nicht mehr. Die Partnerschaften in den Kompetenzfeldern würden sich weiter fortführen lassen und möglicherweise durch die Klammer einer regionalen Partnerschaft noch einmal Schub bekommen.

Sie werden es wissen oder nachlesen, aber trotzdem nur noch einmal zur Erinnerung: Zu dieser Delegation gehörte – ich habe mich beim Kollegen Röken erkundigt – der damalige Kollege Kufen, der jetzige Integrationsbeauftragte.

(Minister Michael Breuer: Der sitzt auf der Tribüne und hört zu!)

– Der hört zu und kann das bestätigen. Gott zum Gruße, Herr Kollege! – Dazu gehörte auch der jetzige Staatssekretär Brendel. Von der Fraktion der Grünen hat damals der Kollege Groth teilgenommen.

Wenn man sich das vergegenwärtigt, was damals in großer Übereinstimmung formuliert worden ist, kann man durchaus erneut den Versuch starten. Kollege Töns hat für uns ausgeführt, welches für uns derzeit der Hintergrund für diese Initiative ist. Wir haben eine Zeitachse angegeben. Erwartungshaltung ist nicht, dass innerhalb von 14 Tagen der Knoten durchgeschlagen wird. Lassen Sie uns gemeinsam den Versuch unternehmen, in den Beratungen im Hauptausschuss zu einer Klärung zu kommen. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen und in der Türkei, die über eine solche

Partnerschaft enger zusammenrücken könnten, haben es verdient.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kuschke. – Für die CDU-Fraktion hat noch einmal Frau Keller um das Wort gebeten.

Ilka Keller (CDU): Herr Kollege Kuschke, es ist wichtig und richtig, dass wir die Feinheiten im Ausschuss diskutieren. Das gilt für Ihren Antrag und unseren Entschließungsantrag.

Richtig ist auch, dass wir große Erwartungen wecken, wenn wir Landespartnerschaften eingehen. Wenn wir eine solche Landespartnerschaft eingehen, müssen wir anschließend in der Lage sein, diese Erwartungen wirklich zu erfüllen.

(Zustimmung von Werner Jostmeier [CDU])

Insofern weigere ich mich, mit Schnellschüssen immer neue Partnerschaften ins Leben zu rufen. Wir stellen uns einer wirklich wichtigen Herausforderung. Herr Vesper hat es eben erneut betont: Es gibt bereits 13 oder sogar noch mehr Städtepartnerschaften regionaler Art. Wir sollten uns im Einzelnen anschauen, wer diese regionalen Partnerschaften eingegangen ist und wie lange sie bestehen. Sind sie heute noch mit Leben erfüllt? Ich finde, auch das ist eine wichtige Voraussetzung. Wir sollten uns das einmal im Hauptausschuss genau anschauen.

Wenn wir bereit sind, ein Jugendwerk ins Leben zu rufen, erfordert das in der Tat eine große Leistung, denn – Sie haben eben selbst das deutsch-französische Jugendwerk erwähnt; ich erinnere mich sehr wohl daran – es ist dann eine ganze Menge zu schultern. Wenn wir uns hier für junge Menschen entscheiden und sehr viel mehr an Input hineingeben wollen, sehen wir darin gerade auch für die Zukunft eine wichtige Zielsetzung. Wir wollen uns einer Diskussion nicht verschließen.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Keller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuschke?

Ilka Keller (CDU): Immer.

Vizepräsident Edgar Moron: Na, prima. Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Kollegin Keller, noch einmal, weil Sie auf der einen Seite noch einmal das Jugendwerk und die Initiative dazu be-

tonen, aber auf der anderen Seite herausstellen, welch gewaltiger Schritt die regionale Partnerschaft ist: Sind Sie denn mit mir nicht auch der Meinung, dass ein solches Jugendwerk ein noch viel weitergehender Schritt wäre und all die Gründe, die Sie bezüglich zeitlicher Prüfung, Zeit nehmen usw. nennen, eigentlich auch für die Frage Jugendwerk gelten müssten?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Frau Keller.

Ilka Keller (CDU): Ich habe ja gesagt, dass das Ins-Leben-Rufen eines Jugendwerks die noch weitergehende Herausforderung ist. Die Frage ist nur: Was ist für die Zukunft gerade aus Landessicht von größerer Bedeutung, wenn wir hier junge Menschen für ein besseres Miteinander und für einen besseren Austausch gewinnen wollen? Oder wollen wir uns auf eine Städtepartnerschaft festlegen? Das sollten wir in Ruhe überprüfen.

Mir ist vor allen Dingen wichtig, dass wir uns einmal anschauen, ob und wie die jetzt schon bestehenden Partnerschaften in den letzten Jahren mit Leben erfüllt wurden. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Keller. – Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1106 einschließlich des Entschließungsantrages Drucksache 14/1164** an den **Hauptausschuss** – federführend – und an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung wird im federführenden Ausschuss, also im Hauptausschuss, in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig vom Landtag so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4 Fragestunde

Drucksache 14/1120

Ihnen liegen mit dieser Drucksache Mündliche Anfragen mit den Nummern 41 bis 45 vor.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 41

des Abgeordneten Keymis von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf.

Wie geht es weiter mit der Kunststiftung NRW?

Mit Datum vom 27. Dezember 2005 erreichte die Mitglieder des Kuratoriums der Kunststiftung NRW ein Brief der noch amtierenden ehrenamtlichen Präsidentin der Kunststiftung NRW, Frau Ilse Brusi, Staatsministerin a. D., in welchem sie unter anderem ausführt, dass bis heute ungeklärte Personalfragen ab 1. Februar 2006 ihr „Anlass zur Sorge über die Arbeit der Stiftung in den nächsten Monaten“ gebe. So habe Herr Staatssekretär Grosse-Brockhoff seinerzeit „keine Bedenken gegen die Personalentscheidung“ zur Anstellung des neuen Geschäftsführers geäußert, und außerdem bestand, ausweislich des zitierten Schreibens, darüber Einigkeit, die Frage der Berufung einer Präsidentin/eines Präsidenten auf die Tagesordnung des Kuratoriums für die Sitzung am 19. Dezember 2005 zu setzen. Dies ist dann allerdings nicht erfolgt.

Nun stellt sich die Situation nach den Worten der noch amtierenden Präsidentin wie folgt dar: Die Kunststiftung hat ab 1. Februar 2006 keine Präsidentin/keinen Präsidenten, keinen Geschäftsführer, da der vom Kuratorium gewählte neue Geschäftsführer seine Stelle – was allseits bekannt war – erst zum 1. April 2006 antreten kann. Und da zum 1. April 2006 auch der stellvertretende Generalsekretär ausscheiden wird, wird dann, aller Voraussicht nach, auch diese Position zunächst nicht mehr besetzt sein. Für die Entscheidungsstrukturen, so heißt es in dem Schreiben, würde dies bedeuten, dass die Kunststiftung NRW zunächst nur „begrenzt handlungsfähig ist“. Da nun ein ganzer Monat verstrichen ist, ohne dass sich erkennbar für das Kuratorium und die interessierte Öffentlichkeit irgendeine Lösung dieser angesprochenen Probleme abzeichnet, muss die Zukunft der bisher erfolgreich arbeitenden Kunststiftung NRW nun zum Thema gemacht werden.

Wie geht es weiter mit der Kunststiftung NRW?

Der Herr Ministerpräsident sollte antworten, aber ich nehme an, Herr Breuer wird das tun. Bitte schön, Herr Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Vielen Dank, Herr Präsident!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Keymis! Ich antworte für die Landesregierung wie folgt:

Anlass zur Sorge über die Arbeit der Kunststiftung Nordrhein-Westfalens in den nächsten Monaten besteht nicht. Durch die Generalsekretärin, die berechtigt ist, die Präsidentin zu vertreten, und den bis zum 31. März amtierenden stellvertretenden Generalsekretär ist die Handlungsfähigkeit der Stiftung gewährleistet. Wichtige Förderentscheidungen sind ja bereits im Rahmen der Kuratoriumssitzung am 19. Dezember 2005 sowie der letzten Vorstandssitzung am 25. Januar 2006 getroffen worden.

Die von den Fraktionen des Landtags benannten neuen Mitglieder haben bereits ihre Aufgaben in der Sitzung des Kuratoriums am 19. Dezember 2005 wahrgenommen. Inzwischen hat das Kabinett am 24. Januar 2006 über neue Kuratoriumsmitglieder beraten. Mit der Mitteilung ihrer Benennung werden diese neuen dann auch eingeladen. Die nächste Kuratoriumssitzung wird voraussichtlich im Februar 2006 stattfinden. Und in dieser Kuratoriumssitzung wird der Ministerpräsident entsprechend der Stiftungssatzung voraussichtlich auch einen Vorschlag zur Besetzung des Präsidentenamtes unterbreiten. – Ich denke, damit ist die Frage aus Sicht der Landesregierung beantwortet.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Keymis zu einer ersten Zusatzfrage. Bitte schön.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister Breuer, welche Gründe waren dafür ausschlaggebend, die Frage der Amtsnachfolge der Präsidentin der Kunststiftung entgegen der vorherigen Planung am 19. Dezember von der Tagesordnung der Sitzung des Kuratoriums zu nehmen?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Nach meiner Kenntnis hat das so, wie Sie es formuliert haben, nicht auf der Tagesordnung gestanden.

Vizepräsident Edgar Moron: Als nächster Fragender hat sich Herr Dr. Vesper gemeldet. Bitte schön.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Kollege Breuer, welche Vorschläge wurden denn, seitdem Sie regieren, spätestens seit dem 27. Dezember,

als der Brief der Präsidentin eingegangen ist, seitens der Landesregierung für die Zukunft der Kunststiftung erarbeitet?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

(Chef der Staatskanzlei Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff spricht mit Minister Michael Breuer.)

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Dr. Vesper, nach meiner Kenntnis ist die Kuratoriumssitzung für den Februar anberaumt worden.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wenn Herr Grosse-Brockhoff ihm was zuflüstert, zeigt das doch, dass die Konstruktion nicht stimmt! Da kann er ja gleich sprechen!)

– Wollen Sie noch eine Zusatzfrage stellen?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, Sie haben das Wort. Bitte.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Gut. – Nach meiner Kenntnis hat es die Terminabstimmung und den Vorschlag für die Terminierung im Februar gegeben. Und, Herr Dr. Vesper, ich habe eben mitgeteilt, dass sich das Kabinett mit der Neubesetzung, der Neuberufung des Kuratoriums beschäftigt hat. Alles andere wird sicherlich in der Februarsitzung gemäß der Satzung auch so vonstatten gehen.

Vizepräsident Edgar Moron: Für eine weitere Frage hat sich Frau Abgeordnete Nell-Paul gemeldet. Bitte schön.

Claudia Nell-Paul (SPD): Herr Minister, sind Sie nicht mit mir der Auffassung, dass es genügend Zeit gegeben hätte, nach dem Gespräch der Präsidentin mit dem Staatssekretär im August letzten Jahres ein ordentliches Verfahren zur Berufung des Kuratoriums und auch zur Berufung eines neuen Generalsekretärs oder einer neuen Generalsekretärin einzuleiten?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Abgeordnete, ich kann nicht erkennen, dass das Verfahren, was jetzt vorgetragen worden ist, in irgendeiner Weise unordentlich oder dementsprechend nicht ordnungsgemäß ist.

Vizepräsident Edgar Moron: Zu einer zweiten Nachfrage Herr Abgeordneter Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister Breuer, in der „Westdeutschen Zeitung“ wird heute von einem – ich zitiere – „bienenfleißigen Spitzel aus der Staatskanzlei“ und in der Folge von einem Fax einer Stellungnahme der Staatskanzlei zum Thema „Kunststiftung NRW“ berichtet, welches laut „WZ“-Bericht gestern um 17.48 Uhr dort eintraf. Würden Sie bitte den Inhalt dieses Faxes, der für die Öffentlichkeit bestimmt war, dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Das entspricht in etwa dem, was ich vorgetragen habe, lieber Abgeordneter. Ich möchte festhalten, damit keine Irritation entsteht: Soweit ich das weiß, war auch die Staatskanzlei zu diesem Pressegespräch eingeladen. Es ist normal, wenn man als Regierungsmitglied oder als Staatssekretär den Termin nicht wahrnehmen kann, dass man einen Kollegen hinschickt, der dort mitschreibt. Das finde ich nicht ungewöhnlich.

Vizepräsident Edgar Moron: Zu einer zweiten Frage Herr Abgeordneter Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Minister, bislang las man über die Kunststiftung dann etwas, wenn die Kunststiftung etwas gefördert oder eine Initiative beschlossen hat. Heute liest man unter der Überschrift „Kopfloze Kunststiftung ...“ über ihr Innenleben. Stimmen Sie mir nicht zu, dass das bedauerlich ist, und wäre es nicht am besten, wenn Sie jetzt dem Hohen Hause bekannt geben würden, wer der nächste Präsident oder die nächste Präsidentin der Kunststiftung ist, anstatt dies jetzt noch weiter hinauszuzögern?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich habe das Vorgehen von Frau Brusi nicht zu kritisieren. Sie haben das nach meiner Auffassung getan. Man hätte es nicht öffentlich machen sollen. Das ist eine Frage, die nach meiner Auffassung Frau Brusi zu beantworten hat.

Ich habe vorgetragen, dass es im Februar 2006 eine nächste Kuratoriumssitzung geben wird, in der ein Vorschlag zur Besetzung des Präsi-

tenamtes gemacht werden soll. Ich glaube, dass das ein vernünftiges und satzungskonformes Umgehen mit dem Kuratorium ist.

Vizepräsident Edgar Moron: Zu einer zweiten Frage rufe ich jetzt Frau Nell-Paul von der SPD-Fraktion auf.

Claudia Nell-Paul (SPD): Herr Minister, ich habe mir sagen lassen, dass es in der Vergangenheit – nicht nur bezogen auf die jetzt noch amtierende Präsidentin, sondern auch davor – üblich war, sich mit dem Präsidenten/der Präsidentin abzustimmen, was die Besetzung des neuen Kuratoriums angeht, weil es dabei möglicherweise zu Interessenskonflikten kommen kann, wenn es Geldempfänger der Kunststiftung sind. Hat es Gespräche mit der jetzigen Präsidentin über die Zusammensetzung des neuen Kuratoriums gegeben?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Abgeordnete, mir sind solche Gespräche nicht bekannt. Ich weiß, dass es im Kabinett eine Beratung gegeben hat, und ich denke, dass der Vorgang in einer kurzen Zeit abgeschlossen wird.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Fragen mehr vor.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 42

der Abgeordneten Sylvia Löhrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf:

Postenschacher in Brüsseler NRW-Landesvertretung

Mehreren Presseberichten der vergangenen Woche zufolge wird die Leitung der NRW-Landesvertretung in Brüssel mit dem FDP-Politiker und Schatzmeister des FDP-Bezirksverbandes Köln/Bonn besetzt. (So unter anderen „Handelsblatt“ vom 23.01.2006, „Neue Westfälische“ vom 27.01.2006) Dies ist umso überraschender, als der bisherige Leiter, der erst seit Sommer 2004 im Amt ist, als ideale Besetzung gilt. Abgeordnete aller Fraktionen bescheinigen ihm, seine Aufgabe aufgrund exzellenter Kenntnisse der europäischen Hauptstadt angemessen und unparteiisch auszuüben. Dem Vernehmen nach habe auch Europa-Staatssekretär Karsten Benecke sich eine weitere Zusammenarbeit vorstellen können.

Warum soll die Leitung der NRW-Landesvertretung in Brüssel neu besetzt werden?

Ich bitte Herrn Minister Breuer um Beantwortung.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Sehr geehrte Frau Löhrmann, wir haben in der letzten Hauptausschusssitzung das Thema angesprochen. Aus meiner Sicht wurde der Vorgang am Montag abgeschlossen. Ich habe den Ausschussvorsitzenden und in Kopie den Sprechern über die Besetzung der Brüsseler Landesvertretung schriftlich Auskunft gegeben.

Wir werden ab 1. März Herrn Hans Stein als Leiter der Brüsseler Landesvertretung präsentieren. Für uns ist Herr Stein in hervorragender Weise für die Ausübung der ihm übertragenen Tätigkeit geeignet. Als Generalsekretär der Europäischen Vereinigung selbstständiger Unternehmer ist er mit den europapolitischen Themen bestens vertraut, und als Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Unternehmer verfügt er über ausgewiesene Erfahrungen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik.

Ich glaube, dass seine bisherigen Tätigkeiten der Zielsetzung der Landesregierung entsprechen, nämlich den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen zu stärken. In der vergangenen Woche habe ich etwas über die Schwerpunktsetzung in der Landesvertretung in Brüssel mitgeteilt.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, die Fragen von Herrn Kollegen Kuschke zu beantworten, die einigermaßen deckungsgleich mit dem Begehren anderer Kollegen im Hauptausschuss waren.

Wird es in Brüssel einen neuen Dienststellenleiter geben? Wie wird er heißen? Wie sieht sein Arbeitsvertrag aus? Ist er befristet oder unbefristet? Zu welcher Eingruppierung findet das statt? Das sind die Fragen, die Sie im Hauptausschuss gestellt haben, die ich jedoch zum damaligen Zeitpunkt noch nicht beantworten konnte, weil der Vorgang noch nicht abgeschlossen war.

Aus meiner Sicht kann ich das jetzt komplettieren. Ja, es wird mit Wirkung zum 1. März 2006 eine neue Besetzung geben. Herr Hans Stein wird diese Funktion übernehmen. Sein Arbeitsvertrag ist unbefristet. Hans Stein wird zum 1. März 2006 als Angestellter eingestellt. Er erhält eine AT-Vergütung in Anlehnung an die Besoldungsgruppe B4. Befristet für die Zeit vom 1. März 2006 bis zum 28. Februar 2011 wird eine außertarifliche Vergütung in Anlehnung an die Besoldungsgruppe B6 gewährt. Diese entspricht laut Stellenplan der Staatskanzlei

der Stelle des Dienststellenleiters, denn die ist mit B 6 bewertet.

Ich hoffe, damit sind die Fragen beantwortet.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Breuer. – Jetzt hat der Abgeordnete Sagel eine erste Nachfrage.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Herr Breuer, habe ich Sie richtig verstanden, dass der Stellenplan damit ausgeweitet wurde?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich habe zur Ausweitung des Stellenplans gerade nicht Stellung genommen, also kann man mich insoweit nicht verstanden haben.

Vizepräsident Edgar Moron: Als nächster Fragesteller Herr Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Minister Breuer, die Stelle des Dienststellenleiters ist ja besetzt, nämlich mit Herrn Degen. Deswegen ist die Frage berechtigt: Handelt es sich hier um eine neue und zusätzliche Stelle, und wurde diese Stelle entsprechend den Usancen intern ausgeschrieben?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Der bisherige Stelleninhaber Dr. Degen wurde zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union abgeordnet. Das heißt, das Land Nordrhein-Westfalen trägt weiterhin die Aufwendungen für Herrn Dr. Degen.

Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, eine stärkere Kooperation mit der Ständigen Vertretung hinzubekommen. Das ist, glaube ich, ein übliches Verfahren. Ich habe mir sagen lassen, dass das sehr wohl in den vergangenen Jahren so gehandhabt worden ist.

(Zuruf von Dr. Michael Vesper [GRÜNE])

Vizepräsident Edgar Moron: Es gibt immer nur eine Frage, Herr Kollege. – Die nächste Frage von Frau Löhrmann. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Daran anknüpfend interessiert uns: Ergibt sich jetzt für das Land Nordrhein-Westfalen aufgrund des Wechsels in der Spitze und der Versetzung/Abordnung von Herrn Dr. Degen ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf für das Land, sei es für eine für Herrn Dr. Degen zusätzlich geschaffene Stelle oder durch eine zusätzliche Finanzierung?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich möchte die Frage mitnehmen und im nächsten Hauptausschuss ganz detailliert bearbeiten und deutlich machen, an welcher Stelle es eine Ausdehnung gibt bzw. an welcher Stelle gespart worden ist. Haben Sie Verständnis, dass ich diese umfangreiche Ausführung an der Stelle nicht beantworten kann. Ich möchte genau Rücksprache halten, wo wir bei den Stellen etwas verändert haben.

Vizepräsident Edgar Moron: Gut, wenn Sie das im nächsten Ausschuss beantworten wollen, ist das in Ordnung. – Herr Sagel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Herr Breuer, ich habe wohl verstanden, dass Sie dazu auf meine erste Frage hin keine Stellung genommen haben. Deswegen möchte ich noch einmal genau nachfragen: Wurde der Stellenplan jetzt ausgeweitet oder wurde er nicht ausgeweitet?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich bitte um Verständnis, dass ich das mit Blick auf die Frage von Kollege Sagel nacharbeite. Das war aus der ersten Frage von Frau Löhrmann nicht erkennbar. Ich habe darüber hinaus Ausführungen gemacht. Ich werde das schriftlich vorlegen und ganz genau im Stellenplan nachweisen, wo wir etwas einsparen und wo wir etwas zusätzlich aufwenden.

Vizepräsident Edgar Moron: Gut. Sie werden dies in der nächsten Hauptausschusssitzung, die nächste Woche stattfindet, beantworten. – Als Nächster hat Herr Kuschke von der SPD-Fraktion das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Ich glaube, drei von denen, die in der ersten Reihe sitzen, müssten diese Frage eigentlich beantworten können, angefangen beim Finanzminister.

Ich möchte noch einmal nachfragen: Herr Minister Breuer, Sie haben von unbefristet und von der Eingruppierung B4, 1. März 2006 bis 28. Februar 2011, gesprochen.

Abgesehen davon, dass Sie es uns mit dem Datum 2011 erschweren: Ist die Abordnung von Dr. Degen zeitlich parallel, also vom 1. März 2006 bis 28. Februar 2011?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Kuschke, ich möchte es noch mal deutlich machen. Ich glaube, ich habe Sie missverstanden oder Sie haben mich missverstanden. Ich habe vorgetragen, dass Herr Stein eine außertarifliche Vergütung in Anlehnung an die Besoldungsgruppe B4 erhält. Befristet für die Zeit vom 1. März 2006 bis zum 28. Februar 2011 wird eine außertarifliche Vergütung in Anlehnung an die Besoldungsgruppe B6 gewährt. Das ist der Sachverhalt, den ich eben so vorgetragen habe.

Ich trage gerne vor, wie sich das mit dem bisherigen Dienststellenleiter, Herrn Dr. Manfred Degen, verhält. Er wird für die Zeit vom 15. Februar 2006 bis zum 14. Februar 2009 zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union abgeordnet.

Vizepräsident Edgar Moron: Der nächste Fragesteller ist Dr. Vesper mit seiner zweiten Frage. Bitte schön.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Minister Breuer, Sie haben klargestellt: B4 dauerhaft, unbefristete Einstellung, und für fünf Jahre B6. So habe ich Sie jetzt verstanden.

Verfügt Herr Stein eigentlich über die notwendigen Qualifikationen, um eine Einstellung sozusagen von null auf hundert, von null auf B6 zu rechtefertigen?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Dr. Vesper, ich möchte es deutlich machen: Ich halte Herrn Stein für absolut qualifiziert. Ich finde es nicht angemessen, das als von null auf hundert zu bezeichnen. Ich glaube, dass man nicht nur Erfahrungen innerhalb der Ministerialbürokratie sammeln kann. Ich bin überzeugt, dass das Land, an welchen Stellen

auch immer, sehr wohl Erfahrung von außen gebrauchen kann.

Ich habe die herzliche Bitte, dem Herrn die Chance zu geben, sich einzuarbeiten bzw. auch vorzutragen und erst anschließend zu urteilen. Ich bin froh, dass wir Herrn Stein für unsere Arbeit in der Landesvertretung gewinnen konnten.

Vizepräsident Edgar Moron: Nächster Fragesteller ist Herr Keymis von den Grünen.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister Breuer, ich gehe davon aus, dass Sie keinen Zweifel an der Qualifikation des bisherigen Leiters haben. Insofern stellt sich die Frage, warum Sie jemanden, der hervorragend qualifiziert ist, gegen jemanden, von dem Sie das bisher noch nicht wissen, austauschen. Was sind die Gründe?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich habe die Gründe im letzten Hauptausschuss vorgetragen. Ich habe berichtet, wo wir aus meiner Sicht eine starke Veränderung im Auftritt in Brüssel brauchen. Das betrifft insbesondere das Werben und die Lobbyarbeit für das Land Nordrhein-Westfalen in Brüssel. Es gibt eine große Konkurrenzsituation. Auch das habe ich vorgetragen.

Ich habe ein großes Interesse daran, mit der Ständigen Vertretung enger zusammenzuarbeiten. In dem Fall sind beide Personalentscheidungen in diesem Sinne folgerichtig. Ich bin überzeugt, dass diese beiden Personalentscheidungen konsequent sind und wir als Landesregierung damit richtig liegen.

Vizepräsident Edgar Moron: Die nächste Fragestellerin ist Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ich möchte die Frage wiederholen, ob diese Stelle zunächst intern ausgeschrieben wurde, um qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Landesverwaltung die Möglichkeit zu geben, sich zu bewerben.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Inwiefern die Usancen der internen Ausschreibung beachtet worden sind, kann ich an dieser Stelle auf die Schnelle nicht beantworten. Ich werde die Antwort im Hauptausschuss nachreichen.

Vizepräsident Edgar Moron: Das wird dann alles im Hauptausschuss besprochen. – Jetzt hat Herr Kuschke mit seiner zweiten Frage das Wort. Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Minister Breuer, Sie haben dem Schreiben an den Vorsitzenden des Hauptausschusses und an die Sprecher der Fraktionen, in dem Sie bereits einiges zur Stellenbesetzung in Brüssel ausgeführt haben, dankenswerterweise eine Kurzvita von Herrn Stein beigelegt.

Herr Stein war seit Anfang 2000 Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer. Dann war er im Zusammenschluss europäischer mittelständischer Unternehmen Generalsekretär. Ist Ihnen bekannt, dass Herr Stein sowohl in seiner Tätigkeit für die ASU als auch auf der europäischen Ebene Stellungnahmen beispielsweise zur Europäischen Verfassung, zum Verfassungsentwurf mit verantwortet hat, die ablehnend sind?

Wie können Sie sicherstellen, dass Herr Stein dort eine Politik vertritt, von der ich annehme, dass Sie sie bisher immer vertreten haben, was beispielsweise die Europäische Verfassung angeht?

Vizepräsident Edgar Moron: Ich bitte um kurze Fragestellungen. Das ist keine Ermahnung, nur ein kleiner nüchterner Hinweis, Herr Abgeordneter. – Bitte, Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Dann beantworte ich die Frage gerne und kurz: Ich halte Herrn Stein für uneingeschränkt für dieses Amt geeignet und habe nicht vor, an dieser Stelle einen Gesinnungstest einzuführen.

Vizepräsident Edgar Moron: Die nächste Frage hat Herr Ellerbrock von der FDP.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister, die Nachfragen der vereinigten Opposition lassen den Gedanken reifen, dass Ihre Ausführungen missverstanden worden sind. Deswegen folgende kurze Nachfrage: Habe ich Sie dahin gehend richtig verstanden, dass die Fürsorgepflicht des Landes auch in Bezug auf die Abordnung des Kollegen Degen an die Bundesvertretung einen wohlverstandenen Baustein einer engen Kooperation zwischen der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen und der Bundesvertretung darstellt?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte, Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich habe die Frage so beantwortet, wie ich sie beantwortet habe. Ich halte es für sehr logisch, dass dann, wenn wir konsequent die enge Zusammenarbeit mit der Ständigen Vertretung und das Ziel verfolgen, Nordrhein-Westfalen als Lobby stärker in Brüssel zu etablieren, diese beiden Personalentscheidungen mit dieser Konsequenz auch so getroffen worden sind.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Frau Beer von den Grünen hat eine Frage.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Minister, lassen Sie mich bitte das Wort Lobby aufnehmen. Ist es denn richtig, dass im Prinzip das Hauptmotiv für diese Stellenbesetzung darin zu suchen ist, dass bereits während der Koalitionsverhandlungen dem Koalitionspartner die Besetzung dieser Stelle versprochen worden ist?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich glaube, dass Sie den Koalitionsvertrag der beiden Regierungsfractionen kennen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Ich bitte Sie dann auch, genau nachzulesen, an welcher Stelle das stehen kann.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich schicke Ihnen gern ein Exemplar zu, Herr Rimmel! – Gegenruf von Johannes Rimmel [GRÜNE]: Da gibt es noch ein anderes Exemplar!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank. – Zu einer dritten und damit letzten Nachfrage Frau Abgeordnete Löhrmann von den Grünen. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Mit dem letzten Hinweis haben Sie zumindest indirekt zum Ausdruck gebracht, dass eine Berichterstattung in der „Neuen Westfälischen“ falsch war. Das lasse ich einmal so stehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Meine Frage ist noch einmal folgende, lieber Herr Breuer: Würden Sie mir zustimmen, dass Sie ein solches Verhalten, wie Sie es jetzt bei dieser Stellenbesetzung betrieben haben, als Ämterpatronage bezeichnet hätten, wenn die SPD es vorgekommen hätte?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Löhrmann, es gibt ganz sicherlich viele Aussagen, in denen man auch mit Ihnen übereinstimmen kann. An dieser Stelle sehe ich aber wenig Übereinstimmung.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer Zusatzfrage hat sich Herr Stotko gemeldet.

Thomas Stotko^{*)} (SPD): Herr Minister Breuer, Sie sehen mir nach, dass ich nicht im Hauptausschuss sitze und Verweise auf die Tatsache, dass Sie dort etwas berichtet haben, mir daher nicht weiterhelfen. Vielleicht können Sie mir aber erklären, warum es dann, wenn der vorherige Amtsinhaber ebenso kompetent war wie der neue Amtsinhaber, auf dieser Stelle eine Erhöhung der Besoldung von B3 auf B6 gegeben hat.

(Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich gerade etwas über eine Erhöhung von B3 auf B6 formuliert habe. Es tut mir Leid; da haben Sie wohl etwas Falsches verstanden. Ich habe nichts von einer Erhöhung von B3 auf B6 vorgebracht. Ich müsste noch einmal schauen; das kann aber nicht so sein. Nein.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Sind Sie fertig?

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ja.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Auch Herr Abgeordneter Schemmer hat sich zu einer Zusatzfrage gemeldet. Bitte schön.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Minister Breuer, sind Sie mit mir der Meinung, dass in den vergangenen zehneinhalb Jahren, die ja auch Sie dieses Haus kennen, derartige Besetzungen – insbesondere auch mit den Fragen rund um die Besoldung – üblicherweise nie Bestandteil der Fragestunde dieses Hauses waren?

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Oh!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Abgeordneter, ich bin überzeugt, dass wir die Entscheidung richtig getroffen haben. Ich bin auch überzeugt, dass die Opposition in diesem Zusammenhang das normale Fragerecht hat. Ich kann mich jetzt allerdings auch nicht konkret daran erinnern, dass wir eine Stelle in den letzten zehneinhalb Jahren so thematisiert hätten, wie die Kolleginnen und Kollegen das heute tun.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Schönen Dank, Herr Minister!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete Beer zu einer zweiten Zusatzfrage.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Minister Breuer, ich danke Ihnen. Sie haben mich zu Recht darauf hingewiesen, dass ich nicht ganz präzise formuliert habe. Deswegen will ich das jetzt nachholen. Können Sie bitte erläutern, ob bereits während der Koalitionsverhandlungen der FDP zugesagt worden ist, diese Stelle mit einem Parteifreund zu besetzen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich habe mir die Besetzung der Stelle in Brüssel nicht einfach gemacht. Ich habe mir Vorschläge angeschaut. Und ich bin überzeugt, dass wir die richtige Entscheidung getroffen haben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Rimmel hat sich zu einer Zusatzfrage gemeldet. Bitte schön.

Johannes Rimmel^{*)} (GRÜNE): Ich würde gern Herrn Minister Pinkwart fragen.

(Minister Armin Laschet: Hier!)

– Herrn Minister Pinkwart würde ich gerne fragen.

(Minister Armin Laschet: Bitte!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Wo ist er denn? – Herr Laschet vertritt offenbar Herrn Pinkwart.

Johannes Rimmel^{*)} (GRÜNE): Dann frage ich den Stellvertreter von Minister Pinkwart, ob es

stimmt, dass sich Minister Pinkwart – so wird es jedenfalls in der Zeitung zitiert – während der Koalitionsverhandlungen diese Stelle ausbedungen hat.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Laschet, können Sie darauf antworten?

(Minister Armin Laschet: Ich bin nicht sein Vertreter! Das war ein Scherz!)

– Da haben Sie uns also zu viel versprochen. – Herr Minister Linssen, bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Kollege Rempel, da ich bei den Koalitionsverhandlungen dabei war, kann ich Ihnen bestätigen, dass während der Koalitionsverhandlungen darüber nicht gesprochen wurde.

(Edgar Moron [SPD]: Aber nachher im Keller! Nebenabsprachen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Kusche hat sich auch noch einmal gemeldet. Er hat aber schon zwei Zusatzfragen gestellt. Nach unserer Geschäftsordnung kann er leider keine dritte Frage stellen. – Weitere Fragen sehe ich nicht. – Doch. Herr Abgeordneter Rempel hat sich zu seiner zweiten Zusatzfrage gemeldet. Bitte.

Johannes Rempel^{*)} (GRÜNE): Dann frage ich Herrn Minister Linssen, ob er denn vielleicht Kenntnis davon hat, dass sich Herr Minister Pinkwart neben den Koalitionsverhandlungen diese Stelle ausbedungen hat.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Dies ist mir nicht bekannt, Herr Kollege Rempel.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da waren Sie nicht dabei!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Herr Ellerbrock das Wort zu seiner zweiten Zusatzfrage.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Minister Breuer, unbeschadet der Tatsache, dass ich es seltsam finde, dass Dienstverträge in solcher Detaillierung hier im Parlament diskutiert werden, was nach meiner Überzeugung und Kenntnis in der Vergangenheit nicht der Fall war: Können Sie sich in Ihrer parlamentarischen Laufbahn daran erinnern,

dass hier im Plenum Dienstverträge von Dienststellenleitern einzelner Vertretungen in dieser Detailliertheit diskutiert wurden?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich habe natürlich nicht sämtliche Plenarprotokolle der letzten zehn, 15 Jahre im Kopf. An eine Fragestunde, die sich mit dem Dienstvertrag eines Beamten oder eines Angestellten der Landesregierung befasste, kann ich mich zurzeit aber nicht erinnern.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat sich Herr Leuchtenberg von der SPD-Fraktion gemeldet.

Uwe Leuchtenberg (SPD): Herr Minister, auf eine vorhin gestellte Frage haben Sie geantwortet, dass Sie Ihren Mitarbeiter sehr gewissenhaft ausgesucht haben. Die Frage war aber eine andere. Die Frage war, ob man sich vorher darüber unterhalten hat, dass es eine der FDP nahe stehende Person sein soll. Darauf haben Sie nicht geantwortet. Daraus kann ich schließen, dass Sie es nicht wissen oder dass es so gewesen ist und Sie sich trotzdem jemanden ausgesucht haben.

Ist es, wenn auch nicht schriftlich, aber unter Umständen während der Koalitionsverhandlungen bei einem Bier so gewesen, dass man sich darauf verständigt hat, dass der Leiter in Brüssel der FDP angehört und nun in Berlin eine entsprechende Stellvertreterposition für einen FDP-Mann geschaffen wurde?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich glaube, zu den Usancen während der Koalitionsverhandlungen hat Herr Dr. Linssen umfassend Auskunft gegeben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat sich noch Herr Papke zu einer Zusatzfrage gemeldet. Bitte schön.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Minister Breuer, könnten Sie sich vorstellen, dass Abgeordnetenkollegen von den Grünen und jetzt auch von der SPD deshalb so beharrlich nach etwaigen Personalvereinbarungen zwischen den Koalitionsparteien fragen, weil in der abgewählten Koalition aus SPD und Grünen solche Verfahren möglicherwei-

se kontinuierlich über zehn Jahre praktiziert worden sind

(Minister Eckhard Uhlenberg: Täglich!)

und sich von daher die Erwartungshaltung insbesondere der Kolleginnen und Kollegen der Grünen darauf richtet, dass die neuen Koalitionsparteien das von ihnen wie selbstverständlich praktizierte Verfahren der Postenschacherei fortsetzen? Scheint Ihnen so eine Wahrnehmung denkbar, Herr Minister?

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Breuer, diese Zusatzfrage ist zwar von der Ursprungsfrage nicht gedeckt, aber Sie können selbstverständlich darauf antworten, wenn Sie das möchten. Bitte schön.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich kann den Verdacht nicht ausräumen, dass die Fragesteller von sich auf andere schließen; das ist wahr.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Weitere Zusatzfragen zur Mündlichen 42 liegen nicht vor. Damit ist diese Anfrage erledigt.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 43

der Abgeordneten Britta Altenkamp von der Fraktion der SPD auf:

Wahlkampfunterstützung für umstrittenen italienischen Politiker durch die Landesregierung?

Die Landesregierung hatte für vergangene Woche den italienischen Kulturminister Rocco Buttiglione eingeladen. Bei der Planung des Besuches ging es nach Zeitungsberichten auch darum, Buttiglione beim Wahlkampf unter seinen in Deutschland lebenden Landsleuten zu unterstützen. Diese Unterstützung wollte die Landesregierung einem Politiker gewähren, der ein so rückständiges Familien- und Gesellschaftsbild hat, dass er nicht als EU-Kommissar durchsetzbar war. Bekannt ist sein Ausspruch: „Die Familie soll es Frauen ermöglichen, Kinder zu bekommen und vom Mann geschützt zu werden, der für sie sorgt. Das ist die traditionelle Definition der Ehe, die ich befürworte.“

Was hat die Landesregierung veranlasst, ausgerechnet einen Politiker, der ein derart rückständiges Rollenverständnis propagiert, im italienischen Wahlkampf unterstützen zu wollen?

Auch hier bitte ich Herrn Minister Breuer um Beantwortung.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Die Frage wird von Minister Laschet beantwortet, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Okay. – Herr Minister Laschet, Sie haben das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Die Landesregierung hat keinen Politiker im italienischen Wahlkampf unterstützt. Vielmehr hat der italienische Kulturminister anlässlich der Festveranstaltung „50 Jahre erstes Zuwanderungsabkommen mit Italien“ die Regierung seines Landes vertreten. Dies haben wir am letzten Dienstag gemeinsam begangen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Altenkamp hat sich zu einer Zusatzfrage gemeldet. Bitte schön.

Britta Altenkamp (SPD): Sie sagen: Es hat keine Wahlkampfunterstützung gegeben. – Wie erklären Sie dann die Tatsache, dass sich aus einer Terminnotiz des zuständigen Ministeriums ergibt, dass Minister Buttiglione von Vertretern der Landesregierung am Flughafen abgeholt und dann zu einem Treffen mit ausgewählten Vertretern der italienischen Gemeinde gefahren werden sollte. Wörtlich heißt es in der offiziellen Terminnotiz zu dem Gespräch, es finde vor dem Hintergrund der italienischen Parlamentswahl im April 2006 statt. Daraus ergibt sich unzweifelhaft, dass Sie als Landesregierung Wahlkampfaktivitäten von Herrn Minister Buttiglione unterstützen wollten, oder nicht?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Das ergibt sich daraus aus meiner Sicht nicht. Ich habe schon einmal gesagt, dass Herr Buttiglione als Vertreter der Republik Italien hierher gekommen ist. Und wenn er selbst bittet, Gespräche am Rande dieses seit Langem geplanten Besuches zu führen, ist das sein gutes Recht. Er kann die Matisse-Ausstellung besuchen, er kann ins „Apollo“ gehen, und er

kann auch Parteifreunde treffen. Das ist bei Besuchen üblich. Wir gestehen ausländischen Gästen schon zu, dass sie ein paar Landsleute treffen, wenn sie sich in Düsseldorf aufhalten.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Altenkamp hat eine zweite Zusatzfrage. Bitte schön.

Britta Altenkamp (SPD): Trifft es zu, dass bei der offiziellen Abendveranstaltung des Landes mit den Ministern Buttiglione und Laschet Wahlwerbung für die beiden deutschen UDC-Kandidaten bei den italienischen Parlamentswahlen auslagen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich glaube, ich selbst und viele Migranten haben es bedauert, dass Sie, Frau Altenkamp, sich zunächst angemeldet haben und dann an der Veranstaltung, mit der wir eigentlich an Zuwanderung und an Integration von bei uns lebenden Ausländern erinnern wollten, nicht teilgenommen haben.

Hätten Sie daran teilgenommen, Frau Altenkamp, hätten Sie gemerkt, dass auf der Veranstaltung nicht Wahlwerbung für irgendeine italienische Partei gemacht worden ist. Frau Löhrmann, die die Fraktion der Grünen vertreten hat, Graefe zu Baringdorf und andere Parteivertreter werden Ihnen sicher gerne bestätigen, dass es ein wichtiger Akt war, um Integration zu stärken, und kein Anlass, Parteipolitik zugunsten irgendeiner italienischen Partei zu machen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Kuschke, SPD-Fraktion, hat eine Zusatzfrage. Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Minister Laschet, ich habe noch einmal ein „Zeit“-Gespräch mit Herrn Buttiglione nachgelesen, in dem er sinngemäß von der notwendigen Gesundung Europas spricht. In dem darauf folgenden Satz fährt er sinngemäß fort, dass auch über die Lebensbedingungen von Homosexuellen kritisch nachgedacht werden müsse. Waren Sie jenseits von diplomatischen Usancen glücklich darüber, dass ausgerechnet Herr Minister Buttiglione Italien bei der Veranstaltung vertreten hat?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Erstens bin ich glücklich, dass die italienische Regierung den Akt, den die nordrhein-westfälische Regierung veranstaltet hat, für so wichtig gehalten hat, dass sie ein Kabinettsmitglied nach Düsseldorf geschickt hat. Der Akt ist so abgelaufen, wie ich geschildert habe. Ansonsten sind wir hier nicht in Baden-Württemberg, wo bei Ministern irgendwelche Gesinnungstests zu Homosexuellen vorgenommen werden.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer Zusatzfrage hat sich Herr Groschek gemeldet. Bitte schön.

Michael Groschek (SPD): In dem Bewusstsein, nicht in Baden-Württemberg, sondern in Nordrhein-Westfalen zu fragen und in dem Bemühen, ihnen die Chance einzuräumen klarzustellen, dass der Verdacht falsch ist, dass Sie sehr konsequent staatliche Macht zur Wahlkampfunterstützung auch von Parteifreundinnen und -freunden einsetzen, frage ich Sie, wie Sie sich erklären können, dass Herr Buttiglione in Italien eine Presseerklärung verbreiten lässt, in der er darauf hinweist, dass es ein Fehler der Landesregierung NRW gewesen sei, dass ein Treffen von Buttiglione – also von ihm selbst – in der CDU-Zentrale mit italienischen Wahlbürgern unklar organisiert worden sei und die öffentliche und die private Rolle von Herrn Buttiglione nicht berücksichtigt worden sei?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Das war eine etwas verwinkelte Frage. Sie hat damit begonnen, dass Sie mir die Chance geben wollten, etwas klarzustellen. Was klarzustellen ist, habe ich klargestellt.

Es hat einen Besuch gegeben, der von vielen anwesenden Zuwanderern und Migranten als ein harmonischer Akt empfunden wurde. Aus anderen Gründen hat keine Begegnung in der CDU-Geschäftsstelle stattgefunden. Ein SPD-Generalsekretär, der sich sorgsam auf eine Sitzung vorbereitet, müsste eigentlich auch wissen, dass das nicht stattgefunden hat. Aber selbst wenn das stattgefunden hätte: Ich wiederhole, dass es das

gute Recht von Herrn Buttiglione ist, in dieser Stadt zu treffen, wen immer er möchte.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer Zusatzfrage hat sich Herr Abgeordneter Hilser gemeldet. Sie haben das Wort.

Dieter Hilser (SPD): Herr Minister, Sie haben jetzt mehrfach erwähnt, dass keine Wahlkampfhilfe geplant war. Dann frage ich Sie, was Sie dazu bewogen hat, ausgerechnet einen Gast einzuladen, der der Ansicht ist, Kinder von alleinerziehenden Müttern seien Kinder von Müttern, die nicht sehr gut seien. Nachzulesen ist das in der „Financial Times“ vom 18. Oktober 2004.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Wir haben einen Gast eingeladen, der in bewegender Form über Fremdheit in einem anderen Land gesprochen hat, der das in deutscher Sprache gemacht hat, der der Abgesandte der italienischen Regierung war und der eine ausgezeichnete Persönlichkeit ist, die von Mitgliedern aller Parteien – auch über Parteigrenzen hinweg – geschätzt wird.

Wenn Sie jetzt das Spiel der Zitate fortsetzen wollen, sage ich Ihnen: Nicht jeder ausländische Staatsgast, den wir empfangen, teilt in jeder seiner Äußerungen die Meinung der Landesregierung. Es war eben keine parteipolitische Veranstaltung, sondern das Treffen ist deshalb zustande gekommen, weil das Land Nordrhein-Westfalen mit der Regierung Italiens gute Beziehungen pflegt.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat sich Frau Abgeordnete Löhrmann, Fraktion der Grünen, zu Wort gemeldet.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Laschet, ich glaube, es kommt dem Parlament jetzt nicht darauf an festzustellen, was mit der offiziellen Veranstaltung war, an der ich, wie Sie richtigerweise berichtet haben, teilgenommen habe. Vielmehr kommt es uns auf die Aussagen an, über die in der letzten Woche in der „Süddeutschen Zeitung“ berichtet wurde, nämlich dass es daneben andere Aktivitäten gab, die den Geruch von Wahlkampfveranstaltung und Unterstützung durch die Landesregierung trugen. Es wurde in dem Zusam-

menhang berichtet, dass Herr Kufen als Integrationsbeauftragter auch in der CDU-Zentrale war. Können Sie bitte sagen, ob Herr Kufen dies in seiner Freizeit oder in seiner Dienstzeit gemacht hat?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Da ich schon gesagt habe, dass überhaupt niemand in der CDU-Parteizentrale war, können Sie davon ausgehen, dass auch Herr Kufen nicht dort war. Am Rande dieses Festaktes hat es eine kleine Begegnung zwischen Herrn Buttiglione und italienischen Landsleuten gegeben. An diesem Termin hat Herr Kufen nicht teilgenommen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Also gab es den Termin in der CDU-Zentrale gar nicht?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Es gab keinen Termin in der Wasserstraße.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Frau Altenkamp kann die Frage beantworten, obwohl sie die Fragestellerin ist. Sie fragt und antwortet zugleich darauf. Das ist besonders gut.

Es hat also keinen Termin in der Wasserstraße gegeben. Auch Herr Kufen hat daran nicht teilgenommen ebenso wenig wie Herr Laschet oder die Italiener. Es hat überhaupt niemand daran teilgenommen, weil es überhaupt nicht stattgefunden hat. Das Ganze hat am Veranstaltungsort stattgefunden, dort allerdings ohne Herrn Kufen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Wissbegierig ist auch Herr Wißen. Sie haben das Wort.

Bodo Wißen (SPD): Danke schön für diesen Wortwitz, Herr Präsident. – Meine Frage bezieht sich auf die Integration in diesem Lande, aber auch in Italien. Da gibt es eine bemerkenswerte Äußerung. Es geht ja hier um den Besuch anlässlich des 50. Jahrestages des Anwerbevertrags mit der Republik Italien.

Ausgerechnet Ihr Gast, eben jener Minister Buttiglione, hat unter anderem die Befürchtung geäußert, dass das Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen, von ihm als „Multikulturalismus“ diffamiert, in Europa zu einer Art Hölle führen könnte. Diese Äußerung hat er während der Klausurtagung der CSU in Wildbad Kreuth ge-

tan, bei der offensichtlich auch unser Ministerpräsident anwesend war.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Können Sie zu Ihrer Frage kommen?

Bodo Wißen (SPD): Ja, das werde ich machen. – Haben Sie in Ihren Gesprächen mit Minister Buttiglione deutlich gemacht, dass Nordrhein-Westfalen als Einwanderungsland diese Position nicht teilt, sondern für Europa vielmehr den Weg einer offenen Gesellschaft als richtig erachtet, wie das bis zum 22. Mai 2005 in diesem Land auch üblich war?

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich habe bisher noch nicht die Chance gehabt, an einer Klausurtagung der CSU in Wildbad Kreuth teilzunehmen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich weiß auch nicht, wie Sie an Wortprotokolle kommen, sodass Sie wissen, was er da gesagt hat. Ich weiß, was er vor dem Europäischen Parlament gesagt hat.

(Bodo Wißen [SPD]: Fragen Sie Herrn Rüttgers!)

Das weiß ich aus meiner früheren Tätigkeit. Ich weiß auch, dass er unter anderem von der politischen Rechten kritisiert worden ist, weil er sich dafür eingesetzt hat, nach europäischen Werten mit den Flüchtlingen an der italienischen Außengrenze humanitär umzugehen. Das ist die Position von Herrn Buttiglione, die ich kenne.

Die Zitate, die Sie aus Wildbad Kreuth haben und die sich auf die Hölle oder sonst was beziehen, kenne ich nicht. Das kann ich mir nicht vorstellen; denn die Kritik an Buttiglione, die in Italien von manchem Mitglied der politischen Rechten geübt wird, besagt genau das Gegenteil von dem, was Sie ihm hier erneut unterstellen wollen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer zweiten Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Kuschke das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Minister Laschet, mir ging es vorhin nicht um einen Gesinnungstest. Da ich Sie sehr schätze, was das Einnehmen von Standpunkten anbelangt, auch wenn ich sie nicht

immer teile, würde mich allerdings interessieren, welche Position Sie als Mitglied des Europäischen Parlaments eingenommen haben, als es um die Frage eines möglichen EU-Kommissars Buttiglione gegangen ist.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Auch das ist durch den ursprünglichen Text der Frage nicht gedeckt, weil Minister Laschet als Minister hier sitzt. Selbstverständlich steht es ihm jedoch frei, darauf zu antworten, wenn er das möchte.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen – weder die alte noch die neue – hat keine Position in Bezug auf einzelne EU-Kommissare einzunehmen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Eine weitere Zusatzfrage hat Herr Abgeordneter Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Minister Laschet, wie Sie richtigerweise sagen, repräsentiert der jeweilige Minister eines Landes sein Land, und das ist so weit auch in Ordnung. Hätten Sie zum Beispiel von der italienischen Seite beim Besuch eines deutschen Ministers in Italien erwartet, dass die Frage, ob dieser Minister früher Steine geworfen hat, eine Rolle spielt?

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, wir haben einige Fragen, die wir in der Fragestunde behandeln wollen. Auch diese Zusatzfrage ist vom Text der ursprünglichen Frage nicht gedeckt. Herr Minister Laschet hat also die Möglichkeit, darauf zu antworten, wenn er es möchte. Bitte schön, Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich glaube, die Regierung Italiens würde einen Abgesandten der Bundesrepublik Deutschland so behandeln, wie es die Landesregierung tut, und eine Regierung des Landes Italien würde wahrscheinlich nicht die Praxis pflegen, die einzelne Fragesteller bei dem Besuch eines Gastes an den Tag gelegt haben.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Auch der Abgeordnete Leuchtenberg, SPD-Fraktion, hat eine Zusatzfrage.

Uwe Leuchtenberg (SPD): Herr Minister, in der Öffentlichkeit und von Vertretern der italienischen

Einwohner in der Bundesrepublik ist kritisiert worden, dass zu der Abendveranstaltung eine Reihe offizieller Vertreter der italienischen Gemeinde in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel die Vorsitzende des Komitees für den Konsularbezirk Dortmund – das ist die offiziell von Auslandsitalienern gewählte Vertretung –, gar nicht erst eingeladen wurde. Können Sie uns sagen, was der Grund dafür war? Und nach welchen Kriterien sind die Teilnehmer von der Landesregierung ausgewählt worden?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich habe Sie nicht ganz verstanden. Sie haben gefragt, warum die von Ihnen genannte Vereinigung eingeladen worden ist?

Uwe Leuchtenberg (SPD): Nein. Ich habe gefragt, warum einige nicht eingeladen wurden – das ist, teilweise auch in der Presse, kritisiert worden – und nach welchen Kriterien die Landesregierung Einladungen ausgesprochen hat.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich kenne bis zur Minute keine Kritik an den Einladungslisten. Es hat sich keiner beschwert. Wenn sich jemand, der eine italienische Organisation vertritt, ausgeschlossen gefühlt hat, tut mir das Leid. Wir haben die Listen des Integrationsministeriums der ehemaligen Regierung übernommen.

(Uwe Leuchtenberg [SPD]: Es sind alle eingeladen worden?)

– Ich kenne die Listen nicht auswendig. Es sind, glaube ich, 3.000 Leute eingeladen worden. Wenn jemand nicht eingeladen worden sein sollte, würde ich das sehr bedauern. Aber es waren die kommunalen Migrantenvertretungen dort. Es ist ziemlich breit eingeladen worden. Wenn uns da einer durch die Lappen gegangen sein sollte, täte mir das Leid.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage 43 erledigt.

Wir kommen zur

Mündlichen Anfrage 44

des Herrn Abgeordneten Horst Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Warum ist das Projekt O.Vision in Oberhausen für Finanzminister Dr. Linssen ein „Scheißprojekt“?

Im Verlauf der Aktuellen Stunde „Blockadehaltung der Landesregierung gegen Zukunftsprojekte im Ruhrgebiet beenden“ am 19. Januar 2006 hat Finanzminister Dr. Helmut Linssen während meines Redebeitrages ausweislich des Plenarprotokolls folgenden Zwischenruf gemacht: „Aber wenn es ein Scheißprojekt ist, dann ist das doch klar!“ (Plenarprotokoll 14/18, Seite 1780).

Auf welche Grundlage stützt Finanzminister Dr. Helmut Linssen seine in der Plenardebatte am 19. Januar 2006 gemachte Einschätzung, dass das Projekt O.Vision in Oberhausen ein „Scheißprojekt“ ist?

(Der Vizepräsident lässt bei der Benennung des Themas das letzte Wort der Überschrift aus.)

Bitte schön, Herr Linssen, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Kollege Becker, vielleicht schicke ich voraus, dass mir im Eifer des Gefechtes ein sicherlich unparlamentarischer Ausdruck

(Zurufe von der SPD: Oh!)

herausgeschlüpft ist. Das kommt bei Ihnen im Eifer des Gefechtes vielleicht auch schon mal vor.

(Widerspruch von der SPD – Allgemeine Heiterkeit)

Da ich lange genug in diesem Parlament bin, weiß ich natürlich, dass das unparlamentarisch war. Es tut mir Leid.

Ich beantworte Ihre Anfrage wie folgt:

Die Landesregierung hat in der Kabinettsitzung am 10. Januar 2006 beschlossen, dass das Land Nordrhein-Westfalen den Gewerbepark O.Vision der Stadt Oberhausen nicht finanziell fördern wird, da das Projekt wirtschaftlich zu riskant ist. Weder das Land noch die Stadt Oberhausen können dieses Risiko verantworten.

Als Beispiele für viele unterschiedliche Risiken des Projektes möchte ich Ihnen nur drei nennen:

Erster Punkt: Für die Finanzierung der Eigenleistung sieht die Stadt unverändert ein komplexes Finanzierungsmodell vor, mit dem vordergründig Kreditfinanzierungen im Haushalt vermieden werden sollen. Dabei sollen einmalige und laufende Finanzierungsbelastungen durch sukzessive Ver-

äußerungserlöse aus RWE-Aktien der Stadtwerke Oberhausen AG von insgesamt mehr als 16 Millionen € kompensiert werden. Die Vorstellung der Stadt, die Finanzierung über einen Verkauf der im Besitz der Stoag – das ist die Stadtwerke Oberhausen AG – befindlichen Aktien abzuwickeln und dann über eine Verringerung des Zuschussbedarfs der Gesellschaft zu rechtfertigen – etwas kompliziert –, ist angesichts der defizitären Haushaltslage und der hohen Kassenkredite haushaltsrechtlich unzulässig.

Ich möchte Ihnen einen zweiten Punkt nennen: Das Projekt müsste bis spätestens Ende 2008 gebaut, in Betrieb und abgerechnet sein, um die Bedingungen für die Förderung mit EU-Ziel-2-Mitteln erfüllen zu können. Nach der ursprünglichen Konzeption sollte die Verwirklichung des Projekts ca. dreieinhalb Jahre in Anspruch nehmen. Der ehrgeizige Zeitplan für das verkleinerte Projekt sah die Einhaltung dieses Zeitziels in den verbleibenden knapp drei Jahren vor. Die Ausstellung sollte danach im November 2008 fertig gestellt sein. Unter anderem ging der Zeitplan davon aus, dass das beihilferechtliche Notifizierungsverfahren bis zum 1. Februar 2006 abgeschlossen sein sollte. Der entsprechende Antrag wurde zwischenzeitlich, und zwar am 30. Januar 2006, zurückgezogen.

Unabhängig von der Genehmigungsproblematik bei der Kommission reicht die verbleibende Zeit zur Einhaltung der strengen Regeln für die Mittelverwendung bis Ende 2008 voraussichtlich nicht mehr aus, um das geplante Projekt rechtzeitig fertig zu stellen. In diesem Falle müssten das Land und die Stadt die ausfallenden Fördermittel der EU in Höhe von rund 25 Millionen € aufbringen. Ein solches finanzielles Risiko ist bei welcher Lastenteilung auch immer weder für den Landeshaushalt noch für den Haushalt der Stadt Oberhausen vertretbar.

Ich möchte einen dritten Punkt nennen: Nach den bisherigen Erfahrungen mit Entertainment- und Edutainmentprojekten – das ist etwas, was ich auch erst im Zusammenhang mit diesem Projekt kennen gelernt habe: Edutainmentprojekte – erscheint es zweifelhaft, dass die Attraktivität des Konzeptes und die eingeplanten Mittel zur regelmäßigen Steigerung der Attraktivität ausreichen, um das Projekt dauerhaft wirtschaftlich betreiben zu können. Außerdem bergen Projekte dieser Größenordnung erfahrungsgemäß ein hohes Risiko bei den Bau- und Betriebskosten sowie bei der Bauzeit. Derartige Risiken fängt die Kalkulation nicht auf.

Dies sind drei Gründe, die Sie praktisch auch in allen Papieren der Vorgängerregierung nachlesen können, jedenfalls beim Innenminister und auch beim Finanzminister. Man braucht sich die Akten nur etwas genauer anzusehen, dann findet man genau die Argumente der früheren Minister. Ich habe sie Ihnen hier nur noch einmal vorgetragen, damit Sie sehen, dass wir da eigentlich nur sehr konsequent gewesen sind auch in Bezug auf den Kabinettsbeschluss, der Anfang vorigen Jahres in einer zweiten Passage die Bedenken deutlich machte und auch unabhängig von einer eventuellen Genehmigung durch die EU klargestellt hat, dass sich die Landesregierung das Projekt auf jeden Fall noch einmal ansehen müsste.

Ich möchte mit meinen Ausführungen auch gerne Missverständnissen vorbeugen: Die eingesparten Fördermittel dienen nicht der Konsolidierung des Landeshaushaltes, sondern sollen für andere Ziel-2-Projekte insbesondere im Ruhrgebiet zur Verfügung stehen. Hier sind nach meiner Auffassung die Fördermittel besser angelegt.

Wenn Sie die Zeitung aufschlagen, sehen Sie fast jeden Tag neue Meldungen: ob über das Max-Planck-Institut in Dortmund oder die Propylenpipeline. Das alles sind Maßnahmen, die mit viel Einsatz für das Ruhrgebiet durch diese Regierung geleistet werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Zu einer Zusatzfrage hat sich der Abgeordnete Becker, Grünen-Fraktion, gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Zunächst einmal möchte ich Ihnen für die Antwort – insbesondere im ersten Teil – danken. Zum Zweiten möchte ich die Frage stellen – das hatte ich auch schon einmal präzise bei einer vorhergehenden Fragestunde gefragt –, wann wir damit rechnen können, dass die Ersatzprojekte dem Parlament von der Landesregierung vorgestellt werden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Vielleicht kann die Kollegin Thoben darauf antworten, weil sie den Zeitplan etwas genauer im Auge hat.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Thoben, bitte.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Wenn die Bewilligungsbescheide herausgehen.

(Sören Link [SPD]: Dafür haben Sie so lange gebraucht? Das hätten Sie auch ohne Mikrofon sagen können!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Ich bitte Sie. Das ist jetzt auch nicht sehr parlamentarisch. – Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch diese Anfrage erledigt.

Als amtierender Präsident darf ich sagen, dass auch ich – wie Herr Becker das schon gemacht hat – begrüße, dass Sie, Herr Minister, den, wie Sie sagten, unparlamentarischen Ausdruck eben zurückgenommen haben.

Wir kommen zur

Mündlichen Anfrage 45

der Abgeordneten Sigrid Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Laborschule und Oberstufenkolleg unter dem Diktat des Ministeriums

Im Gegensatz zur Landesregierung, die das „begabungsgerechte“ Sortieren im Schulsystem perfektionieren möchte, arbeiten die Laborschule und das Oberstufenkolleg an der Universität Bielefeld nach dem Prinzip der Inklusion und individuellen Förderung.

Es verdichten sich Hinweise und Befürchtungen, dass die beiden Einrichtungen in ihrer wissenschaftlichen Unabhängigkeit beschnitten werden sollen, um näher an die Schulphilosophie der Landesregierung angebunden zu werden, um so die Leitbildfunktion für integratives Lernen und Arbeiten in der Schullandschaft in NRW zu schwächen. Angesichts der angedachten Neuordnung der gymnasialen Oberstufe in der vorgelegten Schulgesetznovelle steht das Oberstufenkolleg besonders in der Gefahr, den neuen Vorgaben inhaltlich und organisatorisch gleichgeschaltet zu werden.

In welcher Weise beabsichtigt die Landesregierung in die pädagogische Arbeit, organisatorischen Vorgaben sowie strukturellen Grundlagen von Laborschule als Versuchsschule des Landes NRW und Oberstufenkolleg als Versuchsschule und wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Bielefeld einzugreifen?

Hier bitte ich Herrn Minister Pinkwart um Beantwortung.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Vielen Dank, Herr Präsident! Frau Beer! Meine Damen und Herren! Mit Schreiben an die Ministerin für Schule und Weiterbildung vom 16. Januar dieses Jahres habe ich vorgeschlagen zu prüfen, ob das Oberstufenkolleg an der Universität Bielefeld in seiner gegenwärtigen Organisationsform weiter betrieben werden soll. Ausschlaggebend hierfür sind strukturelle Veränderungen, die das Oberstufenkolleg erfahren hat. Während das Kolleg bis 2002 den Auftrag hatte – ich zitiere –,

„in einem einheitlichen vierjährigen Ausbildungsgang Kollegiaten unterschiedlicher Vorbildung studienbezogene Ausbildungsinhalte der Sekundarstufe II in Verbindung mit Lehrinhalten des Grundstudiums der Wissenschaftlichen Hochschulen und Kunsthochschulen zu vermitteln“(.)

wurde dieser Auftrag in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom 20. Juni 2002 dahin gehend geändert, dass es seitdem Ziel der Ausbildung ist – ich zitiere –,

„Kollegiatinnen und Kollegiaten unterschiedlicher Vorbildung zur allgemeinen Hochschulreife zu führen.“

Der letzte Kollegjahrgang, der während der Schulphase Kenntnisse des Grundstudiums erwerben konnte, hat im Sommer vergangenen Jahres das Oberstufenkolleg verlassen. Damit ist ein sachlicher Grund für die Verortung der Versuchsschule an der Universität Bielefeld nicht mehr gegeben, da das Oberstufenkolleg praktisch Aufgaben einer Versuchsschule für die gymnasiale Oberstufe wahrnimmt. In einer Zeit, in der die Hochschulen gehalten sind, sich auf ihre Kernaufgaben zu besinnen, die Frage nach der Verortung der Versuchsschulen an einer Universität zu stellen.

Vor diesem Hintergrund habe ich vorgeschlagen, die Schule Oberstufenkolleg nicht nur im Rahmen der schulfachlichen Aufsicht, sondern auch organisatorisch dem Schulbereich zuzuordnen. Damit verbunden wäre dann noch die haushaltsrechtliche Verlagerung des Kapitels 06 183 in den Einzelplan 05.

Eine Antwort meiner Kollegin Frau Sommer steht noch aus, was angesichts des erst kürzlich abgesandten Schreibens auch nicht erstaunlich ist, zumal mein Vorschlag zunächst unter rein schulfachlichen Gesichtspunkten geprüft werden muss. Erst wenn eine solche Grundsatzentscheidung gefallen ist, können mit den Betroffenen Gespräche über das weitere Verfahren geführt werden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Frau Löhrmann, bitte schön, Sie haben das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben jetzt nichts über die Qualität der Arbeit gesagt. Heute Morgen haben Sie in Ihrer Regierungserklärung ausgeführt, dass Sie es für richtig halten, dass man bei der Frage des Übergangs von der Sekundarstufe II zum Studium neue Erfahrungen sammeln wolle. In diesem Zusammenhang: Was kann denn die Landesregierung für ihre Politik von der Konstruktion des Oberstufenkollegs – bezogen auf die Frage des Übergangs ins Studium – lernen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Vielen Dank, Frau Löhrmann, für die Frage. Ich hatte Ihnen heute Morgen gesagt, dass Frau Ministerin Sommer und ich Ihnen bis zum Frühjahr hier im Parlament eine Vorlage machen werden, wie wir den Übergang zwischen Schule und Hochschule – von dem wir, glaube ich, übereinstimmend meinen und gerade auch Ihre Fraktion der Auffassung ist, dass er verbesserungswürdig ist – verbessern können.

Nach den Darlegungen, die mir vorliegen, habe ich bisher nicht erkennen können, dass es sinnvoll sei, das Oberstufenkolleg in meinem Geschäftsbereich zu lassen, um dem Ziel, den Übergang zu verbessern, was wir gemeinsam verfolgen, wirksamer entgegenzukommen. Deswegen halte ich es für sachgerecht, an das Schulministerium die Anfrage zu richten, ob die Zuständigkeit für diesen Bereich nicht sinnvollerweise in Zukunft dort wahrgenommen sollte – natürlich unbeschadet unseres gemeinsamen Überlegens, wie wir den Übergang von Schule zu Hochschule noch besser organisieren können.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Frau Abgeordnete Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Minister, ich danke für Ihre Ausführungen, in denen Sie dargelegt haben, was im Moment konkret geplant ist. Allerdings haben Sie meine Fragen zu den Absichten in Bezug auf die pädagogische Arbeit nicht beantwortet. Ich bitte Sie dazu um eine Einschätzung oder um eine Weitergabe an die Schulministerin, und dann bitte ich Frau Sommer um Antwort. Denn auch das ist von erheblicher Bedeutung.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Wer möchte antworten? – Frau Ministerin Sommer, bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Frau Beer, ich schließe mich Herrn Minister Pinkwart an. Ich möchte zunächst einmal Gespräche führen. Herr Minister Pinkwart hat gerade ausgeführt, dass das, was das Oberstufenkolleg anbelangt, neu für mein Haus ist. Deswegen würde ich mich dazu erst ganz gerne austauschen.

Ich möchte Ihnen aber auch gerne – das fällt ja seit langen Jahren in das Ressort des Schulministeriums – bezüglich der Laborschule Auskunft geben; es war ja eigentlich eine Doppelfrage. Vorweg: Die Laborschule als Haus des Lernens beinhaltet sozusagen zwei Häuser. Das eine Haus ist das eigentliche Haus der Schule, nämlich der Gesamtschule von Null bis zur Sekundarstufe I. Das andere und das Besondere ist die Laborschule, die auch eine wissenschaftliche Einrichtung ist. Beides ist eng miteinander verzahnt und kann aufgrund dieser besonderen Konstruktion der Schule heute – auch wie wir die Schule sehen – wichtige Impulse geben.

Ich mache das einmal an Beispielen fest und erinnere daran, dass die Laborschule seit vielen Jahren das Fach Englisch in der Anfangsphase unterrichtet, dass sie dieses Fach sogar für den jahrgangsübergreifenden Unterricht und den jahrgangsbezogenen Unterricht – beide Modelle sind erprobt worden – nebeneinander erarbeitet hat. Das sind für uns wichtige Impulse.

Wir haben in vielen Erklärungen deutlich gemacht, dass wir gegen die hohe Anzahl der Nichtversetzungen sind. Die Laborschule hat dieses Problem seit Anfang ihres Bestehens – sie ist, glaube ich, inzwischen 32 Jahre alt – immer als eine Herausforderung gesehen. Dort gibt es keine Versetzungen. Die frühere Einschulung, die individuelle Förderung sind Aspekte, die wir jetzt für unsere Arbeit zur Novellierung des neuen Schulgesetzes sehr gut gebrauchen können. – Insofern setze ich weiter auf die Laborschule. Das ist der eine Teil.

Der andere Teil ist genauso wichtig. Wir müssen – Herr Dr. Linssen ist nicht nur zufällig mein Sitznachbar, sondern wir tauschen uns auch in diesem Zusammenhang häufig aus – auch für die Konsolidierung des Haushaltes sorgen. Das ist ein wichtiger Aspekt, den wir nicht außer Acht lassen dürfen. Ich habe schon einmal an anderer Stelle gesagt, dass es keine heiligen Kühe gibt. Insofern werden Sie sicherlich Verständnis dafür haben, dass ich sehr genau überprüfen werde, ob

die zusätzlichen Mittel, die die Laborschule beansprucht, in diesem Umfang noch zur Verfügung gestellt werden können. Das ist meiner Meinung nach eine legitime Zielsetzung. Im Grunde genommen steht alles auf dem Prüfstand.

Nichtsdestotrotz möchte ich an dieser Stelle noch einmal festhalten, dass wir wichtige Impulse aus dem Bereich der Laborschule erfahren können.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Zu einer zweiten Zusatzfrage hat sich Frau Abgeordnete Beer gemeldet.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Ministerin, ich freue mich sehr über die Wertschätzung der Laborschule, die Sie zum Ausdruck gebracht haben. Sie sind sicherlich als Schulaufsichtsbeamtin sehr oft vor Ort gewesen und haben das erfahren können und in dieser Weise einen ganz besonderen Bezug zu der Schule.

Deshalb frage ich Sie: In welcher Weise haben Sie bei der Formulierung der Schulgesetznovelle, die gerade unter dem Etikett einer begabungsgerechten Schule gefasst ist, auf die pädagogischen Erkenntnisse der Laborschule und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von Laborschule und Oberstufenkolleg in Bezug auf die Neuordnung der Oberstufe zurückgegriffen, wenn Ihnen die Arbeit der Laborschule so präsent ist und sie Ihnen so viel wert ist?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: An dieser Stelle darf man diese beiden Systeme nicht miteinander vermengen. Die Laborschule hat als Schule eine ganz andere Ausrichtung als das im universitären Bereich angesiedelte Oberstufenkolleg. Ich muss mich – das ist auch in den Ausführungen von Minister Pinkwart deutlich geworden – erst einmal in die Materie einarbeiten. Wir werden sehen, was das Oberstufenkolleg leistet. Interessanterweise ist es so – hieran wird deutlich, dass beides verschiedene Bausteine sind –, dass nur etwa 4 % der Abgänger von der Laborschule auf das Oberstufenkolleg wechseln. Ich halte es für legitim zu sagen, dass ich mich erst einarbeiten möchte, was das Oberstufenkolleg angeht.

Ansonsten sind unsere bildungspolitischen Ausrichtungen so, dass wir sagen: Lasst Blumen blühen. Wenn Sie sagen, hier ist eine Wertschätzung deutlich dokumentiert worden, dann würde ich das auch auf die bunte Blume Laborschule beziehen wollen, immer mit der Maßgabe, dass ich den-

noch überprüfen will, ob diese Zuwendungen – das sind immerhin 18 Stellen mehr – in vollem Umfang für die Aufgaben, die die Laborschule für uns leistet, noch vertretbar sind.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Frau Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Ministerin Sommer, Sie sagten gerade: „Lasst Blumen blühen“. In diesem Zusammenhang frage ich Sie, ob Sie bereit sind, die Erkenntnisse der Laborschule zum erfolgreichen Umgang mit der Verschiedenheit von Kindern, also zur Heterogenität von Schülerinnen und Schülern, für die Schulen in Nordrhein-Westfalen offensiv nutzbar zu machen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich sagte, dass die Laborschule eine Gesamtschule ist. Sie hat in diesem Zusammenhang nicht nur den Vermittlungsauftrag einer Gesamtschule, sondern die Laborschule hat sich auch der Aufgabe verschrieben, Persönlichkeitsentwicklung zu betreiben. Die Pisa-Ergebnisse haben gezeigt, dass sie darin besonders gut ist. Was den Vermittlungsauftrag angeht, ist sie hingegen eher durchschnittlich; das sehe ich nicht so positiv. Aber darüber können wir uns auch austauschen. Im Bereich der Persönlichkeitsentwicklung leistet diese Schule eine wichtige Aufgabe. Diese Ergebnisse sollten wir uns zunutze machen, natürlich. Wer wird sich dem verweigern?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu einer Zusatzfrage hat sich auch Frau Abgeordnete Hendricks gemeldet. Bitte schön.

Renate Hendricks (SPD): Frau Ministerin Sommer, ich habe voller Interesse gehört, dass Sie die Laborschule wertschätzen, und freue mich darüber sehr, weil die Laborschule wichtige Impulse für die Schulentwicklung in Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie Sie sich bezüglich des Haushaltes positionieren werden. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die 18 Stellen für die Laborschule erhalten bleiben, oder können Sie sich vorstellen, dass eine Abspeckung vorgenommen wird?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Liebe Frau Kollegin Hendricks, Sie sagten, dass die Laborschule wichtige Impulse gegeben hat. Ich möchte Sie an dieser Stelle etwas korrigieren. Ich habe eben einige wesentliche Punkte genannt, die uns als neue Regierung wichtig sind: Individualisierung, Reduzierung der vielen Nichtversetzungen, all diese Dinge. Ich wundere mich an dieser Stelle, dass diese wichtigen Impulse, die immerhin schon etliche Jahre beziehungsweise Jahrzehnte alt sind, keinen Eingang in das Gefundene haben, was Sie 40 Jahre verantwortet haben.

Zu Ihrer Frage: Ich habe eben deutlich gemacht, dass 18 Stellen eine ganze Menge sind. Es wird überall Stellenabbau betrieben. Ich werde dazu heute weder Ja noch Nein sagen können, weil ich mir noch einmal sehr genau ansehen möchte, welcher Teil der Wissenschaft angehört. Diese 18 Stellen splitten sich ja auf; man muss da genauer hinschauen. Soweit ich weiß, sind fünf Stellen für die wissenschaftliche Arbeit, weitere 1,5 Stellen für besonders aufwändige Leistungen und die restlichen Stellen dafür veranschlagt, die Stammgruppen zu Beginn relativ klein zu halten. Jeder, der die Laborschule mit ihrem sehr offenen Charakter einmal wahrgenommen hat, weiß ja, dass viele Lehrerstellen dafür beansprucht werden, um die Stammgruppen relativ klein zu halten.

Ich habe mir das – Frau Beer hat es eben gesagt – als Schulaufsichtsbeamtin sehr wohl angesehen. Ich muss es mir nun unter dem Blickwinkel meiner jetzigen Rolle als Ministerin ansehen. An dieser Stelle möchte ich auch deutlich sagen, dass wir als Landesregierung an dem zweiten Ziel nicht vorbeikommen, und dieses Ziel heißt Haushaltskonsolidierung.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zur ihrer zweiten und damit für heute letzten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ich möchte Sie – als Dritte, glaube ich – dafür loben, dass Sie die Arbeit der Laborschule so wertschätzen; das tun wir auch. Sie haben sie als Gesamtschule bezeichnet. Wenn Sie böse gewesen wären – was Sie nicht sind –, hätten Sie sie als Einheitsschule diffamiert; aber das nur am Rande.

Was macht die Philosophie der Laborschule aus Ihrer Sicht so besonders aus, und was bringt die individuelle Förderung zur Geltung?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Die Philosophie subsumiert sich letztlich unter die Gedanken, die ich schon genannt habe. Ich finde es richtig, an der Stelle über eine Schule zu verfügen, die Prinzipien verfolgt, die wir im Augenblick sehr befürworten. Denken Sie beispielsweise an die Individualisierung, die wir unseren Schulen jetzt auch abverlangen. Ich glaube, dass die Laborschule eine wichtige Vorreiterrolle einnimmt, und insofern – das möchte ich sagen – können wir einiges lernen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Danke schön. – Nun hat sich Herr Abgeordneter Witzel, FDP-Fraktion, gemeldet.

Ralf Witzel (FDP): Frau Ministerin, ich möchte noch einmal auf den Aspekt der Leistungsorientierung in der Laborschule und die dort erzielten Unterrichtsergebnisse zurückkommen.

Man hat aus den Ausführungen der Abgeordneten der Grünen-Fraktion eine sehr hohe Wertschätzung und Erfolgsummessung bei der Laborschule heraushören können. Ich frage Sie, zu welchem Gesamturteil Sie auch angesichts des erhöhten Ressourceneinsatzes dort im Vergleich zu normalen Schulen kommen.

Auch unter den letzten von Ihnen genannten Gesichtspunkten Bildungsökonomie und Effizienz stellt sich die Frage, wie repräsentativ angesichts der erhöhten Ressourcenverwendung solche Modelle in der breiten Fläche sind. Es stellt sich ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Witzel, jetzt haben Sie schon zwei Fragen gestellt. – Frau Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Es umwölkte sich bei unserer Kollegin Beer gerade der Blick, als ich sagte, die Pisa-Ergebnisse zur Laborschule seien nur mittelmäßig. Ich betone das hier noch einmal deutlich. Wir dürfen nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Die Laborschule hat eine ausgesprochen auserlesene Klientel. Wer weiß, wo die Laborschule liegt, der weiß, welche Umgebung dort zu finden ist.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bielefeld.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Selbstverständlich in Bielefeld. – Man kann davon ausgehen, dass die dortigen sehr bildungsnahen Familien ein entsprechendes Potenzial in die Schule hineinbringen. Unter diesem Blickwinkel hat beispielsweise Pisa – das greife

ich jetzt auf – gezeigt, dass die Laborschule zwar keine schlechten, aber in den Bereichen Lesen und Naturwissenschaften nur durchschnittliche Ergebnisse und in der Mathematik sogar leicht unterdurchschnittliche Ergebnisse gebracht hat.

Deutlich positiv ist als Nebeneffekt die Persönlichkeitsentwicklung anzuführen. Im Vergleich zu anderen Schulen, die eine ähnliche Population aufweisen, erbringt die Laborschule unter dem Aufwand der 18 Lehrerstellen mehr aber durchschnittliche Ergebnisse.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Zu Ihrer zweiten und damit letzten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Hendricks das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Frau Ministerin, Sie haben eben deutlich ausgeführt, dass aus der Laborschule wissenschaftliche Erkenntnisse für das gesamte Schulsystem gewonnen worden sind. Mich interessiert, ob Sie diese wissenschaftlichen Erkenntnisse so hoch einschätzen, dass es wichtig ist, den Standort zu erhalten, um weitere Erkenntnisse für das Schulsystem zu gewinnen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich denke, die Standortfrage steht hier gar nicht zur Disposition. Es steht vielmehr die Ausstattung zur Disposition. Da muss man sehen, welche Dinge im wissenschaftlichen Bereich verfolgt werden, wie die Leistung erbracht wird und ob dieser Aufwand, der – dies betone ich noch einmal – sehr hoch ist, gerechtfertigt ist. Das ist die eigentliche Frage.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zur ihrer dritten und damit letzten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Ministerin, sind Ihnen die differenzierten Berichte des Pisa-Konsortiums Stanat, Watermann und anderen bekannt, die sehr wohl belegen, dass angesichts des Erwartungshorizonts – dies haben Sie angesprochen – und auch des soziokulturellen Hintergrunds der Schüler und Schülerinnen die Leistungen im oberen Bereich und an gewissen Punkten sogar deutlich darüber liegen? – Die Schule hat die Bereiche identifiziert, zum Beispiel Mädchenförderung, Jungenförderung in Bezug auf Mathematik, in denen nachzuarbeiten ist. Die Äußerungen, die Sie eben gemacht haben, spiegeln also nicht die Untersuchungsergebnisse wieder.

Ich möchte Sie außerdem noch fragen, ...

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nein, Sie haben nur eine Frage, Frau Abgeordnete.

Sigrid Beer (GRÜNE): ... ob Ihnen eigentlich die Längsschnittuntersuchungen bekannt sind, die über den Erfolg der Schülerinnen an gymnasialen Oberstufen Zeugnis geben.

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bei Herrn Witzel habe ich auch zwei Fragen zugelassen. Deswegen habe ich jetzt ausnahmsweise auch zwei Fragen zugelassen, zumal es sich um die letzte Zusatzfrage handelt. – Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Die Frage des Abgeordneten Witzel bezog sich auf die Leistung. Die habe ich dargestellt. Ich habe aber auch in der Antwort – ich wiederhole es gern noch einmal – deutlich gemacht, dass bei der Persönlichkeitsentwicklung die Laborschule deutlich gute Leistungen erbracht hat. Das ist das, was mir als Grundlage zur Verfügung steht.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, damit ist auch diese Frage beantwortet. Wir haben es tatsächlich geschafft, sämtliche Fragen in unserer Fragestunde abzuarbeiten.

Ich rufe auf:

5 Bundeseinheitliche Regelung des Strafvollzugs beibehalten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1112

Ich eröffne die Beratung und erteile als erster Rednerin für die antragstellende Fraktion Frau Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Föderalismusreform wird gegenwärtig ein wenig als Allheilmittel gefeiert. Entflechtung und Stärkung der Länder sind die Zauberworte in diesem Prozess. Dabei wird im föderalistischen Eifer oft vergessen, dass es im Bundesstaat Deutschland Prinzipien gibt, die eine Bundeszuständigkeit erfordern. Gleichwertige Lebensverhältnisse zu garantieren ist etwa nach

Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 des Grundgesetzes die Aufgabe der Fürsorgegesetzgebung. Ebenso ist das der Verfassungswille für den Strafvollzug.

Berlin will den Ländern nun erneut die Zuständigkeit für den Strafvollzug geben, und das vor dem Hintergrund einer Diskussion, in der sich die Experten darüber streiten, ob der offene oder der geschlossene Vollzug nach geltendem Recht der Regelfall ist.

Was viele renommierte Personen und Organisationen aus Praxis und Wissenschaft, Berufsverbände, Richter und Anwälte befürchten, so unterschiedlich ihre Anliegen und Bewertungen einzelner Regelungen des Strafvollzugs sind, ist der Abbau einheitlicher gesetzlicher Standards beim Strafvollzug in der Bundesrepublik Deutschland. In einem Appell an die Verhandlungsdelegation von CDU und SPD über den Koalitionsvertrag heißt es:

„Das nach jahrzehntelanger Diskussion 1976 mit den Stimmen aller Parteien vom Bundestag verabschiedete Strafvollzugsgesetz hat sich außerordentlich bewährt und dazu beigetragen, dass der deutsche Strafvollzug im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung einnimmt. Er gilt insbesondere den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa als rechtsstaatliches Vorbild. Zukünftig muss es in Europa darum gehen, gleiche Mindeststandards für den Strafvollzug in den Mitgliedstaaten des Europarates und der Europäischen Union zu erreichen und abzusichern.“

Wenn Sie, Frau Ministerin, in Ihren Eckpunkten zur Reform der Justiz- und Rechtspolitik ausdrücklich sagen, wir wollen die Stimme Nordrhein-Westfalens in Europa stärken, dann erscheint uns eine Zersplitterung der Landschaft in 16 Einzelgesetze doch eher wie ein Rückfall in die Kleinstaaterei und bringt uns wohl kaum dem Ziel näher, ein politisches Gewicht in Europa darzustellen. Denn aus unserer Sicht gibt es eben keine regionalen Besonderheiten des Justizvollzugs. Die Anforderungen an Sicherheit und Resozialisierung müssen denen des Grundgesetzes entsprechen, ob in Kiel oder in Nürnberg. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind auch für Gefangene zu sichern. Denn es darf doch wohl keine Rolle spielen, in welchem Bundesland jemand seine Strafe verbüßt.

Die Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz würde den Ländern allerdings die Möglichkeit geben, den Strafvollzug nach Kassenlage zu gestalten. Natürlich muss – das ist uns auch klar – der Strafvollzug kostenbewusst arbeiten. Ich gehe

aber auch davon aus, dass er das tut. Aber Haftvermeidung ist das Entscheidende, nicht etwa die Einschränkung der bundesgesetzlich verankerten Standards.

Das sieht im Übrigen auch der Deutsche Richterbund in seiner jüngsten Stellungnahme so – ich zitiere –:

„Eine Kompetenzverlagerung auf die 16 Bundesländer wäre fatal. Zu befürchten sei, dass in den Ländern künftig sachfremde, weil wahltaktisch und fiskalisch motivierte, Erwägungen den gesetzlichen Rahmen für den Strafvollzug bestimmten. Dies würde auch die Sicherheit der Bevölkerung und auch den verfassungsrechtlichen Resozialisierungsauftrag gefährden.“

Wir alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Strafvollzug ist kein Gewinnerthema in der Politik. Hier gibt es keine starke Lobby wie für viele andere Politikbereiche. Gerade deshalb ist es wichtig, dafür zu sorgen, dass die Entscheidungen über Standards im Strafvollzug oder über die Behandlung des Resozialisierungsgrundsatzes nicht nur vor dem Hintergrund wechselnder landespolitischer Orientierungen oder gar vor dem Hintergrund leerer Landeskassen stattfinden.

Mir ist bewusst, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es nach der Konferenz der Ministerpräsidenten schwierig geworden ist, jetzt noch Einfluss zu nehmen auf die Föderalismusreform und aus dem Gesamtpaket einzelne Teile herauszunehmen.

Aber es macht Mut, wenn man erfährt, dass zum Beispiel in Schleswig-Holstein die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen, FDP und auch SSW in einer gemeinsamen parlamentarischen Initiative für die Beibehaltung eines einheitlichen Strafvollzugs auf Bundesebene aus den eben genannten Gründen plädiert haben. Ich würde mich freuen, wenn es einen solchen gemeinsamen Aufschlag auch in Nordrhein-Westfalen geben könnte. Also fragen Sie einmal nach bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in Schleswig-Holstein, und geben Sie sich einen Ruck!

Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten ist die eine Aufgabe, aber Ziel jeglicher Vollzugsarbeit ist die Resozialisierung eines jeden Gefangenen. Meine Damen und Herren, wir wollen nicht, dass sie nach hinten rückt, nur weil sie teuer ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Giebels das Wort.

Harald Giebels (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die föderale Staatsordnung der Bundesrepublik Deutschland hat sich bewährt. In mehr als 50 Jahren Verfassungsgeschichte hat sich jedoch die Verfassungswirklichkeit von der ursprünglichen Idee des Föderalismus immer weiter entfernt. Die Landtage haben durch die weitgehende Zentralisierung der Gesetzgebungskompetenz auf Bundesebene an Gestaltungskraft verloren. Die Verflechtung der Kompetenzen schränkte die Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern zunehmend ein. Der gewollte Wettstreit der Bundesländer um Ideen, Ziele und Wege trat immer mehr hinter die Diskussion um die Herstellung sogenannter einheitlicher Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik zurück.

Mit der in der großen Koalition auf Bundesebene verabredeten Föderalismusreform wurde ein wichtiger Schritt getan, um den aufgezeigten Defiziten zu begegnen. Mit der Föderalismusreform werden zum ersten Mal in Jahrzehnten entstandene und immer schwerer zu durchschauende Verflechtungen zwischen Bund und Ländern aufgebrochen.

Zum ersten Mal werden in einem nennenswerten Umfang die Landtage in ihren Gesetzgebungskompetenzen deutlich gestärkt, indem sie in einer ganzen Reihe von Politikfeldern die Entscheidungskompetenz zurückerhalten. Damit wird der unterschiedlichen Gestaltungskraft der Länder Rechnung getragen. Nun ist wieder der Wettstreit der Bundesländer um Ideen, Ziele und Wege eröffnet.

Unser jetziger Ministerpräsident hat sich bereits in seiner Zeit als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung für mehr Subsidiarität, mehr Wettbewerb und mehr Gestaltungsfreiheit der Länder eingesetzt. Die Koalition der Erneuerung hält an dieser aktiven Rolle fest. Nun gilt es, die Gestaltungsräume, die sich den Ländern durch die Föderalismusreform eröffnen, zügig zu nutzen.

Durch diese Reform entstehen für unser Land Nordrhein-Westfalen neue oder veränderte Handlungsspielräume in den Bereichen, in denen die Gesetzgebungskompetenzen auf die Länder übergehen sollen. Das gilt zum Beispiel für das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht im öffentlichen Dienst, das Hochschulrecht, Wohnungswesen, Umweltgesetzgebung.

Zu den neuen Gestaltungs- und Verantwortungsbereichen der Bundesländer wird auch der Bereich des Strafvollzugs einschließlich des Vollzugs

der Untersuchungshaft gehören. Schon jetzt gibt es in der Gestaltung des Strafvollzugs teilweise erhebliche Unterschiede zwischen der Praxis in den einzelnen Bundesländern, je nachdem, wie die jeweiligen Landesregierungen Schwerpunkte setzen wollen.

Das jeweilige Landesparlament bleibt dann aber praktisch außen vor. Die Praxis im Strafvollzug unterliegt jedoch überall dem Prüfungsmaßstab des Grundgesetzes. Daran wird sich auch durch die Föderalismusreform und die Verlagerung der Zuständigkeit auf die Länder nichts ändern. Allerdings lässt die grundgesetzliche Vorgabe durchaus nicht unbedeutende Auslegungs- und Gestaltungsfreiräume für die ausführenden Verwaltungen zu.

Hervorzuheben ist, dass wir als Landesparlament von Nordrhein-Westfalen nun die Chance haben, die Option erhalten, auf parlamentarischer Ebene ein auf die Bedürfnisse des Landes und der Bürger in unserem Land passgenau zugeschnittenes Strafvollzugsgesetz zu schaffen. Wir sind bereit, diese Verantwortung zu tragen, und werden daher aus den vorgenannten Gründen später im Ausschuss den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Stotko von der SPD-Fraktion das Wort.

Thomas Stotko^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nunmehr liegt das erste Ergebnis auf dem Tisch, soweit es um die Föderalismuskommission geht, nämlich die Tatsache, dass ein Teil der Zuständigkeiten auf die Länder zurückverlagert werden soll. In diesem Fall handelt es sich um den Strafvollzug. Ich hatte bei der Rede von Herrn Giebels gerade Angst, dass wir gar nicht mehr auf das Thema kommen. Er hat so viel zum Thema Föderalismus, aber so wenig zum Vollzug gesprochen. Ich war etwas erstaunt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ich bekenne direkt zu Beginn: Die Rechtspolitiker der SPD-Landtagsfraktion haben durchaus Schwierigkeiten mit dem Ergebnis der Föderalismusreform und der Tatsache, dass man sicherlich aus einem großen geschnürten Paket nur schwer wieder Teile herauslösen kann. Aber die Föderalismusreform war – keine Frage – überfällig. Sie ist aber kein Allheilmittel, wie es gerade schon gesagt worden ist. Dennoch – ich will es so formulieren –:

Mit ihr droht auch nicht der Untergang des vollzugsrechtlichen Abendlandes. Davon gehe ich zumindest derzeit nicht aus.

Wir nehmen als SPD-Landtagsfraktion durchaus mit einer gewissen Besorgnis die kräftigen Stimmen entgegen, die von den Berufsverbänden, den Richterinnen und Richtern, den Anwältinnen und Anwälten, der Praxis, aber auch der Wissenschaft formuliert werden. Diese Bedenken kann man sicherlich nicht einfach zur Seite schieben, sondern wir werden uns diesen Bedenken in der öffentlichen Diskussion im Ausschuss widmen müssen. Das ist noch einmal eine gute Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie in Schleswig-Holstein mit diesem Thema umgegangen worden ist. Das war ein guter Tipp.

Neu ist das Thema nicht zu sagen, Strafvollzug ist Ländersache. § 139 des Strafvollzugsgesetzes gibt den Ländern die Verwaltungshoheit über die Justizvollzugsanstalten. Das ist im Endeffekt nichts Neues. Der Kollege Giebels hat schon zu Recht darauf hingewiesen, dass inzwischen durch einzelne Verwaltungsvorschriften und unterschiedliche Erlasse die Länder durchaus eigene Akzente gesetzt haben. Es gibt also durchaus breite Unterschiede unter den 16 Bundesländern bei der Gestaltung des Strafvollzugs.

Verlegt man den Strafvollzug in die Länderhoheit, könnte das Land sicherlich schneller und flexibler auf Veränderungen eingehen, die sich mit dem Strafvollzug beschäftigen. Ich denke dabei zum Beispiel an den Chancenvollzug oder an die Möglichkeit, dass Gefangene mitarbeiten dürfen müssen. Das ist sicherlich eine Chance, die sich einem Land eher öffnet, wenn es eigene Gesetzgebungskompetenz hat.

Mit Interesse nehmen wir gleich von Ihnen, Frau Ministerin, die Stellungnahme entgegen. Nach meinem Kenntnisstand unterstützen Sie gemeinsam mit Ihrer niedersächsischen Kollegin die derzeitige Diskussion um die Föderalismusreform. Ich kann mich aber erinnern, dass zu Ihrer Zeit als Richterin und Landesvorsitzende des Richterbundes Ihre Meinung anders war. Im Übrigen ist das auch die Meinung Ihres Kollegen Arenhövel, des Bundesvorsitzenden, und Ihres Nachfolgers, der nun auf Ihrem Stuhl sitzt. Ich meine den Kollegen Gnieser. Diese beiden Kollegen teilen Ihre Auffassung nicht. Die Bedenken dieser beiden Kollegen oder auch der oben genannten Kritiker veranlassen uns, dass wir für den Fall, dass tatsächlich die Zuständigkeit auf das Land Nordrhein-Westfalen übergeht, genau beobachten, dass sichergestellt wird, dass die Behandlungsorientierung des Strafvollzuges erhalten bleibt. Das ist für

uns ein wichtiges Merkmal. Dies gilt umso mehr, als den Kolleginnen und Kollegen unter uns bekannt ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Chance zur Wiedereingliederung als Verfassungsgebot formuliert hat. Es kann nicht nur darum gehen, Menschen einfach so preiswert wie möglich wegzusperren und darauf zu warten, dass ihre Haftzeit abläuft. Es ist und war auch immer Wille der SPD-Landtagsfraktion, gleichwertige Lebensverhältnisse der Gefangenen herzustellen.

Eine gute Chance dafür sehen wir im übrigen auch darin, dass wir in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den anderen Bundesländern in der Bundesrepublik dafür Sorge tragen, dass in Europa gleiche Mindeststandards gelten – sowohl dort, wo sie bereits gegeben sind, als auch dort zu erreichen, wo wir meinen, dass sie noch nicht vorhanden sind; denn diese europäische Harmonisierung könnte dafür sorgen, dass die Bedenken, die bezüglich einer Absenkung der Standards formuliert werden, sich als haltlos erweisen.

Wir stimmen heute einer Überweisung des Antrages an den Rechtsausschuss zu und freuen uns dort auf die sachliche Diskussion. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat Kollege Dr. Orth für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es macht immer wieder eine wahre Freude, über Dinge zu reden, die im Kern das Plenum eigentlich gar nicht beschäftigten sollten; denn wenn ich zu Beginn des Antrags vom Koalitionsvertrag von SPD und CDU auf Bundesebene lese, so kann ich nur sagen: Diesem Koalitionsvertrag fühle ich mich als Liberaler nicht verpflichtet. Ich glaube auch, dass das hohe Haus diesem Verträge nicht verpflichtet ist. Von daher frage ich mich allen Ernstes, was Sie mit diesem Antrag eigentlich bezwecken.

Wir haben doch alle als gut gebildete „Tageschau“-Seher mitbekommen, dass die Föderalismusreform in groben Zügen auf den Weg gebracht ist. Es ist doch ein Irrglaube, dass man vonseiten der Justizpolitik in Nordrhein-Westfalen – wohl gemerkt nur begrenzt auf die Justizpolitik in Nordrhein-Westfalen – ein solches Mammutprojekt wieder aufschnüren könnte. Von daher sollten wir uns – auch den Realitäten ins Auge sehend – doch damit beschäftigen, wie wir in Zukunft den Vollzug in Nordrhein-Westfalen gestalten wollen.

Wenn Sie davon sprechen, dass Ihr Ziel Haftvermeidung ist, kann ich nur sagen: Für Liberale ist Haftvermeidung an sich kein Selbstzweck. Haftvermeidung gibt es auch nicht um jeden Preis. Das heißt: Ich lasse niemanden frei, wenn er hinterher ein Risiko ist. Das möchte ich hier einmal festhalten; denn das ist eine Chimäre, die häufig vor einem hergetragen wird.

Auch ist die Einheitlichkeit des Vollzugs heute keine Realität. Wer sich einmal in Bayern ein Gefängnis angeschaut hat und fragt, wie dort offener Vollzug praktiziert wird, und wer nach Bielefeld-Brackwede oder nach Senne gefahren ist, der weiß, dass es auch heute schon bei der gleichen Gesetzgebung Unterschiede gibt.

Wenn wir zudem berücksichtigen, dass auch heute schon jedes Land ein eigenes Landespolizeigesetz hat und Bundesrecht Strafrecht sozusagen exekutiert und Leute in Haft genommen werden, weil sie mutmaßlich eine Straftat begangen haben, die bundeseinheitlich geregelt ist, dann, glaube ich, können wir auch nach der Verurteilung mit Landesgesetzen operieren.

Ich will nicht verhehlen, ich persönlich hätte es mir gewünscht, wenn wir die Länderzuständigkeit nicht bekommen und wenn wir das bundeseinheitlich geregelt hätten. Aber in einem derart großen Paket ein Krümelchen herauszubereichen ist jenseits aller Realität.

Was mich allerdings an Ihrem Antrag unter „Demokratie-Aspekten“ jedoch persönlich erstaunt hat, ist, dass Sie in der Begründung schreiben: Wir erwarten, dass der Bundestag Gelegenheit hat, die Konsequenzen aus der Reform des Föderalismus eingehend zu diskutieren. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist wohl nicht an uns als Parlamentarier Nordrhein-Westfalens, dem Bundestag, den Kolleginnen und Kollegen dort, Empfehlungen an die Hand zu geben, was sie denn bitte zu diskutieren hätten. Ich glaube, das können die selber entscheiden, und das werden die auch selber entscheiden. Sie werden sich dann ihre eigenen Gedanken dazu machen. Ich würde es mir auch verbitten, wenn ich erführe, dass andere Länder oder der Bund uns qua Parlamentsbeschluss bitten, in unserem Bundesland eine bestimmte Sachlage zu diskutieren. Ich glaube, das ist kein guter, demokratischer Stil. Im Übrigen sehe ich den Beratungen im Ausschuss entgegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Als nächste Rednerin spricht für die

Landesregierung Frau Ministerin Müller-Piepenkötter.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich kann mich zu diesem Tagesordnungspunkt kurz fassen. Die Überlegungen der Föderalismuskommission zielen darauf ab, durch eine Änderung des Grundgesetzes klare Zuständigkeiten und eine klare Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zu schaffen und die Stellung der Länderparlamente zu stärken. Dazu gehört auch die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist mir bekannt, dass zahlreiche Stimmen in Praxis, Wissenschaft, Kirchen, Gewerkschaften und sonstigen Verbänden, sich gegen eine Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug vom Bund auf die Länder ausgesprochen haben. Die hierbei angeführten Argumente finden sich zum Teil auch in dem uns vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die Landesregierung nimmt die geltend gemachten Bedenken durchaus ernst. Sie muss jedoch auch anderen, und zwar nicht nur politischen, sondern auch sachlich begründeten Erwägungen Rechnung tragen. Dem Wunsch nach einer Beibehaltung des bisherigen Zustandes ist insbesondere entgegenzuhalten, dass die zunehmend kostenintensive Finanzierung und insbesondere die tatsächliche Ausgestaltung des Strafvollzuges Ländersache ist.

Von daher besteht auch ein Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen an einer eigenständigen Regelungskompetenz für die Ausgestaltung des Strafvollzuges.

Diesem Interesse werden weder die bloßen Mitwirkungsrechte noch die Möglichkeiten von Gesetzgebungsinitiativen im Bundesrat hinreichend gerecht. Das gilt umso mehr, als nahezu ein Viertel der Gefangenenspopulation der Bundesrepublik Deutschland in Nordrhein-Westfalen inhaftiert ist.

Schon aus der weitestgehend unterschiedlichen Anzahl der Gefangenen in den einzelnen Ländern ergeben sich zum Teil auch unterschiedliche Anforderungen an die Rahmenbedingungen, die Ausgestaltung und gegebenenfalls auch die Schwerpunktsetzung im Bereich des Strafvollzuges.

So kann die Vollzugslandschaft in dem mehrfach erwähnten Land Schleswig-Holstein mit einer aus unserer Sicht äußerst geringen Gefangenenspopulation nicht mit den Verhältnissen in Nordrhein-

Westfalen verglichen werden. Schon deshalb kann auch der Umstand, dass der Landtag Schleswig-Holsteins sich gegen eine Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz ausgesprochen hat, für uns kein Maßstab sein.

Aus Sicht der Landesregierung kommt hinzu, dass es sich bei der Föderalismusreform um ein mit Blick auf die künftigen Anforderungen an die Handlungsfähigkeit ganz Deutschlands eminent wichtiges, in ein Gesamtpaket eingebettetes Vorhaben handelt. Der Erfolg dieses Vorhabens wäre gefährdet, wenn nunmehr einzelne Teile aus dem Gesamtpaket herausgebrochen würden. Die Landesregierung hat ein vitales Interesse daran, dass die Föderalismusreform Erfolg hat.

Dazu gehört die Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug vom Bund auf die Länder.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf die im Antrag zum Ausdruck gekommene Befürchtung eingehen, die Angelegenheit könne vom Deutschen Bundestag in einem der Sache nicht gerecht werdenden Eiltempo behandelt werden. Ich denke, dass diese Befürchtung unbegründet ist.

Verfassungsänderungen sind für alle hieran Beteiligten kein Alltagsgeschäft. Ich habe keinen Zweifel, dass die hier in Rede stehende Änderung des Grundgesetzes bereits im Vorfeld einer endgültigen Entscheidung des Deutschen Bundestages von den fachlich betroffenen Gremien unter Berücksichtigung und Abwägung aller das Für und Wider betreffenden Aspekte eingehend beraten werden wird.

In diesem Rahmen würde gegebenenfalls auch über die in dem Antrag thematisierte Frage eines etwaigen Erfordernisses von Expertenanhörungen zu befinden sein. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir am Schluss der Beratungen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ältestenrates. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1112** an den **Rechtsausschuss**. Dort soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, bitte ich mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen! –

Enthaltungen? – Bei Zustimmung aller Fraktionen somit angenommen.

Wir kommen damit zu:

6 Kirchengebäude erhalten statt abreißen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1108

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird den einen oder anderen überraschen, dass dieser Antrag ausgerechnet von uns kommt. Meine Fraktionsvorsitzende hat mir gerade noch ein Jetzt-bin-ich-aber-Gespannt nachgeworfen.

Es handelt sich um ein sehr wichtiges Thema, das wir heute beraten, die Nutzung und Erhaltung von Kirchengebäuden.

„Die Aktualität und Brisanz dieser Fragen liegen auf der Hand. Denken wir nur an die demographische Entwicklung in unserem Land, an die Abwanderung vieler Menschen aus früheren Wohngebieten und an den Mitgliederschwund in den Kirchen; denken wir an die Probleme des rückläufigen Gottesdienstbesuches, des Priestermangels und – damit verbunden – der Fusion von Kirchengemeinden und der Bildung von sogenannten Seelsorgeeinheiten. Denken wir an den Säkularisierungsdruck in der Gesellschaft mit seinen Auswirkungen auf alle Bereiche des Lebens – auch des kirchlichen Lebens. Und denken wir vor allem an die enormen finanziellen Lasten, die mit einer angemessenen Bewahrung des Bestandes an Kirchengebäuden verbunden sind.“

Das war ein Plagiat oder – sagen wir es freundlicher – ein Zitat aus den Arbeitshilfen 175 „Umnutzung von Kirchen – Beurteilungskriterien und Entscheidungshilfen“ der deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahre 2003. Es zeigt, dass unser Thema in der Diskussion ist und Handlungsbedarf erfordert.

Dabei ist uns allen klar – ich sage das sehr deutlich –: Die beste Nutzung einer Kirche ist natürlich die Nutzung als Gotteshaus. Aber es ist Realität, dass in vielen Fällen – im Antrag sind Beispiele aufgelistet, ob es nun die Diözese Essen, die Diözese Köln oder die Evangelischen Landeskirchen

sind – Kirchen nicht mehr gehalten werden können.

Das ist dann nicht mehr nur allein ein Problem für die jeweiligen Kirchengemeinden, für die Landeskirchen oder für die Bistümer, sondern das ist ebenfalls ein Problem der Städte und Gemeinden und damit unseres Landes.

Eine Kirche, die verfällt oder abgerissen wird, die vielleicht Identifikationspunkt für einen ganzen Stadtteil war, reißt ein Loch in diesen Stadtteil und kann dazu beitragen, dass er sich destabilisiert. Deswegen müssen wir ein Interesse daran haben, dass diese Kirchen sinnvoll und würdevoll genutzt werden, denn in der Regel stehen die Kirchen mitten in der Stadt.

Es gibt sehr viele und sinnvolle Beispiele. Ich erinnere mich daran, dass ich schon Ende der 90er-Jahre in Mönchengladbach eine evangelische Kirche eingeweiht habe, die in ein Wohnhaus des sozialen Wohnungsbaus umgenutzt worden ist, sehr behutsam, von außen kaum sichtbar und mit einer sehr hohen Wohnqualität ohne Schnickschnack und Schnörkel.

In Bielefeld haben wir vor wenigen Wochen – der Name Bielefeld fällt häufiger, weil wir da der Entwicklung häufig weit voraus sind –,

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Günter Garbrecht war auch dabei, eine ehemalige evangelische Kirche, die Martinikirche, als ein Restaurant unter dem beziehungsreichen Titel „Glück und Seligkeit“ eingeweiht, und zwar ohne öffentliche Förderung. Das war eine private Initiative, die auch privat finanziert worden ist. Seitdem gelingt es mir nicht, in dieser Kirche einen Tisch zu bekommen.

(Günter Garbrecht [SPD]: Drei Monate!)

Man muss einige Monate im Voraus buchen. Das war, als sie noch als Kirche in Funktion war – das wurde mir erzählt; ich bin ja katholisch –, offensichtlich nicht der Fall.

In Münster wurde gerade das neue Verlagshaus der Bistumszeitung in der ehemaligen Bonifatiuskirche eingeweiht. In St. Martin an der Bilker Allee, nicht weit von hier, ist die Kirche gewissermaßen halbiert worden und wird nur noch halb als Gotteshaus genutzt. In der anderen Hälfte sind die Pfarreinrichtungen konzentriert worden.

Außerdem habe ich gehört, dass der Physiotherapeut von Michael Schumacher in einem Kloster sogar einen Wellness-Tempel aufgemacht hat.

All dies sind mögliche Nutzungen, die dazu führen, dass das Kirchengebäude erhalten werden kann, nicht verfällt und nicht abgerissen werden muss.

In unserem Nachbarland Holland macht das alles keine Probleme, bei uns bereitet es gelegentlich noch Probleme. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns mit diesem Thema befassen. Ich bitte Sie, den Antrag zu überweisen und freue mich auf gemeinsame Beratungen im Hauptausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. – Für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Prof. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem hier zur Rede stehenden Antrag haben Sie ein Thema aufgegriffen, das viele Menschen im Land bewegt. Man braucht nur die Presse durchzusehen; es ist offensichtlich ein Thema, das auch die Medien anspricht.

Der drohende Abriss eines Gotteshauses scheint Fragen aufzuwerfen wie: Wer sind wir? In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Welche Orte gibt es in einer Stadt außerhalb von Konsum und Entertainment als öffentliche Orte?

Kirchengebäude zeugen aber auch vom Glaubensleben einer Gemeinschaft. Sie sind Gebäude, die oft die Eigenart eines Stadtteils, eines Dorfes prägen. Sie sind übrigens damit Mittelpunkt eines umfassenden sozialen kulturellen Lebens.

Auch wenn das Thema spektakulär zu sein scheint: Man sollte doch die Dimension im Blick behalten. Die katholische Kirche hat für Deutschland eine Untersuchung angestellt. Danach stehen 1,4 % ihrer Kirchengebäude in den nächsten Jahren zur Disposition. In der evangelischen Kirche sind Untersuchungen noch in Arbeit, wie viele von den etwa 20.000 Kirchengebäuden aufgegeben werden müssen.

Es ist auch kein neues Thema, über das wir reden. Erinnern Sie sich: Nach 1803 wurden nach der Säkularisierung jede Menge Kirchen aufgegeben. Sie wurden umgebaut. Wenn man aufmerksam durch die Städte geht, sieht man häufig umgebaute Kirchen. Das, was wir heute vor allen Dingen als Problem haben, sind die Kirchen der Nachkriegszeit. In der Nachkriegszeit wurden so viele Kirchen gebaut wie nie zuvor in einer anderen Epoche in Deutschland.

Es gab damals pastorale Konzepte, die auf 3.000 Kirchenmitglieder eine Kirche in fußläufiger Nähe vorsahen. Das war in jeder Hinsicht gewollt. Die neuen Wohnsiedlungen, die damals entstanden, wurden um die Kirche als Mittelpunkt herum gebaut. Das ist das, was im Moment zum Problem wird. Bei uns geht es ganz selten um alte historische Denkmäler wie in den neuen Ländern.

Wenn sich in Nordrhein-Westfalen die Kirchen vor der Situation sehen, einige ihrer Kirchengebäude aufzugeben, dann ist es vor allem eine Frage veränderter pastoraler Konzepte. Das lässt sich vor allen Dingen am Beispiel des Bistums Essen verdeutlichen. In Essen werden in den nächsten Jahren 96 Kirchen ein neues Zukunftskonzept benötigen. Von diesen Kirchen sind nur sieben aus der Zeit vor 1918. Aus den frühen 50er-Jahren sind es 18 und 56, mehr als die Hälfte, aus der Zeit nach der Bistumsgründung 1958, als man trotz eines kontinuierlichen Gläubigenrückgangs von 1,5 Millionen auf jetzt 950.000 120 neue Kirchen gebaut hat. Das sind die Fragen, für die Lösungen gesucht werden müssen.

Aber, meine Damen und Herren, das Thema ist vor allen Dingen ein Thema der Eigentümer, das heißt, der Kirchen. Sie befassen sich damit seit langem. Herr Vesper, Sie haben schon auf die Leitlinien hingewiesen. Ich durfte an diesen Leitlinien mitarbeiten, kenne sie daher sehr gut.

In solchen Leitlinien, die auch zurzeit in der evangelischen Kirche erarbeitet werden, finden sich Regeln, wie man mit solchen Kirchengebäuden umgehen kann. Es gibt nämlich Prioritäten. Es gibt Prioritäten, nach denen die christliche Nutzung besser ist als die öffentliche, die öffentliche Nutzung besser als die private ist, und dann geht es abgestuft herunter. Auf jeden Fall will man den Kitzel des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Welten nicht. Etwa kirchliche Einrichtungen stehen lassen und dann auf der Kanzel ein DJ; das ist nicht das, was wir in Deutschland wollen, übrigens auch nicht das, was in Holland normalerweise praktiziert wird. Es gibt sehr gute holländische Beispiele.

Meine Damen und Herren, Herr Vesper verwies schon auf die Profanierung in Münster. Soeben wurde ein kirchlicher Verlag in einer Kirche untergebracht. Es gibt Planungen für Urnenfriedhöfe in Kirchen. Es gibt Planungen für Jugendzentren in Kirchen. Sehr vieles gibt es da.

Daher ist auch die Öffentlichkeit angesprochen. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass, wenn eine Kirche aufgegeben wird, sich häufig gerade diejenigen angesprochen fühlen, die keinen Be-

zug und keinen Kontakt mehr zur Kirche haben. Offensichtlich wird da Identität angesprochen. Offensichtlich ist auch die Identität der Gesellschaft angefragt, zudem die Erkenntnis, dass es sich um Stadtteilzentren handelt, die durch kommunale Einrichtungen nicht vollständig ersetzt werden können.

Wie wichtig das Thema auch für bürgerschaftliches Engagement ist, zeigen Fördervereine, die heute schon aufgegebenen Kirchen erhalten. Das gibt es auch schon. Das Thema ist vor allem in lokalen Verhandlungen mit den Kommunen zu behandeln. Deshalb nennen die Leitlinien auch Kontaktaufnahme mit den Kommunen. Vielleicht findet sich sinnvoller Erhalt in gemeinsamer Überlegung. In Borken passiert das zurzeit etwa mit einer großen Kirche, die zu einem Jugendzentrum ausgebaut wird, übrigens auch unter Beantragung von Städtebaufördermitteln des Landes.

Ich komme noch einmal auf Essen zu sprechen. Unter den in Rede stehenden Kirchen sind in Essen zwei besonders wichtige Bauten des Baumeisters Rudolf Schwarz, in Bottrop übrigens mit den wunderbaren Fenstern von Georg Meistermann und in Essen. Es lässt sich die Frage stellen, ob man nicht hier wie auch in anderen Fällen in enger Kooperation mit den Kirchen, die natürlich Herrinnen des Verfahrens bleiben, den Erhalt über eine treuhänderische Stiftung sichern könnte. Vielleicht könnte die 1995 gegründete Stiftung zur Industriedenkmalpflege ein Vorbild sein. Das sind aber alles Gedanken, über die man diskutieren sollte.

Ich denke, was an den Kirchen und wie Kirchen verändert werden können, bleibt Sache der Kirchen. Das sei als kritischer Satz zum letzten Passus des Antrages gesagt. Das Thema eignet sich aber nicht für parteipolitische Kontroversen. Ich freue mich auf eine Debatte in den Ausschüssen. Ich würde mich freuen, wenn das auch im Ausschuss für Bauen und Verkehr und im Kulturausschuss diskutiert würde. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Sternberg. – Als nächster Redner hat Kollege Kuschke für die Fraktion der SPD das Wort.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mit hohem Interesse den Ausführungen des kirchenpolitischen Sprechers von Bündnis 90/Die Grünen gelauscht. Ich möchte auf einige Punkte gleich noch einge-

hen, habe aber eine herzliche Bitte und Empfehlung, was den Antragstext anbelangt.

Auf der ersten Seite letzter Abschnitt bin ich über das Wort Konversionsmodelle gestolpert. Ich bin da konservativ und neige dazu, den Begriff Konversion eher Sachverhalten zuzuordnen, die etwas mit der Umwandlung von militärischen in zivile Einrichtungen zu tun haben.

Nun zu den aufgezählten Punkten. Ich möchte fünf Punkte nennen.

Punkt 1: Ich meine das gar nicht im Sinne von Abwehrhaltung, oder lasst das andere machen! Aber der Gegenstand, über den wir sprechen, mit dem sich der Antrag auch befasst, ist zunächst einmal auch eine Angelegenheit der Kirchen selbst. Die Aufzählung, die Kollege Dr. Vesper gemacht hat, und die zwar nicht abschließend, aber sehr beeindruckend war, zeigt, dass man sich bereits kümmert, dass es Initiativen und vernünftige Umnutzungsmöglichkeiten gibt.

Zweite Anmerkung, auch nicht missverständlich im Sinne von Abwehr: Bei sakralen Gebäuden haben wir es natürlich mit Gebäuden von besonderen Rechtssystematiken zu tun, um das vorsichtig anzudeuten – Stichwort Konkordat und vieles andere mehr. Das gilt es zu berücksichtigen.

Dritte Anmerkung: Ich stimme den Vorrednern zu. Niemand stellt infrage, dass wir vor Ort Situationen haben, bei denen Städtebildprägung, Einbindung in den Stadtteil, besondere kulturhistorische Dinge oder architektonische Besonderheiten – es ist alles aufgezählt worden – vorliegen. Daher wird die Frage, was dort passiert, natürlich nie alleine von der Kirchengemeinde, vom Bistum oder von welcher Organisationsebene auch immer entschieden werden. Vielmehr wird sie vor allen Dingen im sehr engen Zusammenwirken mit den kommunalen Akteuren diskutiert und entschieden werden.

Vierte Anmerkung: Aus all diesen Gründen würde ich es außerordentlich begrüßen, Herr Minister Wittke, wenn die Landesregierung in geeigneter Form darüber nachdächte, was es dort an Hilfestellung gibt. Wir hatten in anderen Bereichen durchaus interessante Beispiele für Leitfäden, für Hinweise von entsprechenden Expertengremien.

Meines Erachtens setzt das aber voraus, dass man mit den Betroffenen, mit den Organisationen, in diesem Falle also mit den Kirchen, auch darüber spricht, was denn ihre Vorstellungen sind, und vor allen Dingen darüber – ich sage das einmal deutlich –, welche Hilfestellung sie denn möchten. Vielleicht bieten wir im Rahmen der Diskussion

an einem Punkt ja Hilfestellung an, die in dieser Form gar nicht erwünscht ist, weil sie auf der anderen Seite die Kirchen in einen Zugzwang hineinbringt, der vonseiten der Kirchen gar nicht gewünscht wird.

Lieber Herr Kollege Prof. Sternberg, dazu wird auch die Frage gehören: Gehen wir über eine Stiftung vor? Ist das als eine zentrale Stiftung gedacht? Oder kann man sich nicht auch vorstellen, dass bürgerschaftliches Engagement vor Ort dezentral seinen Weg finden kann – möglicherweise natürlich auch über Instrumente, wie Sie sie am Beispiel einer Stiftung angedacht haben?

Fünfte und letzte Anmerkung: Wir können uns gut vorstellen – wir wären froh darüber, wenn die antragstellende Fraktion und alle anderen Fraktionen das mit aufgreifen könnten –, dass wir diesen Tagesordnungspunkt im Hauptausschuss etwas verstärkt diskutieren – nicht in Form einer großen Anhörung, sondern möglicherweise im Rahmen eines Tagesordnungspunktes, bei dem wir ganz gezielt einige wenige Expertinnen und Experten mit einbeziehen, um über dieses Thema zu sprechen.

Ich glaube also Folgendes: Über den Antrag und die Diskussion wird deutlich, dass dieses Problem vorhanden ist. Wir wollen es auch nicht wegdrücken. Ich denke aber, dass wir mit Maß und Augenmaß herangehen müssen. Vor allen Dingen müssen wir zunächst einmal auch diejenigen dazu hören, die es in erster Linie angeht, und dann mit denjenigen sprechen, die vor Ort ein hohes Interesse daran haben, dass die Gebäude entweder einer vernünftigen Nutzung zugeführt werden oder möglicherweise auch andere Varianten infrage kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kuschke. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Rasche für die Fraktion der FDP.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der uns vorliegende Antrag befasst sich mit der Zukunft von Kirchengebäuden, die demnächst nicht mehr im üblichen Sinne genutzt werden sollen – ein Problem, das aktuell diskutiert wird, aber auch ein Problem, das sicherlich nicht ganz neu ist.

Die Analyse, aus welchen Gründen die katholische Kirche und die evangelische Kirche in Nordrhein-Westfalen gezwungen sind, Kirchengebäude aufzugeben, ist vielschichtiger, als dies im Antrag dargelegt wird. Finanzielle Gründe spielen

gewiss eine zentrale Rolle bei der Kirchengaufgabe; das geben wir gerne zu.

Meine Damen und Herren, die Kirchengebäude in Nordrhein-Westfalen stammen aus verschiedenen Epochen unserer Geschichte. Sie sind Kunstwerke und Zeugen der historischen Architektur. Deshalb sind sie für uns Bürger heute und auch in Zukunft sehr wertvoll – und sicherlich nicht nur deshalb; denn Kirchen sind Begegnungsstätten der christlichen Bürgerinnen und Bürger.

Der vorliegende Antrag bringt klar zur Geltung, dass das Leben vieler Christen natürlich eng mit ihrer Kirche verbunden ist. Kirchen mit ihren Begegnungsstätten sind gerade in ländlichen Räumen oft eine der wenigen kommunikativen Einrichtungen der Gemeindebewohner. Das Ladensterben und Dorfkneipensterben ist bereits vor Jahren erfolgt. Daher ist die Kirche einer der wenigen verbleibenden Treffpunkte der dörflichen Gemeinschaft. Manchmal ist sie sogar der einzige Treffpunkt.

Meine Damen und Herren, die Aufgabe von Kirchengebäuden ist eine Entscheidung der evangelischen beziehungsweise der katholischen Kirche. Allerdings hat dies Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben unserer Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Deshalb müssen sich zunächst die Städte und Gemeinden vor Ort mit den Folgen der Aufgabe von Kirchengebäuden auseinander setzen.

Ein Abriss oder ein Verfall aufgegebenen Kirchen sollte nach Möglichkeit verhindert werden. Eine würdevoll- und sinnvolle Folgenutzung wäre sehr erstrebens- und begrüßenswert. Die Folgenutzung und deren Akzeptanz in der Bevölkerung ist eine spannende Frage, die vor Ort geklärt wird und sicherlich zu vielen Diskussionen führt.

Meine Damen und Herren, wir sollten in den Ausschüssen darüber beraten, ob und wie der Landtag beziehungsweise die Landesregierung diesen Entwicklungsprozess im Bereich von Kirchengebäuden begleiten soll. Das betrifft im Rahmen der Diskussion dann auch eine eventuelle Denkmalförderung der aufgegebenen Kirchengebäude oder auch eventuelle Lösungen über Stiftungen. Ich bin gespannt auf die Beratung im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Rasche. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Wittke das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die mögliche Erhaltung von Kirchenbauten, die wie keine zweite historische Baugattung unsere Städte und Dörfer prägen, als Stätten abendländischer Kultur charakterisieren und im Übrigen unabhängig von der Konfession soziale und kulturelle Identität bieten, ist in der Tat eine außerordentliche Herausforderung.

Ich finde nur, dass wir einen Weg gemeinsam mit den Eigentümern, gemeinsam mit den Kirchen gehen sollten. Bevor wir eine Diskussion auf politischer Ebene beginnen, sollten wir zuerst einmal das Gespräch mit den Kirchen, mit den Eigentümern suchen.

Darum vermisste ich bei aller guten Absicht dieses Antrags von Bündnis 90/Die Grünen darin eine Initiative in Richtung Kirche, ein Zugehen auf diejenigen, die Eigentum an diesen Gebäuden haben; denn das muss an allererster Stelle stehen. Vielleicht ist es der grundsätzlich unterschiedliche politische Ansatz zwischen bündnisgrüner Politik und der Politik der Landesregierung, dass wir gemeinsame Lösungen erarbeiten wollen – und vor allem nicht diejenigen aus der Verantwortung lassen wollen, die Verantwortung mit übernehmen und tragen müssen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Vesper?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Bitte gern.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Minister Wittke, wären Sie eventuell bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich den Antrag selbstverständlich auch mit beiden christlichen Kirchen besprochen habe und selbstverständlich der Meinung bin, dass man das mit den Kirchen gemeinsam machen muss? Dennoch ist es ein Problem, das sich auch städtebaupolitisch stellt. Würden Sie das vielleicht zur Kenntnis nehmen?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Das nehme ich gerne zur Kenntnis. Es wäre schön, wenn diese Erkenntnis auch Eingang in Ihren Antrag gefunden hätte. Darin ist nichts davon zu lesen, dass in Gemeinsamkeit mit den Kirchen Lösungen erarbeitet werden müssen.

Eines will ich noch einmal sagen: Ich glaube, dass die Zeiten, in denen Politik für alles zuständig ist und sich für alles zuständig erklärt, vorbei sind. Wir müssen gemeinsam Lösungen finden. Des-

halb ist es schon ein wenig erstaunlich, dass Sie allein auf die politische Verantwortung des Landes abstellen und nicht von Anfang an die Kirchen in diesen Prozess mit einbeziehen wollen.

Wir gehen da einen anderen Weg. Deshalb habe ich die fünf katholischen Bistümer unseres Landes, die drei evangelischen Landeskirchen und die Vertretungen der beiden großen Konfessionen beim Land zu einem Gespräch am 24. Februar in mein Haus eingeladen, um mit ihnen gemeinsam die zentralen Fragestellungen zu identifizieren. Dabei wird von entscheidender Bedeutung sein, erstens die Wartung und Pflege der aus denkmalpflegerischen und anderen Gründen erhaltenswerten Kirchenbauten finanziell tragfähig zu gestalten, zweitens mögliche Trägerkonzepte für liturgisch nicht mehr genutzte Kirchen zu entwickeln und drittens die adäquate Umnutzung von funktionslos gewordenen Kirchengebäuden beispielsweise durch pragmatische Lösungen planungsrechtlicher Belange zu organisieren und zu begleiten.

Ein grundsätzliches Ausschließen von Abriss von Kirchengebäuden sollten wir, wie ich finde, nicht so schnell im Munde führen. Denn es kann durchaus im gesellschaftlichen und im stadtentwicklungspolitischen Interesse sein, dass Kirchengebäude an der ein oder anderer Stelle niedergelegt werden, wenn dadurch beispielsweise in Stadtzentren oder auch anderswo betreutes Altenwohnen oder andere soziale Einrichtungen entstehen können.

Ich will und muss aber unterstreichen, dass heute nicht mehr all das, was von der Sache her wünschbar ist, finanziell tatsächlich geschultert werden kann – weder vom Land Nordrhein-Westfalen noch von den Kommunen.

Im Übrigen darf ich auch darauf verweisen, dass das Thema, mit dem wir uns aktuell beschäftigen, zwar nicht ganz so alt ist wie die Kirchen selbst, aber seit Jahrhunderten zum Erfahrungsschatz von Gemeinden gehört. Mit Reformation, 30-jährigem Krieg, Säkularisation sind Phasen benannt, in denen Kirchen und Klostergebäude verstärkt zur Disposition standen. Sie blieben ungenutzt, wurden sogar als Heulager und Stallungen oder als Truppenunterkünfte und Waffenmagazine missbraucht. Auch Wohnungen und industrielle Werkstätten wurden in ihnen eingerichtet. In Nordrhein-Westfalen gibt es viele bezeichnende Beispiele dafür.

Selbst der Abriss von Kirchengebäuden scheint früher weniger problematisch gewesen zu sein. Viele Kirchen aus der Gründerzeit, um deren Zu-

kunft wir uns heute sorgen, haben mittelalterliche oder barocke Vorbauten ersetzt, weil diese im 19. Jahrhundert an der angestammten Stelle im Weg standen oder oftmals den Ansprüchen der Gemeinden im Hinblick auf Größe und Repräsentationsbedürfnisse nicht mehr entsprachen. Deshalb wurden sie an derer Stelle neu gebaut. Auch aktuelle Beispiele in Nachbarländern legen nahe, sich dem Thema realitätsbewusst zu nähern und die Handlungsmöglichkeiten richtig einzuschätzen.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen das Problem aufnimmt und sich in den Konsolidierungsprozess, vor dem die Bistümer und Landeskirchen stehen, einbringen und ihn begleiten will. Unaufgeregt, mit Augenmaß und mit Blick auf die städtebauliche Situation, das finanziell Machbare und das kulturell Unabdingbare werden wir dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft mit dem Verlust von Kirchengebäuden nicht ihre Mitte verliert und ihre kulturelle Identität bewahrt.

Aber wir wollen diesen Prozess von Anfang an gemeinsam mit den Kirchen gestalten, nicht über ihre Köpfe hinweg, sondern gemeinsam im Konsens. Dazu brauchen wir die Kirchen, und – das sage ich genauso deutlich – wir werden die Kirchen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Nach einer gerade getroffenen Absprache der Fraktionen wird die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1108** an den **Hauptausschuss** – federführend –, den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** und den **Kulturausschuss** zur Mitberatung empfohlen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Ich rufe auf:

7 Jugendkriminalität mit wirksamen Maßnahmen begegnen – Möglichkeiten der integrativen Unterbringung von kriminell auffälligen Jugendlichen in geschlossenen Gruppen der Jugendhilfe anstelle von Untersuchungshaft verlässlich ausbauen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1117

Eine Debatte ist für heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Ich komme also unmittelbar zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrats. Er empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/1117** an den **Rechtsausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**. Sind Sie mit dieser Überweisungsempfehlung und der Verfahrensweise einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich rufe auf:

8 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 14/835

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/1122

zweite Lesung

Eine Debatte ist nach Abstimmung der Fraktionen nicht vorgesehen.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Hauptausschusses **Drucksache 14/1122**, dem Staatsvertrag in der berichtigten Fassung zuzustimmen. Wer diese Zustimmung erteilen oder der Empfehlung des Hauptausschusses folgen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** und dem Antrag der

Landesregierung auf Zustimmung zu dem Staatsvertrag stattgegeben.

Ich rufe auf:

9 Nachwahl einer Schriftführerin beziehungsweise eines Schriftführers des Landtags Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1156

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag Drucksache 14/1156**. Wer dem zustimmen möchte, bitte ich aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig **angenommen** und Herr Tenhumberg zum Schriftführer gewählt. – Herzlichen Glückwunsch.

Ich rufe auf:

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/851

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 14/1066

zweite Lesung

Auch hierzu ist heute Abend keine Beratung vorgesehen.

Wir kommen also unmittelbar zur Abstimmung. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1066**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/851 unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1066 **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen zu:

11 Förderung von Pelletheizungen durch die „Holzabsatzförderrichtlinie (HaFö)“ nicht beenden – eine Erfolgsgeschichte in NRW fortsetzen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/882

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie
Drucksache 14/1054

Der Antrag wurde gemäß § 79 Abs. 2 Ziffer b an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie mit der Maßgabe überwiesen, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt.

Eine Debatte hierüber soll im Plenum heute nicht geführt werden.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1054**, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für erledigt zu erklären. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** und der Antrag für erledigt erklärt.

Ich komme zu:

12 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG

Hier: **Anmeldung zum 34. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**

Unterrichtung des Landtags
gemäß § 10 Abs. 3 LHO
Vorlage 14/134

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1118

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1118**, die Anmeldung zum Rahmenplan zur Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der

Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** und die Anmeldung zum 34. Rahmenplan zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu:

13 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG

Hier: **Anmeldung zum 35. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz**

Unterrichtung des Landtags
gemäß § 10 Abs. 3 LHO
Vorlage 14/144

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1119

Auch hierüber ist keine Debatte vorgesehen.

Ich lasse abstimmen über die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/1119**, die Anmeldung zum Rahmenplan zur Kenntnis zu nehmen. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und die Anmeldung zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu:

14 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Hier: **Übersicht 6
gemäß § 79 Abs. 2 Gescho**

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/209	–	AUNLV
14/247 EA	–	AUNLV
14/470	–	RA
14/534 EA	–	RA
14/578	–	AUNLV

Drucksache 14/1121

Ich lasse nunmehr über die Bestätigung des Abstimmungsverhaltens in den Ausschüssen entsprechend der Übersicht 6 abstimmen. Wer diese Bestätigung aussprechen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die in der Drucksache 14/1121 enthaltenen **Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse bestätigt**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss unserer heutigen Sitzung.

Zu seiner nächsten Sitzung berufe ich das Plenum für morgen, Donnerstag, 2. Februar 2006, 10 Uhr, ein und wünsche Ihnen einen wunderschönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:49 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.